

Nachtrag Nr. 1 gemäß § 11 VermAnlG der Timberland Management GmbH vom 19. November 2015 zum bereits veröffentlichten Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013 betreffend das öffentliche Angebot von Kommanditanteilen an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG.

Widerrufsbelehrung gemäß § 11 Absatz 2 VermAnlG

Nach § 11 Absatz 2 Vermögensanlagengesetz können Anleger, die vor der Veröffentlichung des Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Vermögensanlage gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber

Timberland Capital Trust GmbH, Kehr wieder 9, 20457 Hamburg
E-Mail: widerruf@timberland-capital.com · Fax: +49-1805-348282

zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Ihre Timberland Capital Trust GmbH

Die Timberland Management GmbH ist Anbieterin der mit dem bereits veröffentlichten Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013 öffentlich angebotenen Kommanditanteile an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG. Sie gibt folgende eingetretene Veränderungen zum 19. November 2015 im Hinblick auf den bereits veröffentlichten Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013 bekannt:

- A. Geschäftsgang 2013, 2014 und Aussichten für das laufende Geschäftsjahr 2015**
- B. Anlageobjekt/laufende Investitionen**
- C. Aktualisierung der Interessenkonflikte**
- D. Weitere wesentliche Verträge**
- E. Darstellung der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG**
- F. Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle und die Führung von Sonderkonten und Sonderdepots**
- G. Unterschrift**

Die nachstehend aufgeführten Abschnitte ersetzen und/oder ergänzen im dargestellten Umfang die entsprechenden Passagen im Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013. Im Übrigen behalten die Ausführungen des Verkaufsprospektes vom 27. Juni 2013 zu einer Beteiligung an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (im Folgenden auch „Emittentin“, „Fondsgesellschaft“ oder „Gesellschaft“ genannt) in vollem Umfang ihre Geltung.

Datum der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1: 19. November 2015.

A. Geschäftsgang 2013, 2014 und Aussichten für das laufende Geschäftsjahr 2015

Bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrages Nr. 1 ist die Tätigkeit der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG nicht durch außergewöhnliche Ereignisse beeinflusst worden.

Die Emittentin weist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 laut Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresfehlbetrag von EUR -32.053,31 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 laut Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresfehlbetrag von EUR -54.517,13 aus, der nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages dem Verlustkonto der Kommanditistin im Rahmen einer Ergebnisverwendungsrechnung zugewiesen wurde.

Insoweit wich diese Position von den Prognosen ab, wobei es zu einer Verschiebung zu Gunsten der Anleger kam. Eine genauere Darstellung ist dem unter Punkt E1. und E2. abgebildeten Jahresabschluss zu entnehmen.

Den Planungen für die Fondsgesellschaft zufolge wird im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresergebnis von ca. Euro -2.854.422,50 erwirtschaftet, was vornehmlich auf die Kosten für die Durchführung des Angebotes der Vermögensanlage zurückzuführen ist. Das Ergebnis ist konzeptionell bedingt, d. h. die Gesellschaft erzielt ein Ergebnis aus der Investition in die Zielinvestments zum Ende der Laufzeit der jeweiligen Zielinvestments durch deren Veräußerung.

Seit Beginn des öffentlichen Angebots der mit dem Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013 angebotenen Kommanditanteile wurden bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 Kommanditeinlagen in Höhe von Euro 102.450,- gezeichnet. Davon stehen derzeit noch Kommanditeinlagen in Höhe von Euro 37.000,- zur Einzahlung aus.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändert sich der Prospektabschnitt „5.3. Geschäftsgang 2013 und Aussichten (PROGNOSE)“ auf Seite 28 des Verkaufsprospektes.

B. Anlageobjekt/laufende Investitionen

Die Emittentin hat mit der Timberland Investment S.A. am 19. Juli 2013 einen Begebungs- und Übernahmevertrag für Orderteilschuldverschreibungen („Notes“) geschlossen. Die Timberland Investment S.A. wurde am 18. Juli 2013 gegründet. Ihr Sitz ist in Luxemburg (geschäftsansässig unter: 46a, avenue J. F. Kennedy, L-1855 Luxemburg). Sie wird vertreten durch die Verwaltungsräte Thomas Krämer, Dirk Köster, Maud Meyer sowie Fabrice Rota.

Gemäß diesem Vertrag zeichnet sowie verpflichtet sich die Emittentin Orderteilschuldverschreibungen mit der Bezeichnung „OptiMix B“ mit einem Nennbetrag von Euro 500.000.000,-, abzüglich Gründungseinlage in Höhe von Euro 1.250,-, in einem oder mehreren Teilbeträgen bis zum 31. Dezember 2022 abzunehmen. Der Ausgabekurs der Orderteilschuldverschreibung beträgt 100 % des Nennbetrages. Die Laufzeit ist befristet bis zum 31. Dezember 2048. Eine Verzinsung erfolgt nicht. Der Rückzahlungsbetrag bemisst sich aus dem Veräußerungserlös. Die Emittentin kann die Orderteilschuldverschreibungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist ganz oder teilweise mit Zustimmung der Zielgesellschaft kündigen.

Die Timberland Investment S.A. ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Emittentin eine andere Gesellschaft, insbesondere die Timberland Securities S.A., Timberland Securities PLC, Timberland Securities SPC und/oder ein Teilvermögen („Compartments“ bzw. „Portfolio“), als Hauptschuldnerin für die Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit den Orderteilschuldverschreibungen einzelner oder aller Anleihegläubiger einer oder mehrerer Serien an die Stelle der Timberland Investment S.A. zu setzen.

Die Timberland Investment S.A. beabsichtigt von der Schuldnerwechselklausel des § 5 der Anleihebedingungen Gebrauch zu machen. Die Emittentin wird aufgrund dessen vorrangig die öffentlich angebotenen Inhaberteilschuldverschreibungen der Timberland Securities PLC, Malta, sowie der Timberland Securities SPC, Grand Cayman, erwerben.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändern sich die Prospektabschnitte:

- „4.3.4. Semi-Blindpool“ auf Seite 22,
- „5.2. Laufende Investitionen“ auf Seite 28,
- „6.1. Geplantes Anlageobjekt der Emittentin“ auf Seite 28 f.,
- „6.3. Realisierungsgrad des Anlageobjektes der Emittentin“ auf Seite 29 und
- „9.2. Wesentliche Verträge“ auf Seite 58 f. des Verkaufsprospektes.

C. Aktualisierung der Interessenkonflikte

Herr Thomas Krämer ist seit dem 19.07.2013 Verwaltungsrat der Timberland Investment S.A. sowie seit 10.07.2015 dessen Verwaltungsratsvorsitzender und seit dem 28.11.2014 Verwaltungsrat der Timberland Securities S.A. Darüber hinaus ist Herr Thomas Krämer seit dem 19.01.2015 Mitglied des Boards of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities PLC, seit dem 15.01.2015 Mitglied des Boards of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities SPC und seit 19.02.2015 Mitglied des Board of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities II SPC.

Herr Dirk Köster ist seit dem 19.07.2013 Verwaltungsrat der Timberland Investment S.A. und seit dem 28.11.2014 Verwaltungsrat der Timberland Securities S.A. Darüber hinaus ist Herr Dirk Köster seit dem 19.01.2015 Mitglied des Boards of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities PLC, seit dem 15.01.2015 Mitglied des Board of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities SPC und seit 19.02.2015 Mitglied des Board of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities II SPC.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändern sich folgende Prospektabschnitte:

- **4.3.3. Interessenkonflikte bei der Fondsgesellschaft auf Seite 20,**
- **7.1.12. Hinweise auf besondere Umstände auf Seite 40 des Verkaufsprospektes.**

C.1. Der Prospektabschnitt „4.3.3. Interessenkonflikte bei der Fondsgesellschaft“ auf Seite 20 des Verkaufsprospektes wird vollständig durch den folgenden Abschnitt ersetzt:

Wegen der (teilweise bestehenden) Personenidentität der jeweiligen Funktionsträger bestehen im Hinblick auf die Fondsgesellschaft diverse angabepflichtige Verflechtungstatbestände rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Art. Verflechtungen zwischen Organmitgliedern der Fondsgesellschaft sowie von Unternehmen, die mit der Fondsgesellschaft bedeutsame Verträge abgeschlossen haben oder anderweitig mit ihr nicht unwesentlich verbunden sind, beinhalten auch immer die Möglichkeit eines Interessenkonflikts zwischen den betroffenen Unternehmen. Es ist daher grundsätzlich nicht auszuschließen, dass die Beteiligten bei der Abwägung der unterschiedlichen, gegebenenfalls gegenläufigen Interessen, nicht zu den Entscheidungen gelangen, die sie treffen würden, wenn ein Verflechtungstatbestand nicht bestünde. Im gleichen Maße könnten hierdurch auch die Erträge der Fondsgesellschaft – und damit die der Anleger – betroffen sein. Wesentliche Verflechtungstatbestände in rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Hinsicht bestehen bei der Fondsgesellschaft dahingehend, dass

Herr Thomas Krämer

- gleichzeitig Kommanditist und Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, sowie Verwaltungsrat deren Komplementärin Timberland Capital S.A., deren alleinige Aktionärin die Timberland Capital Management KG ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH gewesen ist und, Initiatorin jedoch nicht Aktionärin, der Timberland Securities S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, ist, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll;
- gleichzeitig mittelbarer Aktionär sowie Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Holding II Ltd. ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH ist;
- stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Securities S.A., Luxemburg, Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Investment S.A., Mitglied des Board of Directors (Geschäftsführung) der Timberland Securities PLC sowie Timberland Securities SPC und Timberland Securities II SPC;
- Gesellschafter und Geschäftsführer der Timberland Service GmbH, Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors), aber nicht unmittelbarer sondern mittelbarer Gesellschafter der Timberland Invest Ltd., Malta, als MiFiD-Finanzdienstleistungsinstitut mit Erlaubnis zur grenzüberschreitenden Finanzdienstleistung (Anlage- und Abschlussvermittlung, Anlageberatung sowie der Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung) (sog. EU-Pass) für alle EU- sowie EWR-Staaten sowie Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Investment GmbH, einer lizenzierten Kapitalverwaltungsgesellschaft (d. h. lizenzierter Alternative Investmentfonds-Manager (AIFM)) mit der Berechtigung zur Erbringung der Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung, welche Alternative Investmentfonds (AIF) nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) beabsichtigt anzubieten, die neben Weiteren den Vertrieb der angebotenen Kommanditanteile nicht ausschließlich übernehmen;
- Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Capital Management GmbH. Diese ist Geschäftsführende Kommanditistin der Fondsgesellschaft und bestimmt als solche die Investitionen der Emittentin gemäß ihrer Anlagepolitik durch ggf. eines Zielinvestments, insbesondere der Timberland Securities S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, und deren Compartments wesentlich mit. Darüber hinaus vertreibt sie, zumindestens teilweise, die Kommanditanteile der Fondsgesellschaft und hat ferner einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft abgeschlossen. Herr Thomas Krämer ist darü-

ber hinaus Vorsitzender der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., einem lizenzierten Alternative Investmentfonds-Manager (AIFM) mit der Berechtigung zur Erbringung der Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung, mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat und welche als Anlageberaterin insbesondere der Timberland Securities S.A. sowie Timberland Investment S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, und deren Compartments die Anlagepolitik wesentlich (mit-) bestimmt;

- Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) sowie mittelbarer Gesellschafter der Timberland Securities Investment Ltd., Malta ist, mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Arranger-Vertrag mit der Timberland Securities PLC, Malta und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, geschlossen hat, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll;
- Geschäftsführer und Gesellschafter (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Management B.V., einer Gesellschaft ansässig im Königreich der Niederlande, welche als Gesellschaft Aufsichtsrat (Supervisor) der Stiftungen niederländischen Rechts Stichting Timberland, Stichting Timberland II, Stichting Timberland III, Stichting Timberland IV und Stichting Timberland V ist, jedoch keine sonstigen verwaltenden/administrativen Aufgaben der vorgenannten Stiftungen übernimmt;
- gleichzeitig stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann;
- gleichzeitig Alleinvertand der Timberland Capital AG ist, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach dem Vermögensanlagengesetz anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, welche ihrerseits Stiftungs-Donatorin der Stiftungen jeweils niederländischen Rechts („Stichting“) Stichting Timberland als Aktionärin der Timberland Investment S.A., Stichting Timberland II als Aktionärin der Timberland Securities S.A., Stichting Timberland III und Stichting Timberland IV als Aktionärin der Timberland Securities PLC sowie Stichting Timberland V als Aktionärin der Timberland Securities SPC ist.

Herr Dirk Köster

- Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Securities S.A. sowie Verwaltungsrat der Timberland Investment S.A., Luxemburg, sowie Mitglied der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Securities PLC, Malta, Timberland Securities SPC und Timberland Securities II SPC, Grand Cayman;

- gleichzeitig Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Holding II Ltd. ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH ist;
- leitender Angestellter der Geschäftsführenden Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH der Fondsgesellschaft ist, die Entscheidungen über einzelne Investitionen der Fondsgesellschaft in ihrer Funktion als Geschäftsführende Kommanditistin trifft, zumindest teilweise der Vertrieb der Kommanditanteile durch den geschäftsführenden Kommanditisten erfolgt und darüber hinausgehend mit der Fondsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement abgeschlossen hat, sowie Vorsitzender der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., einem lizenzierten Alternative Investmentfonds Manager (AIFM) mit der Berechtigung zur Erbringung der Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung, mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat und welche als Anlageberaterin insbesondere der Timberland Securities S.A. sowie Timberland Investment S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, und deren Compartments die Anlagepolitik wesentlich (mit-)bestimmt;
- Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, sowie Verwaltungsrat deren Komplementärin Timberland Capital S.A., deren alleinige Aktionärin die Timberland Capital Management KG ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Komplementärin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH gewesen und Initiatorin, jedoch nicht Aktionärin der Timberland Securities S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, ist, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll;
- Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors), der Timberland Invest Ltd., Malta, als MiFiD-Finanzdienstleistungsinstitut mit Erlaubnis zur grenzüberschreitenden Finanzdienstleistung (Anlage- und Abschlussvermittlung, Anlageberatung sowie der Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung) (sog. EU-Pass) für alle EU-/EWR-Staaten, die neben Weiteren den Vertrieb der angebotenen Kommanditanteile nicht ausschließlich übernimmt;
- Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Securities Investment Ltd., Malta, die einen Arranger-Vertrag mit der Timberland Securities PLC, Malta, Timberland Securities SPC und Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, geschlossen hat, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll;

- Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Management B.V., einer Gesellschaft ansässig im Königreich der Niederlande, welche als Gesellschaft Aufsichtsrat (Supervisor) der Stiftungen niederländischen Rechts Stichting Timberland, Stichting Timberland II, Stichting Timberland III, Stichting Timberland IV und Stichting Timberland V ist, jedoch keine sonstigen verwaltenden/administrativen Aufgaben der vorgenannten Stiftungen übernimmt;
- gleichzeitig Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV – Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann,
- gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, welche ihrerseits Stiftungs-Donatorin der Stiftungen jeweils niederländischen Rechts („Stichting“) Stichting Timberland als Aktionärin der Timberland Investment S.A., Stichting Timberland II als Aktionärin der Timberland Securities S.A., Stichting Timberland III und Stichting Timberland IV als Aktionärin der Timberland Securities PLC sowie Stichting Timberland V als Aktionärin der Timberland Securities SPC ist.

Herr Dirk Zwaneveld

- als unmittelbarer oder über eine Personen- und/oder Kapitalgesellschaft mittelbarer Vertriebspartner der Timberland Service GmbH, Timberland Invest Ltd. sowie Timberland Investment GmbH, die den teilweisen, nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen und Investmentfonds der Emittentin sowie solcher, die durch die Timberland Service GmbH und/oder Timberland Invest Ltd. angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann bzw. übernimmt;
- gleichzeitig Aufsichtsrat der Timberland Capital AG ist welche ebenfalls Vermögensanlagen nach dem Vermögensanlagengesetz anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.
- gleichzeitig Aufsichtsrat der Timberland Investment GmbH, ist, einer lizenzierten Kapitalverwaltungsgesellschaft (d. h. lizenzierter Alternative Investmentfonds-Manager (AIFM)) mit der Berechtigung zur Erbringung der Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung, welche neben Weiteren den Vertrieb der angebotenen Kommanditanteile nicht ausschließlich übernimmt und die Alternative Investmentfonds (AIF) nach dem Kapitalanlagengesetzbuch (KAGB) beabsichtigt anzubieten.

C.2. Der Prospektabschnitt „7.1.12. Hinweise auf besondere Umstände“ auf Seite 40 des Verkaufsprospektes wird durch den folgenden Abschnitt vollständig ersetzt.

Wegen der (teilweise bestehenden) Personenidentität der jeweiligen Funktionsträger bestehen angabepflichtige Verflechtungstatbestände und/oder Interessenkonflikte in rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Hinsicht dahingehend, dass Herr Thomas Krämer sowohl der Geschäftsführer der Komplementärin und Anbieterin (Timberland Management GmbH) als auch der Geschäftsführer der Treuhandkommanditistin der Fondsgesellschaft (Timberland Capital Trust GmbH) und der Geschäftsführenden Kommanditistin (Timberland Capital Management GmbH) ist, welche zumindestens teilweise nicht ausschließlich die Kommanditanteile der Fondsgesellschaft vertreiben wird sowie ferner einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft abgeschlossen hat.

Weiter ist Herr Thomas Krämer Gesellschafter sowie Geschäftsführer der Timberland Service GmbH sowie mittelbarer Gesellschafter und Geschäftsführer (Board of Directors) der Timberland Invest Ltd., Malta, als MiFiD-Finanzdienstleistungsinstitut mit Erlaubnis zur grenzüberschreitenden Finanzdienstleistung (Anlage- und Abschlussvermittlung, Anlageberatung sowie der Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung) (sog. EU-Pass) für alle EU-Staaten, ist, die eine Vereinbarung über den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile getroffen hat.

Herr Thomas Krämer ist mittelbar Gesellschafter sowie Mitglied der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., einem lizenzierten Alternative Investmentfonds-Manager (AIFM) mit der Berechtigung zur Erbringung der Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung, mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat.

Herr Thomas Krämer ist mittelbar Gesellschafter sowie Mitglied der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Securities Investment Ltd., Malta, die einen Arranger-Vertrag mit der Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, geschlossen hat, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll.

Des Weiteren ist Herr Thomas Krämer im Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG tätig, die die alleinige Gesellschafterin der Komplementärin und Anbieterin (Timberland Management GmbH) und der Treuhänderin (Timberland Capital Trust GmbH) gewesen ist, sowie gleichzeitig mittelbarer Aktionär der Timberland Holding II Ltd. ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin

der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH ist.

Herr Thomas Krämer ist ferner im Verwaltungsrat der Timberland Securities S.A. und als Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Investment S.A. sowie in der Geschäftsführung der Timberland Securities PLC und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC tätig, deren Inhaberteilschuldverschreibungen des/der jeweiligen Compartments Zielgesellschaft der Investitionen der Fondsgesellschaft sind.

Herr Thomas Krämer ist Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors), der Timberland Invest Ltd., Malta, als MiFiD-Finanzdienstleistungsinstitut mit Erlaubnis zur grenzüberschreitenden Finanzdienstleistung (Anlage- und Abschlussvermittlung, Anlageberatung sowie Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung) (sog. EU-Pass) für alle EU-Staaten, die neben Weiteren den Vertrieb der angebotenen Kommanditanteile nicht ausschließlich übernimmt.

Ferner ist Herr Thomas Krämer Geschäftsführer und mittelbarer Gesellschafter der Timberland Securities Investment Ltd., Malta, die einen Arranger-Vertrag mit der Timberland Securities PLC, Malta und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, geschlossen hat, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll.

Herr Thomas Krämer ist Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Management B.V., einer Gesellschaft ansässig im Königreich der Niederlande, welche als Gesellschaft Aufsichtsrat (Supervisor) der Stiftungen niederländischen Rechts Stichting Timberland, Stichting Timberland II, Stichting Timberland III, Stichting Timberland IV und Stichting Timberland V ist, jedoch keine sonstigen verwaltenden/administrativen Aufgaben der vorgenannten Stiftungen übernimmt.

Ferner ist Herr Thomas Krämer stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV – Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann.

Herr Thomas Krämer ist Alleinvorstand der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach dem Vermögensanlagengesetz anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist, welche ihrerseits Stiftungs-Donatorin der Stiftungen jeweils niederländischen Rechts („Stichting“) Stichting Timberland als Aktionärin der Timber-

land Investment S.A., Stichting Timberland II als Aktionärin der Timberland Securities S.A., Stichting Timberland III und Stichting Timberland IV als Aktionärin der Timberland Securities PLC sowie Stichting Timberland V als Aktionärin der Timberland Securities SPC, ist.

Herr Dirk Köster ist als Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Securities S.A. und Timberland Investment S.A., Luxemburg, sowie Mitglied der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, tätig.

Ferner ist Herr Dirk Köster leitender Angestellter der Geschäftsführenden Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH der Fondsgesellschaft, die Entscheidungen über einzelne Investitionen der Fondsgesellschaft in ihrer Funktion als Geschäftsführende Kommanditistin trifft und zumindestens teilweise die Kommanditanteile der Fondsgesellschaft vertreibt sowie ferner einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft abgeschlossen hat sowie Vorsitzender der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat und welche als Anlageberaterin insbesondere der Timberland Securities S.A. und Timberland Investment S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, und deren Compartments die Anlagepolitik wesentlich (mit-)bestimmt.

Herr Dirk Köster ist Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG Luxemburg, sowie Verwaltungsrat deren Komplementärin Timberland Capital S.A., deren alleinige Aktionärin die Timberland Capital Management KG ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH gewesen und Initiatorin, jedoch nicht Aktionärin der Timberland Securities S.A., Luxemburg, Timberland Securities PLC, Malta, und Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC, Grand Cayman, ist, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll.

Herr Dirk Köster ist Geschäftsführer (Mitglied des Board of Directors) der Timberland Management B.V., einer Gesellschaft ansässig im Königreich der Niederlande, welche als Gesellschaft Aufsichtsrat (Supervisor) der Stiftungen niederländischen Rechts Stichting Timberland, Stichting Timberland II, Stichting Timberland III, Stichting Timberland IV und Stichting Timberland V ist, jedoch keine sonstigen verwaltenden/administrativen Aufgaben der vorgenannten Stiftungen übernimmt.

Herr Dirk Köster ist Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit

variablen Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, 'welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann, Herr Dirk Köster ist Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, welche ihrerseits Stiftungs-Donatorin der Stiftungen jeweils niederländischen Rechts („Stichting“) Stichting Timberland als Aktionärin der Timberland Investment S.A., Stichting Timberland II als Aktionärin der Timberland Securities S.A., Stichting Timberland III und Stichting Timberland IV als Aktionärin der Timberland Securities PLC sowie Stichting Timberland V als Aktionärin der Timberland Securities SPC ist.

Herr Dirk Zwaneveld ist als Vertriebspartner der Timberland Service GmbH tätig, die den teilweisen, nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen der Emittentin sowie solcher Vermögensanlagen und Investmentfonds, die durch die Timberland Service GmbH angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann. Herr Dirk Zwaneveld ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach dem Vermögensanlagengesetz anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

Herr Karoly Krizsan ist als unmittelbarer oder über eine Personen- und/oder Kapitalgesellschaft mittelbarer Vertriebspartner der Timberland Service GmbH, der Timberland Invest Ltd. und/oder Timberland Investment GmbH tätig, die den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen der Emittentin sowie solcher Vermögensanlagen und Investmentfonds, die durch die Timberland Service GmbH und/oder die Timberland Invest Ltd. angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann. Herr Karoly Krizsan ist gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche eine Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist. Herr Karoly Krizsan ist Aufsichtsrat der Timberland Investment GmbH, einer lizenzierten Kapitalverwaltungsgesellschaft (d. h. lizenzierter Alternative Investmentfonds-Manager (AIFM)) mit der Berechtigung zur Erbringung der Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung, welche neben Weiteren den Vertrieb der angebotenen Kommanditanteile nicht ausschließlich übernimmt und die Alternative Investmentfonds (AIF) nach dem Kapitalanlagengesetzbuch (KAGB) beabsichtigt anzubieten.

Frau Maud Meyer und Herr Fabrice Rota sind Verwaltungsratsmitglieder der Timberland Securities S.A. und der Timberland Investment S.A. und ist als

leitende Mitarbeiter der TMF Luxemburg S.A. tätig, die als Dienstleister hinsichtlich der Administration sowie Buchführung der Timberland Securities S.A. und Timberland Investment S.A. sowie ferner hinsichtlich der Buchführung der Timberland Securities PLC und der Timberland Securities SPC beauftragt ist.

Herr Elian Mallia und Herr Dr. Clint Benetti sind Mitglieder der Geschäftsführung der Timberland Securities PLC und als leitende Mitarbeiter der TMF Management and Administrative Services (Malta) Limited, einem zur TMF-Gruppe zugehörigen Unternehmen, tätig. TMF Luxembourg S.A., ebenfalls ein zur TMF-Gruppe zugehöriges Unternehmen, ist als Dienstleister hinsichtlich der Administration sowie Buchführung der Timberland Securities PLC sowie Timberland Securities SPC beauftragt.

Herr Andrew Dean und Herr Christopher Watler sind Mitglieder der Geschäftsführung der Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC und als leitende Mitarbeiter von MaplesFS, einem zur Anwaltskanzlei Maples & Calder gehörigen Unternehmens tätig. Die Rechtsanwaltskanzlei Maples & Calder ist hinsichtlich der Rechtsberatung der Timberland Securities SPC sowie Timberland Securities II SPC beauftragt.

Die Anwaltskanzlei Ganado Advocates ist mit der Rechtsberatung der Timberland Securities PLC beauftragt und Ganado Services Ltd., ein zu Ganado Advocates gehöriges Dienstleistungsunternehmen, ist mit der Übernahme administrativer Aufgaben als Company Secretary (z. B. mit der Durchführung der Sitzungen der Geschäftsführungen) der Timberland Securities PLC beauftragt.

Weitere Verflechtungstatbestände und/oder Interessenkonflikte in rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Art bestehen zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung weder bei der Fondsgesellschaft und ihren Geschäftsführenden Gesellschaftern noch bei der Anbieterin und der Treuhandkommanditistin.

D. Weitere wesentliche Verträge

Die Emittentin hat am 27.05.2015 einen Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle und die Führung von Sonderkonten und Sonderdepots mit der Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, mit Sitz in Frankfurt am Main (geschäftsansässig unter Kaiserstraße 24, 60311 Frankfurt am Main) geschlossen.

Die Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs sind Michael Bentlage, Jochen Lucht sowie Stephan Rupprecht. Sie sind unter der Geschäftsanschrift Kaiserstraße 24, 60311 Frankfurt am Main, geschäftsansässig. Als Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs haben sie keine Funktion bei der Emittentin und innerhalb des Organs liegt keine Funktionstrennung der Mitglieder der Geschäftsführung vor. Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs sind Wolfgang Deml, Rudolf K. Brinckmann, Dr. Thomas Duhnkrack, Dr. Jürgen Heraeus, Siegfried Klink sowie Thomas Theobald. Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs haben keine Funktion bei der Emittentin, und innerhalb des Organs liegt keine Funktionstrennung der Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Einen Beirat bzw. weitere Aufsichtsgremien hat der Mittelverwendungskontrolleur nicht errichtet.

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Mittelverwendungskontrolleurs ist der am 27.05.2015 geschlossene Mittelverwendungskontrollvertrag, welcher unter Punkt F abgebildet ist.

Umstände oder Beziehungen, die Interessenkonflikte des Mittelverwendungskontrolleurs begründen können, bestehen nicht.

Aufgaben des Mittelverwendungskontrolleurs

Die Aufgaben des Mittelverwendungskontrolleurs sind die Kontrolle und Freigabe der Auszahlung der aus der Erhöhung des Kommanditkapitals von den Anlegern auf dem Sonderkonto der Gesellschaft eingezahlten Gelder, die Kontrolle des Erwerbs, der Veräußerung und ggf. Reinvestition des bzw. der Anlageobjekte der Emittentin sowie der Kontrolle und Freigabe dieses Erwerbs, der Veräußerung und ggf. Reinvestition auf einem oder mehrerer Sonderdepots beim Mittelverwendungskontrolleur oder einem EU/EWR Kreditinstitut sowie die Verbuchung aller Mittelrückflüsse, die Wiederanlage der an die Emittentin zurückgeflossenen Gelder und die Anlage der Liquiditätsreserve.

Der Mittelverwendungskontrolleur übernimmt keine weiteren Aufgaben. Der Mittelverwendungskontrolleur prüft insbesondere nicht die Bonität von Vertragspartnern und auch nicht die Angemessenheit, Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Verträge, auf deren Basis Zahlungen an Vertragspartner erfolgen. Die Wiederanlage von an die Gesellschaft zurückgeflossenen Geldern unterliegt ebenfalls der Mittelverwendungskontrolle dieses Vertrages.

Aufgrund des Mittelverwendungskontrollvertrages wird der Mittelverwendungskontrolleur die Mittel zur Zahlung auf Anforderung der Geschäftsführung der Emittentin in folgenden Fällen frei geben:

Im Zusammenhang mit der Realisierung des in der Präambel beschriebenen Investitionsvorhabens entstehende Kosten (insbesondere für den Erwerb des/ der Compartments OptiMix B der Zielinvestments wie in der Präambel beschrieben) sind gegen Vorlage der Originalrechnung und des zu Grunde liegenden Vertrags (z. B. Kaufvertrag/Zeichnungsauftrag/Wertpapierorder) freizugeben, soweit diese fällig sind;

- Im Wege der Auftragserteilung (Wertpapierauftrag) für den Erwerb und/ oder die Veräußerung bei girosammelverwahrten Wertpapieren auf einem/ mehreren Sonderdepot(s) der Auftraggeberin bei dem Mittelverwendungskontrolleur;
- Im Zusammenhang mit Bildung einer anfänglichen Liquiditätsreserve in Höhe von bis zu Euro 11.000,-;
- Provisionen für die Vermittlung von Kommanditkapital maximal in Höhe von 10 % des Kommanditkapitals zzgl. des tatsächlich gezahlten Agios gegen Vorlage einer entsprechenden Rechnung bzw. eines Nachweises;
- Kosten der Fondskonzeption, der Verkaufsprospekterstellung sowie Kosten für Marketing zur Platzierung der Emission maximal in Höhe des im Verkaufsprospekt enthaltenen Investitionsplans aufgeführten Betrags gegen Vorlage einer oder mehrerer entsprechenden/entsprechender Rechnung(en) bzw. Nachweise. Die Auftraggeberin teilt jeweils dem Mittelverwendungskontrolleur mit, um welche der vorgenannten Kategorien (Kosten für „Fondskonzeption“, für „Verkaufsprospekterstellung“ sowie für „Marketing zur Platzierung der Emission“) es sich bei den Rechnungen handelt. Ferner stellt die Auftraggeberin dem Mittelverwendungskontrolleur im Hinblick auf die zulässige Höhe der Kosten entsprechend den Vorgaben des im Verkaufsprospekt enthaltenen Investitionsplans ihre laufende Berechnung zur Verfügung. Der Mittelverwendungskontrolleur hat weder die jeweils durch die Auftraggeberin vorzunehmende Qualifizierung der Kosten im oben genannten Sinne noch die Richtigkeit der Berechnung der Höhe der Kosten zu prüfen;
- Kosten für Steuer- und Rechtsberatung sowie Jahresabschlussprüfung maximal in Höhe des im Investitionsplan aufgeführten Betrags gegen Vorlage einer oder mehrerer entsprechenden/entsprechender Rechnung(en);
- Vergütungen der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin sowie des Mittelverwendungskontrolleurs entsprechend der Regelungen des Gesellschaftsvertrags bzw. dieses Vertrags;

- Provisionen im Zusammenhang mit der Anlegervermittlung und/oder Anlegerbetreuung von bis zu 0,075 % monatlich der netto der Emittentin zugeflossenen Beteiligungsbeträge;
- Soweit auf die zuvor genannten Leistungen eine gesetzliche Umsatzsteuer anfällt, erhöht sich der aufgeführte Höchstbetrag um die gesetzliche Umsatzsteuer;
- Auf den Sonderkonten generierte Zinserträge sind von dem Mittelverwendungskontrolleur ohne weitere Voraussetzungen freizugeben.

Der Mittelverwendungskontrolleur nimmt keine inhaltliche Prüfung der eingereichten Rechnungen oder Aufträge vor; insbesondere überprüft er nicht deren Richtigkeit und Angemessenheit. Er prüft lediglich, ob die zuvor definierten formellen Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Freigabe der Mittel setzt voraus, dass eine Zahlung direkt an den jeweiligen Dienstleister bzw. Auftragnehmer erfolgt. Die Freigabe der Mittel im Zusammenhang mit der Bildung einer anfänglichen Liquiditätsreserve in Höhe von bis zu Euro 11.000,- sowie auf den Sonderkonten generierte Zinserträge sind auf laufendes Konto der Auftraggeberin auszukehren.

Ergänzend gibt der Mittelverwendungskontrolleur Beträge, die aufgrund einer Veräußerung der Anlageobjekte der Emittentin auf den Sonderkonten der Auftraggeberin eingegangen sind, in folgenden Fällen frei:

- Erwerb von Orderteilschuldverschreibungen mit der Bezeichnung „OptiMix B“ mit einem Nennbetrag von bis zu Euro 500.000.000,- sowie im Falle der Ausübung der Erhöhungsoption gem. Präambel Ziffer 5 von bis zu 750.000.000,- in einem oder mehreren Teilbeträgen bis zum 31. Dezember 2022 von einer oder mehreren Verbriefungsgesellschaften; d. h. in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln;
- Anlage in Sichteinlagen;
- Auszahlungen an die Direktkommanditisten sowie im Falle von Treuhandkommanditisten auf Weisung der Treuhandkommanditistin direkt an den jeweiligen Treugeber.

Rechte und Pflichten des Mittelverwendungskontrolleurs

Im Rahmen des Mittelverwendungskontrollvertrages hat der Mittelverwendungskontrolleur folgende wesentliche Rechte und Pflichten:

Pflichten:

- Freigabe von Geldern bei Vorliegen der festgeschriebenen Voraussetzungen gemäß § 4 des Mittelverwendungskontrollvertrages

Rechte:

- Vergütung des Mittelverwendungskontrolleurs für seine Tätigkeit gemäß § 7 des Mittelverwendungskontrollvertrages
- Haftungsbeschränkung gemäß § 8 des Mittelverwendungskontrollvertrages

Vergütung des Mittelverwendungskontrolleurs

Ausgehend von der Vollplatzierung der Vermögensanlage und einer Laufzeit bis 31. Dezember 2022 erhält der Mittelverwendungskontrolleur eine Gesamtvergütung in Höhe von Euro 852.336,58.

Darüber hinaus stehen dem Mittelverwendungskontrolleur keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte, sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art zu.

Sonstige Angaben zum Mittelverwendungskontrolleur gemäß VermVerkProspV

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV

Den Herren Michael Bentlage, Jochen Lucht sowie Stephan Rupprecht stehen als Mitgliedern der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs insgesamt keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art zu. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs stehen insgesamt keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art zu.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV

Es sind keine Eintragungen in Bezug auf Verurteilungen der Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs wegen einer Straftat nach den §§ 263 bis 283 d des Strafgesetzbuchs, § 54 des Kreditwesengesetzes, § 38 des Wertpapierhandelsgesetzes oder § 369 der Abgabenordnung in einem Führungszeugnis enthalten. Die Führungszeugnisse sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht älter als sechs Monate.

Es sind keine Eintragungen in Bezug auf Verurteilungen der Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs wegen einer Straftat nach den §§ 263 bis 283 d des Strafgesetzbuchs, § 54 des Kreditwesengesetzes, § 38 des Wertpapierhandelsgesetzes oder § 369 der Abgabenordnung in einem Führungszeugnis enthalten. Die Führungszeugnisse sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht älter als sechs Monate.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 4 VermVerkProspV

Eine Angabe über jede ausländische Verurteilung der Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs wegen einer Straftat, die mit den in Nummer 3 genannten Straftaten vergleichbar ist, unter Angabe der Art und Höhe der Strafe, entfällt, da alle Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 Deutsche waren. Eine Angabe über jede ausländische Verurteilung der Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs wegen einer Straftat, die mit den in Nummer 3 genannten Straftaten vergleichbar ist, unter Angabe der Art und Höhe der Strafe, entfällt, da die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs zum Zeitpunkt des Nachtrags Nr. 1 Deutsche waren.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 5 a VermVerkProspV

Über das Vermögen der Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs wurde innerhalb der letzten fünf Jahre kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen. Über das Vermögen der Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs wurde innerhalb der letzten fünf Jahre kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 5 b VermVerkProspV

Die Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs waren innerhalb der letzten fünf Jahre nicht in der Geschäftsführung einer Gesellschaft tätig, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde. Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs waren innerhalb der letzten fünf Jahre nicht in der Geschäftsführung einer Gesellschaft tätig, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 6 VermVerkProspV

Es wurde keine Erlaubnis der Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs zum Betreiben von Bankgeschäften oder zur Erbringung von Finanzdienstleistungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht früher aufgehoben. Es wurde keine Erlaubnis der Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs zum Betreiben von Bankgeschäften

oder zur Erbringung von Finanzdienstleistungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht früher aufgehoben.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 2 Nr. 1 bis 4 VermVerkProspV

Die Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht für Unternehmen tätig, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben, die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen oder die mit der Emittentin oder der Anbieterin nach § 271 des Handelsgesetzbuchs in einem Beteiligungsverhältnis stehen oder verbunden sind. Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht für Unternehmen tätig, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben oder die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen oder die mit der Emittentin oder der Anbieterin nach § 271 des Handelsgesetzbuchs in einem Beteiligungsverhältnis stehen oder verbunden sind.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 3 VermVerkProspV

Die Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen beteiligt, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben, die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen oder die mit der Emittentin oder der Anbieterin nach § 271 des Handelsgesetzbuchs in einem Beteiligungsverhältnis stehen oder verbunden sind. Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen beteiligt, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben oder die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen oder die mit der Emittentin oder der Anbieterin nach § 271 des Handelsgesetzbuchs in einem Beteiligungsverhältnis stehen oder verbunden sind.

§ 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Die Mitglieder der Geschäftsführung des Mittelverwendungskontrolleurs sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlage beauftragt, stellen der Emittentin kein Fremdkapital zur Verfügung oder vermitteln der Emittentin kein Fremdkapital sowie

erbringen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte keine Lieferungen oder Leistungen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mittelverwendungskontrolleurs sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags Nr. 1 nicht mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlage beauftragt, stellen der Emittentin kein Fremdkapital zur Verfügung oder vermitteln der Emittentin kein Fremdkapital sowie erbringen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte keine Lieferungen oder Leistungen.

§ 12 Absatz 6 VermVerkProspV

Es gibt keine sonstigen Personen, die nicht in den Kreis der nach dieser Verordnung angabepflichtiger Personen fallen, die jedoch die Herausgabe oder den Inhalt des Verkaufsprospekts oder die Abgabe oder den Inhalt des Angebots der Vermögensanlage wesentlich beeinflusst haben.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändert sich der Prospektabschnitt „9.2. Wesentliche Verträge“ auf Seite 58 f. des Verkaufsprospektes.

E. Darstellung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014 der Timberland Fonds OptiMix B GmbH & Co. KG

Die Darstellung der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG unter Punkt E.1. und E.2. ergänzen bzw. aktualisieren vollständig die Darstellung der Planzahlen der folgenden Abschnitte des Verkaufsprospektes:

- „12.2. Planungsgrundlagen und wesentliche Annahmen“ auf der Seite 61 f.,
- „12.3. Plan-Bilanz der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (PROGNOSE)“ auf Seite 63,
- „12.3.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Plan-Bilanzen der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG“ auf Seite 64,
- „12.4. Plan-Gewinn- und Verlustrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (PROGNOSE)“ auf Seite 65,
- „12.4.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Plan-Gewinn- und Verlustrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG“ auf Seite 66,
- „12.5. Plan-Liquiditätsrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (PROGNOSE)“ auf Seite 67,
- „12.5.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Plan-Liquiditätsrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG“ auf Seite 68 und
- „12.6. Planzahlen zu Investitionen, Produktion, Umsatz und Ergebnis“ auf Seite 69 des Verkaufsprospektes.

E1. Jahresabschluss 2013 der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Rödl & Partner

BILANZ zum 31. Dezember 2013

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg

AKTIVA

Geschäftsjahr	24.05.2013
EUR	EUR

A. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

1. Eingeforderte, noch
ausstehende Einlagen
Kommanditisten

15.000,00	1.250,00
-----------	----------

II. Kassenbestand, Bundesbank-
guthaben, Guthaben bei
Kreditinstituten und Schecks

4.945,42	0,00
----------	------

19.945,42	1.250,00
-----------	----------

BILANZ zum 31. Dezember 2013

Rödl & Partner

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg

PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	24.05.2013 EUR
A. Eigenkapital		
I. Kommanditkapital		
1. Kapitalkonto I (Einlagenkonto)	39.100,00	1.250,00
2. Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto)	32.053,31-	0,00
	7.046,69	1.250,00
B. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	11.690,00	0,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Andere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.208,73	0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 1.208,73 (EUR 0,00)	19.945,42	1.250,00

Rödl & Partner

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 24.05.2013 bis 31.12.2013

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg

	EUR	Geschäftsjahr EUR	24.05.2013 EUR
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	180,00		0,00
ab) Verschiedene betriebliche Kosten	<u>31.873,31</u>		<u>0,00</u>
		<u>32.053,31</u>	<u>0,00</u>
2. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>32.053,31-</u>	<u>0,00</u>
3. Jahresfehlbetrag		<u>32.053,31</u>	<u>0,00</u>

Anhang zum 31. Dezember 2013

Rödl & Partner

I. Allgemeine Angaben

Die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267 a Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Regelungen der Satzung der Gesellschaft aufgestellt.

Die Gesellschaft wendet die Regelungen einer kleinen Kapitalgesellschaft gem. § 264 a Abs. 1 i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB an und nimmt die größenabhängigen Erleichterungen der §§ 274 a und 288 Abs. 1 HGB in Anspruch.

Die Gliederung der Bilanz folgt dem Gliederungsschema für kleine Kapitalgesellschaften.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das Rumpfgeschäftsjahr umfasst den Zeitraum vom 24. Mai 2013 bis zum 31. Dezember 2013. Der Jahresabschluss wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt und innerhalb eines Jahres fällig. Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden zu Nominalwerten bilanziert. Fremdwährungsbestände wurden zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet. Die sonstigen Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.

Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt und sind insgesamt innerhalb eines Jahres fällig.

III. Angaben zur Bilanz

Die Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden, Verluste und Risiken, die vor dem Bilanzstichtag entstanden sind.

Rödl & Partner

Alle übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres fällig.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen Vergütungen an verbundene Unternehmen und Prüfungskosten.

V. Sonstige Angaben

Organe

Im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr 2013 erfolgte die Leitung der Gesellschaft durch die unbeschränkt haftende Gesellschafterin Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, vertreten durch ihre Geschäftsführung und die Geschäftsführende Komplementärin Timberland Management GmbH, Duisburg, vertreten durch ihre Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung der Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, wurde im Berichtsjahr wahrgenommen von:

Herrn Thomas Krämer, Kaufmann, Luxemburg (Stadt)/Luxemburg. Die Timberland Management GmbH, Duisburg hält keine Kapitalbeteiligung an der Gesellschaft.

Die Geschäftsführung der Timberland Management GmbH, Duisburg, wurde im Berichtsjahr wahrgenommen von:

Herrn Thomas Krämer, Kaufmann, Luxemburg (Stadt)/Luxemburg.

Die Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, hält eine Kapitalbeteiligung i. H. v. € 10,00 an der Gesellschaft.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2013 sonstige finanzielle Verpflichtungen aus der Abnahmegarantie von Orderschuldverschreibungen i. H. v. € 500 Mio. Die Verpflichtung ist bis zum 31. Dezember 2022 zu erfüllen.

Duisburg, den 26. Juni 2014

Geschäftsführung

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 24. Mai 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Rödl & Partner

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg, (im Folgenden kurz „OptiMix B“ oder „Gesellschaft“ genannt) gehört zu 99 % der Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg. Eine Minderheitsbeteiligung von 1 % hält die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH.

Auf der Grundlage eines strukturierten Vermögensanlagensmodells bietet die Gesellschaft Anlegern eine unmittelbare bzw., über die Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg, eine mittelbare Beteiligung an der OptiMix B an. Die Gesellschaft investiert ihrerseits in die Zielgesellschaft Timberland Securities S.A., Luxemburg. Diese legt hierzu ein Compartment OptiMix B auf, in dessen Rahmen dem Prospekt entsprechend in die verschiedenen Produkte investiert werden soll.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH und die Komplementärin Timberland Management GmbH, durch vertreten ihren Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer, Kaufmann, geführt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die globale Konjunktur hat sich nach einem verhaltenen Auftakt im Verlauf des vergangenen Jahres gebessert. Im Schlussquartal 2013 dürfte die Weltwirtschaft das zuvor erreichte moderate Expansionstempo annähernd gehalten haben. Dazu hat wohl insbesondere das gute Abschneiden wichtiger Industrieländer beigetragen. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA und Großbritannien im zurückliegenden Herbst ähnlich zügig gewachsen wie bereits im Sommer. Der Euroraum hat die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas mehr ausgeweitet als im Vorquartal.

Die internationalen Finanzmärkte standen im vierten Quartal 2013 unter dem Einfluss sich aufhellender Konjunkturperspektiven für die USA, die Ende Dezember die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) zu dem Beschluss veranlassten, das Programm der quantitativen Lockerung schrittweise zu reduzieren. Im Zuge dieser Entwicklung zogen die Anleiherenditen in den wichtigsten Volkswirtschaften bis zum Jahresende deutlich an, und die Aktienmärkte verzeichneten weitere Kursanstiege. Überdurchschnittlich gut entwickelten sich Bankenwerte, die vor allem in Europa auch davon profitierten, dass die

Rödl & Partner

Anspannungen an den Staatsanleihemärkten der Peripherieländer nachließen. Die konjunkturelle Erholung im Euroraum hat im letzten Jahresviertel 2013 etwas an Fahrt gewonnen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm saisonbereinigt um 0,25 % gegenüber dem Sommerquartal zu, in dem sie nur geringfügig gestiegen war. Mit + 0,5 % wurde erstmals seit Anfang 2012 auch wieder das vergleichbare Vorjahresniveau übertroffen. Im Jahresdurchschnitt 2013 ist das reale BIP zwar erneut gesunken (- 0,5 %). Aufgrund der konjunkturellen Besserung im Verlauf des Jahres 2013 ist der Euroraum aber mit einem statistischen Wachstumsüberhang von 0,25 % in das neue Jahr gestartet.

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist dem Statistischen Bundesamt zufolge im Jahresschlussquartal 2013 weiter gestiegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich saison- und kalenderbereinigt um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich ergab sich für das BIP kalenderbereinigt ein Zuwachs um 1,4 %. Die gesamtwirtschaftliche Leistung ist zum Jahresende etwas stärker als das Produktionspotenzial gewachsen, und die Kapazitäten waren gut ausgelastet. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg weiter an. Der insgesamt sehr zufriedenstellende Zustand der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch in den Auskünften der Unternehmen wider. Laut der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zum Jahresbeginn 2014 schätzen mehr als neun von zehn Unternehmen ihre Geschäftslage als gut oder zumindest befriedigend ein.

2.2. Vermögensanlage und Vermögensverwaltung

Die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG ist ausgerichtet auf das Einwerben von Anlegern zur renditeorientierten Direktbeteiligung. Die Gesellschaft investiert dabei als Emittentin das eingeworbene Kapital gemäß Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013 und Gesellschaftsvertrag vom 24. Mai 2013 über die Zeichnung von Inhaberschuldverschreibungen in die Timberland Securities S.A. als Zielgesellschaft mit Sitz in Luxemburg.

Zum 31. Dezember 2013 wurde Eigenkapital in Höhe von € 39.100,00 gezeichnet und eingefordert. Zum Bilanzstichtag sind davon € 15.000,00 noch nicht eingezahlt.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1. Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über eingefordertes Kapital i. H. v. T€ 39, dem gegenüber steht variables Kapital i. H. v. T€ - 32. Das variable Kapital resultiert aus dem Abzug des Jahresfehlbetrags i. H. v. T€ 32. Beeinflusst wurde die Lage insbesondere durch die Aufnahme der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Die Planung der Vermögenslage der Gesellschaft ist dem Verkaufsprospekt zu entnehmen.

Rödl & Partner

Die Platzierung der Kommanditanteile erfolgt als Vermögensanlage gemäß § 11 Verkaufsprospektgesetz mit Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013. Die Veröffentlichung des Verkaufsprospektes wurde durch die zuständige Behörde genehmigt.

2.3.2. Finanzlage

Die Liquiditätssituation des Unternehmens war im Jahr 2013 zufriedenstellend. Der Zahlungsverkehr konnte zeitgerecht abgewickelt werden.

Insgesamt wird zum Abschlussstichtag ein Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von T€ 5 ausgewiesen.

2.3.3. Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 32 resultiert insbesondere aus den Vergütungen an Mitunternehmer, d. h. Verwaltungsgebühren, (T€ 18) und Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (T€ 12) sowie der allgemeinen Kosten der laufenden Platzierung.

3. Satzung und Firma

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2013 durch die Geschäftsführende Kommanditisten Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, und die Komplementärin Timberland Management GmbH, Duisburg, vorgenommen. Beide werden jeweils durch ihren Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer, Kaufmann, Luxemburg, vertreten. Dieser ist geschäftsansässig in Duisburg.

4. Personal

Die Gesellschaft beschäftigte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Angestellten.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eingetreten.

Rödl & Partner

6. Prognosebericht

Die Weltwirtschaft befindet sich seit Mitte 2013 in einer Phase konjunktureller Erholung. Die wirtschaftliche Dynamik ist aber immer noch mäßig und die Konjunktur nach wie vor anfällig für Rückschläge.

Während die weniger günstige Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften vor allem auf die Vereinigten Staaten zurückgeht, reflektiert die gedämpfte Stimmung in den Schwellenländern nachhaltigere Probleme, die einer deutlichen Beschleunigung des Produktionsanstiegs dort entgegenstehen.

Währungen und Aktienkurse vieler Schwellenländer sind nach der Jahreswende stark unter Druck geraten, und die Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen droht die Konjunktur insbesondere in den Schwellenländern mit schwachen makroökonomischen Fundamentaldaten spürbar zu belasten.

Zu dem Beschluss der US-Notenbank, ihre Anleihekäufe tatsächlich zu reduzieren, kamen überraschend schwache Konjunkturdaten aus China. Dies hat Sorgen genährt, dass sich die Konjunktur wieder spürbar verlangsamen könnte. Ein etwaiges sich in der Diskussion befindliches Konjunkturprogramm in China könnte hier ggf. zusätzlich entgegenwirken und für steigende Wachstumsraten sorgen. Im Euroraum dürfte sich die leichte konjunkturelle Belebung in den kommenden Monaten fortsetzen. Der Inflationsdruck wird aufgrund der stark unterausgelasteten Kapazitäten im Prognosezeitraum wohl gering bleiben.

Es wird für das laufende Jahr mit einer weiterhin hohen Volatilität an den Aktienmärkten gerechnet. Gleichwohl haben sich die Kurse in den ersten Monaten 2014, wie schon 2013, weiterhin positiv entwickelt.

Bedingt durch die Konzeption der Investitionstätigkeit laut Verkaufsprospekt werden Erträge aus den Investitionen primär zum Zeitpunkt des Auslaufens der Inhaberschuldverschreibungen erzielt. Insoweit rechnet die Geschäftsführung der Gesellschaft auch in den Folgejahren der Platzierungsphase noch mit Ergebnisbelastungen aufgrund der Kosten der Konzeptionierung und der Platzierung (Vertriebsprovisionen) und daher mit weiteren Verlustausweisen.

7. Risikobericht

Es sind keine weiteren Risiken bekannt, die entweder bestandsgefährdend sind oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben.

Rödl & Partner

Die Gesellschaft wendet ein Risikomanagementsystem und -methoden nach allgemein anerkannten Grundsätzen an. Deren Grundlage ist eine systemische Erfassung und aktive Steuerung zur Erfassung der Wahrscheinlichkeit einer Realisierung von Risiken und zur Minimierung nicht vermeidbarer Schäden. Neben Markt- und Konjunkturrisiken werden auch Betriebsrisiken anhand verschiedener Parameter quantifiziert.

Die Risiken wurden im veröffentlichten Vermögensanlagen-Verkaufsprospekt im Einzelnen näher beschrieben; auf eine nur auszugsweise Darstellung der nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung gebotenen Risikodarstellung wurde an dieser Stelle bewusst verzichtet.

8. Chancenbericht

Die Gesellschaft hat ein Vermögensanlagekonzept in Form von Kommanditanteilen erstellt und diese zum öffentlichen Vertrieb in Deutschland genehmigen lassen.

Das Vermögensanlagekonzept der Gesellschaft bietet Anlegern die Möglichkeit, als Direkt- oder Treuhandkommanditisten an den Erträgen aus den Vermögensanlagen in die Compartments der Timberland Securities S.A., Luxemburg, zu partizipieren. Die Strukturierung der Vermögensanlage als geschlossener Fonds mit Zielinvestments in den zuvor genannten Portfolien stellt zudem eine aus Sicht der Gesellschaft besondere Investitionsmöglichkeit dar.

Die Gesellschaft ist zuversichtlich, hiermit den Anlagewünschen der deutschen Anleger in besonderem Maße gerecht zu werden.

Duisburg, den 26. Juni 2014

Geschäftsführer
Thomas Krämer



optegra

Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes zur Jahresabschlussprüfung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg, mit Datum vom 26. Juni 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt: „An die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg: Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg, für das Rumpfgeschäftsjahr vom 24. Mai 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.



optegra

Köln, den 26. Juni 2014
optegra GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

(Joachim Buchau)
Wirtschaftsprüfer

(Jens Grimm)
Wirtschaftsprüfer



Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

E2. Jahresabschluss 2014 der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Rödl & Partner

BILANZ zum 31. Dezember 2014

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg

AKTIVA

Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
----------------------	----------------

A. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Eingeforderte, noch
ausstehende Einlagen
Kommanditisten

37.000,00	15.000,00
-----------	-----------

II. Kassenbestand, Bundesbank-
guthaben, Guthaben bei
Kreditinstituten und Schecks

6.065,00	4.945,42
----------	----------

<u>43.065,00</u>	<u>19.945,42</u>
------------------	------------------

BILANZ zum 31. Dezember 2014

Rödl & Partner

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital			
1. Kapitalkonto I (Einlagenkonto)		102.450,00	39.100,00
2. Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto)		86.570,44-	32.053,31-
		<u>15.879,56</u>	<u>7.046,69</u>
B. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen		13.510,00	11.690,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Andere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		13.061,40	1.208,73
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 12.881,40 (EUR 1.107,73)			
2. Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		<u>614,04</u>	<u>0,00</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 614,04 (EUR 0,00)		<u>13.657,44</u>	<u>1.208,73</u>
		<u>43.065,00</u>	<u>19.945,42</u>

Rödl & Partner

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG Verwaltung eigenen
Vermögens, Duisburg

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen		322,64	0,00
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen		54.839,77	32.053,31
3. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		54.517,13-	32.053,31-
4. Jahresfehlbetrag		54.517,13	32.053,31
5. Ergebnisverwendung		54.517,13	32.053,31
6. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Rödl & Partner

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Auf die Rechnungslegung der Gesellschaft finden die Vorschriften für kleine Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264 a HGB i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB Anwendung.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der generellen Ansatzvorschriften der §§ 246 - 251 HGB sowie unter Berücksichtigung der besonderen Ansatzvorschriften für Kapitalgesellschaften, §§ 264 - 274 a, 276 - 278 HGB, und unter Beachtung der Bewertungsvorschriften der §§ 252 - 256 a HGB erstellt.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Die Ansatzwahlrechte wurden im Geschäftsjahr unverändert ausgeübt.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert angesetzt.

Das **Guthaben bei Kreditinstituten** ist zum Nennwert angesetzt.

Sonstige Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Verpflichtungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung (notwendiger Erfüllungsbetrag) dotiert und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Rödl & Partner

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Eigenkapital

1.1. Kapitalkonto I (Einlagekonto)

Ausgewiesen werden das Kommanditkapital der Gründungskommanditisten Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, und Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg, sowie das Kommanditkapital der Anleger.

1.2. Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto)

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag laut Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresfehlbetrag von EUR -54.517,13 aus, der nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages dem Verlustkonto der Kommanditistin im Rahmen einer Ergebnisverwendungsrechnung zugewiesen wurde.

2. Verbindlichkeiten

2.1. Restlaufzeiten

Die Verbindlichkeiten haben insgesamt eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

2.2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

Im Berichtsjahr bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin Timberland Management GmbH, Duisburg, in Höhe von EUR 3.948,38 (Vorjahr EUR 1.200,05) sowie gegenüber der Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg, in Höhe von EUR 188,02 (Vorjahr EUR 8,68) und gegenüber der Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, in Höhe von EUR 8.925,00 (Vorjahr EUR 0,00).

IV. Sonstige Angaben

Rödl & Partner

1. Gesellschaftsorgane

1.1. Persönlich haftende Gesellschafterin

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Timberland Management GmbH, Duisburg, mit einem gezeichneten Kapital von EUR 25.000,00. Die Gesellschaft ist zur Kapitaleinlage nicht verpflichtet oder berechtigt und nimmt am Gewinn und Verlust der Gesellschaft nicht teil.

1.2. Geschäftsführung

Geschäftsführer gemäß § 13 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft waren im Berichtsjahr die:

**Timberland Management GmbH, Duisburg, und
Timberland Capital Management GmbH, Duisburg**

jeweils vertreten durch den Geschäftsführer Thomas Krämer.

E. Unterschrift gemäß § 245 HGB

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Duisburg, den 02. Juni 2015

Herr Thomas Krämer
(Geschäftsführer)

handelnd für die Timberland Management GmbH, Duisburg, und
Timberland Capital Management GmbH, Duisburg.

Rödl & Partner

V. Bescheinigung

Auftragsgemäß haben wir den vorstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Bücher und die uns darüber vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Hamburg, den 24. März 2015

Rödl Rechtsanwaltsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft mbH

(Martin Führlein)
Rechtsanwalt / FfAStR
Steuerberater

(Meike Beuermann)
Steuerberaterin

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

Rödl & Partner

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg (im Folgenden kurz „OptiMix B“ oder „Gesellschaft“ genannt) gehört zu 99 % der Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg. Eine Minderheitsbeteiligung von 1 % hält die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH.

Auf der Grundlage eines strukturierten Vermögensanlagensmodells bietet die Gesellschaft Anlegern eine unmittelbare bzw., über die Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg, eine mittelbare Beteiligung an der OptiMix B an. Die Gesellschaft investiert ihrerseits in die Zielgesellschaft Timberland Securities S.A., Luxemburg. Diese legt hierzu ein Compartment OptiMix B auf, in dessen Rahmen dem Prospekt entsprechend in die verschiedenen Produkte investiert werden soll.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH und die Komplementärin Timberland Management GmbH, durch ihren Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer, Kaufmann, geführt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2014 konnte das globale Wirtschaftswachstum im Zuge der fortbestehenden Staatsschuldenkrise nur moderat fortgesetzt werden, wobei die Entwicklungen in den einzelnen Ländern und Regionen stark divergierten. Niedrige Inflationsraten und die unterschiedlichen Ausmaße der Reformbemühungen der von der Krise betroffenen Mitgliedsstaaten führten dazu, dass die wirtschaftliche Erholung für den Euroraum ausweislich des Geschäftsberichtes der Deutschen Bundesbank 2014 nur sehr schleppend und ungleich verlief.

Gestützt durch die expansive Geldpolitik betrug der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Industrieländern im vergangenen Jahr durchschnittlich etwa 1,6 %. Für den Euroraum lag der Zuwachs des realen BIP zwar lediglich bei durchschnittlich 0,9 %, allerdings ist hiermit zum ersten Mal seit drei Jahren überhaupt ein Anstieg zu verzeichnen. Während in Japan das reale BIP durch eine schwache Binnennachfrage nahezu stagnierte, konnte die USA ein recht solides Wachstum von 2,4 % verzeichnen.

Rödl & Partner

Die Schwellenländer unterlagen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr infolge struktureller Engpässe sowie aufgrund finanzieller und makroökonomischer Ungleichgewichte insgesamt bremsenden Einflüssen auf das Wirtschaftswachstum. Mit einem durchschnittlichen Satz von 4,0 % blieb der Beitrag der aufstrebenden Volkswirtschaften zum globalen Wachstum spürbar hinter dem vergangenen 10-Jahres-Durchschnitt zurück.

Die deutsche Volkswirtschaft konnte ausweislich des Bundeswirtschaftsministeriums nach zwei schwachen Jahren (2012 und 2013) im Jahr 2014 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % verzeichnen. Getragen von einem ausgesprochen positiven Konsumklima und einer Erholung der Industriekonjunktur erstarkte das Wirtschaftswachstum in Deutschland nach einer enttäuschenden Sommerhälfte zum Jahresende 2014. Insgesamt befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in einer guten Verfassung.

Die Finanzmärkte standen 2014 sowohl im Bann der Geldpolitik als auch der geopolitischen Spannungen, hier insbesondere dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Während die EZB ihre geldpolitische Haltung weiter lockerte - u. a. durch die weitere Absenkung des Leitzinses auf 0,05 % - leitete die US-Notenbank einen sukzessiven Ausstieg aus ihrer extrem lockeren Geldpolitik ein. Sie stellte die Anleihekäufe im Laufe des Jahres schrittweise komplett ein.

Durch das langanhaltende Niedrigzinsumfeld sowie unter Berücksichtigung der durch die Zentralbanken der westlichen Länder verursachten Geldschwemme profitierten die Aktien- und Rentenmärkte und konnten auf der Suche nach Sicherheit oder Rendite Mittelzuflüsse verzeichnen.

Die Aktienmärkte waren 2014 äußerst volatil, insbesondere die europäischen Indizes unterlagen in der zweiten Jahreshälfte starken Schwankungen.

2.2. Vermögensanlage und Vermögensverwaltung

Die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG ist ausgerichtet auf das Einwerben von Anlegern zur renditeorientierten Direktbeteiligung. Die Gesellschaft investiert dabei als Emittentin das eingeworbene Kapital gemäß Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013 und Gesellschaftsvertrag vom 24. Mai 2013 über die Zeichnung von Inhaberschuldverschreibungen in die Timberland Securities S.A. als Zielgesellschaft mit Sitz in Luxemburg. Zum 31. Dezember 2014 wurde Eigenkapital in Höhe von € 102.450,00 gezeichnet und eingefordert. Zum Bilanzstichtag sind davon € 36.999,00 noch nicht eingezahlt.

2.3. Angaben gemäß § 24 Abs. 1 Satz 3 VermAnlG

Rödl & Partner

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 37 an Vergütungen aufgewendet, welche in Höhe von T€ 27 gezahlt wurden.

Die Vergütungen entfallen in Höhe von Euro 35.700 auf die Timberland Capital Management GmbH, Euro 1.190 auf die Timberland Management GmbH und Euro 179,34 auf die Timberland Capital Trust GmbH. Insgesamt entfallen T€ 36 auf feste und T€ 1 auf variable Vergütungen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind keine besonderen Gewinnbeteiligungen gezahlt worden.

Die Betragsangaben mit „T€“ sind gerundet auf volle Tausender.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es keine Führungskräfte und Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil der Gesellschaft auswirken, daher wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr auch keine Vergütungen gemäß 24 Abs. 1 S.3 Ziff. 2 VermAnlG gezahlt.

2.4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.4.1. Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über eingefordertes Kapital i. H. v. T€ 102, dem gegenüber steht variables Kapital i. H. v. T€ -87. Das variable Kapital setzt sich zusammen aus dem zugewiesenen Vorjahresergebnissen i. H. v. T€ -32 und dem zugewiesenen Ergebnis des Geschäftsjahres i. H. v. T€ -55. Die Planung der Vermögenslage der Gesellschaft ist dem Verkaufsprospekt zu entnehmen. Die Platzierung der Kommanditanteile erfolgt als Vermögensanlage gemäß § 11 Verkaufsprospektgesetz mit Verkaufsprospekt vom 27. Juni 2013. Die Veröffentlichung des Verkaufsprospektes wurde durch die zuständige Behörde genehmigt.

2.4.2. Finanzlage

Die Liquiditätssituation des Unternehmens war im Jahr 2014 zufriedenstellend. Der Zahlungsverkehr konnte zeitgerecht abgewickelt werden. Insgesamt wird zum Abschlussstichtag ein Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von T€ 6 ausgewiesen.

2.4.3. Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 55 resultiert insbesondere aus der Geschäftsführungsvergütung (T€ 36) und Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (T€ 15) sowie der allgemeinen Kosten der laufenden Platzierung.

Rödl & Partner

2.5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit dient als interne Steuerungsgröße der Gesellschaft. Neben den originären Verwaltungskosten der Gesellschaft beeinflussen den Indikator vorwiegend Verkaufsprovisionen. Somit stellt der Indikator eine Kenngröße für den Platzierungsfortschritt im abgelaufenen Geschäftsjahr dar. Nach Ablauf der Platzierungsphase dient der Indikator zur Steuerung der Verwaltungskosten der Gesellschaft.

Die Planung des Verkaufsprospektes vom Juni 2013 sah ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für das zurückliegende Geschäftsjahr in Höhe von T€ -1.997 vor, tatsächlich belief sich das Ergebnis allerdings nur auf T€ -55. Damit steht die Gesellschaft deutlich besser da als erwartet, was maßgeblich daran liegt, dass das geplante Platzierungsziel für 2014 nicht erreicht worden ist.

3. Satzung und Firma

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2014 durch die Geschäftsführende Kommanditisten Timberland Capital Management GmbH, Duisburg, und die Komplementärin Timberland Management GmbH, Duisburg, vorgenommen. Beide werden jeweils durch ihren Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer, Kaufmann, Luxemburg, vertreten. Dieser ist geschäftsansässig in Duisburg.

4. Personal

Die Gesellschaft beschäftigte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Angestellten.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eingetreten.

6. Prognosebericht

Angesichts eines gedämpften Wirtschaftswachstums, zunehmender geopolitischer Spannungen und der stärkeren wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Finanz- und Geldpolitik bleibt die weltweite Konjunkturlage potenziell wechselhaft.

Ausweislich des Bundeswirtschaftsministeriums rechnet die Bundesregierung für Deutschland in ihrer Jahresprojektion mit einem Anstieg des realen BIP von 1,5 % für das laufende Jahr 2015. Demgegenüber ist der negative mittelfristige Ausblick gemäß Bundesbankbericht 2014 zu nennen, welcher u. a. auf die ungünstigen demografischen Perspektiven (z. B. Rente mit 63) verweist.

Für die Asset-Management-Branche dürften sichere Markteinschätzungen und Prognosen im Hinblick auf die vorab genannte globale Wirtschaftslage zunehmend schwieriger werden.

Es wird davon ausgegangen, 2015 am organischen Wachstum des Marktes unter Berücksichtigung seiner Stärkung der nunmehr sukzessive zum Abschluss kommenden durchgeführten umfangreichen Neuregulierung des Marktes teilzuhaben. Weiterhin wird angenommen, dass die allgemein positive Entwicklung der Mittelzuflüsse im Aktien- und Fondsbereich infolge der Dauer-Niedrigzinsphase anhalten wird.

Es ist davon auszugehen, dass die Aktienmärkte weiterhin volatil verlaufen werden. Gleichwohl haben sich die Kurse in den ersten Monaten 2015 wie schon 2014 weiterhin positiv entwickelt.

Insgesamt erwartet die OptiMix B für die Jahre 2015 und 2016 eine gute Geschäftsentwicklung.

Für das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden T€ -1.907 angestrebt, was den Planungen des Verkaufsprospektes aus Juni 2013 entspricht. Dies wird durch die Ausweitung der Vertriebsaktivitäten erreicht.

7. Risikobericht

Es sind keine weiteren Risiken bekannt, die entweder bestandsgefährdend sind oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben. Die Gesellschaft wendet ein Risikomanagementsystem und -methoden nach allgemein anerkannten Grundsätzen an. Deren Grundlage ist eine systemische Erfassung und aktive Steuerung zur Erfassung der Wahrscheinlichkeit einer Realisierung von Risiken und zur Minimierung nicht vermeidbarer Schäden.

Neben Markt- und Konjunkturrisiken werden auch Betriebsrisiken anhand verschiedener Parameter quantifiziert.

Die Risiken wurden im veröffentlichten Vermögensanlagen-Verkaufsprospekt im Einzelnen näher beschrieben; auf eine nur auszugsweise Darstellung der nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung gebotenen Risikodarstellung wurde an dieser Stelle bewusst verzichtet.

8. Chancenbericht

Die Gesellschaft hat ein Vermögensanlagekonzept in Form von Kommanditanteilen erstellt und diese zum öffentlichen Vertrieb in Deutschland genehmigen lassen.

Rödl & Partner

Das Vermögensanlagekonzept der Gesellschaft bietet Anlegern die Möglichkeit, als Direkt- oder Treuhandkommanditisten an den Erträgen, aus den Vermögensanlagen in die Compartments der Timberland Securities S.A., Luxemburg, zu partizipieren. Die Strukturierung der Vermögensanlage als geschlossener Fonds mit Zielinvestments in den zuvor genannten Portfolien stellt zudem eine aus Sicht der Gesellschaft besondere Investitionsmöglichkeit dar.

Die Gesellschaft ist zuversichtlich, hiermit den Anlagewünschen der deutschen Anleger in besonderem Maße gerecht zu werden.

Duisburg, den 02. Juni 2015

Geschäftsführer
Thomas Krämer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers



optegra

An die Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG, Duisburg, für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Die Prüfung umfasst auch die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des Vermögensanlagengesetzes (VermAnlG) und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Darüber hinaus liegt die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 25 VermAnlG i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf den Jahresabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und den Lagebericht wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten gemäß § 25 Abs. 3 VermAnlG haben wir auf Basis einer Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse



optegra

entspricht der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse ist die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß erfolgt. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 14. August 2015

optegra GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Jens Grimm)
Wirtschaftsprüfer

(Peter Lenz)
Wirtschaftsprüfer



Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

F. Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle und die Führung von Sonderkonten und Sonderdepots

Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle und die Führung von Sonderkonten und Sonderdepots

zwischen der

Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, Feldstraße 8, 47198 Duisburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter der HRA 11388, vertreten durch ihre alleinvertretungsberechtigte und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreite Geschäftsführende Kommanditistin, die Timberland Capital Management GmbH, diese wiederum vertreten durch ihren alleinvertretungsberechtigten und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer

– im Folgenden auch „**Auftraggeberin**“ genannt –

und

der Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Kaiserstraße 24, 60311 Frankfurt am Main, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der HRB Nr. 20065, vertreten durch die Unterzeichner

– im Folgenden auch „**Mittelverwendungskontrolleur**“ genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel

1. Die Auftraggeberin als Fondsgesellschaft ist ein AIF im Sinne des § 353 Abs. 1 KAGB, die vor Inkrafttreten des KAGB ein Verpflichtungsgeschäft über den Erwerb der Vermögensgegenstände des AIF abgeschlossen hat. Die Auftraggeberin ist insoweit self-managed AIF, auf die die Bestimmungen des VermAnlG anzuwenden sind.
2. Der Mittelverwendungskontrolleur hat nicht geprüft, ob die Voraussetzungen von § 353 Abs. 1 KAGB bei der Auftraggeberin erfüllt sind und diese nicht erlaubnis - oder registrierungspflichtig ist. Die Auftraggeberin hat dem Mittelverwendungskontrolleur eine rechtliche Stellungnahme eines Rechtsanwalts/einer Rechtsanwaltsgesellschaft vorgelegt, welche unter Begründung feststellt, dass die Voraussetzungen von § 353 Abs. 1 KAGB erfüllt sind.

3. Die Aufgabe des Mittelverwendungskontrolleurs, namentlich die Konto- und Depotführung sowie Mittelverwendungskontrolle, stellt keinen Verwahrstellenvertrag i. S. des KAGB dar. Die wechselseitigen Aufgaben und Verpflichtungen zwischen Auftraggeber und Mittelverwendungskontrolleur sind in diesem Vertrag abschließend beschrieben.
4. Der Mittelverwendungskontrolleur übernimmt seine in diesem Vertrag abschließend definierten Aufgaben ausschließlich gegenüber der Auftraggeberin und nicht gegenüber den Anlegern; insbesondere übernimmt der Mittelverwendungskontrolleur den Anlegern gegenüber keinerlei Verpflichtungen. Dem Mittelverwendungskontrolleur obliegt insbesondere nicht die Kontrolle, ob die Vorgaben des Gesellschaftsvertrags eingehalten werden.
5. Unternehmensgegenstand der Auftraggeberin ist die Verwaltung eigenen Vermögens durch den Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Anteilen des Teilvermögens (Compartments) mit der Bezeichnung „OptiMix B“ einer oder mehrerer Verbriefungsgesellschaften, die in auf den Inhaber lautenden Teilschuldverschreibungen verbrieft sind.
6. Die Auftraggeberin hat am 19. Juli 2013 einen Begebungs- und Übernahmevertrag für Orderteilschuldverschreibungen („Notes“) geschlossen.

Gemäß diesem Vertrag zeichnet sowie verpflichtet sich die Auftraggeberin Orderteilschuldverschreibungen mit der Bezeichnung „OptiMix B“ einer oder mehrerer Verbriefungsgesellschaften, und zwar ausschließlich der Timberland Securities S.A., Timberland Securities PLC und/oder Timberland Securities SPC mit einem Nennbetrag von bis zu Euro 500.000.000,- in einem oder mehreren Teilbeträgen bis zum 31. Dezember 2022 abzunehmen (Anlageobjekte der Emittentin). Der Ausgabekurs der Orderschuldverschreibung beträgt 100 % des Nennbetrages. Die Laufzeit ist befristet bis maximal zum 31. Dezember 2048. Eine Verzinsung erfolgt nicht.

7. Um dieses Vorhaben zu finanzieren, soll das Kommanditkapital der Auftraggeberin durch Aufnahme von Direktkommanditisten und mittelbar über einen Treuhänder beteiligte Kommanditisten (im Folgenden zusammen „Anleger“) um bis zu Euro 499.998.750,-, erhöht werden, wobei das Kommanditkapital in Abhängigkeit vom Platzierungsverlauf um weitere Euro 250.000.000,-, also um insgesamt Euro 749.998.750,-, erhöht werden kann. Die Anleger haben ihre Einlage auf ein Sonderkonto der Auftraggeberin zu zahlen.

Die Vertragsparteien schließen diesen Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle und Führung von Sonderkonten und Sonderdepots („Mittelverwendungskontrollvertrag“):

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1. Gegenstand dieses Vertrages ist

- a) die Kontrolle und Freigabe der Auszahlung der aus der Erhöhung des Kommanditkapitals von den Anlegern auf dem/den Sonderkonto/Sonderkonten der Auftraggeberin gemäß § 2 Abs. 1 eingezahlten Gelder.
 - b) Die Kontrolle des Erwerbs, der Veräußerung und ggf. Reinvestition des bzw. der unter dem Punkt 4 der Präambel dargestellten Anlageobjekte der Auftraggeberin sowie der Kontrolle und Freigabe dieses Erwerbs, der Veräußerung und ggf. Reinvestition auf einem oder mehreren Sonderdepots gemäß § 3 beim Mittelverwendungskontrolleur oder einem EU-/EWR-Kreditinstitut.
 - c) Die Verbuchung aller Mittelrückflüsse, die Wiederanlage der an die Auftraggeberin zurückgeflossenen Gelder und die Anlage der Liquiditätsreserve.
2. Der Mittelverwendungskontrolleur übernimmt keine weiteren als die im vorstehenden Absatz 1 genannten Aufgaben. Der Mittelverwendungskontrolleur prüft insbesondere nicht die Bonität von Vertragspartnern und auch nicht die Angemessenheit, Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Verträge, auf deren Basis Zahlungen an Vertragspartner erfolgen. Die Wiederanlage der an die Auftraggeberin zurückgeflossenen Gelder unterliegt ebenfalls diesem Vertrag.
3. Der Mittelverwendungskontrolleur hat nicht die Emissionsunterlagen der Beteiligung an der Auftraggeberin (Verkaufprospekt, Werbeunterlagen usw.) geprüft. Er hat ferner nicht die wirtschaftliche, rechtliche und steuerliche Konzeption des in der Präambel beschriebenen Investitionsvorhabens geprüft.

§ 2 Ausgestaltung des/der Sonderkontos/Sonderkonten

1. Die Auftraggeberin hat bei der Commerzbank, Kontonummer 151 790 3, Bankleitzahl: 320 400 24, IBAN: DE51 3204 0024 0151 7903 00, BIC: COBA DEFF ein insolvenzfestes Sonderkonto (Einzelkonto) für die Einzahlung der Anleger eingerichtet. Zugunsten des Mittelverwendungskontrolleurs wird eine Sperre errichtet, so dass die Auftraggeberin nur mit Zustimmung des Mittelverwendungskontrolleurs zu Verfügungen berechtigt ist. Das kon- toführende Kreditinstitut ist anzuweisen, dass Änderungen hinsichtlich der Verfügungsberechtigung und/oder Zeichnungsberechtigung der schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin und des Mittelverwendungskontrolleurs bedürfen. Ferner hat die Auftraggeberin beim Mittelverwendungskon-

trolleur ein solches Sonderkonto eingerichtet, auf das von den sonstigen Sonderkonten der Auftraggeberin die Salden regelmäßig übertragen werden (nachfolgend auch „zentrales Sonderkonto“). Ausschüttungen und Kapitalrückzahlungen an die Anleger erfolgen ausschließlich über das bei der Commerzbank geführte Sonderkonto. Das Schriftformerfordernis wird durch Erklärungen per E-Mail oder in sonstiger elektronischer Form nicht gewahrt.

2. Verfügungsberechtigt und zeichnungsberechtigt über diese Sonderkonten ist die Auftraggeberin mit Zustimmung des Mittelverwendungskontrolleurs. Verfügungen über die auf diese Konten geleisteten Einzahlungen können ausschließlich nach den Bestimmungen dieses Mittelverwendungskontrollvertrags erfolgen.
3. Die Auftraggeberin hat dafür Sorge zu tragen, dass dem Mittelverwendungskontrolleur durch das kontoführende Kreditinstitut eine Zweitschrift der Auszüge des/der Sonderkontos/Sonderkonten sowie alle diese(s) Konto/Konten betreffende Korrespondenz übermittelt wird.
4. Auf erstmaliges Anfordern ist dem Mittelverwendungskontrolleur die Einsichtnahme in das/die Sonderkonto/Sonderkonten mittels eines anerkannten Online-Banking-Verfahrens einzuräumen.
5. Diese(s) Sonderkonto/-konten werden im Falle der Einzahlungskonten, die nicht beim Mittelverwendungskontrolleur geführt werden, insbesondere mittels Und-Verfügung zwischen Mittelverwendungskontrolleur und Auftraggeberin geführt oder es werden andere aus Sicht des Mittelverwendungskontrolleurs und der Auftraggeberin geeignete Verfügungsbeschränkung(en) zur Durchführung des Zweckes dieser Regelung (nachfolgend auch „Sperrkonten“) getroffen; hierzu werden in § 2 dieses Vertrages ergänzende Regelungen getroffen.

§ 3 Ausgestaltung des/der Sonderdepots

1. Die Auftraggeberin hat beim Mittelverwendungskontrolleur, vorbehaltlich der Bestimmung in § 5 Nr. 1 Satz 3 dieses Vertrags, ein insolvenzfestes Sonderdepot (Einzeldepot) für die Durchführung des Erwerbs, der Veräußerung sowie einer etwaigen Wiederanlage des/der Anlageobjekts/Anlageobjekte eingerichtet.
2. Verfügungsberechtigt und zeichnungsberechtigt über dieses Sonderdepot ist die Auftraggeberin gemeinsam mit dem Mittelverwendungskontrolleur. Verfügungen über die in diese(s) Depot(s) verbuchten Anlagegegenstände können ausschließlich nach den Bestimmungen dieses Mittelverwendungskontrollvertrages erfolgen.

3. Die Auftraggeberin bestätigt zur Vermeidung von Zweifeln, dass auf die Verwahrung nicht das KAGB oder andere aufsichtsrechtliche Gesetze, Verordnungen oder Regularien Anwendung finden.
4. Diese(s) Sonderdepot(s) werden im Falle der Depots, die nicht beim Mittelverwendungskontrolleur geführt werden insbesondere mittels Und-Verfügung zwischen Depotbank und Auftraggeberin geführt oder es werden andere aus Sicht des Mittelverwendungskontrolleurs und der Auftraggeberin geeignete Verfügungsbeschränkungen zur Durchführung des Zweckes dieser Regelung (nachfolgend auch „Sperrdepots“) getroffen; hierzu werden in § 3 dieses Vertrages ergänzende Regelungen getroffen.
5. Die Verfügungen der Auftraggeberin über dieses Sonderdepot sind beschränkt auf den Erwerb und die Veräußerung der Anlagegegenstände gemäß Ziffer 4 der Präambel dieses Vertrages, wobei der Gegenwert jeweils dem/den Sonderkonten der Auftraggeberin beim Mittelverwendungskontrolleur gutgeschrieben bzw. belastet wird. Andere Anlagegegenstände als die Anlagegegenstände, die in Ziffer 5 der Präambel in der jeweiligen Fassung dieses Vertrages definiert sind, sind nicht zulässig.

§ 4 Umfang der Mittelverwendungskontrolle

1. Der Mittelverwendungskontrolleur gibt die auf dem/den Sonderkonto/-konten der Auftraggeberin eingegangenen Beträge auf Anforderung der Geschäftsführung der Auftraggeberin in folgenden Fällen frei:
 - a) Im Zusammenhang mit der Realisierung des in der Präambel beschriebenen Investitionsvorhabens entstehende Kosten (insbesondere für den Erwerb des/der Compartments OptiMix B der Zielinvestments wie in der Präambel beschrieben) sind gegen Vorlage der Originalrechnung und des zu Grunde liegenden Vertrags (z. B. Kaufvertrag/Zeichnungsauftrag/Wertpapierorder) freizugeben, soweit diese fällig sind;
 - b) Im Wege der Auftragserteilung (Wertpapierauftrag) für den Erwerb und/oder die Veräußerung bei girosammelverwahrten Wertpapieren auf einem/mehreren Sonderdepot(s) der Auftraggeberin beim Mittelverwendungskontrolleur;
 - c) Im Zusammenhang mit Bildung einer anfänglichen Liquiditätsreserve in Höhe von bis zu Euro 11.000,-;
 - d) Provisionen für die Vermittlung von Kommanditkapital maximal in Höhe von 10 % des Kommanditkapitals zzgl. des tatsächlich gezahlten Agios gegen Vorlage einer entsprechenden Rechnung bzw. eines Nachweises;

e) Kosten der Fondskonzeption, der Verkaufsprospekterstellung sowie Kosten für Marketing zur Platzierung der Emission maximal in Höhe des im Verkaufsprospekt enthaltenen Investitionsplans aufgeführten Betrags gegen Vorlage einer oder mehrerer entsprechenden/entsprechender Rechnung(en) bzw. Nachweise. Die Auftraggeberin teilt jeweils dem Mittelverwendungskontrolleur mit, um welche der vorgenannten Kategorien (Kosten für „Fondskonzeption“, für „Verkaufsprospekterstellung“ sowie für „Marketing zur Platzierung der Emission“) es sich bei den Rechnungen handelt. Ferner stellt die Auftraggeberin dem Mittelverwendungskontrolleur im Hinblick auf die zulässige Höhe der Kosten entsprechend den Vorgaben des im Verkaufsprospekt enthaltenen Investitionsplans ihre laufende Berechnung zur Verfügung. Der Mittelverwendungskontrolleur hat weder die jeweils durch die Auftraggeberin vorzunehmende Qualifizierung der Kosten im oben genannten Sinne noch die Richtigkeit der Berechnung der Höhe der Kosten zu prüfen;

f) Kosten für Steuer- und Rechtsberatung sowie Jahresabschlussprüfung maximal in Höhe des im Investitionsplan aufgeführten Betrags gegen Vorlage einer oder mehrerer entsprechenden/entsprechender Rechnung(en);

g) Vergütungen der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin sowie des Mittelverwendungskontrolleurs entsprechend der Regelungen des Gesellschaftsvertrags bzw. dieses Vertrags;

h) Provisionen im Zusammenhang mit der Anlegervermittlung und/oder Anlegerbetreuung von bis zu 0,075 % monatlich der netto der Emittentin zugeflossenen Beteiligungsbeträge;

i) Soweit auf die zuvor genannten Leistungen eine gesetzliche Umsatzsteuer anfällt, erhöht sich der aufgeführte Höchstbetrag um die gesetzliche Umsatzsteuer;

j) Auf den Sonderkonten generierte Zinserträge sind von dem Mittelverwendungskontrolleur ohne weitere Voraussetzungen freizugeben.

Der Mittelverwendungskontrolleur nimmt keine inhaltliche Prüfung der eingereichten Rechnungen oder Aufträge vor; insbesondere überprüft er nicht deren Richtigkeit und Angemessenheit. Er prüft lediglich, ob die in a) bis j) definierten formellen Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Die Freigabe der Mittel nach Abs. 1 lit. a), c) bis einschließlich g) setzt voraus, dass eine Zahlung direkt an den jeweiligen Dienstleister bzw. Auftragnehmer erfolgt. Die Freigabe der Mittel nach lit. c) und j) sind auf ein laufendes Konto der Auftraggeberin auszukehren. Vor Anweisung der Zahlung über Drittbankkonten ist der Mittelverwendungskontrolleur von der Auf-

traggeberin schriftlich über die durchzuführenden Zahlungen zu informieren. Die Freigabe erfolgt von autorisierten Personen des Mittelverwendungskontrolleurs schriftlich (unterzeichnetes Scan per E-Mail) gegenüber der Auftraggeberin.

3. Ergänzend zu den Regelungen in Absatz 1 und 2 gibt der Mittelverwendungskontrolleur Beträge, die aufgrund einer Veräußerung der unter dem Punkt 4 der Präambel dargestellten Anlageobjekte der Emittentin auf den Sonderkonten der Auftraggeberin eingegangen sind, in folgenden Fällen frei:

a) Erwerb von Orderteilschuldverschreibungen mit der Bezeichnung „Opti-Mix B“ mit einem Nennbetrag von bis zu Euro 500.000.000,- sowie im Falle der Ausübung der Erhöhungsoption gem. Präambel Ziffer 5 von bis zu 750.000.000,- in einem oder mehreren Teilbeträgen bis zum 31. Dezember 2022 von einer oder mehreren Verbriefungsgesellschaft(en); d. h. in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln;

b) Anlage in Sichteinlagen;

c) Auszahlungen an die Direktkommanditisten sowie im Falle von Treuhandkommanditisten auf Weisung der Treuhandkommanditistin direkt an den jeweiligen Treugeber.

§ 5 Weitergehende Rechte und Pflichten

1. Die Auftraggeberin verpflichtet sich, dem Mittelverwendungskontrolleur alle für die Durchführung seiner Tätigkeit erforderlichen Unterlagen und Nachweise zeitnah, sachgerecht und in angemessener Form zur Verfügung zu stellen. Soweit dies durch Erfüllungsgehilfen der Auftraggeberin erfolgt (z. B. Steuerberatungs- und/oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften) wird die Auftraggeberin sicherstellen, dass die erforderlichen Unterlagen und Nachweise ebenfalls zeitnah, sachgerecht und in angemessener Form zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Mittelverwendungskontrolleur ist über alle Beschlussfassungen der Auftraggeberin, die die Erfüllung ihrer Aufgaben betreffen, zu unterrichten.
3. Der Mittelverwendungskontrolleur ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

§ 6 Rückgriff auf Lagerstellen

Der Mittelverwendungskontrolleur ist berechtigt, die auf dem bzw. den Sonderdepot(s) verwahrten Vermögensgegenstände auf eine oder mehrere Lagerstellen

zu übertragen. Er unterweist und wählt die Lagerstellen nach pflichtgemäßem Ermessen aus. Die Auftraggeberin und der Mittelverwendungskontrolleur vereinbaren hiermit explizit, dass es sich bei dem bzw. den Depot(s) des Unterverwahrers nicht um ein insolvenzfestes Depot handeln muss. Die Auftraggeberin und die Mittelverwendungskontrolleurin nehmen zur Kenntnis, dass sich derzeit die Frage der Übertragung auf Lagerstellen nicht stellt, da die girosammelverwahrfähigen Anlagegegenstände (Wertpapiere), deren Girosammelverwahrung über Euroclear/Clearstream als übliche sogenannte Zentralverwahrer (auch „Kassenverein“, „Central Securities Depositaires“ oder kurz „CSD“) naturgemäß hergestellt sind, in Bezug auf Euroclear/Clearstream diese nicht als Unterverwahrung einzustufen sind.

§ 7 Vergütung

1. Die dem Mittelverwendungskontrolleur für die Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag gegenüber der Auftraggeberin zustehende Vergütung ist in **Anlage 1 (Vergütung- und Aufwendungsersatz des Mittelverwendungskontrolleurs)** geregelt.
2. Sämtliche Zahlungen sind seitens der Auftraggeberin nach ordnungsgemäßer Rechnungsstellung durch den Mittelverwendungskontrolleur innerhalb der in **Anlage 1** festgelegten Fristen zur Zahlung fällig.

§ 8 Haftung des Mittelverwendungskontrolleurs

1. Die Haftung des Mittelverwendungskontrolleurs richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften sowie diesem Vertrag.
2. Für die Durchführung der Mittelverwendungskontrolltätigkeit ist die Haftung des Mittelverwendungskontrolleurs auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz beschränkt. Die Haftung des Mittelverwendungskontrolleurs ist auf den unmittelbaren Schaden beschränkt. Diese Beschränkung gilt nicht bei vorsätzlichem Handeln des Mittelverwendungskontrolleurs. Die Haftung des Mittelverwendungskontrolleurs im vorgenannten Rahmen ist auf EUR 500.000,00 beschränkt. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht, soweit Kardinalpflichten verletzt werden. Treffen mehrere Schadensursachen zusammen, haftet der Mittelverwendungskontrolleur nur insoweit, wie ein Verschulden seinerseits im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Schadenentstehung mitgewirkt haben.
3. Der Mittelverwendungskontrolleur haftet ausschließlich für Pflichtverletzungen, die im Zusammenhang mit den Leistungen gemäß dieses Vertrags stehen. Er haftet zudem ausschließlich auf Grundlage der Beurteilung von seitens der Auftraggeberin eingereichter Unterlagen. Ihm kommt weder eine Wahrheitserforschungs- noch eine sonstige Beurteilungspflicht zu.

Darüber hinaus ist jede Haftung ausgeschlossen. Der Mittelverwendungskontrolleur ist nicht verantwortlich für Inhalte des Beteiligungsangebots (Verkaufsprospekt). Die Beurteilung der Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit oder Angemessenheit der vom Mittelverwendungskontrolleur zu prüfenden Handlungen der Auftraggeberin obliegt ihm nicht (ausschließlich formelle Kontrolle).

4. Etwaige Ansprüche gegen den Mittelverwendungskontrolleur verjähren unabhängig vom Rechtsgrund in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Kürzere gesetzliche Fristen gehen vor. Der Anspruch gegen den Mittelverwendungskontrolleur kann nur geltend gemacht werden, wenn der Geschädigte nicht auf andere Weise Ersatz erlangen kann.

§ 9 Vertragsdauer

1. Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und tritt zum 18.06.2015 in Kraft.
2. Die Vertragsparteien sind berechtigt, diesen Vertrag mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalendermonats, erstmalig zum 30.06.2016 zu kündigen.
3. Der Vertrag endet, ohne dass es einer schriftlichen Kündigung bedarf, wenn kumulativ das in der Präambel beschriebene Investitionsvorhaben realisiert wurde und alle Anlageobjekte der Auftraggeberin verkauft wurden, ohne dass ein Neuerwerb erfolgt bzw. mit Auflösung/Beendigung der Auftraggeberin. Eine auf dem Sonderkonto bestehende Liquiditätsreserve ist mit Ende dieses Vertrags vom Mittelverwendungskontrolleur freizugeben.
4. Kündigt die Auftraggeberin oder der Mittelverwendungskontrolleur diesen Vertrag, so wird der Mittelverwendungskontrolleur seine Aufgaben solange weiter vornehmen, bis seine Aufgaben durch einen anderen Mittelverwendungskontrolleur übernommen werden, maximal aber für einen sich der Kündigung anschließenden Zeitraum von drei weiteren Monaten. Der Übernahme der Mittelverwendungskontrolleursfunktion steht es nicht entgegen, wenn Auftraggeberin und ein anderer Mittelverwendungskontrolleur abweichende vertragliche Pflichten des Mittelverwendungskontrolleurs vereinbaren.
5. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
6. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Die elektronische Form (E-Mail) genügt nicht zur Wahrung der Schriftform.

7. Im Fall der Kündigung dieses Vertrags hat der Mittelverwendungskontrolleur dem neuen Mittelverwendungskontrolleur alle notwendigen Informationen zu liefern, die der neue Mittelverwendungskontrolleur benötigt, um die Mittelverwendungskontrolle ordnungsgemäß wahrzunehmen. Auftraggeberin und Mittelverwendungskontrolleur werden im Anlegerinteresse zusammenarbeiten, um eine ordnungsgemäße Überleitung zu gewährleisten.

§ 10 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien werden alle nicht öffentlich bekannten Informationen, die sie im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhalten, unter Beachtung der entsprechenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften vertraulich behandeln. Hiervon ausgenommen ist die Weitergabe von Informationen an Aufsichtsbehörden, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie von Informationen, zu deren Bekanntmachung eine gesetzliche Pflicht besteht. Eine Weitergabe an Konzerngesellschaften oder beauftragte Dritte ist nur dann gestattet, wenn diese sich gegenüber der weitergebenden Vertragspartei zur Vertraulichkeit verpflichtet hat. Die Vertraulichkeit besteht über das Vertragsende hinaus fort.

§ 11 Schlussbestimmungen

1. Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Auf dieses Schriftformerfordernis kann nur schriftlich verzichtet werden. Die in Satz 1 genannte Schriftform wird durch Erklärungen per E-Mail oder in sonstiger elektronischer Form nicht gewahrt.
2. Sämtliche Anlagen ergänzen den Vertrag und sind in ihren jeweils aktuellen Fassungen Bestandteil dieser Vereinbarung.
3. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame und durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für die ergänzende Vertragsauslegung.
4. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht. Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Frankfurt am Main.

Ort / Datum

Unterschrift(en) Auftraggeberin

Frankfurt am Main, 05.06.2015

Unterschrift(en) Mittelverwendungskontrolleur

G. Unterschrift

Duisburg, den 19. November 2015

Timberland Management GmbH
Thomas Krämer
Geschäftsführer



Wahre Werte und Tradition

Verkaufsprospekt

Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG

Hinweis:

Die inhaltliche Richtigkeit der Angaben im Verkaufsprospekt ist nicht Gegenstand der Prüfung des Verkaufsprospekts durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.

Inhalt

<u>1. Verantwortung für den Prospekt</u>	<u>9</u>
<u>2. Das Beteiligungsangebot im Überblick</u>	<u>10</u>
2.1. Eckdaten	10
2.2. Gründe für das Angebot und Vorhaben	12
2.3. Der Fonds auf einen Blick.....	12
<u>3. Wichtige Hinweise für den Anleger</u>	<u>14</u>
3.1. Weitere Leistungen des Anlegers	14
3.2. Weitere Kosten des Anlegers	14
3.3. Emissionskosten	14
3.4. Zeichnungsfrist, Schließungsmöglichkeit.....	15
3.5. Prospekt und Nachträge	15
<u>4. Risiken der Vermögensanlage</u>	<u>17</u>
4.1. Grundsätzliche Risikoerwägungen	17
4.2. Maximalrisiko.....	17
4.3. Prognose- und anlagegefährdende Risiken	17
4.4. Anlegerbezogene Risiken	26
4.5. Sonstige Risiken.....	27
<u>5. Die Geschäftstätigkeit der</u>	
<u>Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG</u>	<u>28</u>
5.1. Geschäftstätigkeit	28
5.2. Laufende Investitionen	28
5.3. Geschäftsgang 2013 und Aussichten (PROGNOSE)	28
<u>6. Anlagestrategie, Anlagepolitik, Anlageziel</u>	
<u>der Vermögensanlage und Anlageobjekte</u>	<u>28</u>
6.1. Geplante Anlageobjekte der Emittentin.....	28
6.2. Anlagestrategie, Anlagepolitik und Anlageziel der Vermögensanlage	29
6.3. Realisierungsgrad.....	29
6.4. Geplante Anlageobjekte der Zielgesellschaft, Investitionsstrategie	30
6.5. Investitions- und Finanzierungsplan der Emittentin.....	30
<u>7. Die rechtlichen Grundlagen der Beteiligung</u>	<u>33</u>
7.1. Unternehmensdaten der	
Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG.....	33
7.2. Die Beteiligung.....	42

<u>8. Steuerliche Grundlagen der Beteiligung</u>	<u>50</u>
8.1. Allgemeiner Hinweis	50
8.2. Vorbemerkung.....	50
8.3. Einkommensteuer	50
8.4. Abgeltungssteuer	52
8.5. Feststellungsverfahren	52
8.6. Verlustbeschränkung	52
8.7. Gewerbesteuer	53
8.8. Umsatzsteuer.....	53
8.9. Steuerbegünstigte Investoren.....	53
<u>9. Übersicht der wichtigsten Vertragspartner</u>	<u>54</u>
9.1. Wesentliche Vertragspartner	54
9.2. Wesentliche Verträge	58
<u>10. Eröffnungsbilanz der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG</u>	
zum 24.05.2013	60
<u>11. Zwischenübersicht der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG</u>	<u>61</u>
<u>12. Voraussichtliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage</u>	<u>61</u>
12.1. Einleitung und Wirkungszusammenhänge	61
12.2. Planungsgrundlagen und wesentliche Annahmen.....	61
12.3. Plan-Bilanz der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG	
(PROGNOSE)	63
12.4. Plan-Gewinn- und Verlustrechnung der Timberland Fonds	
– OptiMix B GmbH & Co. KG (PROGNOSE).....	65
12.5. Plan-Liquiditätsrechnung der Timberland Fonds	
– OptiMix B GmbH & Co. KG (PROGNOSE).....	67
12.6. Planzahlen zu Investitionen, Produktion, Umsatz und Ergebnis	69
<u>13. Ergänzende Angaben nach</u>	
der Vermögensanlagen - Verkaufsprospektverordnung –	
VermVerkProspV	70
13.1. § 4 Satz 1 Nr. 2 VermVerkProspV	70
13.2. § 4 Satz 3 VermVerkProspV	70
13.3. § 5 Nr. 6 VermVerkProspV	70
13.4. § 6 Satz 1 Nr. 2 VermVerkProspV	70
13.5. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 a-d VermVerkProspV	70
13.6. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 VermVerkProspV	70
13.7. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 a VermVerkProspV	70

13.8. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 b VermVerkProspV	70
13.9. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 7 VermVerkProspV	70
13.10. § 7 Absatz 2 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV	71
13.11. § 7 Absatz 3 VermVerkProspV	71
13.12. § 7 Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV	71
13.13. § 8 Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV	71
13.14. § 8 Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV	71
13.15. § 9 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 VermVerkProspV	71
13.16. § 9 Absatz 1 Satz 2 VermVerkProspV	71
13.17. § 9 Absatz 2 Nr. 2 VermVerkProspV	72
13.18. § 9 Absatz 2 Nr. 3 VermVerkProspV	72
13.19. § 9 Absatz 2 Nr. 4 VermVerkProspV	72
13.20. § 9 Absatz 2 Nr. 5 VermVerkProspV	72
13.21. § 9 Absatz 2 Nr. 6 VermVerkProspV	72
13.22. § 9 Absatz 2 Nr. 7 VermVerkProspV	72
13.23. § 9 Absatz 2 Nr. 8 VermVerkProspV	72
13.24. § 12 Absatz 1 Nr. 1 VermVerkProspV	72
13.25. § 12 Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV	73
13.26. § 12 Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV	73
13.27. § 12 Absatz 1 Nr. 4 VermVerkProspV	73
13.28. § 12 Absatz 1 Nr. 5 a VermVerkProspV	73
13.29. § 12 Absatz 1 Nr. 5 b VermVerkProspV	73
13.30. § 12 Absatz 1 Nr. 6 VermVerkProspV	73
13.31. § 12 Absatz 2 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV	73
13.32. § 12 Absatz 3 VermVerkProspV	73
13.33. § 12 Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV	74
13.34. § 12 Absatz 6 i.V.m Absatz 1 Nr. 1 VermVerkProspV	74
13.35. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV	74
13.36. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV	74
13.37. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 4 VermVerkProspV	74
13.38. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 5 a VermVerkProspV	74
13.39. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 5 b VermVerkProspV	74
13.40. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 6 VermVerkProspV	74
13.41. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 2 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV	75
13.42. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 3 VermVerkProspV	75
13.43. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV	75
13.44. § 12 Absatz 6 VermVerkProspV	75
13.45. § 14 VermVerkProspV	75

14. Gesellschaftsvertrag	
der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG	76
15. Treuhand- und Verwaltungsvertrag	97
16. Hinweise zur Zeichnung	103
16.1. Prospektunterlagen prüfen	103
16.2. Beitrittsantrag (Zeichnungsschein)	103
16.3. Treuhandvertrag.....	103
16.4. Annahmeerklärung.....	103
16.5. Widerruf.....	103
16.6. Überweisung.....	103
16.7. Handelsregister	104
17. Abschließende Hinweise	104
17.1. Grundlage für Prospektangaben	104
17.2. Einsichtnahme in Unterlagen	104
17.3. Umfang der Prospekthaftung	104
18. Fernabsatzrechtliche Informationen für den Verbraucher	105
18.1. Allgemeine Unternehmensinformationen.....	105
18.2. Informationen über die Beteiligung	105
19. Glossar	109

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.

1. Verantwortung für den Prospekt

Anbieterin der mit diesem Prospekt angebotenen Vermögensanlage sowie Prospektverantwortliche ist ausschließlich die

TIMBERLAND MANAGEMENT GMBH

Sitz:
Duisburg

Geschäftsanschrift:
Feldstraße 8
47198 Duisburg

Die Anbieterin, vertreten durch den Geschäftsführer, übernimmt für den Inhalt dieses Verkaufsprospektes die Verantwortung und erklärt, dass die im Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

Duisburg, den 27.06.2013 (Datum der Prospektaufstellung)

Thomas Krämer
Geschäftsführer der Timberland Management GmbH

Hinweis: Bei fehlerhaftem Verkaufsprospekt können Haftungsansprüche nur dann bestehen, wenn die Vermögensanlage während der Dauer des öffentlichen Angebots, spätestens jedoch innerhalb von zwei Jahren nach dem ersten öffentlichen Angebot der Vermögensanlage im Inland, erworben wird.

2. Das Beteiligungsangebot im Überblick

2.1. Eckdaten

Fondsgesellschaft und Beteiligung

Fondsgesellschaft	Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG
Sitz	Duisburg
Geschäftsfelder	Verwaltung eigenen Vermögens durch Investition in Inhaberteil-schuldverschreibungen an der Timberland Securities S.A.
Geschäftsführung	Komplementärin und Geschäftsführende Kommanditistin
Komplementärin (persönlich haftende Gesellschafterin)	Timberland Management GmbH
Treuhandkommanditistin	Timberland Capital Trust GmbH
Geschäftsführende Kommanditisten	Timberland Capital Management GmbH
Beteiligungsform	Kommanditbeteiligung; entweder als Direktkommanditist oder über eine Treuhandbeteiligung.
Fondsvolumen	Euro 499.998.750
Mindestzeichnungssumme	Euro 5.000,-, höhere Beträge müssen durch 1 teilbar sein.
Ausgabekurs	100 % der Pflichteinlage zzgl. Agio Die Geschäftsführung der Fondsgesellschaft kann nach eigenem billigem Ermessen (§ 315 BGB) Kommanditisten nachlassen, ihre Pflichteinlage ratierlich einzuzahlen, insbesondere mit der Zahlung einer Eröffnungszahlung in Höhe von 10 % der Pflichteinlage, was nachfolgend auch als „OptiMix Investment Plan B “ oder „OptiMix Strategie B “ bezeichnet wird.
Agio	Es steht im Ermessen der Fondsgesellschaft ein Agio in Höhe von bis zu 5 % der gezeichneten Kapitalanlage zu erheben.
Hafteinlage	0,1 % der Pflichteinlage
Rechte des Anlegers	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an und Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung • Ergebnisbeteiligung • Informations- und Kontrollrecht • Kündigungsrecht • Recht zur Übertragung des Kommanditanteils • Recht auf Zahlung eines Abfindungsguthabens • Recht auf einen Teil des Liquidationserlöses • Ausschüttungsanspruch/Gewinnauszahlungsanspruch
Laufzeit	Der Anleger kann seine Beteiligung erstmals mit Wirkung zum Ablauf des vollen siebten Beteiligungsjahres ordentlich kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt jeweils sechs Monate zum Ende eines Kalenderjahres. Nachfolgend ist eine Kündigung zum Ende des jeweiligen folgenden Geschäftsjahres möglich.

Mittelverwendungskontrolle	Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung besteht noch keine unabhängige Mittelverwendungskontrolle. Es ist jedoch geplant eine unabhängige Mittelverwendungskontrolle in der Investitionsphase auf der Ebene der Fondsgesellschaft zu errichten.
Handelbarkeit	Die Übertragung der Beteiligung ist nur mit Zustimmung möglich. Die freie Handelbarkeit ist stark eingeschränkt.
Fondsschließung	31. Dezember 2022. Die Komplementärin ist berechtigt, ohne Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der Kommanditisten einmalig oder mehrmalig die Zeichnungsfrist zu verlängern sowie die Fondsschließung vor dem 31. Dezember 2022, z. B. mit Erreichen des Fondsvolumens („Platzierungssumme“) oder aus anderen Gründen, vor Erreichen der Platzierungssumme vorzunehmen.
Angesprochene Anlegerkreise	Anleger, die einen langfristigen Anlagehorizont haben. Dabei muss sich der Anleger der im Kapital „Risiken der Vermögensanlage“ (siehe Seiten 17 bis 27) dargestellten Risiken bewusst sein.

2.2. Gründe für das Angebot und Vorhaben

Die Fondsgesellschaft beabsichtigt, im Rahmen der Verwaltung ihres eigenen Vermögens Inhaberteilschuldverschreibungen, an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartments der noch zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B, zu erwerben, zu verwalten und gegebenenfalls zu verwerten (Anlageobjekt der Emittentin).

Insoweit beabsichtigt die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG rein vermögensverwaltend in Bezug auf die Inhaberteilschuldverschreibungen tätig zu werden. Der Erwerb kann sowohl unmittelbar durch die Emittentin, ggf. unter Einschaltung eines oder mehrerer Intermediäre, als auch auf einem Sekundärmarkt erfolgen. Hierneben kann die Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie Sichteinlagen und Festgelder anlegen. Die Timberland Securities S.A. wird wiederum in ein oder mehreren Compartments einer oder mehrere Verbriefungsgesellschaft(en), insbesondere mit Sitz in Luxemburg, sowie alle zulässigen Vermögensgegenstände investieren (Anlageobjekte der Zielgesellschaft). Während der Beteiligungsdauer sollen Erträge aus dieser Beteiligung erzielt werden und die Beteiligung nach einem Zeitraum von voraussichtlich mindestens fünf und höchstens 35 Jahren aufgelöst oder veräußert werden.

Um diese Vorhaben zu finanzieren, soll das Kommanditkapital der Fondsgesellschaft zunächst um Euro 499.998.750,- erhöht werden. Die Erhöhung des Kommanditkapitals soll dabei im Wege eines öffentlichen Angebotes über die Zeichnung von Kommandit- und Treuhandanteilen der Fondsgesellschaft durch eine Vielzahl von Anlegern, insbesondere Privatanlegern, durchgeführt werden. Nach teilweiser oder vollständiger Durchführung der Kapitalerhöhung wird es sich bei der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG deshalb um eine Publikumsgesellschaft handeln.

2.3. Der Fonds auf einen Blick

Das vorliegende Angebot ermöglicht Anlegern die Beteiligung an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG. Anleger beteiligen sich unmittelbar als Direktkommanditisten oder mittelbar über die Treuhandkommanditistin, Timberland Capital Trust GmbH, als Treugeber am Emissionskapital der Fondsgesellschaft.

Der Fonds ist eine Kommanditgesellschaft nach deutschem Recht.

2.3.1. Art, Anzahl und Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage

Mit diesem Verkaufsprospekt werden Beteiligungen als Direktkommanditist und als Treugeber über die Treuhandkommanditistin angeboten. Der Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage beträgt Euro 499.998.750,-, wobei die Geschäftsführenden Gesellschafter berechtigt sind, einmalig den Betrag der Kapitalerhöhung um weitere Euro 250.000.000,- auf insgesamt Euro 749.998.750,- zu erhöhen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter der Fondsgesellschaft bedarf.

Die im Rahmen dieser Kommanditbeteiligung zulässige Mindestzeichnungssumme beträgt Euro 5.000,- (höhere Beträge müssen durch 1 ohne Rest teilbar sein). Demzufolge werden unter Zugrundelegung der Mindestzeichnungssumme maximal 100.000 Kommanditanteile bei Vollplatzierung des Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- bzw. 150.000 Kommanditanteile bei der Vollplatzierung des Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 749.998.750,- ausgegeben.

2.3.2. Erwerbspreis

Der Erwerbspreis entspricht der gewählten Pflichteinlage des Anlegers zzgl. Agio. Bei Erbringung der Mindestzeichnungssumme beträgt der Erwerbspreis dementsprechend Euro 5.000,- zzgl. Agio von bis zu 5 %, wobei mit dem Erwerb weitere Kosten im Zusammenhang mit der angebotenen Vermögensanlage verbunden sein können, z. B. bei Beitritt als Direktkommanditist mit den Kosten für die Handelsregistervollmacht.

Die Einzahlung der Pflichteinlage erfolgt grundsätzlich durch Einmaleinlage. Mit Zustimmung der Emittentin kann aber auch eine ratenweise Zahlung der Pflichteinlage in einer separaten vertraglichen Vereinbarung festgelegt werden, die auch die Zahlungstermine enthält. Als Eröffnungszahlung hat der Anleger in diesem Fall regelmäßig 10 % der Pflichteinlage zu zahlen.

2.3.3. Beendigung der Beteiligung

Die Beteiligung an der Fondsgesellschaft ist für die Anleger zum Ende eines Geschäftsjahres ordentlich kündbar. Erstmals ist eine ordentliche Kündigung mit Wirkung zum Ablauf des siebten vollen Kalenderjahres nach seinem Beitritt (Zeitpunkt der vollständigen Leistung der Pflichteinlage) zulässig, soweit die Geschäftsführung der Fondsgesellschaft nicht nach eigenem billigem Ermessen einer vorzeitigen Kündigung zustimmt. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate zum Ende eines Kalenderjahres.

2.3.4. Entnahmen/Ausschüttungen

Über Entnahmen und Ausschüttungen sowie deren Höhe beschließt die Gesellschafterversammlung, wobei Vorabzahlungen von bis zu 20,00 % p. a. bezogen auf die Pflichteinlage zulässig sind, wenn und soweit der jeweilige Anleger seinen Zeichnungsbetrag vollständig eingezahlt hat. Liegt kein expliziter Beschluss der Gesellschafterversammlung vor, so ist die Geschäftsführung nach eigenem billigem Ermessen berechtigt, aber nicht verpflichtet, Vorabzahlungen von bis zu 20,00 % p. a. bezogen auf die Pflichteinlage, wenn und soweit der jeweilige Anleger seinen Zeichnungsbetrag vollständig eingezahlt hat, vorzunehmen. Die Geschäftsführung ist berechtigt, auf den voraussichtlichen Entnahme- oder Ausschüttungsanspruch, insbesondere monatliche, quartalsweise, halbjährliche oder jährliche oder in anderen Zeiträumen nach billigem Ermessen der Geschäftsführung, Vorabzahlungen vorzunehmen.

2.3.5. Steuerliche Grundlagen

Die Anleger erzielen aus der Beteiligung an der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG Einkünfte aus Kapitalvermögen. Laufende Entnahmen und/oder Ausschüttungen lösen grundsätzlich keine Besteuerung beim Anleger aus. Entscheidend sind die auf Ebene der Fondsgesellschaft zugeflossenen sowie gesondert und einheitlich festgestellten Einkünfte.

2.3.6. Haftung/Nachschusspflicht

Grundsätzlich ist die Haftung des Anlegers auf die Höhe seiner Einlage beschränkt. Nach Einzahlung der vollständigen Einlage besteht für den Anleger keine Nachschussverpflichtung.

Die Außenhaftung ist für jeden Anleger jeweils auf die im Handelsregister eingetragene Hafteinlage in Höhe von 0,1 % der gezeichneten Pflichteinlage beschränkt.

Wurde die Einlage in voller Höhe geleistet und im Handelsregister eingetragen, so kann die persönliche Haftung des Kommanditisten bis zur Höhe der übernommenen Hafteinlage dann wieder aufleben, wenn durch Entnahmen das Kapital des Anlegers unter den Wert der im Handelsregister eingetragenen Hafteinlage sinkt. Für Treugeber gilt entsprechendes im Verhältnis zum Treuhänder. Die Eintragung der Kapitalerhöhung hat innerhalb einer Frist von einem Monat nach vollständiger Leistung der Einlage zu erfolgen.

2.3.7. Anlegerkreis

Das vorliegende Angebot richtet sich an Anleger, die ihren Wohnsitz bzw. Gesellschaftssitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Das Angebot findet ausschließlich in Deutschland statt. Ein gleichzeitiges Angebot in anderen Staaten erfolgt derzeit nicht.

3. Wichtige Hinweise für den Anleger

3.1. Weitere Leistungen des Anlegers

Die Haftung des Direktkommanditisten ist grundsätzlich auf die Höhe seines Zeichnungsbetrages (Pflichteinlage) beschränkt.

Bei vollständiger Einzahlung des Zeichnungsbetrages besteht für ihn keine Nachschusspflicht.

Nach Zahlung des Zeichnungsbetrages und der Eintragung des Direktkommanditisten in das Handelsregister ist seine Haftung auf seine Hafteinlage (diese entspricht 0,1 % der Pflichteinlage) beschränkt. Allerdings kann die persönliche Haftung des Kommanditisten bis zur Höhe der übernommenen Hafteinlage dann wieder aufleben, wenn durch Entnahmen das Kapital des Anlegers unter den Wert der im Handelsregister eingetragenen Hafteinlage sinkt. Die Ansprüche gegen den Direktkommanditisten aus Verbindlichkeiten der Fondsgesellschaft verjähren in fünf Jahren nach der Auflösung der Fondsgesellschaft, sofern nicht der Anspruch gegen die Fondsgesellschaft einer kürzeren Verjährung unterliegt. Für Treugeber gilt entsprechendes im Verhältnis zum Treuhänder.

Bis zur Eintragung der Hafteinlage des Direktkommanditisten in das Handelsregister wird der Anleger als typisch stiller Gesellschafter behandelt und im Innenverhältnis so gestellt, als wäre er bereits wirksam der Fondsgesellschaft beigetreten. Darüber hinaus ist der Erwerber der Vermögensanlage nicht verpflichtet, weitere Leistungen zu erbringen, insbesondere haftet er darüber hinaus nicht und hat keine Nachschüsse zu leisten.

3.2. Weitere Kosten des Anlegers

Der Anleger hat einen Ausgabeaufschlag (Agio) in Höhe von bis zu 5 % zu leisten. Dieser Ausgabeaufschlag (Agio) wird erfolgswirksam zur Deckung der Emissionskosten durch die Fondsgesellschaft vereinnahmt.

Wenn und soweit der Anleger seiner Zahlungsverpflichtung hinsichtlich des Zeichnungsbetrages gegenüber der Fondsgesellschaft nicht nach-

kommt, kommt er ohne Mahnung in Verzug und hat während der Dauer des Verzuges Verzugszinsen in Höhe von 1,5 % des ausstehenden Betrages pro Monat zu leisten.

Sofern der Anleger als Direktkommanditist der Fondsgesellschaft beitrifft, trägt er die Kosten für eine notarielle Beglaubigung der Handelsregistervollmacht. Sofern der Anleger seine Treuhandbeteiligung in eine direkte Beteiligung umwandelt, trägt auch er die Kosten für eine notarielle Beglaubigung der Handelsregistervollmacht.

Sowohl der Direktkommanditist als auch der Treugeber tragen die bei Übertragung der Beteiligung ggf. anfallenden Kosten, Steuern oder sonstigen Nachteile selbst.

Soweit ein Treugeber im Zuge einer Übertragung Kommanditist wird, ist die Fondsgesellschaft berechtigt, eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von Euro 50,- zu verlangen.

Die Kosten für die Teilnahme an der Generalversammlung und für eine etwaige Vertretung trägt jeder Anleger selbst.

Die Kosten für die Ermittlung des Abfindungsguthabens trägt grundsätzlich die Fondsgesellschaft. Der Anleger trägt diese Kosten, wenn und soweit sich der ausscheidende Anleger und die Fondsgesellschaft nicht auf die Höhe des Abfindungsguthabens einigen können.

Über die konkrete Höhe der vorgenannten Kosten kann – sofern nicht beziffert – von der Anbieterin keine Aussage getroffen werden.

Darüber hinaus entstehen für den Anleger keine weiteren Kosten, insbesondere keine solche Kosten, die mit dem Erwerb, der Verwaltung und der Veräußerung der Vermögensanlage verbunden sind.

3.3. Emissionskosten

Die Kosten der Emissionsplatzierung umfassen zum einen die erfolgsabhängigen Platzierungsprovisionen und zum anderen die erfolgsabhängigen Kosten für die Initiierung der Beteiligung, das Marketing und die Gewinnung der Vertriebspartner.

3.3.1. Erfolgsabhängige Kosten (Provisionen)

Das aus der Emission platzierte Kapital fließt

vollumfänglich der Fondsgesellschaft zu. Dabei entstehen variable Kosten, die im Wesentlichen die Aufwendungen für die Platzierung und den Vertrieb (Provisionen), die 12 % des Kommanditkapitals zzgl. des vereinnahmten Agios betragen, beinhalten. Die Gesamthöhe der Provisionen, insbesondere Vermittlungsprovisionen und vergleichbare Vergütungen betragen bei Vollplatzierung des Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- und Agiozahlungen von Euro 24.999.937,50 voraussichtlich Euro 74.999.812,50,-, dies entspricht 15 % in Bezug auf den Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage.

3.3.2. Sonstige Kosten

Für die Beteiligungskonzeption, Prospekterstellung, den Druck und das weitere Marketing zum Anleger- und Vertriebsgewinnung fallen vom Platzierungserfolg abhängige Aufwendungen in Höhe von etwa Euro bis zu 84.999.812,50,- an. Die Gesamthöhe der vom Platzierungserfolg abhängigen Aufwendungen beträgt bei Vollplatzierung des Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- voraussichtlich Euro 84.999.812,50,-, dies entspricht 15 % in Bezug auf den Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage.

3.3.3. Gesamtkosten

Insgesamt betragen die Emissionskosten bei vollständiger Platzierung des Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- voraussichtlich brutto Euro 84.999.812,50. Dem stehen Einnahmen aus dem Agio von kalkulierten Euro 24.999.937,50 gegenüber. Daher entsteht bei einer Vollplatzierung aus den Emissionskosten eine Nettobelastung der Beteiligung in Höhe von voraussichtlich ca. Euro 59.999.875,-.

3.4. Zeichnungsfrist, Schließungsmöglichkeit

Das öffentliche Angebot der Kommanditanteile beginnt gemäß § 9 Absatz 1 VermAnlG einen Tag nach Veröffentlichung dieses Verkaufsprospekts. Die Zeichnungsfrist endet mit Vollplatzierung der Kommanditanteile, jedoch spätestens am 31. Dezember 2022 vorbehaltlich einer etwaigen Verlän-

gerung oder Verkürzung des Platzierungszeitraums wie in diesem Prospekt beschrieben.

Die Fondsgesellschaft ist berechtigt, durch Beschluss der Geschäftsführung ohne Angaben von Gründen die Kapitalerhöhung vor Erreichen des Emissionsvolumens in Höhe von Euro 499.998.750,- zu schließen und damit die Zeichnungsfrist zu verkürzen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter bedarf; Gleiches gilt für deren Verlängerung. Ferner sind die Geschäftsführenden Gesellschafter berechtigt, einmalig den Betrag der Kapitalerhöhung um weitere Euro 250.000.000,- auf insgesamt Euro 749.998.750,- zu erhöhen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter bedarf.

Die Fondsgesellschaft ist berechtigt, jederzeit und ohne Angabe von Gründen, Zeichnungen, Anteile oder Beteiligungen zu kürzen. Darüber hinaus bestehen keine Möglichkeiten, die Zeichnung vorzeitig zu schließen oder Zeichnungen, Anteile oder Beteiligungen zu kürzen.

3.5. Prospekt und Nachträge

3.5.1. Prospektdatum

Datum der Prospektaufstellung ist der 27.06.2013.

3.5.2. Nachtrag

Soweit während der Zeichnungsfrist der Beteiligung neue Umstände oder wesentliche Unrichtigkeiten in Bezug auf die im Verkaufsprospekt enthaltenen Angaben auftreten oder festgestellt werden, die für die Beurteilung der Fondsgesellschaft oder der Kommanditanteile von wesentlicher Bedeutung sind, so hat die Anbieterin von Gesetzes wegen diese Veränderungen unverzüglich in einem Nachtrag zum Prospekt zu veröffentlichen.

3.5.3. Unterlagen

Der Verkaufsprospekt, etwaige Nachträge, das Vermögensanlagen-Informationsblatt sowie der letzte veröffentlichte Jahresabschluss und der etwaige Lagebericht werden zur kostenlosen Ausgabe bei der Zahlstelle Timberland Fonds – Opti-

Mix B GmbH & Co. KG, Feldstr. 8, 47198 Duisburg, bereitgehalten. Weitere Zahlstellen oder andere Stellen, an denen der Verkaufsprospekt, das Vermögensanlagen-Informationsblatt, der letzte veröffentlichte Jahresabschluss und der Lagebericht zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten werden, wurden nicht eingerichtet.

4. Risiken der Vermögensanlage

4.1. Grundsätzliche Risikoerwägungen

Im Folgenden werden die wesentlichen rechtlichen und tatsächlichen Risiken im Zusammenhang mit der Vermögensanlage dargestellt. Es wird auf die Risikofaktoren eingegangen, die für die Bewertung der Vermögensanlage von wesentlicher Bedeutung sind sowie die Fähigkeit der Fondsgesellschaft beeinträchtigen können, die kalkulierten Ergebnisse zu erwirtschaften. Die Reihenfolge der aufgeführten Risiken lässt keine Rückschlüsse auf mögliche Eintrittswahrscheinlichkeiten oder das Ausmaß einer potenziellen Beeinträchtigung zu.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zusätzliche Risiken auch aus der individuellen Situation des Anlegers ergeben können. Daher sollte der Anleger alle Risiken unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse prüfen und ggf. individuellen fachlichen Rat einholen. Insbesondere sollte die Beteiligung des Anlegers seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen und sein Anlagebetrag nur einen unwesentlichen Teil seines übrigen Vermögens ausmachen.

Der Eintritt einzelner oder das kumulative Zusammenwirken verschiedener Risiken kann erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fondsgesellschaft haben. Infolgedessen würde die Fondsgesellschaft nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sein, die in Aussicht gestellten Ergebnisse zu erwirtschaften.

4.2. Maximalrisiko

Im Zusammenhang mit der angebotenen Vermögensanlage liegt das maximale Risiko für den Anleger im Total- oder Teilverlust der Pflichteinlage zzgl. Agio sowie der Gewinnansprüche. Bei der Realisierung eines anlegerbezogenen Risikos (siehe Seiten 26 f.) besteht das maximale Risiko bei einem negativen Verlauf der Beteiligung in der Privatinsolvenz des Anlegers.

4.3. Prognose- und anlagegefährdende Risiken

Zunächst werden die Risiken dargestellt, durch deren Realisierung die prognostizierten Ergebnisse durch die Fondsgesellschaft nicht erzielt werden können. Einige der aufgeführten Risiken können weitergehend zu einer Gefährdung der Beteiligung des Anlegers führen. Deren Realisierung könnte zu geringeren oder ganz ausbleibenden Ausschüttungen an den Anleger und/oder zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust der Kapitaleinlage des Anlegers zzgl. Agio führen. Auch könnte durch die Realisierung der Risiken die Fähigkeit der Fondsgesellschaft, Zahlungen von Abfindungsguthaben an die Anleger vorzunehmen, negativ beeinflusst werden.

4.3.1. Geschäftstätigkeit der Fondsgesellschaft

4.3.1.1. Ertragsausfälle und Wertberichtigungen

Da die Fondsgesellschaft beabsichtigt, in Inhaberteilschuldverschreibungen an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartments der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartment(s) OptiMix B (im Folgenden auch „Zielgesellschaft“ genannt) zu investieren, können sich bei außerplanmäßiger Entwicklung der Zielgesellschaft Risiken dadurch ergeben, dass die aus den Inhaberteilschuldverschreibungen geplanten Erträge nicht oder nicht dauerhaft realisiert werden können. Ferner besteht das Risiko, dass die von der Fondsgesellschaft investierten Mittel teilweise oder vollständig als Folge einer etwaigen Insolvenz der Zielgesellschaft und/oder Insolvenzen von Unternehmen, an der die Zielgesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, wertberechtigt werden müssen und sich somit insgesamt eine geringere als die prospektierte Renditeerwartung des von der Fondsgesellschaft eingesetzten Kapitals ergeben kann. Gleiches gilt im Hinblick auf von der Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie von Sichteinlagen und Festgeldern.

4.3.1.2. Wirtschaftliche Entwicklung der Zielgesellschaften

Bei den von der Fondsgesellschaft zu erwerbenden Inhaberteilschuldverschreibungen handelt es sich um unternehmerische Beteiligungen. Die Fondsgesellschaft trägt somit in vollem Umfang mittelbar auch das unternehmerische Risiko der Zielgesellschaft. Das wirtschaftliche Ergebnis der Fondsgesellschaft und somit auch die Entwicklung der Beteiligung des Anlegers sind abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der Zielgesellschaft. Das wirtschaftliche Ergebnis der Inhaberteilschuldverschreibungen ist auch davon abhängig, dass die Zielgesellschaft ihre Verpflichtungen aus den Inhaberteilschuldverschreibungen einhält. Vertragsverletzungen könnten zu Kündigung und/oder Ausfall von Erträgen führen.

4.3.1.3. Fehlende Einflussmöglichkeit bei den Inhaberteilschuldverschreibungen

Die von der Fondsgesellschaft zu erwerbenden Inhaberteilschuldverschreibungen gewähren weder Stimm- oder Mitwirkungsrechte an der Zielgesellschaft, noch stehen der Fondsgesellschaft hinsichtlich der von der Zielgesellschaft zu erwerbenden Finanzanlagen Stimm- und Kontrollrechte zu. Aus diesem Grund haben die Anleger weder Einfluss auf die Geschäftsführung der Zielgesellschaft noch auf die von der Zielgesellschaft zu erwerbenden Finanzanlagen.

4.3.1.4. Mittelverwendung

In den Bedingungen der Inhaberteilschuldverschreibungen ist keine konkrete Mittelverwendung geregelt. Die vorliegende unternehmerische Beteiligung hat somit mittelbaren Blind-Pool-Charakter. Das heißt, die Mittelverwendung in konkrete Finanzanlagen auf Ebene der Zielgesellschaft steht nicht fest. Die Nennung derartiger künftiger Investitionsobjekte und deren Prüfung durch den Anleger sind zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht möglich. Aus diesem Grund liegen den Planungen der Zielgesellschaft keine konkreten Einzelobjekte zugrunde,

sondern nur allgemeine Zielvorgaben, was zu einer erhöhten Planungsunsicherheit führen kann. Das wirtschaftliche Ergebnis der Fondsgesellschaft hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Investitionsvorhaben der Zielgesellschaft ab und damit von der Auswahl der jeweiligen Anlageobjekte durch diese. Hier besteht das Risiko, dass ungünstige Anlageobjekte ausgewählt werden bzw. die ausgewählten Anlageobjekte sich negativ entwickeln.

4.3.2. Geschäftstätigkeit der Zielgesellschaft

Die Fondsgesellschaft investiert in Inhaberteilschuldverschreibungen an der Timberland Securities S.A., Luxemburg, die wiederum unmittelbar oder mittelbar in andere Finanzanlagen investieren wird. Deshalb ist die Fondsgesellschaft mittelbar von den Rahmenbedingungen und der Marktentwicklung in Bezug auf diese Finanzanlagen abhängig, so dass nachfolgend aufgeführte Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zielgesellschaft und dadurch auch mittelbar der Fondsgesellschaft beeinträchtigen können, eintreten können.

4.3.2.1. Blind-Pool

Die Investitionstätigkeit der Zielgesellschaft hat Blind-Pool-Charakter. Das heißt, dass das Kapital der Anleger in das Gesellschaftsvermögen übergeht und dieses im Rahmen des Unternehmensgegenstandes der Geschäftsführung zur freien Verfügung steht. Konkrete Investitionsstrategien stehen zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung noch nicht fest. Eine konkrete Nennung der Anlageobjekte und deren Prüfung durch den Anleger sind zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht möglich. Aus diesem Grund liegen auch den Planungen keine konkreten Einzelobjekte zugrunde, sondern nur allgemeine Zielvorgaben, was zu einer erhöhten Planungsunsicherheit führt.

Die Ergebnisse der Zielgesellschaft hängen von den wirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Anlageobjekte ab und damit von der Auswahl der jeweiligen Anlageobjekte. Hier besteht das Risiko, dass ungünstige Anlageobjekte ausgewählt werden bzw. die ausgewählten Anlageobjekte sich negativ entwickeln.

4.3.2.2. Fehlende Investitionsobjekte

Da die Zielgesellschaft Anlagevoraussetzungen an die zu investierenden Finanzanlagen stellt, ist nicht auszuschließen, dass zum Zeitpunkt der Investition nicht genügend geeignete Finanzanlagen vorhanden sind, in die die Zielgesellschaft investieren kann. Für diesen Fall und aufgrund dadurch fehlender Erlöse aus der Investition besteht das Risiko, dass die kalkulierten Ergebnisse nicht erwirtschaftet werden.

4.3.2.3. Wettbewerbsreaktionen

Wettbewerbsreaktionen und deren Einfluss auf den Markt, z. B. durch neue Produkte, Preispolitik und besondere Strategien von Mitbewerbern der Beteiligungen, lassen sich nicht vorhersehen. Dadurch wäre eine negative Verschiebung der Zielgesellschaften am Markt möglich.

4.3.2.4. Marktrisiko

Das Marktrisiko besteht in möglichen nachteiligen Änderungen des Werts der Finanzanlagen aufgrund von Änderungen in den Marktbedingungen wie Zins- und Wechselkursschwankungen sowie Volatilität bei den Waren- und Wertpapierpreisen.

4.3.2.5. Kontrahentenrisiko

Die Märkte, an denen die Zielgesellschaften Abschlüsse regelmäßig tätigen, können Freihandels- bzw. „Interdealer“-Märkte ebenso wie nicht regulierte private Märkte einschließen. Die Teilnehmer an diesen Märkten unterliegen normalerweise nicht derselben Strenge der Bonitätsprüfung und behördlichen Aufsicht, denen sich Mitglieder von geregelten Märkten gegenübersehen. Dementsprechend sind die Zielgesellschaften bei der Kontrahentenperformance einem Kontrahentenrisiko ausgesetzt, das sich im Falle der Realisierung unmittelbar nachteilig auf den Wert der von der Fondsgesellschaft gehaltenen Finanzanlagen auswirken kann.

4.3.2.6. Währung

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zielgesellschaft eine internationale Ausrichtung ihrer Investitionspolitik verfolgt. In diesem Fall wären sie einem Währungsrisiko ausgesetzt, sofern Zahlungsströme in Fremdwährungen erfolgen. Ein positiver Ertrag, den die Zielgesellschaft in einer Fremdwährung verbucht, kann durch Währungs-Kursverluste verringert werden oder sogar in einen Verlust übergehen.

4.3.2.7. Liquiditätsrisiken

Das Erreichen der Geschäftsziele der Zielgesellschaft sowie die Angaben zur Kapitalrückzahlung haben die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Liquidität der Zielgesellschaft zur Voraussetzung. Des Weiteren besteht keine Sicherheit hinsichtlich der angenommenen wirtschaftlichen Entwicklung der Zielgesellschaft.

Da das von den Anlegern eingezahlte Kapital in das Vermögen der Zielgesellschaft fließt und damit sowohl für investive Zwecke als auch zur Finanzierung laufender Kosten der Zielgesellschaft eingesetzt wird, können die Pflichteinlagen der Anleger nicht in der Gesamtheit sofort wertbildend investiert werden, sondern werden (auch) zur Finanzierung von Emissions-, Vertriebs- und Verwaltungskosten verwendet. Soweit der Zielgesellschaft nur wenig Kapital aus dieser Emission zufließt, besteht das Risiko, dass dieses weitgehend oder vollständig für die mit der Emission verbundenen Kosten verbraucht wird und für Investitionen nicht mehr zur Verfügung steht.

4.3.2.8. Fremdfinanzierung

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung ist eine Fremdfinanzierung der Investitionen durch die Zielgesellschaft nicht vorgesehen. Da es sich jedoch um einen Blind-Pool handelt, können die erforderlichen Aufwendungen noch nicht vollständig prognostiziert werden. Es besteht daher das Risiko einer Kostenüberschreitung. Eine dadurch entstehende Finanzierungslücke müsste die Zielgesellschaft möglicherweise durch Aufnahme von Fremdkapital schließen. Es besteht das Risiko,

dass Verträge mit finanzierenden Banken nicht zustande kommen oder nur zu Konditionen, die erhebliche Kosten (z. B. Zinsen) für die Bereitstellung von Kapital vorsehen. Ferner besteht das Risiko, dass abgeschlossene Finanzierungsverträge vorzeitig aufgelöst und ausstehende Zahlungsbeiträge fällig gestellt werden.

4.3.2.9. Kapitalverkehrskontrollen

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zielgesellschaft in Ländern investiert, in denen Kapitalverkehrskontrollen bestehen oder eingeführt werden (z. B. in politisch instabilen Ländern). Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass in einem solchen Fall den Zielgesellschaften aufgrund des Bestehens oder der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen eine Rückführung der Investitionen oder der Ausschüttung der Erträge nach Deutschland nicht möglich ist.

4.3.2.10. Schlüsselpersonen bei den Zielgesellschaften

Durch den Verlust von Kompetenzträgern in der Zielgesellschaft besteht das Risiko, dass Fachwissen nicht mehr zur Verfügung steht und somit ein qualifiziertes Investitions- und Risikomanagement bei den Beteiligungen nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet ist.

4.3.3. Interessenkonflikte bei der Fondsgesellschaft

Wegen der (teilweise bestehenden) Personenidentität der jeweiligen Funktionsträger bestehen im Hinblick auf die Fondsgesellschaft diverse angabepflichtige Verflechtungstatbestände rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Art. Verflechtungen zwischen Organmitgliedern der Fondsgesellschaft sowie von Unternehmen, die gegebenenfalls mit der Fondsgesellschaft bedeutsame Verträge abgeschlossen haben oder anderweitig mit ihr nicht unwesentlich verbunden sind, beinhalten auch immer die Möglichkeit eines Interessenkonflikts zwischen den betroffenen Unternehmen. Es ist daher grundsätzlich nicht auszuschließen, dass die Beteiligten bei der Abwägung

der unterschiedlichen, gegebenenfalls gegenläufigen, Interessen nicht zu den Entscheidungen gelangen, die sie treffen würden, wenn ein Verflechtungstatbestand nicht bestünde. Im gleichen Maße könnten hierdurch auch die Erträge der Fondsgesellschaft – und damit die der Anleger – betroffen sein. Wesentliche Verflechtungstatbestände in rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Hinsicht bestehen bei der Fondsgesellschaft dahingehend, dass

- Herr Thomas Krämer, der
 - gleichzeitig Kommanditist und Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, sowie Verwaltungsrat deren Komplementärin Timberland Capital S.A., deren alleinige Aktionärin die Timberland Capital Management KG ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH ist und Initiatorin, jedoch nicht Aktionärin, der Timberland Securities S.A., Luxemburg, sein wird, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll;
 - stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Securities S.A., Luxemburg, sein wird,
 - Gesellschafter der Timberland Service GmbH ist, die neben Weiteren den Vertrieb der angebotenen Kommanditanteile nicht ausschließlich übernimmt;
 - Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Capital Management GmbH, welche Geschäftsführende Kommanditistin der Fondsgesellschaft ist und als solche die Investitionen der Emittentin gemäß ihrer Anlagepolitik als auch ggf. eines Zielinvestments, insbesondere der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, und deren Compartments wesentlich (mit-) bestimmt, zumindestens teilweise die Kommanditanteile der Fondsgesellschaft vertreibt sowie ferner einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft

abgeschlossen hat sowie Vorsitzender der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd. ist, mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat,

- gleichzeitig stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, ist, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann,
- gleichzeitig Alleinvorstand der Timberland Capital AG ist, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

• Herr Dirk Köster, der

- Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Securities S.A., Luxemburg, sein wird,
- leitender Angestellter der Geschäftsführenden Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH der Fondsgesellschaft ist, die Entscheidungen über einzelne Investitionen der Fondsgesellschaft in ihrer Funktion als Geschäftsführende Kommanditistin trifft, zumindest teilweise der Vertrieb der Kommanditanteile durch den Geschäftsführenden Kommanditisten erfolgt und darüber hinausgehend mit der Fondsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement abgeschlossen hat sowie Vorsitzender der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., ist,

mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat,

- Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG Luxemburg, sowie Verwaltungsrat deren Komplementärin Timberland Capital S.A., deren alleinige Aktionärin die Timberland Capital Management KG ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Komplementärin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH ist und Initiatorin, jedoch nicht Aktionärin der Timberland Securities S.A., Luxemburg, sein wird, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll,
- gleichzeitig Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, ist, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann,
- gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG ist, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

• Herr Dirk Zwaneveld, der

- als Vertriebspartner der Timberland Service GmbH tätig ist, die den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen und Investmentfonds der Emittentin sowie solcher, die durch die Timberland Service GmbH angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann, bzw. übernimmt,
- gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer In-

vestmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann, gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG ist, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

- Herr Karoly Krizsan, der
 - als unmittelbarer oder über eine Personen- und/oder Kapitalgesellschaft mittelbarer Vertriebspartner der Timberland Service GmbH tätig ist, die den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen der Emittentin sowie solcher Vermögensanlagen und Investmentfonds, die durch die Timberland Service GmbH angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann bzw. übernimmt,
 - gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Timberland Capital AG ist, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.
- Herr Damian Nussbaum, der
 - Verwaltungsratsmitglied der Timberland Securities S.A. sein wird und als leitender Mitarbeiter der Citco C&T (Luxembourg) S.A. tätig ist, die als Dienstleister hinsichtlich der Administration sowie Buchführung von der zu gründenden Timberland Securities S.A. beauftragt werden soll.

Die Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH sowie die Komplementärin Timberland Management GmbH sind jeweils ebenfalls Tochtergesellschaften der Timberland Capital Management KG, Luxemburg.

4.3.4. Semi-Blind-Pool

Die vorliegende unternehmerische Beteiligung an der Emittentin hat Semi-Blind-Pool-Charakter. Das heißt, dass das Kapital der Anleger in das Gesellschaftsvermögen der Emittentin übergeht und dieses im Rahmen des Unternehmensgegenstandes zur freien Verfügung der Geschäftsführung steht. Konkrete Investitionsstrategien stehen zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nur zum Teil fest. Eine konkrete Nennung aller Anlageobjekte und deren Prüfung durch den Anleger sind zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht möglich. Aus diesem Grund liegen auch den Planungen keine konkreten Einzelobjekte zugrunde, sondern nur allgemeine Zielvorgaben, was zu einer erhöhten Planungsunsicherheit führt. Die Ergebnisse der Fondsgesellschaft hängen von den wirtschaftlichen Entwicklungen des einzelnen Anlageobjektes ab und damit von der Auswahl des jeweiligen Anlageobjektes. Hier besteht das Risiko, dass ungünstige Anlageobjekte ausgewählt werden bzw. dass sich ausgewählte Anlageobjekte negativ entwickeln.

4.3.5. Planungsunsicherheiten

Die Kalkulationen für die Fondsgesellschaft berücksichtigen die Erwartungen der Anbieterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung auf der Grundlage von Branchenberichten und/oder Marktanalysen. Daher bestehen hinsichtlich des zukünftigen Eintritts der kalkulierten Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Unwägbarkeiten in einem nicht genau bezifferbaren Umfang. Hinsichtlich der prognostizierten Aufwendungen, sowohl für Investitionen als auch für die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit, besteht das Risiko einer Kostenüberschreitung. Eine dadurch entstehende Finanzierungslücke müsste durch Aufnahme von Fremdkapital, eine

Reduzierung der Liquiditätsreserve oder durch andere Mittel der Fondsgesellschaft geschlossen werden.

4.3.6. Fremdfinanzierung

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung ist eine Fremdfinanzierung der Investitionen durch die Emittentin nicht vorgesehen. Hinsichtlich der prognostizierten Aufwendungen für Investitionen besteht jedoch das Risiko einer Kostenüberschreitung. Eine dadurch entstehende Finanzierungslücke müsste die Emittentin möglicherweise durch Aufnahme von Fremdkapital schließen. Es besteht das Risiko, dass Verträge mit finanzierenden Banken nicht zustande kommen oder nur zu Konditionen, die erhebliche Kosten (z. B. Zinsen) für die Bereitstellung von Kapital vorsehen. Ferner besteht das Risiko, dass abgeschlossene Finanzierungsverträge vorzeitig aufgelöst und ausstehende Zahlungsbeträge fällig gestellt werden.

4.3.7. Aufsichtsrechtliches Umfeld

Es besteht das Risiko, dass die Fondsgesellschaft aufgrund künftiger aufsichtsrechtlicher Beschränkungen und/oder Regulierungen und/oder aufsichtsrechtlicher Maßnahmen nicht in der Lage ist, die Anlagepolitik der Vermögensanlage umzusetzen oder aufgrund aufsichtsrechtlicher Maßnahmen und/oder Erfordernisse gezwungen wäre, die Anlagepolitik der Vermögensanlage zu ändern und/oder weitere Erfordernisse zu erfüllen. Eine Änderung der Anlagepolitik der Vermögensanlage und/oder die Erfüllung weiterer Erfordernisse könnten dazu führen, dass die tatsächliche Entwicklung der Vermögensanlage und der Finanzanlagen nicht den Erwartungen der Fondsgesellschaft wie bei Umsetzung der ursprünglichen Anlagepolitik der Vermögensanlage entspricht.

4.3.8. Mittelverwendungskontrolle

Die Fondsgesellschaft beabsichtigt, mit der Rödl Treuhand Hamburg GmbH einen Mittelverwendungskontrollvertrag zu schließen. Dieser Vertrag wird rein formale Kriterien, nach denen der Mittelverwendungskontrolleur die Beteiligungsgelder

freizugeben hat, beinhalten. Es ist darauf hinzuweisen, dass durch diese Kontrolle der Mittelverwendung keine Überprüfung der Bonität der Vertragspartner und keine Überprüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Investitionen erfolgen wird.

Ferner beabsichtigt die Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH mit Rödl Treuhand Hamburg GmbH, Steuerberatungsgesellschaft, einen Vertrag über die entgeltliche Vertretung der Treuhandkommanditistin im Namen und für Rechnung der Treuhandkommanditistin sowie ferner zur Übernahme weiterer Aufgaben im Rahmen der laufenden Anlegerverwaltung der Treuhandkommanditistin im Namen und für Rechnung der Treuhandkommanditistin zu schließen. Darüber hinaus beabsichtigt die Timberland Capital Trust GmbH im Rahmen ihrer eigenen Organisation, d. h. insbesondere ihrer Finanzbuchhaltung und Steuerberatung, Rödl & Partner als Steuerberater zu beauftragen. Die Rödl Treuhand Hamburg GmbH, Steuerberatungsgesellschaft, stellt der Treuhandkommanditistin ihre Geschäftsanschrift Kehrvieler 9, 20457 Hamburg, gegenwärtig kostenfrei zur Verfügung.

4.3.9. Schlüsselpersonen bei der Fondsgesellschaft

Durch den Verlust von Kompetenzträgern der Fondsgesellschaft besteht das Risiko, dass Fachwissen nicht mehr zur Verfügung steht und somit ein qualifiziertes Investitions- und Risikomanagement nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet werden kann. Der Verlust solcher unternehmenstragenden Personen könnte einen nachteiligen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung der Fondsgesellschaft haben.

4.3.10. Liquidität der Fondsgesellschaft

Das Erreichen der Geschäftsziele der Fondsgesellschaft sowie die Angaben zur Kapitalrückzahlung haben die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Liquidität der Fondsgesellschaft zur Voraussetzung. Des Weiteren besteht keine Sicherheit hinsichtlich der angenommenen wirtschaftlichen Entwicklung der Fondsgesellschaft, so dass auf die beschriebenen Risiken aus der Geschäftstätigkeit

der Fondsgesellschaft hinzuweisen ist.

Da das von den Anlegern eingezahlte Kapital in das Vermögen der Fondsgesellschaft fließt und damit sowohl für investive Zwecke als auch zur Finanzierung laufender Kosten der Fondsgesellschaft eingesetzt wird, können die Pflichteinlagen der Anleger nicht in der Gesamtheit sofort wertbildend investiert werden, sondern werden (auch) zur Finanzierung von Emissions-, Vertriebs- und Verwaltungskosten verwendet. Soweit der Fondsgesellschaft nur wenig Kapital aus dieser Emission zufließt, besteht das Risiko, dass dieses weitgehend oder vollständig für die mit der Emission verbundenen Kosten verbraucht wird und für Investitionen nicht zur Verfügung steht.

4.3.11. Vertrieb der Vermögensanlage

Der Kapitalzufluss der Fondsgesellschaft ist von der Platzierung der Vermögensanlage abhängig. Es besteht das Risiko, dass geplante Investitionen nicht erfolgen können. In diesem Fall müsste die Beteiligung der Anleger rückabgewickelt werden.

4.3.12. Vorzeitige Beendigung der Platzierung

Die Fondsgesellschaft kann durch Beschluss der Geschäftsführung ohne Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der Anleger die Zeichnungsfrist verkürzen. Stellt die Fondsgesellschaft die Platzierung der angebotenen Vermögensanlage vor der Zeichnung der gesamten Tranche ein, steht ihr nicht das den Kalkulationen zu Grunde gelegte Kapital für Investitionen zur Verfügung. Dies hat zur Folge, dass die Fondsgesellschaft die in diesem Prospekt dargestellten Investitionen ggf. nicht vornehmen und ihre wirtschaftlichen Ziele nicht realisieren kann.

4.3.13. Kürzungsmöglichkeit

Die Fondsgesellschaft ist berechtigt, jederzeit und ohne Angabe von Gründen, Zeichnungen, Anteile oder Beteiligungen zu kürzen. Insoweit besteht das Risiko, dass dem Anleger nicht die gezeichnete Anzahl von Kommanditanteilen zugeteilt wird.

4.3.14. Bindungsfrist des Kapitals und Kündigung

Eine Beendigung der Vermögensanlage erfolgt durch Kündigung. Eine ordentliche Kündigung frühestens zum Ablauf des siebten vollen Kalenderjahres nach Beitritt des Anlegers (Zeitpunkt der vollständigen Leistung der Pflichteinlage) unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres möglich, soweit nicht die Geschäftsführung der Fondsgesellschaft im Falle einer Kündigung einer frühzeitigeren Kündigung nach eigenem billigem Ermessen zustimmt. Der von dem Anleger eingezahlte Anlagebetrag unterliegt demnach einer langfristigen Bindungsdauer. Der Anleger kann nicht vorzeitig über sein eingesetztes Kapital verfügen.

4.3.15. Widerrufsrechte

Sofern Anleger nach Zeichnung der Vermögensanlage von dem gesetzlichen Widerrufsrecht (§ 355 BGB) Gebrauch machen, besteht das Risiko, dass es zu erheblichen Liquiditätsabflüssen bei der Fondsgesellschaft kommt, so dass geplante Investitionen nicht oder nicht wie geplant vorgenommen werden können. In einem solchen Fall könnten die Ergebnisse der Fondsgesellschaft erheblich negativ von der Prognose abweichen.

In dem Fall, dass mehrere Anleger gleichzeitig ihren Beitritt wirksam widerrufen, besteht das Risiko, dass die Fondsgesellschaft zahlungsunfähig werden könnte.

4.3.16. Mitwirkungs- und Vermögensrechte

Den Anlegern stehen nur eingeschränkte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte zu. Ein Weisungsrecht hinsichtlich der laufenden Geschäftsführung ist nicht gegeben. Darüber hinaus sind die Treugeber nur mittelbar beteiligt, da deren Einflussnahme über die Treuhandkommanditistin erfolgt, sofern sie nicht selbst an der Gesellschafterversammlung der Fondsgesellschaft teilnehmen. Dies kann dazu führen, dass der einzelne Anleger seine Interessen nicht durchsetzen kann.

4.3.17. Beherrschender Einfluss, Majorisierung

Die Zeichnung dieser Kapitaleinlage ist der Höhe nach nur durch das von der Fondsgesellschaft angestrebte Gesamtkapital begrenzt. Aufgrund von überdurchschnittlich hohen Zeichnungsbeträgen besteht das Risiko, dass einigen Gesellschaftern bei der Gesellschafterversammlung ein höheres Gewicht zukommt als einzelnen anderen Gesellschaftern.

So besteht das Risiko, dass einzelne oder eine kleine Gruppe von Personen einen beherrschenden Einfluss auf die Fondsgesellschaft gewinnen können, sog. Majorisierung. Diese Majorisierung kann ebenfalls eintreten, sofern eine größere Anzahl von Anlegern den gleichen Bevollmächtigten beauftragen und die gleiche Weisung erteilen. Dies kann für den einzelnen Anleger bedeuten, dass in der Gesellschafterversammlung auch Entscheidungen getroffen werden können, die nicht seinem Willen entsprechen.

4.3.18. Handelbarkeit

Die Übertragbarkeit sowie die freie Handelbarkeit der Anteile sind stark eingeschränkt. Die Übertragung der Nutzungsrechte der Beteiligung und auch die Übertragung der Beteiligung selbst sind nur mit Zustimmung der Komplementärin oder der Treuhandkommandistin möglich, wobei sich die Geschäftsführende Kommanditistin die Ausübung eines Vorkaufsrechts zu eigenen Gunsten oder Gunsten Dritter vorbehält.

Darüber hinaus gibt es zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keinen organisierten Markt, an dem Kommanditbeteiligungen an der Fondsgesellschaft gehandelt werden. Eine Veräußerung der Beteiligung ist daher nur durch einen privaten Verkauf durch den Anleger oder ggf. durch Vermittlung der Fondsgesellschaft möglich. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich kein Käufer findet, so dass der Anleger erst nach Kündigung aus der Fondsgesellschaft ausscheidet und nicht vorher über sein eingesetztes Kapital verfügen kann.

4.3.19. Prognosen

Dieser Prospekt enthält zukunftsgerichtete Aussagen in Form von Prognosen, die mit Unsicherheiten verbunden sind. Diese beruhen auf den Einschätzungen, Annahmen, Marktbeobachtungen und Erwartungen der Fondsgesellschaft und Anbieterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung. Es handelt sich bei den Prognosen um subjektive Einschätzungen der Fondsgesellschaft und Anbieterin und nicht um wissenschaftlich gesicherte Annahmen und Vorhersagen oder feststehende Tatsachen. Die Prognosen können sich somit als unzutreffend erweisen.

4.3.20. Steuern

Zukünftige Änderungen der Steuergesetze sowie abweichende Gesetzesauslegungen durch Finanzbehörden und -gerichte können nicht ausgeschlossen werden.

Für die Fondsgesellschaft hat bis zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung (27.06.2013) noch keine steuerliche Betriebsprüfung stattgefunden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf Grund abweichender Beurteilung der Sach- und Rechtslage durch die Steuerbehörden die Fondsgesellschaft Steuernachzahlungen zu leisten hat.

4.3.21. Gesetz

Die Gesetzgebung unterliegt einem ständigen Wandel. So können Maßnahmen der Gesetz- und Verordnungsgeber auf Bundes- und/oder Landes- bis hin zur Kommunalebene die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse beeinflussen und sich negativ auf die Geschäftstätigkeit und/oder wirtschaftliche Situation der Fondsgesellschaft auswirken. Es besteht die Möglichkeit, dass auf Grund derartiger gesetzgeberischer Maßnahmen die Fondsgesellschaft zur Umstellung, Reduzierung oder auch Einstellung einzelner geschäftlicher Aktivitäten gezwungen ist.

4.4. Anlegerbezogene Risiken

Im Folgenden werden die Risiken dargestellt, die nicht nur zu einem Verlust des Anlagebetrags inklusive Agio des Anlegers führen können, sondern darüber hinaus auch das sonstige Vermögen des Anlegers gefährden können. Es besteht insoweit das Risiko einer Privatsolvenz des Anlegers.

4.4.1. Haftung

Der Anleger haftet in Höhe der im Handelsregister eingetragenen Haftsumme – die im Falle der Gründungsgesellschafter Timberland Capital Trust GmbH sowie Timberland Capital Management GmbH 100 % der Pflichteinlage und im Falle aller übrigen Anleger 0,1 % der Pflichteinlage entspricht – gegenüber den Gläubigern der Fondsgesellschaft. Bis zur Eintragung der Haftsumme des Direktkommanditisten in das Handelsregister wird der Anleger als typisch stiller Gesellschafter behandelt und im Innenverhältnis so gestellt, als wäre er bereits wirksam der Fondsgesellschaft beigetreten.

Es ist möglich, dass der mit dem aufschiebend bedingten Beitritt beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden kann. Aufgrund dessen besteht das Risiko, dass der Direktkommanditist bis zur Eintragung unbeschränkt für die seit seinem Beitritt entstandenen Verbindlichkeiten der Fondsgesellschaft zu haften hat. Da sich die Eintragung erheblich verzögern kann, darf der Risikozeitraum der unbeschränkten Haftung nicht unterschätzt werden.

Wurde die Haftsumme in voller Höhe geleistet und im Handelsregister eingetragen, so kann die persönliche Haftung des Direktkommanditisten bis zur Höhe der übernommenen Haftsumme dann wieder aufleben, wenn durch Entnahmen das Kapital des Anlegers unter den Wert der im Handelsregister eingetragenen Haftsumme sinkt. Für Treugeber gilt Entsprechendes im Verhältnis zur Treuhandkommanditistin.

Nach dem Ausscheiden aus der Fondsgesellschaft haftet der Direktkommanditist grundsätzlich wie zuvor für die bis dahin begründeten Verbindlichkeiten, sofern ihm seine Haftsumme zurückge-

währt worden ist. Der Direktkommanditist wird erst fünf Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Fondsgesellschaft von einer derartigen Haftung für die vor seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten befreit.

Die Ansprüche gegen den Direktkommanditisten aus Verbindlichkeiten der Fondsgesellschaft verjähren in fünf Jahren nach der Auflösung der Fondsgesellschaft, sofern nicht der Anspruch gegen die Fondsgesellschaft einer kürzeren Verjährung unterliegt. Für Treugeber gilt Entsprechendes im Verhältnis zum Treuhänder.

4.4.2. Verpflichtung zur ratenweisen Erbringung der Pflichteinlage

Soweit der Anleger von der Möglichkeit Gebrauch macht, die Pflichteinlage nicht durch einmalige Zahlung, sondern in monatlichen Raten zu erbringen, besteht die Verpflichtung zur Leistung der gesamten Zeichnungssumme auch dann, wenn im Verlauf der Beteiligung die Emittentin Insolvenz anmelden muss und aus diesem Grund kaum Aussicht darauf besteht, das eingezahlte Kapital zurückzuerhalten.

4.4.3. Fremdfinanzierung

Den Anlegern steht es frei, den Erwerb der Kommanditanteile ganz oder teilweise durch Fremdmittel, also z. B. durch Bankdarlehen, zu finanzieren. Bei einer Fremdfinanzierung erhöht sich die Risikostruktur der Vermögensanlage. Der Anleger ist unabhängig von Auszahlungen aus der Vermögensanlage bzw. dem Totalverlust seines Kapitals inklusive Agio verpflichtet, Zinsen und Kosten der Fremdfinanzierung sowie die Rückzahlung der Fremdfinanzierung aus seinem sonstigen Vermögen zu bedienen.

4.4.4. Steuern

Die Aufrechterhaltung der steuerlichen und rechtlichen Akzeptanz und/oder Beurteilung von den angebotenen Kommanditbeteiligungen kann nicht für die Zukunft gewährleistet werden. Trotz des grundsätzlich bestehenden sogenannten Rückwirkungsverbot kann nicht ausgeschlossen werden,

dass auch bestehende Rechtsverhältnisse aus Kommanditbeteiligungen von künftigen Steuer-, Gesellschafts- oder anderen Rechtsänderungen derart betroffen sind, dass auf die Ausschüttungen ein entsprechender Abschlag vorgenommen werden muss. Der Anleger sollte sich in Zweifelsfällen an seinen persönlichen Steuerberater wenden.

Es besteht das Risiko, dass unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligung der Erwerb, die Veräußerung, die Aufgabe oder die Rückzahlung der Beteiligung besteuert wird, was für den Anleger zusätzliche Kosten zur Folge hätte. Diese Kosten wären auch im Falle des Totalverlustes der Beteiligung zu tragen.

4.5. Sonstige Risiken

4.5.1. Rating

Bis zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung wurde für die Fondsgesellschaft weder ein Rating zur Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit noch ein Emissionsrating in Bezug auf die angebotenen Kommanditanteile durchgeführt. Eine Beurteilung der angebotenen Vermögensanlage ist ausschließlich anhand dieses Prospekts und sonstiger öffentlich zugänglicher Informationen über die Fondsgesellschaft möglich. Es besteht insoweit das Risiko, dass diese Informationen und die Sachkunde des einzelnen Anlegers nicht ausreichen, um eine an den persönlichen Zielen ausgerichtete individuelle Anlageentscheidung zu treffen. Dies könnte sich negativ auf die Ertragslage der Fondsgesellschaft auswirken und sowohl die Höhe der Ausschüttungen/Entnahmen an die Anleger reduzieren als auch die Fähigkeit der Fondsgesellschaft, die Zahlung des Abfindungsguthabens an die Anleger vorzunehmen, negativ beeinflussen.

4.5.2. Qualifizierte Beratung

Eine Anlageentscheidung sollte nicht alleine aufgrund der Ausführungen des vorliegenden Verkaufsprospekts getroffen werden, da die hierin enthaltenen Informationen eine auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des individuellen Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung nicht erset-

zen können. Sollte ein Anleger auf eine entsprechende qualifizierte Beratung verzichten, besteht das Risiko, dass seine eigene Sachkunde zur Einschätzung der angebotenen Kommanditbeteiligung nicht ausreicht, um eine an den persönlichen Zielen ausgerichtete individuelle Anlageentscheidung zu treffen. Dies könnte sich negativ auf die Ertragslage der Fondsgesellschaft auswirken und sowohl die Höhe der Ausschüttungen/Entnahmen an die Anleger reduzieren als auch die Fähigkeit der Fondsgesellschaft, die Zahlung des Abfindungsguthabens an die Anleger vorzunehmen, negativ beeinflussen.

4.5.3. Quellenangaben

Sofern in diesem Prospekt Angaben von Dritten verwendet wurden, wurden diese entsprechend kenntlich gemacht. Eine Überprüfung dieser Angaben durch die Anbieterin ist nicht erfolgt. Es besteht das Risiko, dass diese von dritter Seite übernommenen Angaben zum Teil oder in Gänze unrichtig, unvollständig oder auch in dem hier gebrauchten Zusammenhang irreführend sind. Eine solche Unrichtigkeit könnte sich negativ auf die Ertragslage der Fondsgesellschaft auswirken und sowohl die Höhe der Ausschüttungen/Entnahmen an die Anleger reduzieren als auch die Fähigkeit der Fondsgesellschaft, die Zahlung des Abfindungsguthabens an die Anleger vorzunehmen, negativ beeinflussen.

4.6. Abschließender Risikohinweis

In dem Kapitel „Risiken der Vermögensanlage“ werden nach Kenntnis der Anbieterin alle zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung bestehenden wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Risiken im Zusammenhang mit der Vermögensanlage einschließlich der Liquiditätsrisiken, der Risiken, die mit dem Einsatz von Fremdkapital einhergehen, sowie der Risiken einer möglichen Fremdfinanzierung des Anteils durch den Anleger vollständig dargestellt.

5. Die Geschäftstätigkeit der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

5.1. Geschäftstätigkeit

Der wichtigste Tätigkeitsbereich der Fondsgesellschaft ist die Verwaltung eigenen Vermögens im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch den Erwerb, das Halten, Verwalten und die Veräußerung von Inhaberteilschuldverschreibungen an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartment(s) der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH. Der Erwerb kann sowohl unmittelbar durch die Emittentin ggf. unter Einschaltung eines oder mehrerer Intermediäre als auch auf einem Sekundärmarkt (z. B. an einer in- oder ausländischen Börse, sofern die Inhaberteilschuldverschreibungen im börslichen Handel über den Freiverkehr oder einem anderen Börsenmarkt gelistet sind) erfolgen. Die Timberland Securities S.A., Luxemburg, wird wiederum in ein oder mehrere Compartments einer oder mehrerer Verbriefungsgesellschaftsowie alle zulässigen Vermögensgegenstände investieren (siehe auch „6.4. Geplante Anlageobjekte der Zielgesellschaft, Investitionsstrategie, Seite 30).

Hierneben kann die Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie Sichteinlagen und Festgeldern anlegen.

5.2. Laufende Investitionen

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung hat die Fondsgesellschaft keine laufenden Investitionen getätigt.

5.3. Geschäftsgang 2013 und Aussichten (PROGNOSE)

Die Tätigkeit der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG ist nicht durch außergewöhnliche Ereignisse beeinflusst worden. Den Planungen für die Fondsgesellschaft zufolge wird im Geschäftsjahr 2013 ein Jahresergebnis von ca. Euro -2.854.423,- erwirtschaftet, was vornehmlich auf die mit der Vorbereitung und Durchführung des Angebotes der Vermögensanlage verbundenen Kosten zurückzuführen ist.

6. Anlagestrategie, Anlagepolitik, Anlageziel der Vermögensanlage und Anlageobjekte

6.1. Geplantes Anlageobjekt der Emittentin

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG beabsichtigt, die Nettoeinnahmen aus dem Angebot in dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartment(s) der zu gründenden Timberland Securities S.A. (im Folgenden auch „Zielgesellschaft“ genannt), Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B, zu investieren. Der Erwerb kann sowohl unmittelbar durch die Emittentin, ggf. unter Einschaltung eines oder mehrerer Intermediäre, als auch auf einem Sekundärmarkt (z. B. an einer in- oder ausländischen Börse, sofern die Inhaberteilschuldverschreibungen im börslichen Handel über den Freiverkehr oder einen anderen Börsenmarkt gelistet sind) erfolgen. Hierneben kann die Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie Sichteinlagen und Festgeldern anlegen.

Die Nettoeinnahmen aus dieser Emission werden für die Anschaffung der Inhaberteilschuldverschreibungen insbesondere des Compartments OptiMix B der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, sowie für die Erstellung einer Liquiditätsreserve verwendet.

Anlageobjekt der Emittentin sind somit die Inha-

berteilschuldverschreibungen des/der Compartment(s) der Zielgesellschaft (im Folgenden auch „Anlageobjekt“ oder „Anlageobjekt der Emittentin“ genannt).

Die Investition soll ausschließlich nach den gesellschaftsvertraglich festgelegten Grundsätzen erfolgen. Der Rückzahlungsbetrag der Inhaberteilschuldverschreibung(en) ist/sind an die Wertentwicklung der unterliegenden Vermögenswerte des/der jeweiligen Compartments, das/die die Inhaberteilschuldverschreibung(en) begeben hat/haben, gebunden.

Die Inhaberteilschuldverschreibung nehmen damit an der Wertentwicklung des jeweiligen der Inhaberteilschuldverschreibung(en) begebenden Compartments teil, wobei weder deren Wertentwicklung noch deren Rückzahlungsbetrag durch die Fondsgesellschaft oder die Compartments der Verbriefungsgesellschaft oder der Verbriefungsgesellschaft selbst garantiert werden.

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung hat die Fondsgesellschaft Verträge über die Anschaffung oder Herstellung des Anlageobjektes oder wesentlicher Teile davon noch nicht geschlossen.

6.2. Anlagestrategie, Anlagepolitik und Anlageziel der Vermögensanlage

Die Fondsgesellschaft wird in die Inhaberteilschuldverschreibungen der Timberland Securities S.A. mit Sitz in Luxemburg-Stadt, Großherzogtum Luxemburg, investieren, um mit diesen Inhaberteilschuldverschreibungen Erträge zu generieren. Die Anlagestrategie der Vermögensanlage besteht darin, die Einlage auf die Inhaberteilschuldverschreibungen entsprechend dem Mittelzufluss aus der prospektgegenständlichen Emission einzuzahlen, wobei mit der Einzahlung ab dem Jahr 2014 kalkuliert wird.

Anlageziel und Anlagepolitik der Vermögensanlage ist es, den Emissionserlös abzüglich der Liquiditätsreserve der Zielgesellschaft für Investitionen in ihr operatives Geschäft zur Verfügung zu stellen und im Gegenzug an deren wirtschaftlichem Erfolg sowie dem Unternehmenswachstum der Zielgesellschaft durch laufende Erträge (Ausschüttungen auf die Inhaberteilschuldverschreibungen) teilzunehmen und dadurch eine Rendite

für die Anleger zu erzielen. Der Erwerb kann sowohl unmittelbar durch die Emittentin ggf. unter Einschaltung eines oder mehrerer Intermediäre als auch auf einem Sekundärmarkt (z. B. an einer in- oder ausländischen Börse, sofern die Inhaberteilschuldverschreibungen im börslichen Handel über den Freiverkehr oder einen anderen Börsenmarkt gelistet sind) erfolgen. Hierneben kann die Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie Sichteinlagen und Festgeldern anlegen, wobei Sichteinlagen und Festgelder bei einem EU-Einlagenkreditinstitut, das einer Sicherungseinrichtung nach der EG-Einlagensicherungsrichtlinie (94/19/EG vom 30. 05. 1994) angehört, insbesondere dem Sicherungssystem/Haftungsverband der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe oder der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) oder der „Association pour la Garantie des Dépôts, Luxembourg“ (abgekürzt „AGDL“).

6.3. Realisierungsgrad des Anlageobjektes der Emittentin

Die Vertragsentwürfe zur Auflage der Verbriefungsgesellschaft, ihres/ihrer Compartments sowie der jeweiligen Inhaberteilschuldverschreibung(en) dieses/dieser Compartments werden im Zeitpunkt der Prospektaufstellung von den Rechtsberatern der Konzeptionärin der Verbriefungsgesellschaft(en) ausgearbeitet.

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung wurden noch keine konkreten Verträge über das Anlageobjekt geschlossen.

Nach den Planungen für die Fondsgesellschaft sollen ab dem Jahr 2014 die Nettoeinnahmen aus der Emission – d. h. nach Abzug der Emissionskosten – in die Inhaberteilschuldverschreibungen der Zielgesellschaft investiert werden.

6.4. Geplante Anlageobjekte der Zielgesellschaft, Investitionsstrategie

6.4.1. Investitionsstrategie der Zielgesellschaft

Die Zielgesellschaft beabsichtigt gemäß der dargestellten Anlagerichtlinien und Anlagebeschränkungen in ein Portfolio aus unterschiedlichen Finanzanlagen zu investieren (im Folgenden „Anlageobjekte der Zielgesellschaft“ genannt) mit dem Ziel, bei jedem Anlageobjekt die optimale Wertschöpfung zu erreichen.

Anlagerichtlinien:

Investitionsstrategie der Compartments OptiMix B der Zielgesellschaft Timberland Securities S.A. ist insbesondere das Investment in ein oder mehrere Compartments einer oder mehrere Verbriefungsgesellschaft(en), insbesondere mit Sitz in Luxemburg, sowie alle zulässigen Vermögensgegenstände, zu erwerben, zu verwalten und gegebenenfalls zu verwerten. Der Rückzahlungsbetrag der durch die Zielgesellschaft gezeichneten/gehaltenen Inhaberteilschuldverschreibung(en) soll an die Wertentwicklung der unterliegenden Vermögenswerte des/der jeweiligen Compartments, das/die die Inhaberteilschuldverschreibung(en) an das Compartment OptiMix B der Zielgesellschaft Timberland Capital S.A. begeben hat/haben, gebunden sein.

Die Inhaberteilschuldverschreibung(en), in die die Zielgesellschaft bzw. deren Compartment OptiMix B investiert, nehmen damit an der Wertentwicklung des jeweiligen der Inhaberteilschuldverschreibung(en) begebenden Compartments teil, wobei weder deren Wertentwicklung noch deren Rückzahlungsbetrag durch die Fondsgesellschaft oder die Zielgesellschaft bzw. deren Compartments oder der durch diese gehaltenen Investments bzw. der Emittentin/Emittenten dieser Investments selbst garantiert werden.

Anlagebeschränkungen:

Anlagebeschränkungen bestehen zur Zeit der Prospektaufstellung nicht.

6.4.2. Realisierungsgrad der Anlageobjekte der Zielgesellschaft

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung hat die Zielgesellschaft Verträge über die Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte oder wesentlicher Teile davon noch nicht beschlossen.

6.5. Investitions- und Finanzierungsplan der Emittentin

6.5.1. Einleitung

Die nachfolgende Übersicht stellt in Bezug auf die geplante Investition der Emittentin die Herkunft der einzusetzenden Mittel sowie deren Einsatz in Verbindung mit den Emissionskosten dar.

Bei der Darstellung der Investition und Finanzierung handelt es sich um kalkulierte Planzahlen der Emittentin, die in Form einer Prognose für den Investitionszeitraum aufgestellt wurden. Die Investitionsplanung beruht im Wesentlichen auf dem plangemäßen Zufluss des Kommanditkapitals.

Die Realisierung stiller Reserven wurde nicht berücksichtigt.

Da es sich bei der Investition der Zielgesellschaft um einen Blind-Pool handelt und die Anlageobjekte der Zielgesellschaft noch nicht feststehen, erfolgt aufgrund des § 9 Abs. 2 Nr. 9 VermVerk-ProspV die Darstellung eines Investitions- und Finanzierungsplanes für die Zielgesellschaft nicht. Gleiches gilt für die Darstellung der Zusage von Eigen- und Fremdmitteln bei der Zielgesellschaft.

6.5.2. Kalkulation der Investitionen

Kalkulation der Investitionen

Finanzierungsplan (PROGNOSE) Investitionszeitraum bis einschließlich 31. Dezember 2022

	absolut in EUR	in % der Gesamtmittel	bezogen auf Kommanditkapital
1. Kommanditkapital	290.315.695	92,07 %	100,00 %
2. Agio	24.999.938	7,93 %	8,61 %
3. Fremdkapital	0	0,00 %	0,00 %
4. Erträge aus der laufenden Geschäftstätigkeit	0	0,00 %	0,00 %
Finanzierungsmittel insgesamt	315.315.633	100,00 %	108,61 %

Investitionsplan (PROGNOSE) Investitionszeitraum bis einschließlich 31. Dezember 2022

	absolut in EUR	in % der Gesamtmittel	bezogen auf Kommanditkapital
5. Aufwand für den Erwerb/die Herstellung des Anlageobjekts einschließlich Nebenkosten	236.380.000	74,97 %	81,42 %
6. Emissionskosten/sonstige Kosten	78.925.237	25,03 %	27,19 %
7. Ausschüttungen/Entnahmen	0	0,00 %	0,00 %
8. Liquiditätsreserve	10.396	0,00 %	0,00 %
Gesamtaufwand	315.315.633	100,00 %	108,61 %

6.5.3. Erläuterung zum Finanzierungs- und Investitionsplan

6.5.3.1. Finanzierungsplan

Die mit diesem Prospekt angebotenen Kommanditbeteiligungen in Höhe von insgesamt Euro 499.998.750,- sollen nach den Planungen der Fondsgesellschaft bis zum Ende des Geschäftsjahres 2022 vollständig platziert werden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2022 (Prognosezeitraum) sollen planmäßig der Fondsgesellschaft aus den Kommanditbeteiligungen EUR 290.315.695,- zugeflossen sein (platzierte Kommanditbeteiligungen abzgl. ausstehender Einlagen auf das gezeichnete Kapital), die unter dem Posten Kommanditkapital ausgewiesen werden.

Es wird ein Ausgabeaufschlag (Agio) von bis zu 5 % erhoben. Dieser Ausgabeaufschlag (Agio) wird erfolgswirksam durch die Fondsgesellschaft vereinnahmt.

Für die Realisierung der geplanten Investition sind nach Planungen der Fondsgesellschaft die Nettoeinnahmen aus dieser Emission allein ausreichend. Die geplanten Investitionen sollen allein durch das Kommanditkapital finanziert werden. Fremdmittel sind weder als Zwischenfinanzierungs- noch als Endfinanzierungsmittel vereinbart oder verbindlich zugesagt, sodass unter dem Posten „Fremdkapital“ kein Betrag ausgewiesen ist. Es bestehen folglich keine Auswirkungen von Hebeleffekten.

Da es sich bei der Investition der Zielgesellschaft um einen Blind-Pool handelt, erfolgt aufgrund des § 9 Abs. 2 Nr. 9 VermVerkProspV die Darstellung der Zusage von Eigen- und Fremdmitteln sowie Hebeleffekte der Zielgesellschaft nicht.

Unter dem Posten „Erträge der laufenden Geschäftstätigkeit“ sind im Prognosezeitraum bis 31.12.2022 keine Erträge der Fondsgesellschaft, da aus den planmäßigen Investitionen keine laufenden Erträge resultieren, sondern die Erträge aus

der Investition in die Orderteilschuldverschreibungen endfällig sind.

Unter dem Posten „Finanzierungsmittel insgesamt“ ist der Saldo aus den vorstehenden Positionen abgebildet und zeigt die der Fondsgesellschaft während des Prognosezeitraums bis 31.12.2022 für ihre Geschäftstätigkeit zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel.

6.5.3.2. Investitionsplan

Unter dem Posten „Aufwand für den Erwerb/die Herstellung des Anlageobjektes einschließlich Nebenkosten“ sind die Aufwendungen für die Anschaffung der Orderteilschuldverschreibungen einschließlich Nebenkosten ausgewiesen. Unter dem Posten Emissionskosten/sonstige Kosten sind Aufwendungen für Provisionen, die Fondstrukturierung, die Prospekterstellung, für den Druck und das weitere Marketing zur Anlegergewinnung sowie für den laufenden Geschäftsbetrieb ausgewiesen. Soweit die Agiozahlungen geringer sind, reduzieren sich die tatsächlichen Emissionskosten.

Unter dem Posten „Ausschüttungen/Entnahmen“ sind die prognostizierten Entnahmen/Ausschüttungen im Prognosezeitraum ausgewiesen, wobei davon ausgegangen wurde, dass im Prognosezeitraum keine derartigen Posten auszuweisen sind. Die Liquiditätsreserve zum Ende des Prognosezeitraums (31.12.2022) ist ausgewiesen.

Unter dem Posten „Gesamtaufwand“ ist der Saldo aus den vorstehenden Positionen ausgewiesen. Investitionszeitraum bis einschließlich 31. Dezember 2022.

7. Die rechtlichen Grundlagen der Beteiligung

Das Rechtsverhältnis der Beteiligung des Anlegers basiert auf dem in diesem Prospekt abgedruckten Gesellschaftsvertrag der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, dem Treuhandvertrag und dem dazugehörigen Beitrittsantrag in Verbindung mit den §§ 161 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB).

Der Kommanditist ist mit seiner (eingezahlten) Pflichteinlage entsprechend den §§ 161 ff. HGB am Ergebnis der Fondsgesellschaft nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags beteiligt.

7.1. Unternehmensdaten der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

7.1.1. Firma, Sitz, Geschäftsanschrift

Die Firma des emittierenden Unternehmens lautet

Timberland Fonds OptiMix B GmbH & Co. KG

Sitz der Fondsgesellschaft ist Duisburg (Geschäftsanschrift: Feldstr. 8, D-47198 Duisburg).

7.1.2. Gründung, Rechtsform, Rechtsordnung, Dauer

Die Timberland Fonds OptiMix B GmbH & Co. KG wurde am 24. Mai 2013 in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft nach deutschem Recht gegründet und unterliegt der deutschen Rechtsordnung. Sie ist beim Amtsgericht Duisburg im Handelsregister unter HRA 11388 eingetragen worden.

Die Dauer der Fondsgesellschaft ist unbestimmt.

7.1.3. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung eigenen Vermögens durch den Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Anteilen des Teilvermögens (Compartments) mit der Bezeichnung „OptiMix B“ der Timberland Securities S.A. mit Sitz in Luxemburg, die in auf den Inhaber lautenden Teilschuldverschreibungen verbrieft sind. Die

Fondsgesellschaft kann die zur Erreichung des unter § 3 Abs. 1 dieses Vertrages beschriebenen Zwecks erforderlichen oder zweckmäßigen Handlungen auch durch Dritte vornehmen lassen.

Die Fondsgesellschaft kann ferner alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Filialen und Zweigniederlassungen im Inland und Ausland errichten und sich an anderen Unternehmen beteiligen, soweit hierdurch ausschließlich vermögensverwaltende Tätigkeiten erbracht werden.

7.1.4. Geschäftsjahr, Bekanntmachungen

Das Geschäftsjahr der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG ist das Kalenderjahr.

Die Bekanntmachungen der Emittentin, die die Gesellschafter betreffen, werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Bekanntmachungen der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG im Hinblick auf die Kommanditanteile erfolgen in den gesetzlich geregelten Fällen im (elektronischen) Bundesanzeiger und im Übrigen in elektronischer Form gegenüber den Gesellschaftern.

7.1.5. Kapitalausstattung

7.1.5.1. Kommanditkapital

Das gezeichnete Kommanditkapital der Fondsgesellschaft beträgt zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung Euro 1.250,-.

Davon werden von der Timberland Capital Management GmbH Kommanditanteile in Höhe von Euro 10,- und von der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH Kommanditanteile in Höhe von Euro 1.240,- gehalten.

Die Timberland Management GmbH hat als Komplementärin keine Einlage übernommen.

Das Kommanditkapital wurde in voller Höhe zur freien Verfügung der Geschäftsführung eingezahlt.

Es stehen keine Einlagen auf das Kapital aus.

7.1.5.2. Hauptmerkmale der Anteile

Die Hauptmerkmale der Kommanditanteile der zukünftig beitretenden Anleger sind:

- Informations- und Kontrollrecht
- Recht auf Teilnahme an und Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung
- Pflicht zur Leistung der Einlage
- Recht auf Ergebnisbeteiligung §§ 167 f., 120 f. HGB
- Ausschüttungsanspruch/Gewinnauszahlungsanspruch
- Kündigungsrecht
- Recht zur Übertragung des Kommanditanteils
- Recht auf die Zahlung eines Abfindungsguthabens
- Recht auf einen Teil des Liquidationserlöses

Die Hauptmerkmale der Kommanditanteile der Gesellschafter der Emittentin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung sind:

- Informations- und Kontrollrecht
- Recht auf Teilnahme an und Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung
- Recht auf Ergebnisbeteiligung §§ 167 f., 120 f. HGB
- Ausschüttungsanspruch/Gewinnauszahlungsanspruch
- Geschäftsführungsbefugnis im Falle des Kommanditanteils der Geschäftsführenden Kommanditistin
- Kündigungsrecht
- Recht zur Übertragung des Kommanditanteils
- Recht auf die Zahlung eines Abfindungsguthabens
- Recht auf einen Teil des Liquidationserlöses

Abweichungen hinsichtlich der Hauptmerkmale der Anteile der Gesellschafter der Emittentin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung von den Hauptmerkmalen der Kommanditanteile der zukünftig beitretenden Anleger bestehen dahingehend, dass

- die Gründungskommanditistin Timberland Capital Management GmbH über ein Vorkaufsrecht im Rahmen von Übertragungen von Kommanditbeteiligungen zu eigenen Gunsten oder zu Gunsten eines benannten Dritten verfügt;
- die Komplementärin Timberland Management

GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB zur Geschäftsführung der Emittentin berechtigt und verpflichtet ist;

- die Komplementärin Timberland Management GmbH ferner nicht am Kapital und nicht am Ergebnis und Vermögen der Fondsgesellschaft beteiligt ist;
- die Komplementärin Timberland Management GmbH die persönliche Haftung für die Fondsgesellschaft übernimmt;
- die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB zur Geschäftsführung der Emittentin berechtigt und verpflichtet ist und diese darüber hinausgehend einen betreffend die Vermögensanlage der Fondsgesellschaft und dem Vertrieb der Kommanditanteile zumindest teilweise durch den Geschäftsführenden Kommanditisten erfolgt und dieser mit der Fondsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft geschlossen hat;
- die Übertragung der Gesellschaftsanteile durch die Anleger nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Komplementärin oder der Treuhandkommanditistin möglich ist.

Darüber hinaus stimmen die Hauptmerkmale der Anteile der Gesellschafter der Emittentin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung mit den Hauptmerkmalen der Kommanditanteile der zukünftig beitretenden Anleger überein.

Es gibt keine ehemaligen Gesellschafter der Emittentin und deshalb können auch keine Ansprüche in Bezug auf Beteiligungen von ehemaligen Gesellschaftern bei der Emittentin gegeben sein.

7.1.5.3. Ermächtigung(en) zu Kapitalmaßnahmen

Die Komplementärin ist gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB ermächtigt, im Namen und mit Wirkung für alle Gesellschafter sowie ohne das Erfordernis eines Beschlusses der übrigen Gesellschafter, bis zum 31. Dezember 2022 (Zeichnungsfrist) weitere Kommanditisten in die Fondsgesellschaft aufzunehmen und hier-

durch das Kommanditkapital einmalig oder mehrmalig von Euro 1.250,- um bis zu Euro 499.998.750,- auf bis zu Euro 500.000.000,- zu erhöhen und ggf. ein Agio zu vereinbaren. Dabei können weitere Kommanditisten in die Fondsgesellschaft unmittelbar als Direktkommanditist oder mittelbar als Treugeber über die Treuhandkommanditistin aufgenommen werden. Des Weiteren kann Kommanditisten, die bereits unmittelbar oder mittelbar als Treugeber über die Treuhandkommanditistin an der Fondsgesellschaft beteiligt sind, die Erhöhung ihrer Einlage gestattet werden. Die in das Handelsregister für jeden Kommanditisten einzutragende Haftenlage beträgt jeweils 0,1 % der Pflichteinlage. Dabei ist die Komplementärin befugt, die für das Wirksamwerden der Kapitalerhöhung erforderlichen Eintragungen in das Handelsregister zu beantragen und zu bewirken. Im Übrigen sind die Geschäftsführenden Gesellschafter berechtigt, einmalig den Betrag der Kapitalerhöhung um weitere Euro 250.000.000,- auf insgesamt Euro 750.000.000,- zu erhöhen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter der Fondsgesellschaft bedarf.

7.1.6. Gründungsgesellschafter/Gesellschafter

Gründungsgesellschafter und Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG sind die Komplementärin Timberland Management GmbH mit Sitz in Duisburg sowie die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH mit Sitz in Duisburg und die Timberland Capital Trust GmbH mit Sitz in Hamburg.

Die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH hat bei Gründung der Fondsgesellschaft eine Kommanditeinlage in Höhe von Euro 10,- (Gesamtbetrag) insgesamt gezeichnet und eingezahlt.

Die Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH hat bei Gründung der Fondsgesellschaft eine Kommanditeinlage in Höhe von Euro 1.240,- (Gesamtbetrag) insgesamt gezeichnet und eingezahlt.

Die Komplementärin Timberland Management GmbH hat bei Gründung der Fondsgesellschaft

insgesamt keine Kommanditeinlage gezeichnet und eingezahlt.

Die Gründungsgesellschafter und Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung, die identisch sind, haben Einlagen im Gesamtnennbetrag von insgesamt Euro 1.250,- gezeichnet und eingezahlt.

Die Gründungsgesellschafterin und Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung, die Timberland Management GmbH, ist unter der Geschäftsanschrift Feldstraße 8, 47198 Duisburg, die Gründungsgesellschafterin und Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung, die Timberland Capital Management GmbH ist unter der Geschäftsanschrift Feldstraße 8, 47198 Duisburg sowie die Gründungsgesellschafterin und Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung, die Timberland Capital Trust GmbH, ist unter der Geschäftsanschrift c/o Rödl Treuhand Hamburg GmbH, Steuerberatungsgesellschaft, Kehrvieler 9, 20457 Hamburg geschäftsansässig.

7.1.7. Geschäftsführung

Der Geschäftsführer nimmt die Geschäftsführung der Fondsgesellschaft wahr und hat unter eigener Verantwortung die Kommanditgesellschaft zu leiten und sie sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich zu vertreten.

Insbesondere entscheidet die Geschäftsführung über alle Angelegenheiten des laufenden Geschäftsbetriebs, allgemeine Fragen der Refinanzierung und der Festsetzungen der Bedingungen für das Aktiv- und Passivgeschäft.

Das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin ist Herr Thomas Krämer als Geschäftsführer der Komplementärin sowie Geschäftsführer der Geschäftsführenden Kommanditistin. Die Komplementärin und die Geschäftsführende Kommanditistin haben jeweils umfassende Einzelvertretungsbefugnis. Die Komplementärin und ihre Organe sowie die Geschäftsführende Kommanditistin und ihre Organe sind bezüglich aller Rechtsgeschäfte in Angelegenheiten der Kommanditgesellschaft, zwischen ihnen und der Kommanditgesellschaft oder den Kommanditisten, sowie zwischen der Kommanditgesellschaft und

den Kommanditisten von den Beschränkungen des § 181 BGB sowie vom Wettbewerbsverbot nach § 112 HGB bzw. vom Selbstkontrahierungs- und Doppelvertretungsverbot befreit.

Der Tätigkeitsbereich der Komplementärin umfasst die gesamte organisatorische und administrative Leitung der Fondsgesellschaft. Der Tätigkeitsbereich der Geschäftsführenden Kommanditistin umfasst neben der Anlegerverwaltung insbesondere eine Portfoliostruktur, welche den Vorgaben des § 3 Abs. 1 dieses Gesellschaftsvertrages der Fondsgesellschaft entspricht, die Vertragsverhandlungen mit dem/den Zielgesellschaft(en) zu führen, die Interessen der Fondsgesellschaft und ihrer Gesellschafter gegenüber der/den Compartment(s) der Zielgesellschaft(en) im Rahmen der vertraglichen Regelungen wahrzunehmen, die Märkte, auf denen das/die Compartment(s) der Zielgesellschaft(en) tätig ist/sind, zu beobachten sowie die Fondsgesellschaft bei der Anlage liquider Mittel zu beraten.

Die Geschäftsanschrift des vorgenannten Mitglieds der Geschäftsführung der Emittentin in seiner Rolle als Geschäftsführer der Komplementärin lautet: Feldstraße 8, 47198 Duisburg. Weitergehende Informationen zu der Komplementärin und der Geschäftsführenden Kommanditistin sind den nachfolgenden Abschnitten zu entnehmen.

7.1.8. Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin)

Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die Timberland Management GmbH mit Sitz in Duisburg (Geschäftsanschrift: Feldstraße 8, 47198 Duisburg).

Sie übernimmt von Gesetzes wegen die Geschäftsführung der Emittentin.

7.1.8.1. Unternehmensangaben

Die Timberland Management GmbH ist am 09. April 2013 in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wirtschaftlich neu gegründet worden und unterliegt der deutschen Rechtsordnung. Das bedeutet, dass die Gesellschafter der Timberland Management GmbH nicht persönlich haften. Grundsätzlich haftet die

Komplementärin einer KG unbeschränkt. Vorliegend ist die Komplementärin eine Kapitalgesellschaft und haftet daher nur beschränkt auf ihr Gesellschaftsvermögen. Die Timberland Management GmbH ist am 26. April 2013 im Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts Duisburg unter der Nr. HRB 25408 eingetragen worden.

Das gezeichnete Stammkapital der Timberland Management GmbH beträgt Euro 25.000,- und ist in voller Höhe zur freien Verfügung der Geschäftsführung eingezahlt. Alleingesellschafterin ist die Timberland Capital Management KG mit Sitz in Luxemburg mit einer Stammeinlage (GmbH-Anteile) von 25.000,-.

Geschäftsführer der Komplementärin ist Herr Thomas Krämer. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit und einzelvertretungsberechtigt. Der Geschäftsführer ist unter der Geschäftsanschrift Feldstraße 8, 47198 Duisburg, geschäftsansässig.

7.1.8.2. Vergütung

Die Komplementärin erhält von der Emittentin für die Übernahme der persönlichen Haftung eine jährliche Vergütung in Höhe von 4 % der jeweiligen Haftsumme, d. h. derzeit Euro 1.000,- zzgl. geltender Umsatzsteuer, wobei für das Geschäftsjahr 2013 und im Falle eines Rumpfgeschäftsjahres die Vergütung zeitanteilig taggenau zu berechnen ist. Diese Vergütung ist unabhängig von der Ertragslage der Fondsgesellschaft zu zahlen. Die Haftungsvergütung ist anteilig zum Ende eines Kalenderhalbjahres zur Zahlung fällig.

Darüber hinaus stehen der Komplementärin als Gründungsgesellschafterin und Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin keine Gewinnbeteiligungen, Entnahme-rechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art insgesamt zu.

7.1.9. Geschäftsführende Kommanditistin

Geschäftsführende Kommanditistin ist die Timberland Capital Management GmbH mit Sitz in Duisburg (Geschäftsanschrift: Feldstraße 8, 47198

Duisburg). Als Kommanditistin hat die Timberland Capital Management GmbH eine Pflichteinlage in Höhe von Euro 10,- übernommen, die vollständig eingezahlt ist. Die Höhe der Haftsumme (Euro 10,-) entspricht der Pflichteinlage (Euro 10,-). Sie übernimmt neben der Geschäftsführenden Komplementärin Timberland Management GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer, die Geschäftsführung der Fondsgesellschaft.

7.1.9.1. Unternehmensangaben

Die Timberland Capital Management GmbH ist am 29. August 1996 in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht wirtschaftlich neu gegründet worden und unterliegt der deutschen Rechtsordnung. Das bedeutet, dass die Gesellschafter der Timberland Capital Management GmbH nicht persönlich haften. Die Gesellschaft wurde am 24. September 1996 unter der HRB 7204 beim zuständigen Handelsregister Duisburg unter der Firmierung AHW Capital Management GmbH eingetragen. Mit Gesellschafterbeschluss vom 26. August 2011 wurde die Umfirmierung in Timberland Capital Management GmbH beschlossen. Das Stammkapital der Timberland Capital Management GmbH beträgt Deutsche Mark 500.000,- und ist in voller Höhe zur freien Verfügung der Geschäftsführung eingezahlt. Alleingesellschafter der Timberland Capital Management GmbH ist Herr Thomas Krämer, geschäftsansässig in 1316 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Geschäftsführer der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Herr Thomas Krämer. In dieser Funktion ist er vom Verbot der Selbstkontrahierung und der Doppelvertretung befreit. Herr Thomas Krämer ist ebenfalls unter der Geschäftsanschrift Feldstraße 8, 47198 Duisburg geschäftsansässig.

7.1.9.2. Vergütungen

Für ihre Geschäftsführungstätigkeit erhält die Timberland Capital Management GmbH eine jährliche Vergütung von Euro 30.000,- zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Vergütung ist jeweils in vier

gleich hohen Raten (d. h. jeweils in Höhe von 1/4 der jährlichen Vergütung) zum Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres zur Zahlung fällig.

Von der Kommanditgesellschaft werden zudem gegen Nachweis folgende, nicht abschließende, Kosten und Honorare getragen:

- Buchhaltungs-, Abschluss- und etwaige Prüfkosten
- die Kosten der Erfüllung gesetzlicher Publikationspflichten
- die Kosten der Beschlussfassung, insbesondere durch Gesellschafterversammlungen
- die Kosten des Zahlungsverkehrs, Zinsaufwendungen und Bankspesen
- die Nebenkosten des Erwerbs und der Veräußerung von Gegenständen ihres Vermögens
- die Kosten der Wertermittlung von Gegenständen ihres Vermögens
- Kosten für Rechts- und Steuerberatung
- Kosten für die Einberufung von Versammlung einschließlich der Bewirtungskosten bei Versammlungen sowie Mietkosten für Versammlungsräumlichkeiten
- Kosten für Pflichtpublikationen einschließlich Prospektnachträgen und deren Nachträgen
- öffentlich-rechtliche Kosten
- Kosten von Förderung des Vertriebs, von Druck, Benachrichtigung und Veröffentlichung, inklusive Kosten von Annoncen oder vom Vorbereiten und Druck von Prospekten, erklärenden Darlegungen
- Kosten für Versicherungen, insbesondere solcher aus Prospekthaftungs-, D & O (Directors and Officers) sowie VSH (Vermögensschadenhaftpflicht)-Versicherung

Die Fondsgesellschaft kann ihr entstehende laufende oder regelmäßig wiederkehrende Kosten Dritter für Verwaltungs- oder sonstige Ausgaben für einen jährlichen oder anderen Zeitraum im Voraus schätzen und den Betrag gleichmäßig auf den Zeitraum verteilen und als Abschlagszahlung (A-Konto-Zahlung) zahlen. Eine regelmäßige jährliche Abrechnung in Bezug auf das betreffende Kalenderjahr wird die Fondsgesellschaft vornehmen. Über die konkrete Höhe der vorgenannten Kosten kann von der Anbieterin keine Aussage getroffen werden.

Darüber hinaus erhält die Timberland Capital

Management GmbH im Rahmen des Dienstleistungsvertrages vom 24. Mai 2013 über das Risikomanagement für die Fondsgesellschaft von dieser eine jährliche Vergütung von Euro 20.000,- zzgl. einer etwaigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Des Weiteren nimmt sie als Kommanditistin mit ihrer Einlage - wie jeder andere Kommanditist - am Ergebnis der Fondsgesellschaft teil. Über die konkrete Höhe der vorgenannten Ergebnisbeteiligung kann zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keine Aussage getroffen werden.

Darüber hinaus stehen der Timberland Capital Management GmbH als Gründungsgesellschafterin und Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art insgesamt zu.

7.1.10. Treuhandkommanditistin

Treuhandkommanditistin (auch „Treuhand“ genannt) ist die Timberland Capital Trust GmbH mit Sitz in Hamburg (Geschäftsanschrift: Timberland Capital Trust GmbH c/o Rödl Treuhand Hamburg GmbH, Steuerberatungsgesellschaft, Kehrweg 9, 20457 Hamburg).

Als Kommanditistin hat die Timberland Capital Trust GmbH eine Einlage in Höhe von Euro 1.240,- übernommen, die ihrer im Handelsregister eingetragenen Haftsumme entspricht. Diese Pflichteinlage wurde vollständig eingezahlt.

7.1.10.1. Unternehmensangaben

Die Timberland Capital Trust GmbH ist am 10. April 2013 in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht wirtschaftlich neu gegründet worden und unterliegt der deutschen Rechtsordnung. Das bedeutet, dass die Gesellschafter der Timberland Capital Trust GmbH nicht persönlich haften. Die Timberland Capital Trust GmbH ist am 18. April 2013 im Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts Hamburg unter der Nr. HRB 127196 eingetragen

worden. Das gezeichnete Stammkapital der Timberland Capital Trust GmbH beträgt Euro 25.000,- und ist in voller Höhe zur freien Verfügung der Geschäftsführung eingezahlt. Gesellschafterin ist die Timberland Capital Management KG mit Sitz in Luxemburg mit einer Stammeinlage (GmbH-Anteile) von Euro 25.000,-.

Geschäftsführer der Treuhandkommanditistin ist Herr Thomas Krämer. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit und einzelvertretungsberechtigt. Der Geschäftsführer ist unter der Geschäftsanschrift Kehrweg 9, c/o Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft, 20457 Hamburg, geschäftsansässig.

Umstände oder Beziehungen, die Interessenkonflikte des Treuhänders begründen können, sind im Abschnitt („4.3.3. Interessenkonflikte bei der Fondsgesellschaft“, Seite 20) beschrieben. Sie bestehen dahingehend, dass Herr Thomas Krämer sowohl der Geschäftsführer des Treuhänders (Timberland Capital Trust GmbH) als auch der Geschäftsführer der Komplementärin und Anbieterin (Timberland Management GmbH) und der Geschäftsführenden Kommanditistin der Fondsgesellschaft (Timberland Capital Management GmbH) ist.

Bei Fehlen einer Weisung des jeweiligen Treuhandkommanditisten wird der Treuhand in der Gesellschafterversammlung der Fondsgesellschaft für den jeweiligen Treuhandkommanditisten nach pflichtgemäßem Ermessen stimmen.

7.1.10.2. Rechte, Pflichten und Aufgabe des Treuhänders

Die Timberland Capital Trust GmbH übernimmt als Aufgabe die treuhänderische Verwaltung der Kommanditbeteiligungen für diejenigen Anleger, die sich mittelbar als Treugeber an der Fondsgesellschaft beteiligen. Rechtsgrundlage ihrer Tätigkeit ist der Treuhandvertrag vom 24.05.2013 (siehe Seite 98). Der Sitz der Timberland Capital Trust GmbH ist Hamburg.

Im Rahmen des Treuhandvertrages hat der Treuhand folgende wesentliche Rechte und Pflichten:

Rechte des Treuhänders

- Halten der Kommanditbeteiligung nach Weisung des Treugebers
- Beachtung der Weisung des Treugebers
- Erklärung des Beitritts zur Fondsgesellschaft unter Erhöhung des Kommanditanteils entsprechend des abgegebenen Beitrittsantrages innerhalb von jeweils einem Monat
- Abtretung der Rechte auf Teilnahme an und Abstimmung in der Gesellschafterversammlung an Treugeber
- Abtretung der Ergebnisbeteiligung, der Auszahlungsrechte und der Auszahlung des Abfindungsguthabens an den Treugeber
- Übernahme der Anlegerbetreuung und Weiterleitung von Informationen/Berichten an die Anleger
- Trennung des Treuhandvermögens vom sonstigen Vermögen des Treuhänders
- Führung Treugeberregister
- Verpflichtung zur Übertragung des Anteils nach Weisung des Treugebers
- Vertretung des Treugebers in der Gesellschafterversammlung und Wahrnehmung der Stimmrechte nach Weisung des Treugebers
- Bei fehlender Weisung Wahrnehmung der Stimmrechte nach pflichtgemäßem Ermessen

Pflichten des Treuhänders

- Vergütung des Treuhänders für seine Tätigkeit
- Ersatz seiner Aufwendungen und Auslagen
- Haftungsbeschränkung gem. §§ 4, 6 des Treuhandvertrages
- Übertragung der Treuhänderstellung auf eine andere natürliche oder juristische Person

7.1.10.3. Vergütungen

Die Treuhandkommanditistin erhält von der Fondsgesellschaft ab dem Geschäftsjahr 2013 für die Einrichtung, Übernahme und Durchführung der Verwaltungs- und Treuhandtätigkeit pro Geschäftsjahr eine Vergütung in Höhe von 0,35 % der Summe der Pflichteinlagen zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Vergütung ist je Geschäftsjahres-Monats am Ende eines Geschäftsjahres-Monats zahlbar, erstmals zum Fälligkeitstermin 30. September 2013. Der Gesamtbetrag der vereinbarten Vergütung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Treuhänders beträgt bei Vollplatzierung des gesamten Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- bis 31. Dezember 2022 insgesamt Euro 19.627.513,39. Die Vergütung ist unabhängig von der Ertragslage und unter Beachtung des § 18 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Fondsgesellschaft zu zahlen. Ferner nimmt sie als Kommanditistin mit ihrer Einlage – wie jeder andere Kommanditist – am Ergebnis der Fondsgesellschaft teil (siehe „7.2.7. Rechte des Anlegers“, Seite 43). Darüber hinaus stehen der Treuhandkommanditistin als Gründungsgesellschafterin und Gesellschafterin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art insgesamt zu.

7.1.11. Vergütungen aller Gründungsgesellschafter und Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung

Den Gründungsgesellschaftern und Gesellschaftern zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin stehen folgende Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art insgesamt zu:

Die Komplementärin erhält von der Emittentin für die Übernahme der persönlichen Haftung eine jährliche Vergütung in Höhe von 4 % der jeweili-

gen Haftsumme, d. h. derzeit Euro 1.000,- zzgl. geltender Umsatzsteuer.

Für ihre Geschäftsführungstätigkeit erhält die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH eine jährliche Vergütung von Euro 30.000,- zzgl. einer etwaigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Timberland Capital Management GmbH erhält im Rahmen des Dienstleistungsvertrages vom 24. Mai 2013 über das Risikomanagement für die Fondsgesellschaft von dieser eine jährliche Vergütung von Euro 20.000,- zzgl. einer etwaigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Von der Kommanditgesellschaft werden zudem gegen Nachweis weitere Kosten getragen, die unter 7.1.9.2. auf Seite 37 des Verkaufsprospektes aufgeführt sind. Ferner nimmt sie als Kommanditistin mit ihrer Einlage - wie jeder andere Kommanditist - am Ergebnis der Fondsgesellschaft teil. Über die konkrete Höhe der vorgenannten Ergebnisbeteiligung kann zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keine Aussage getroffen werden.

Die Treuhandkommanditistin erhält von der Fondsgesellschaft ab dem Geschäftsjahr 2013 für die Einrichtung, Übernahme und Durchführung der Verwaltungs- und Treuhandtätigkeit pro Geschäftsjahr jeweils einen Gesamtbetrag in Höhe einer Vergütung von 0,35 % der Summe der Pflichteinlagen zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer, bei Vollplatzierung des gesamten Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- bis 31. Dezember 2022 insgesamt also bis zu Euro 19.627.513,39 im Platzierungszeitraum. Die Höhe der tatsächlichen Vergütung ist vom Verlauf der Platzierung abhängig und wird somit wahrscheinlich niedriger sein. Ferner nimmt sie als Kommanditistin mit ihrer Einlage - wie jeder andere Kommanditist - am Ergebnis der Fondsgesellschaft teil. Über die konkrete Höhe der vorgenannten Ergebnisbeteiligung kann zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keine Aussage getroffen werden.

Darüber hinaus stehen den Gründungsgesellschaftern und Gesellschaftern zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versi-

cherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art insgesamt zu.

7.1.12. Hinweise auf besondere Umstände

Wegen der (teilweise bestehenden) Personenidentität der jeweiligen Funktionsträger bestehen angabepflichtige Verflechtungstatbestände und/oder Interessenkonflikte in rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Hinsicht dahingehend, dass Herr Thomas Krämer sowohl der Geschäftsführer der Komplementärin und Anbieterin (Timberland Management GmbH) als auch der Geschäftsführer der Treuhandkommanditistin der Fondsgesellschaft (Timberland Capital Trust GmbH) und der Geschäftsführenden Kommanditistin (Timberland Capital Management GmbH) ist, welche zumindest teilweise nicht ausschließlich die Kommanditanteile der Fondsgesellschaft vertreiben wird sowie ferner einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft abgeschlossen hat. Weiter ist Herr Thomas Krämer Gesellschafter sowie Geschäftsführer der Timberland Service GmbH, die eine Vereinbarung über den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland getroffen hat. Herr Thomas Krämer ist mittelbar Gesellschafter sowie Mitglied der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat. Des Weiteren ist Herr Thomas Krämer im Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG tätig, die die alleinige Gesellschafterin der Komplementärin und Anbieterin (Timberland Management GmbH) und der Treuhänderin (Timberland Capital Trust GmbH) ist. Herr Thomas Krämer wird ferner im Verwaltungsrat der zu gründenden Timberland Securities S.A. tätig sein, deren Inhaberteilschuldverschreibungen des/der jeweiligen Compartments Zielgesellschaft der Investitionen der Fondsgesellschaft sind. Ferner ist Herr Thomas Krämer stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere

mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann. Herr Thomas Krämer ist Alleinvorstand der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

Herr Dirk Köster wird als Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland Securities S.A., Luxemburg, tätig sein. Ferner ist Herr Dirk Köster leitender Angestellter der Geschäftsführenden Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH der Fondsgesellschaft, die Entscheidungen über einzelne Investitionen der Fondsgesellschaft in ihrer Funktion als Geschäftsführende Kommanditistin trifft und zumindestens teilweise die Kommanditanteile der Fondsgesellschaft vertreibt sowie ferner einen Dienstleistungsvertrag über das Risikomanagement mit der Fondsgesellschaft abgeschlossen hat sowie Vorsitzender der Geschäftsführung (Board of Directors) der Timberland Fund Management Ltd., mit der die Beteiligungsgesellschaft einen Konzeptionsvertrag geschlossen hat. Herr Dirk Köster ist Verwaltungsrat der Timberland Capital Management KG Luxemburg, sowie Verwaltungsrat deren Komplementärin Timberland Capital S.A., deren alleinige Aktionärin die Timberland Capital Management KG ist, die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der Emittentin Timberland Management GmbH sowie der Treuhandkommanditistin Timberland Capital Trust GmbH ist und Initiatorin, jedoch nicht Aktionärin, der Timberland Securities S.A., Luxemburg, sein wird, in deren Wertpapiere die Beteiligungsgesellschaft investieren soll. Herr Dirk Köster ist Verwaltungsratsvorsitzender der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann. Herr Dirk Köster ist Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

Herr Dirk Zwaneveld ist als Vertriebspartner der Timberland Service GmbH tätig, die den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen der Emittentin sowie solcher Vermögensanlagen und Investmentfonds, die durch die Timberland Service GmbH angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann. Herr Dirk Zwaneveld ist Verwaltungsratsmitglied der Timberland SICAV - Timberland Top-Dividende International, einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), die dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen unterliegt, welche insbesondere mittelbar Bestandteil der Investition der Fondsgesellschaft sein kann. Herr Dirk Zwaneveld ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

Herr Karoly Krizsan ist als unmittelbarer oder über eine Personen- und/oder Kapitalgesellschaft mittelbarer Vertriebspartner der Timberland Service GmbH tätig, die den teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Vermögensanlagen der Emittentin sowie solcher Vermögensanlagen und Investmentfonds, die durch die Timberland Service GmbH angeboten werden oder angeboten werden können, übernehmen kann. Herr Karoly Krizsan ist gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Timberland Capital AG, welche ebenfalls Vermögensanlagen nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung anbietet und welche Tochtergesellschaft der Timberland Capital Management KG, Luxemburg, ist.

Herr Damian Nussbaum wird Verwaltungsratsmitglied der Timberland Securities S.A. sein und ist als leitender Mitarbeiter der Citco C & T (Luxembourg) S.A. tätig, die als Dienstleister hinsichtlich der Administration sowie Buchführung von der zu gründenden Timberland Securities S.A. beauftragt werden soll. Weitere Verflechtungstatbestände und/oder Interessenkonflikte in rechtlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Art bestehen zum Zeitpunkt der Prospektstellung weder bei der Fondsgesellschaft und ihren Geschäftsführenden Gesellschaftern noch bei der Anbieterin oder der Treuhandkommanditistin.

7.2. Die Beteiligung

7.2.1. Begriffsbestimmung

Soweit keine abweichenden Ausführungen in den nachfolgenden Abschnitten erfolgen, ist mit Anleger, Gesellschafter bzw. Kommanditist auch der Treugeber gemeint.

7.2.2. Art, Anzahl und Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage

Mit diesem Verkaufsprospekt wird eine Vermögensanlage in Form von Kommanditanteilen zum Erwerb angeboten. Jeder Anleger beteiligt sich durch seinen Beitrittsantrag entweder unmittelbar als Direktkommanditist oder mittelbar als Treugeber an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG. Das Kommanditkapital soll auf diese Weise einmalig oder mehrmalig von Euro 1.250,- um bis zu Euro 499.998.750,- auf Euro 500.000.000,- erhöht werden. Der Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage beträgt zunächst Euro 49.998.750,-.

Im Übrigen sind die Geschäftsführenden Gesellschafter berechtigt, einmalig den Betrag der Kapitalerhöhung um weitere Euro 250.000.000,- auf insgesamt Euro 749.998.750,- zu erhöhen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter der Fondsgesellschaft bedarf.

Die im Rahmen dieser Kommanditbeteiligung zulässige Mindestzeichnungssumme beträgt Euro 5.000,- (höhere Beträge müssen durch 1 ohne Rest teilbar sein). Demzufolge werden unter Zugrundelegung der Mindestzeichnungssumme bei Vollplatzierung des gesamten Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 499.998.750,- maximal 100.000 Kommanditanteile bzw. bei Vollplatzierung des gesamten Kapitalerhöhungsbetrages von Euro 749.998.750,- maximal 150.000 Kommanditanteile ausgegeben.

7.2.3. Erwerbspreis

Der Erwerbspreis entspricht der gewählten Pflichteinlage des Anlegers. Bei Erbringung der Mindestzeichnungssumme beträgt der Erwerbspreis dementsprechend Euro 5.000,- zzgl. Agio in Höhe von bis zu 5 %, wobei mit dem Erwerb weitere Kosten im Zusammenhang mit der angebote-

nen Vermögensanlage verbunden sein können, z. B. bei Beitritt als Direktkommanditist mit den Kosten für die Handelsregistervollmacht. Höhere Pflichteinlagen müssen durch 1 glatt teilbar sein.

7.2.4. Beteiligung als Direktkommanditist

Im Falle der unmittelbaren Beteiligung wird der Anleger Kommanditist im Sinne der §§ 161 ff. HGB und als solcher in das Handelsregister eingetragen. Er nimmt seine Gesellschafterrechte selbst wahr.

Voraussetzung für die Aufnahme als Gesellschafter ist die Erteilung einer unwiderruflichen und über den Tod hinaus wirksamen notariell beglaubigten Handelsregistervollmacht, die die Komplementärin unter Befreiung von den Beschränkungen des Selbstkontrahierungsverbotes des § 181 BGB für die gesamte Dauer zur Vornahme aller Handlungen im Zusammenhang mit Eintragungen in das Handelsregister bevollmächtigt (Handelsregistervollmacht) auf eigene Kosten. Die Handelsregistervollmacht ist der Komplementärin unverzüglich nach Unterzeichnung des Beitrittsantrages durch den Anleger im Original zu übermitteln.

7.2.5. Beteiligung als Treugeber

Entscheidet sich der Anleger für eine mittelbare Beteiligung, nimmt die Treuhandkommanditistin, die Timberland Capital Trust GmbH, sämtliche Gesellschafterrechte des Kapitalanlegers (Treuebers) im eigenen Namen, jedoch auf Rechnung des Kapitalanlegers wahr. Die Treuhandkommanditistin unterliegt dabei den Weisungen des Treuebers. Nähere Angaben zur Treuhandkommanditistin sind dem Abschnitt „7.1.10. Treuhandkommanditistin“ auf Seite 38 zu entnehmen.

Steuerlich wie auch im Innenverhältnis wird der Treugeber wie ein vollwertiger Kommanditist behandelt.

Das Treuhandverhältnis wird durch Abschluss des Treuhandvertrags, dessen Wortlaut im Anhang dieses Prospektes abgedruckt ist, begründet. Er wird für die Dauer der Beteiligung der Treuhandkommanditistin an der Fondsgesellschaft abgeschlossen.

Der Treugeber kann jederzeit das Treuhandverhältnis durch schriftliche Erklärung gegenüber der

Treuhandkommanditistin kündigen und die Herausgabe der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung verlangen und seine Rechte als Direktkommanditist wahrnehmen.

Die treuhänderisch gehaltene Beteiligung wird von der Treuhandkommanditistin auf den Treugeber übertragen, sobald dieser der Fondsgesellschaft eine unwiderrufliche und über den Tod hinaus wirksame Handelsregistervollmacht in notariell beglaubigter Form vorgelegt hat, die die Komplementärin unter Befreiung von den Beschränkungen des Selbstkontrahierungsverbotes des § 181 BGB für die gesamte Dauer zur Vornahme aller Handlungen im Zusammenhang mit den Eintragungen in das Handelsregister bevollmächtigt (Handelsregistervollmacht). Nach Eintragung des Treugebers als Kommanditist in das Handelsregister endet der Treuhandvertrag.

Die Treugeber sind berechtigt, selbst an den Gesellschafterversammlungen teilzunehmen und das auf ihre treuhänderisch gehaltene Beteiligung entfallende Stimmrecht selbst wahrzunehmen.

Im Falle seiner Abwesenheit oder Nichtvertretung, hat die Treuhandkommanditistin die generelle Vollmacht, die Rechte aus der Beteiligung des Treugebers an der Fondsgesellschaft, insbesondere auch das Stimmrecht für ihn auszuüben. Dabei unterliegt die Treuhandkommanditistin den Weisungen des Treugebers. Hat diese von dem Anleger keine Weisung erhalten, ist die Treuhandkommanditistin verpflichtet, die Stimme nach pflichtgemäßem Ermessen auszuüben.

7.2.6. Verwaltung der Kommanditisten

Die in dem Beitrittsantrag des Anlegers genannten Daten werden von der Komplementärin und/oder der Geschäftsführenden Kommanditistin schriftlich und/oder elektronisch in einem Register gespeichert und im Rahmen der Verwaltung der Beteiligung von der Treuhandkommanditistin verarbeitet und genutzt (Anlegerregister). In diesem Anlegerregister werden ebenfalls die zukünftig im Zusammenhang mit der Beteiligung des Anlegers erforderlichen Angaben gespeichert. Nach Eintragung in das Anlegerregister erhält der Kommanditist den ihn betreffenden Auszug aus dem Anlegerregister zur Überprüfung der dort

gespeicherten Daten.

Die Fondsgesellschaft kann den Anlegern einen Zugang zur Online-Verwaltung zur Verfügung stellen. Hierzu kann eine eigene Internet-Plattform (sog. „Anleger-Portal“) eingerichtet werden, über die sich der Anleger jeweils mit einem individuellen Passwort einloggen kann. Im Rahmen dieser Online-Verwaltung können dem Anleger, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, Informationen, insbesondere Pflichtmitteilungen, Erklärungen, insbesondere rechtsgeschäftlicher Art, Einberufungen zu Gesellschafterversammlungen, Aufforderungen zur Stimmabgabe im schriftlichen Beschlussverfahren, Niederschriften etc. zur Verfügung gestellt werden. Ein zusätzlicher Versand der die Anleger betreffenden Bekanntmachungen auf dem Postwege findet grundsätzlich nicht statt, sofern ein Anlegerportal eingerichtet ist und soweit gesetzlich nicht zwingend anderes geregelt ist.

Die weiteren Einzelheiten der Teilnahme an der Online-Verwaltung können durch von der Fondsgesellschaft festgelegte Nutzungsbedingungen geregelt werden. Jeder Anleger ist grundsätzlich verpflichtet, der Fondsgesellschaft eine E-Mail-Adresse für die Teilnahme an der Online-Verwaltung zu benennen.

Für die Berechnung von Fristen ist der Versand (Sendedatum) der E-Mail, mit der die Mitteilung über neue Bekanntmachungen an die zuletzt mitgeteilte E-Mail-Adresse erfolgt, maßgebend.

7.2.7. Rechte des Anlegers

Dem Anleger stehen die Rechte eines Kommanditisten, wie sie im Gesellschaftsvertrag geregelt sind und wie sie sich ergänzend aus den Vorschriften der §§ 161ff. HGB ergeben, zu. Dies sind Folgende:

- Informations- und Kontrollrecht
- Recht auf Teilnahme und Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung
- Recht auf Ergebnisbeteiligung
- Ausschüttungsanspruch/Gewinnauszahlungsanspruch
- Kündigungsrecht
- Recht zur Übertragung des Kommanditanteils
- Recht auf Zahlung eines Abfindungsguthabens
- Recht auf einen Teil des Liquidationserlöses

7.2.7.1. Ergebnisbeteiligung

Die Beteiligung am Ergebnis regeln §§ 29 und 30 des Gesellschaftsvertrages.

Die Anleger nehmen mit ihrer Einlage sowohl am Gewinn als auch am Verlust der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG teil.

Grundlage für die Verteilung von Gewinnen und Verlusten ist das Verhältnis der von den Gesellschaftern eingezahlten Kapitaleinlagen ohne Agio zum Ende eines jeden Geschäftsjahres.

Gewinnanteile werden auf dem Kapitalkonto III eines jeden Anlegers verbucht, Verluste auf dem Kapitalkonto II, jedoch nicht über den Betrag der eingezahlten Pflichteinlage (Kapitalkonto I) hinaus.

Eine Verlustzuweisung an den Kommanditisten kann damit höchstens bis zur Höhe der tatsächlich geleisteten Einlage erfolgen. Sind auf dem Kapitalkonto II Verluste aufgelaufen, so sind diese in den Folgejahren vorrangig aus den Gewinnanteilen auszugleichen, bevor sie dem Kapitalkonto III gutgeschrieben werden.

Maßgeblich für die Berechnung des (handelsrechtlichen) Ergebnisanteils (Gewinn und Verlust) ist der jeweils festgestellte Jahresabschluss der Fondsgesellschaft. An einem dort ausgewiesenen Überschuss bzw. Verlust nimmt der Anleger teil.

7.2.7.2. Entnahmen und Ausschüttungen

Über Entnahmen und Ausschüttungen sowie deren Höhe beschließt die Gesellschafterversammlung. Entnahmen sind auch dann zulässig, wenn die Kommanditeinlage der Gesellschafter durch Verluste gemindert wird.

Die Geschäftsführung ist nach pflichtgemäßem billigem Ermessen berechtigt, aber nicht verpflichtet, auf den voraussichtlichen Entnahme- oder Ausschüttungsanspruch regelmäßige oder unregelmäßige Vorabzahlungen, z. B. monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich oder in einem anderen Turnus, vorzunehmen, wobei Vorabzahlungen von bis zu 20 % p. a. bezogen auf die Pflichteinlage zulässig sind, wenn und soweit der jeweilige Anleger seinen Zeichnungsbetrag vollständig eingezahlt hat.

7.2.7.3. Auszahlungsvorbehalte

Sämtliche Entnahmen und Ausschüttungen stehen unter dem Vorbehalt, dass hierdurch bei der Fondsgesellschaft kein Insolvenzeröffnungsgrund hervorgerufen wird.

7.2.7.4. Mitwirkungsrechte/ Gesellschafterversammlung

Nach den gesellschaftsvertraglichen Bestimmungen obliegt die Vertretung der Fondsgesellschaft allein den Geschäftsführenden Gesellschaftern, also der Komplementärin, der Timberland Management GmbH, als persönlich haftende Gesellschafterin sowie der Geschäftsführenden Kommanditistin, Timberland Capital Management GmbH.

Allerdings hat jeder Anleger das Recht auf Teilnahme an und die Ausübung des Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung, welche grundsätzlich einmal jährlich nach der Aufstellung des Jahresabschlusses stattfindet.

Die Einberufung erfolgt grundsätzlich durch die Komplementärin unter Bekanntgabe von Ort, Zeit und der Tagesordnung sowie der Unterbreitung eines Beschlussvorschlags schriftlich oder in Textform an die von den Gesellschaftern zuletzt der Fondsgesellschaft bekannt gegebene Anschrift mit einer Frist von mindestens 21 Kalendertagen vor dem Tag der Versammlung. Der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung werden bei der Fristberechnung nicht mitgerechnet. Zur Einhaltung der Frist ist die Absendung der Einberufung maßgeblich.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter ordnungsgemäß eingeladen und sowohl die Komplementärin als auch die Treuhandkommanditistin ordnungsgemäß vertreten sind.

Anstelle der Beschlussfassung auf einer Präsenzveranstaltung ist die Beschlussfassung im Umlaufverfahren ebenso möglich. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung als Präsenzveranstaltung ist nicht erforderlich, wenn die Komplementärin und/oder die Geschäftsführende Kommanditistin die Beschlussfassung im Umlaufverfahren verlangt. In diesen Fällen sind die Aufforderung zur Stimmabgabe und die Mitteilung sämtlicher Beschlussgegenstände mit einem Beschlussvor-

schlag, das genaue Verfahren sowie die Frist zur Stimmabgabe einschließlich des letzten Abstimmungstages in Textform an die Gesellschafter zu übermitteln. Die Übermittlung hat dabei an die gegenüber der Fondsgesellschaft zuletzt genannte Adresse zu erfolgen.

Die Mitteilung über die Einberufung der Gesellschafterversammlung geht dem Anleger grundsätzlich nur als E-Mail zu.

Bei der Beschlussfassung im Umlaufverfahren muss die Frist zur Stimmabgabe mindestens 21 Kalendertage betragen, wobei der Tag der Absendung der Aufforderung zur Stimmausübung nicht mitgerechnet wird. Die Stimmabgabe erfolgt in Schrift- oder Textform.

Außer in den gesetzlich geregelten Fällen, ist eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn diese von einem oder mehreren Gesellschaftern in Textform gegenüber der Komplementärin verlangt wird, der oder die mindestens 25 % des ausgegebenen Kommanditkapitals (Summe der Pflichteinlagen) auf sich vereinigen, oder wenn die Komplementärin oder die Geschäftsführende Kommanditistin es verlangt. In diesen Fällen ist das Umlaufverfahren ausgeschlossen und die Einberufungsfrist beträgt mindestens eine Woche.

Insbesondere ist die Gesellschafterversammlung zuständig für:

- Erhöhung des Gesellschaftskapitals über Euro 749.998.750,- hinaus
- Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses
- Beschluss über Auszahlungen/Entnahmen
- Entlastung der Komplementärin
- Errichtung, Bestellung und Entlastung eines Beirates
- Zustimmung zu folgenden Geschäften der Komplementärin:
 - Veräußerung oder Verpachtung des Vermögens der Fondsgesellschaft im Ganzen
 - Aufnahme neuer oder Aufgabe bestehender Geschäftszweige
 - Abänderung des Gesellschaftsvertrages
 - Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses
 - Auflösung der Fondsgesellschaft

Gesellschafterbeschlüsse werden in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Je Euro 1,- der eingezahlten Pflichteinlage wird eine Stimme gewährt.

Jeder Kommanditist kann sich rechtsgeschäftlich durch einen anderen Gesellschafter oder Dritte vertreten lassen. Voraussetzung für eine wirksame Vertretung ist die Vorlage einer Vollmacht in Textform sowie eines Identitätsnachweises des Bevollmächtigten.

Jeder Treugeber hat das Recht, persönlich an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen und in Bezug auf die treuhänderisch für ihn gehaltenen Teileinlagen im Namen der Treuhandkommanditistin abzustimmen. Soweit ein Treugeber nicht persönlich oder durch einen Bevollmächtigten an den Gesellschafterversammlungen teilnimmt, wird die Treuhandkommanditistin sein Stimmrecht nach Weisung des Treugebers in der Gesellschafterversammlung wahrnehmen. Soweit keine Weisung vorliegt, ist die Treuhandkommanditistin verpflichtet, das Stimmrecht nach pflichtgemäßem Ermessen wahrzunehmen.

7.2.7.5. Informations- und Kontrollrechte

Jeder Anleger kann vor der Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses diesen bei der Fondsgesellschaft einsehen. Mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung wird jedem Anleger ein Auszug aus dem Jahresabschluss übermittelt oder zur Verfügung gestellt.

7.2.7.6. Beirat

Auf Antrag der Komplementärin oder von Gesellschaftern, die mindestens 25 % des Kommanditkapitals der Fondsgesellschaft halten, kann ein Beirat bei der Fondsgesellschaft bestehend aus drei oder sechs Mitgliedern eingerichtet werden. Die genaue Anzahl der Mitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafter festgelegt.

Dabei werden 1/3 der Mitglieder von der Komplementärin entsendet. Die weiteren Mitglieder werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung gewählt.

Der Beirat hat die Komplementärin bei der Ver-

folgung des Unternehmensgegenstandes zu unterstützen und zu beraten. Der Beirat hat kein Weisungsrecht gegenüber der Komplementärin. Er ist berechtigt, von der Komplementärin Auskunft über einzelne Angelegenheiten zu verlangen. Der Komplementärin steht ein Teilnahme- und Rederecht bei Sitzungen des Beirates zu.

7.2.7.7. Übertrag- und Handelbarkeit der Vermögensanlage

7.2.7.7.1. Verkauf, Vererbung und Übertragung der Beteiligung

Jeder Anleger, der seinen Gesellschaftsanteil ganz oder teilweise entgeltlich oder unentgeltlich auf einen Dritten übertragen möchte, hat seinen Anteil oder Teile hiervon vorher der Geschäftsführenden Kommanditistin zum Erwerb anzubieten. Das Angebot hat schriftlich mit

- Nennung des Dritten und des etwaigen Erwerbspreises sowie
- der Beifügung entsprechender Belege zum Nachweis
- der Identität des Dritten und
- der Erwerbskonditionen

gegenüber der Komplementärin zu erfolgen.

Das Schriftformerfordernis wird nicht durch Erklärungen per E-Mail oder in sonstiger elektronischer Form gewahrt.

Die Geschäftsführende Kommanditistin kann selbst oder durch einen von ihr benannten Dritten das Angebot innerhalb von drei Monaten nach dessen Zugang zu den übermittelten Erwerbskonditionen schriftlich annehmen.

Soweit die Vorkaufsberechtigte von ihrem Ankaufsrecht nicht oder nicht fristgemäß Gebrauch macht, kann der Anleger seinen Gesellschaftsanteil ganz oder teilweise nach vorheriger Zustimmung (Einwilligung) der Komplementärin oder Treuhandkommanditistin mit Wirkung zum Ende eines jeden Geschäftsjahres der Fondsgesellschaft auf Dritte übertragen. Die Zustimmung wird nur versagt, wenn und soweit ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtiger Grund gelten auch geschäftspolitische Gründe, insbesondere sofern es sich bei der natürlichen oder juristischen Person, auf den der Gesellschaftsanteil übertragen werden

soll, um einen im Wettbewerb mit der Fondsgesellschaft selbst, der Komplementärin oder der Geschäftsführenden Kommanditistin handelt. Die Übertragung erfolgt durch Abtretung.

Die vorstehenden Regelungen gelten sinngemäß für die Übertragung der Rechte und Pflichten aus einem Treuhandvertrag. Die Zustimmung zu der Übertragung wird durch die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin erteilt, wenn und soweit kein wichtiger Grund vorliegt, der die Versagung der Übertragung rechtfertigt.

Im Falle des Todes eines Anlegers wird die Fondsgesellschaft mit seinen Erben oder Vermächtnisnehmern fortgesetzt. Auf Verlangen hat der Erbe oder Vermächtnisnehmer eine unwiderrufliche und über den Tod hinaus wirksame notariell beglaubigte Handelsregistervollmacht auf eigene Kosten vorzulegen, die die Komplementärin unter Befreiung von den Beschränkungen des Selbstkontrahierungsverbotes des § 181 BGB für die gesamte Dauer zur Vornahme aller Handlungen im Zusammenhang mit Eintragungen in das Handelsregister bevollmächtigt.

7.2.7.7.2. Handelbarkeit der Beteiligung

Da der Kommanditist seine Beteiligung auf Dritte übertragen kann, ist sie auch handelbar. Die freie Handelbarkeit der Anteile ist jedoch aufgrund des Fehlens eines öffentlichen Marktes, der für die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin bestehenden Zustimmungsvorbehalte und des für die Geschäftsführende Kommanditistin bestehenden Vorkaufsrechts stark eingeschränkt. Darüber hinaus gibt es zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keinen organisierten Markt, an dem Kommanditbeteiligungen an der Fondsgesellschaft gehandelt werden. Eine Veräußerung der Beteiligung ist daher nur durch einen privaten Verkauf durch den Anleger oder ggf. durch Vermittlung der Fondsgesellschaft möglich.

7.2.8. Beendigung der Beteiligung/Abfindungsguthaben

7.2.8.1. Kündigung bzw. Ausschluss von Gesellschaftern

7.2.8.1.1. Kündigung eines Direktkommanditisten

Die Beteiligung an der Fondsgesellschaft ist für die Anleger zum Ende eines Geschäftsjahres ordentlich kündbar. Erstmals ist eine ordentliche Kündigung mit Wirkung zum Ablauf des siebten vollen Beteiligungsjahres nach seinem Beitritt (Zeitpunkt der vollständigen Leistung der Pflichteinlage) zulässig, sofern die Fondsgesellschaft nicht im Einzelfall einer früheren Kündigung nach billigem Ermessen zustimmt. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate zum Ende eines Geschäftsjahres. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Nach einer Kündigung wird die Fondsgesellschaft grundsätzlich durch die übrigen Gesellschafter fortgesetzt.

7.2.8.1.2. Ausschluss eines Direktkommanditisten

Der Anleger (Direktkommanditist) scheidet durch schriftliche Erklärung der Komplementärin mit sofortiger Wirkung aus der Fondsgesellschaft aus, wenn und soweit er zahlungsunfähig wird, über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung desselben mangels Masse abgelehnt wird.

Hierzu bedarf es weder eines Gesellschafterbeschlusses noch der gerichtlichen Klage. Dies gilt auch, wenn und soweit ein Gläubiger den Gesellschaftsanteil oder sonstige pfändbare Ansprüche aus dem Gesellschaftsverhältnis eines Gesellschafters pfändet und diese Pfändung nach Ablauf von drei Monaten ab Wirksamwerden der Pfändung noch andauert.

Darüber hinaus kann der Anleger (Direktkommanditist) aus der Fondsgesellschaft ausgeschlossen werden, wenn er Anlass gegeben hat, dass die Auflösung der Fondsgesellschaft aus wichtigem Grund gemäß § 133 HGB verlangt werden könnte. Ferner ist die Komplementärin ermächtigt, einen Kommanditisten im Namen der Fondsgesellschaft gegen Rückzahlung geleisteter Zahlungen unter Einbehalt

entstandener Kosten sowie Verzugszinsen durch schriftliche Erklärung auszuschließen, soweit von dem Kommanditisten der gesamte Zeichnungsbetrag trotz schriftlicher Mahnung mit Fristsetzung und Ausschlussandrohung nicht oder nicht in voller Höhe erbracht wird.

Der Ausschluss der Komplementärin oder der Treuhandkommanditistin setzt einen Beschluss der Gesellschafterversammlung mit Dreiviertelmehrheit aller Stimmen voraus und ist nur zulässig, wenn und soweit beim Ausschluss der Komplementärin gleichzeitig eine andere natürliche oder juristische Person den Beitritt zur Fondsgesellschaft als Komplementärin oder beim Ausschluss der Treuhandkommanditistin eine andere natürliche oder juristische Person die Übernahme der Pflichteinlagen der Treuhandkommanditistin erklärt. Darüber hinaus ist im ersten Fall die Zustimmung der Treuhandkommanditistin und im zweiten Fall der Komplementärin erforderlich.

Im Falle des Ausschlusses eines Gesellschafters wird die Fondsgesellschaft unter Beibehaltung ihrer Firma unter den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt.

7.2.8.1.3. Kündigung eines Treugebers

Der Treuhandvertrag wird für die Zeit der Beteiligung der Treuhandkommanditistin an der Fondsgesellschaft einschließlich einer etwaigen Liquidation geschlossen.

Der Treugeber kann den Treuhandvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist schriftlich kündigen und unter Beachtung der Mindesthöhe der Pflichteinlage die Herausgabe der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung verlangen und seine Rechte als Direktbeteiligter oder durch einen anderen Treuhänder auf seine Kosten wahrnehmen. Die Treuhandkommanditistin überträgt die treuhänderisch gehaltene Beteiligung, sobald der Treugeber oder der neue Treuhänder seiner Wahl seinen Verpflichtungen zur Vorlage einer unwiderruflichen und über den Tod hinaus wirksamen Handelsregistervollmacht in notariell beglaubigter Form, die die Komplementärin unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB für die gesamte Dauer der Fondsgesellschaft zur Vornahme aller Handlungen im Zusammenhang mit Eintragungen in das Handelsregister bevollmäch-

tigt, nachgekommen ist und die Eintragung als Kommanditist der Fondsgesellschaft im Handelsregister nachweist.

7.2.8.1.4. Kündigung wegen Härtefall

Der Anleger ist berechtigt wegen eines den Anleger treffenden und nachzuweisenden Härtefalls vor Ablauf des siebten vollen Beteiligungsjahres die Gesellschaft zum Ablauf eines Geschäftsjahres unter Beachtung der Form und Fristen der ordentlichen Kündigung zu kündigen. Ein Härtefall ist insbesondere:

- a) die eigene Arbeitslosigkeit / eigene schwere Krankheiten oder
- b) der Tod des Ehepartners oder eines Angehörigen in gerader Linie oder
- c) eigene Zahlungsunfähigkeit oder Insolvenz.

Über die Geeignetheit der seitens des Anlegers beigebrachten Nachweise für das Vorliegen von Härtefällen entscheidet die Gesellschaft nach eigenem Ermessen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Vorabzahlungen auf das voraussichtliche Abfindungsguthaben vorzunehmen.

7.2.8.2. Abfindungsguthaben

Scheidet ein Kommanditist (Direktkommanditist) aufgrund einer Kündigung oder aufgrund seines Ausschlusses aus der Fondsgesellschaft aus, hat er einen Anspruch auf Zahlung eines Abfindungsguthabens, das die Komplementärin ermittelt. Die Kosten für die Ermittlung des Abfindungsguthabens trägt grundsätzlich die Fondsgesellschaft. Der Anleger trägt diese Kosten, wenn und soweit sich der ausscheidende Anleger und die Fondsgesellschaft nicht auf die Höhe des Abfindungsguthabens einigen können. Das Abfindungsguthaben entspricht dem Saldo seiner Kapitalkonten, also dem Buchwert seiner Beteiligung zum Zeitpunkt seines Ausscheidens. Stehen zum Stichtag des Ausscheidens des Gesellschafters bzw. der Kündigung Zahlungen auf den Zeichnungsbetrag oder auf etwaige nicht ausgeglichene Kosten aus, sind diese vom Abfindungsguthaben abzuziehen.

Das Abfindungsguthaben ist in einer Rate zu zahlen. Die Zahlung ist am 31. Dezember des Jahres, in dem das Abfindungsguthaben festgestellt wurde, zur Zah-

lung fällig. Im Übrigen darf durch die Zahlung des Abfindungsguthabens bei der Fondsgesellschaft ein Insolvenzeröffnungsgrund nicht herbeigeführt werden. Soweit aufgrund dieses Zahlungsvorbehaltes die Zahlung des Abfindungsguthabens nicht oder nicht in voller Höhe erfolgen kann, so ist die Zahlung unverzüglich nach Wegfall des Zahlungsvorbehaltes nachzuholen. Diese Regelungen gelten für den Treugeber entsprechend.

Die Fondsgesellschaft ist nicht verpflichtet, zur Vermeidung des Zahlungsvorbehaltes Teile des Anlagevermögens zu liquidieren, soweit eine solche Liquidierung nicht der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns entsprechen würde.

7.2.8.3. Auflösung der Fondsgesellschaft, Liquidationserlös

Sollte die Fondsgesellschaft während der Beteiligung des Anlegers ihre Auflösung beschließen, ist hierfür eine Dreiviertelmehrheit notwendig. Die Fondsgesellschaft ist durch die Geschäftsführende Kommanditistin abzuwickeln und das Gesellschaftsvermögen zu verwerten.

Der nach Begleichung der Verbindlichkeiten der Fondsgesellschaft gegenüber Dritten verbleibende Liquidationserlös wird nach Berücksichtigung der Vergütung der Liquidatorin und nach Ausgleich eines etwaigen negativen Saldos der Kapitalkonten im Verhältnis der Pflichteinlagen auf die Gesellschafter verteilt.

7.2.9. Zahlungen und Zahlstelle für Auszahlungen an die Anleger

Die bestimmungsgemäßen Zahlungen an den Anleger (Auszahlung der Gewinnausschüttungen und Entnahmen sowie von Abfindungsguthaben) führt die Zahlstelle Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (Geschäftsanschrift: Feldstr. 8, 47198 Duisburg) in eigener Durchführung aus. Die Emittentin ist berechtigt, weitere Zahlstellen zu benennen und die Benennung einzelner Zahlstellen zu widerrufen. Weitere Zahlstellen oder Stellen, die bestimmungsgemäß Zahlungen an den Anleger ausführen, wurden nicht eingerichtet.

7.2.10. Erwerbsvoraussetzungen

7.2.10.1. Beitrittsantrag

Für den Erwerb der Beteiligung ist die Übermittlung des vollständig ausgefüllten und von dem Anleger eigenhändig unterschriebenen Beitrittsantrags Voraussetzung, insbesondere muss der Anleger angeben, wie hoch seine Beteiligung an der Fondsgesellschaft sein soll und ob ein Beitritt unmittelbar als Direktkommanditist oder mittelbar als Treugeber erfolgen soll. Die Beteiligung des Anlegers als Direktkommanditist kommt mit rechtsverbindlicher Annahme seines Beitrittsantrages durch die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, Feldstr. 8, 47198 Duisburg, vertreten durch die Komplementärin, wirksam zustande.

Sofern der Anleger die Beteiligung als Treugeber beabsichtigt, ist zusätzlich der Abschluss eines Treuhandvertrages erforderlich, wonach der Treuhandkommanditistin die von dem Anleger gezeichnete Einlage im eigenen Namen, jedoch für Rechnung und im Treuhandauftrag des Anlegers hält. Der Treuhandvertrag kommt durch Unterzeichnung des Beitrittsantrages des Anlegers und die Annahme durch die Treuhandkommanditistin zustande.

Auf dem Beitrittsantrag bestätigt der Anleger u. a., dass er den Verkaufsprospekt, das Vermögensanlagen-Informationsblatt sowie eine Durchschrift des Beitrittsantrages (Zeichnungsschein) erhalten hat.

Den Beitrittsantrag nimmt die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, Feldstr. 8, 47198 Duisburg, entgegen.

7.2.10.2. Einzahlungen

Die Überweisung der Pflichteinlage der Direktkommanditisten sowie der Treugeber erfolgt auf das Sonderkonto der Fondsgesellschaft, Kontonummer: 1517945, Bankleitzahl: 320 400 24; bei der Commerzbank AG.

Der Erwerbspreis ist 14 Tage nach der Zeichnung zur Zahlung auf das genannte Konto fällig. Wenn mit Zustimmung der Emittentin eine ratenweise Zahlung der Pflichteinlage erfolgt, wird der Fälligkeitszeitpunkt zwischen Anleger und Emittentin in einer separaten vertraglichen Vereinbarung festgelegt. Wenn und soweit der Anleger seiner Zahlungsver-

pflichtung hinsichtlich des Zeichnungsbetrages gegenüber der Fondsgesellschaft nicht nachkommt, kommt er ohne Mahnung in Verzug und hat während der Dauer des Verzuges Verzugszinsen in Höhe von 1,5 % des ausstehenden Betrages pro Monat zu leisten. Die Fondsgesellschaft kann nach pflichtgemäßem billigem Ermessen bei Vorliegen entsprechender Gründe auf die Verzugszinsen verzichten bzw. die vorstehende Regelung betreffend Verzugszinsen abbedingen.

7.2.11. Anlegerkreise

Das Angebot erfolgt derzeit ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kommanditanteile werden innerhalb Deutschlands jedermann zum Erwerb angeboten, sie können sowohl von Privatpersonen als auch von Unternehmen und sonstigen Personenvereinigungen erworben werden.

7.2.12. Bekanntmachungen

Die Fondsgesellschaft und deren Gesellschafter betreffenden Bekanntmachungen erfolgen in den gesetzlich geregelten Fällen im (elektronischen) Bundesanzeiger und im Übrigen in elektronischer Form.

7.2.13. Anzuwendendes Recht und Gerichtsstand

Für alle aus dem Beteiligungsverhältnis resultierenden Rechtsstreitigkeiten ist die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich. Als Gerichtsstand wird – soweit dies gesetzlich zulässig ist – der Sitz der Fondsgesellschaft vereinbart. Derzeitiger Sitz ist Duisburg. Für den Fall, dass der Anleger nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, wird ebenfalls der Sitz der Fondsgesellschaft als örtlich zuständiger Gerichtsstand vereinbart.

8. Steuerliche Grundlagen der Beteiligung

8.1. Allgemeiner Hinweis

Die nachfolgende Darstellung behandelt die wesentlichen Grundlagen der steuerlichen Konzeption der Vermögensanlage. Grundlage der Ausführungen in diesem Abschnitt sowie im gesamten Prospekt ist das zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung (27.06.2013) geltende nationale Steuerrecht (gesetzliche Regelungen, veröffentlichte Verwaltungsanweisungen, aktuelle Rechtsprechung der Finanzgerichte) der Bundesrepublik Deutschland. Zur Darstellung der steuerlichen Konzeption der Vermögensanlage werden steuerliche Fachausdrücke verwendet, die nicht mit dem allgemeinen Sprachgebrauch übereinstimmen müssen. Sollte der Anleger nicht mit der Verwendung dieser Fachausdrücke vertraut sein, sollten zum Verständnis des Textes entsprechend qualifizierte Berater (z. B. Steuerberater) in Anspruch genommen werden.

Die nachfolgenden Erläuterungen gelten für im Inland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige natürliche Anleger, die sich an der Kommanditgesellschaft entweder unmittelbar als Direktkommanditist oder mittelbar über die Treuhandkommanditistin als Treugeber beteiligen und ihre Beteiligung im Privatvermögen halten. Zählt die Beteiligung dagegen zum Betriebsvermögen des Anlegers, ergeben sich abweichende steuerliche Rechtsfolgen, die in diesem Abschnitt nicht dargestellt werden. Ebenfalls werden keine Aussagen zu den steuerlichen Auswirkungen getroffen, die sich bei Anlegern ergeben, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Bei den nachfolgenden Ausführungen ist zu beachten, dass sich die steuerliche Einnahmen- und Ausgabengestaltung jeweils nach der individuellen Situation eines jeden einzelnen Anlegers richtet. In Zweifelsfragen – insbesondere im Hinblick auf die persönliche Steuersituation – sollte in jedem Fall der eigene Steuerberater zu Rate gezogen werden.

8.2. Vorbemerkung

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG ist eine vermögensverwaltende Kommanditgesellschaft nach deutschem Recht. Bei einer Kommanditgesellschaft handelt es sich um eine Personengesellschaft, welche im Rahmen der Einkommensteuer kein eigenes Steuersubjekt darstellt. Vielmehr ist jeder einzelne Gesellschafter (Anleger) Steuersubjekt. Allein für die Bestimmung der Einkunftsart und die Einkunftsart wird auf die Kommanditgesellschaft abgestellt.

8.3. Einkommensteuer

8.3.1. Einkunftsart

Zweck der Kommanditgesellschaft ist gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages die Verwaltung eigenen Vermögens im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch den Erwerb, das Halten, Verwalten und die Veräußerung von Inhaberteilschuldverschreibungen an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartments der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B. Die Kommanditgesellschaft wird daher ausschließlich vermögensverwaltend tätig. Aufgrund dessen erzielen die Gesellschafter Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Abs. 1 EStG.

8.3.1.1. Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Die Qualifizierung der Einkünfte als solche aus Gewerbebetrieb im Sinne des § 15 EStG scheidet aufgrund der oben beschriebenen Konzeption des Fonds aus, da die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG weder eine originäre gewerbliche Tätigkeit ausübt, noch gewerblich geprägt ist.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung hält sich die Tätigkeit der Kommanditgesellschaft in entsprechender Anwendung des BMF-Schreibens vom 16. Dezember 2003 zu einkommensteuerrechtlichen Fragen innerhalb der Grenzen privater Vermögensverwaltung.

Folgende Umstände könnten zu einer Umqualifizierung der Einkünfte in gewerbliche führen:

- Einsatz von Bankkrediten, Übernahme von Sicherheiten
- umfangreicher eigener Organisationsapparat zur Durchführung von Geschäften
- Ausnutzung eines Marktes unter Einsatz beruflicher Erfahrungen
- Anbieten von Wertpapiergeschäften gegenüber breiter Öffentlichkeit, Wertpapiergeschäfte auf Rechnung Dritter
- überwiegendes Halten von Beteiligungen kürzer als drei bis fünf Jahre
- unbeschränkte Reinvestition von Veräußerungserlösen
- unternehmerisches Tätigwerden in Portfoliogesellschaften

Diese Merkmale treffen nach Einschätzung der Kommanditgesellschaft nicht auf die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG zu. Insbesondere sollen die geplanten Inhaberteilschuldverschreibungen durchschnittlich bis sieben Jahre gehalten werden.

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG wird sich nicht am aktiven Management der Zielgesellschaft - auch nicht über verbundene Dritte - beteiligen. Die Wahrnehmung von Aufsichtsratsfunktionen in den gesellschaftsrechtlichen Gremien der Zielgesellschaft (Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder Beirat/Kuratorium) ist hierbei unschädlich. Die Einräumung von Zustimmungsvorbehalten ist ebenfalls regelmäßig unschädlich, wenn der Geschäftsführung der Zielgesellschaft ein echter Entscheidungsspielraum für unternehmerische Entscheidungen verbleibt.

Eine Reinvestition von Veräußerungserlösen ist nach dem oben genannten BMF-Schreiben nur im engen Rahmen möglich. Danach handelt es sich nicht um eine Reinvestition von Veräußerungsgewinn, wenn Erlöse in Höhe des Betrags, zu dem Kosten und der Ergebnis-Vorab für die Geschäftsführung aus Kapitaleinzahlungen finanziert wurden, erstmals in Beteiligungen investiert werden. Dasselbe gilt, wenn Veräußerungserlöse bis zur Höhe eines Betrags von 20 % des Zeichnungskapitals in Nachfinanzierungen der Zielgesellschaft investiert werden, an der die Fondsgesellschaft beteiligt ist. Darüber hinaus sollen keine Reinvestitionen erfolgen.

8.3.1.2. Keine gewerbliche Infizierung

Die Tätigkeit einer Personengesellschaft gilt aufgrund des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG in vollem Umfang als gewerblich, wenn sie neben der vermögensverwaltenden Tätigkeit auch eine gewerbliche ausübt. Dabei spricht man von einer sogenannten Infizierung der vermögensverwaltenden Tätigkeit durch die gewerbliche Tätigkeit. Die Tätigkeit der Beteiligungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Inhaberteilschuldverschreibungen dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartment(s) der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B, zu erwerben und zu halten. Es ist nicht vorgesehen, mitunternehmerische Beteiligungen einzugehen, die gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG zu einer „Infizierung“ der Einkünfte als gewerbliche führen könnten. Sie beabsichtigt nicht, Beteiligungen zu handeln, d. h. zu veräußern. Aufgrund des in § 3 des Gesellschaftsvertrages beschriebenen Zweckes der Fondsgesellschaft wird die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG daher keine originären und/oder nur teilweise gewerblichen Tätigkeiten ausüben, sondern ausschließlich eine Fruchtziehung aus Kapitalvermögen betreiben.

8.3.1.3. Keine gewerbliche Prägung

Darüber hinaus gilt die Tätigkeit einer Personengesellschaft aufgrund des § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG in vollem Umfang als gewerblich, wenn persönlich haftende Gesellschafter ausschließlich Kapitalgesellschaften und/oder gewerblich geprägte Personengesellschaften sind und nur diese oder Personen, die nicht Gesellschafter sind, zur Geschäftsführung befugt sind. Da gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages neben der Komplementärin auch die Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH zur Geschäftsführung berufen ist, kann auch nach Auffassung der Finanzverwaltung eine gewerbliche Prägung nicht angenommen werden (R 15.8 Abs. 6 S. 2 EStR).

Der Umstand, dass es sich bei der Geschäftsführenden Kommanditistin um eine Kapitalgesellschaft handelt, führt zu keinem anderen Ergebnis.

8.4. Abgeltungsteuer

Die Tätigkeit der Emittentin ist nach ihrer oben beschriebenen Betätigung als private Vermögensverwaltung zu qualifizieren. Die Einkünfte, die die Beteiligungsgesellschaft erwirtschaftet, unterliegen als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Kapitalertragsteuer, §§ 43 Abs. 1 Nr. 4, 43 a Abs. 1 Nr. 1 EStG.

Bei privaten Anlegern unterliegen diese Kapitalerträge ab dem 01. Januar 2009 der Abgeltungsteuer. Bei der Abgeltungsteuer handelt es sich um einen besonderen Steuersatz für Einkünfte aus Kapitalvermögen. Der Abgeltungsteuersatz beträgt dabei einheitlich 25 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags von 5,5 % und eventueller Kirchensteuer. Der abgeltende Steuersatz ist auf die Bruttoeinnahmen anzuwenden.

Der Steuerabzug wird dabei grundsätzlich von der Zielgesellschaft vorgenommen und an die Finanzverwaltung abgeführt. Mit dem Steuerabzug ist die Einkommensteuer des Anlegers grundsätzlich abgegolten.

Private Anleger mit einem geringeren persönlichen Einkommensteuersatz als dem Abgeltungsteuersatz in Höhe von 25 % haben die Möglichkeit, eine Veranlagungsoption (Günstigerprüfung) in Anspruch zu nehmen. Auf Antrag des Anlegers können die Kapitalerträge auch mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden, wenn der persönliche Steuersatz unter 25 % liegt. Der Anleger hat diese Wahlmöglichkeit im Rahmen seiner Veranlagung geltend zu machen. Das Finanzamt prüft bei der Steuerfestsetzung von Amts wegen, ob die Anwendung der allgemeinen Regel zu einer niedrigeren Steuerfestsetzung führt.

Die Einnahmen, die der Abgeltungsteuer unterliegen, bleiben steuerfrei, soweit sie zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen des Anlegers den Sparer-Pauschbetrag in Höhe von jährlich Euro 801,- (Euro 1.602,- bei zusammenveranlagten Eheleuten) nicht übersteigen (§ 20 Abs. 9 EStG). Tatsächlich angefallene Werbungskosten, selbst wenn sie den Sparer-Pauschbetrag übersteigen, können nicht geltend gemacht werden.

Soweit die Kommanditbeteiligung im Betriebsvermögen gehalten wird, unterliegt diese ebenfalls der Kapitalertragsteuer, jedoch hat diese keine abgeltende Wirkung.

Die Einkünfte des Anlegers sowie die einbehaltenen und abgeführten Steuern werden bei der einheitlichen und gesonderten Feststellung der Einkünfte der Beteiligungsgesellschaft im Veranlagungsverfahren berücksichtigt.

8.5. Feststellungsverfahren

Die Einkünfte der Beteiligungsgesellschaft sind auf der Ebene der Fondsgesellschaft einheitlich und gesondert festzustellen (§ 180 Abs. 1 Nr. 2 AO). Danach werden die einheitlich festgestellten Einkünfte auf die Anleger entsprechend ihrer Beteiligungsquote verteilt und den Wohnsitzfinanzämtern der Anleger mitgeteilt.

Einkünfte, die der Treuhandkommanditistin zugerechnet werden, werden unter den dort niedergelegten Voraussetzungen dem Treugeber steuerrechtlich zugerechnet. Für Treugeber gelten die vorstehend beschriebenen Grundsätze daher entsprechend (BMF-Schreiben vom 01. September 1994, BStBl. I 1994, S. 604).

8.6. Verlustbeschränkung

Gemäß § 20 Abs. 6 dürfen Verluste aus Kapitalvermögen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen und auch nicht nach § 10 d EStG abgezogen werden. Die Verluste mindern jedoch die Einkünfte, die der Steuerpflichtige in den folgenden Veranlagungszeiträumen aus Kapitalvermögen erzielt. § 10 d Absatz 4 ist sinngemäß anzuwenden.

Nach Maßgabe des § 20 Abs. 7 EStG ist § 15 b EStG sinngemäß anwendbar auf negative Einkünfte aus Kapitaleinkünften. Demnach können Verluste nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden. Allerdings werden die Verluste mit den Einkünften verrechnet, die der Anleger in den folgenden Geschäftsjahren aus derselben Einkunftsquelle erzielt.

Ein Steuerstundungsmodell soll regelmäßig dann vorliegen, wenn aufgrund seiner modellhaften Gestaltung steuerliche Vorteile in Form negativer Einkünfte erzielt werden sollen. Dies sei immer dann der Fall, wenn dem Steuerpflichtigen aufgrund eines vorgefertigten Konzepts die Möglichkeit geboten werden soll, zumindest in der An-

fangsphase der Investition kumulierte prognostizierte Verluste von mehr als 10 % des durch den Anleger aufzubringenden Eigenkapitals mit Einkünften verrechnen zu können.

8.7. Gewerbesteuer

Da die Beteiligungsgesellschaft entsprechend ihren Planungen keine gewerblichen Einkünfte erzielen wird, entsteht für die Beteiligungsgesellschaft keine Gewerbesteuerpflicht.

Der Anleger hat auf seine Einkünfte aus der Beteiligung an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH davon unabhängig keine Gewerbesteuer zu zahlen, wenn er keinen Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes betreibt.

8.8. Umsatzsteuer

Das Gesellschaftsverhältnis zwischen den Kommanditisten und der Fondsgesellschaft ist nicht umsatzsteuerpflichtig.

8.9. Steuerbegünstigte Investoren

Wenn der Anleger eine steuerbegünstigte Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse i. S. des § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG ist, kann die Einbehaltung von Kapitalertragsteuern gemäß § 44 a Abs. 7 EStG durch die Schuldnerin der Kapitalerträge grundsätzlich nicht vermieden werden (keine Anwendung des Abstandsnahmeverfahrens). Jedoch ist eine Erstattung der Kapitalertragsteuer möglich. Hierzu muss der Anleger den Finanzbehörden nachweisen, dass er vom Finanzamt als steuerbegünstigte Körperschaft, Vereinigung etc. durch Vorlage einer gültigen NV-2-B-Bescheinigung im Original/beglaubigte Ablichtung anerkannt ist. Alternativ kann der begünstigte Anleger eine amtlich beglaubigte Kopie des letzten Freistellungsbescheides überlassen, der für den fünften oder einen späteren Veranlagungszeitraum des Zuflusses der Kapitalerträge erteilt worden ist. Gleiches gilt sinngemäß, wenn sich der Fonds über stille Beteiligungen an der Zielgesellschaft beteiligt. In diesen Fällen ist ein entsprechender Erstattungsantrag mit amtlichem Muster unter Beifügung der oben genannten Unterlagen zu stellen.

9. Übersicht der wichtigsten Vertragspartner

9.1. Wesentliche Vertragspartner

Timberland Management GmbH

Sitz:
Duisburg

Geschäftsanschrift:
Feldstraße 8, 47198 Duisburg

Handelsregister:
Amtsgericht Duisburg, HRB 25408

Unternehmensgegenstand:
Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung eigenen Vermögens im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und die Beteiligung als persönlich haftende Geschäftsführende Gesellschafterin bei anderen Gesellschaften, insbesondere einer/mehrerer Gesellschaft(en) in der Rechtsform der GmbH & Co. KG, die die Verwaltung eigenen Vermögens zum Gegenstand hat/haben und/oder sich unmittelbar und/oder mittelbar an anderen Unternehmen und/oder Projekten beteiligt.

Stammkapital:
Euro 25.000,-

Gesellschafter:
Timberland Capital Management KG

Geschäftsführer:
Herr Thomas Krämer

Funktion:
Komplementärin

Timberland Capital Trust GmbH

Sitz:
Hamburg

Geschäftsanschrift:
Kehrwieder 9
c/o Rödl Treuhand Hamburg GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
20457 Hamburg

Handelsregister:
Amtsgericht Hamburg, HRB 127196

Unternehmensgegenstand:
Der Gegenstand des Unternehmens ist der treuhänderische Erwerb, die treuhänderische Verwaltung und das treuhänderische Halten von Kommanditbeteiligungen im eigenen Namen und für Rechnung sowie nach Weisung der Treugeber nach Maßgabe des jeweiligen Treuhandvertrages sowie des Beteiligungsvertrages.

Stammkapital:
Euro 25.000,-

Gesellschafter:
Timberland Capital Management KG

Geschäftsführer:
Herr Thomas Krämer

Funktion:
Treuhandkommanditistin

Timberland Capital Management GmbH

Sitz:
Duisburg

Geschäftsanschrift:
Feldstraße 8, 47198 Duisburg

Handelsregister:
Amtsgericht Duisburg, HRB 7204

Unternehmensgegenstand:
Die wirtschaftliche Beratung von Unternehmen sowie die Verwaltung eigenen oder fremden Vermögens und die Wahrnehmung eigener und fremder Vermögensinteressen. Ausgenommen hiervon sind jedoch erlaubnispflichtige Geschäftstätigkeiten nach dem KWG, nach § 34 c Gewerbeordnung oder dem InvG u. a. solange eine solche Erlaubnis nicht vorliegt. Die Gesellschaft verfügt über die Erlaubnis zur Erbringung der Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 KWG), der Anlageberatung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 a KWG), der Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 2 KWG), der Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 3 KWG), dem Factoring (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 9 KWG), dem Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 10 KWG), der Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 11 KWG) sowie dem Eigengeschäft (§ 32 Abs. 1 a KWG).

Stammkapital:
DM 500.000,-

Gesellschafter:
Herr Thomas Krämer

Geschäftsführer:
Herr Thomas Krämer

Funktion:
Geschäftsführende Kommanditistin

Timberland Service GmbH

Sitz:
Duisburg

Geschäftsanschrift:
Feldstraße 8, 47198 Duisburg

Handelsregister:
Amtsgericht Duisburg, HRB 8119

Unternehmensgegenstand:
Die Beratung von Einzelpersonen, Kaufleuten und Unternehmen in Wirtschafts- und Handelsfragen nebst angrenzenden Gebieten sowie Geschäftsbesorgungen im Rahmen der vorgenannten Tätigkeiten. Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Vermittlung des Abschlusses und der Nachweis der Gelegenheit, zum Abschluss von Verträgen über Darlehen, von Verträgen über den Erwerb von Anteilsscheinen einer Kapitalanlagegesellschaft, von ausländischen Investmentanteilen, die nach dem Investmentgesetz vertrieben werden dürfen, ferner die Vermittlung des Erwerbs und der Nachweis der Gelegenheit zum Erwerb von sonstigen öffentlich angebotenen Vermögensanlagen, die für gemeinsame Rechnung der Anleger verwaltet werden, soweit es sich nicht um Finanzinstrumente im Sinne des § 1 Abs. 11 KWG handelt, öffentlich angebotenen Anteilen an einer Kapitalgesellschaft oder Kommanditgesellschaft, soweit es sich nicht um Finanzinstrumente im Sinne des § 1 Abs. 11 KWG handelt, - sonstige Vermögensanlagen ausgenommen - die Einbringung von Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 bis 11 KWG. Das Unternehmen ist nicht befugt, sich im Zusammenhang mit einer Vermittlungs- und Nachweistätigkeit im Sinne des § 34 c GewO Eigentum oder Besitz an Geldern, Anteilsscheinen oder Anteilen von Kunden zu verschaffen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, insbesondere auch als persönlich haftende und Geschäftsführende Gesellschafterin.

Stammkapital:
Euro 25.000,-

Gesellschafter:
Herr Thomas Krämer. Neben dem Gesellschafter
sind weitere stille Gesellschafter an der Timber-
land Service GmbH beteiligt.

Geschäftsführer:
Herr Thomas Krämer

Funktion:
Teilweiser Vertrieb der Kommanditanteile

Timberland Fund Management Ltd

Sitz:
Valetta, Malta
Geschäftsanschrift: 171, Old Bakery Street, Val-
letta VLT 1455, Malta

Handelsregister:
Malta, C 60288

Unternehmensgegenstand:

The objects of the Company are:

- (a) to purchase, acquire, own, hold, manage, lease, administer, sell or otherwise dispose of property of any kind, whether immovable or movable, personal or real, and whether or not belonging to the Company, and to subscribe for, take, purchase or otherwise acquire, hold, sell or dispose of shares or other interest in or securities of any other company;
- (b) to obtain loans, overdrafts, credits and other financial and monetary facilities without limit and otherwise borrow or raise money in such manner as the Company shall think fit, whether as sole borrower or jointly with other persons and/or severally, and to provide by way of security for the repayment of the principal and interest thereon and/or the fulfilment of any of the Company's obligations, a hypothec, pledge, privilege, lien, mortgage or other charge or encumbrance over the assets of the Company;
- (c) to guarantee the obligations and/or the repayment of indebtedness of any person, although not in furtherance of the Company's corporate purpose and whether or not the Company receives any consideration or derives any direct or indirect benefit therefrom, and to secure such guarantee by means of a hypothec, privilege, lien, mortgage, pledge or other charge or encumbrance over the assets of the Company;
- (d) to carry out such activities as may be ancillary to the above or as may be necessary or

desirable to achieve the above objects.
Nothing in the foregoing shall be construed as enabling or empowering the Company to carry on any activity, business or service regulated by the Banking Act, Chapter 371 of the Laws of Malta, the Financial Institutions Act, Chapter 376 of the Laws of Malta, the Investment Services Act, Chapter 370 of the Laws of Malta, the Insurance Business Act, Chapter 403 of the Laws of Malta and the Insurance Intermediaries Act, Chapter 487 of the Laws of Malta.

The foregoing objects shall be construed consistently with and subject to the provisions of the Companies Act, 1995.

Grundkapital (Aktienkapital):
Genehmigtes Aktienkapital:
Euro 125.000,-

Ausgegebenes Aktienkapital:
Euro 5.000,-

Gesellschafter:
Timberland Holding Ltd., Malta, sowie Timberland Capital Management KG, Branch Malta

Geschäftsführer (Board of Directors):
Thomas Krämer, Dirk Köster, Anthony Paris, Joseph R. Aquilina

Funktion:
Vertrag über die Erstellung der Fondskonzeption sowie des Prospektes

Die zu gründende Timberland Securities S.A.

Sitz:
L-1653 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg

Geschäftsanschrift:
2-8 Avenue Charles de Gaulle, Le Dôme, entrance C, 2nd floor, L-1653 Luxemburg, domiziliert bei Citco Corporate & Trust (Luxembourg) S.A.

Handelsregister:
RCSL Luxemburg, HRB zum Zeitpunkt der Prospekterstellung noch nicht bekannt

Unternehmensgegenstand:
Hierbei wird es sich um eine Verbriefungsgesellschaft in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft mit beschränkter Haftung (société anonyme) nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg handeln. Für die Emission von Teilschuldverschreibungen wird von der Timberland Securities S.A. ein Teilvermögen (Compartment, hier: Compartment „OptiMix B“) gegründet, welches wirtschaftlich und rechtlich unabhängig ist. Die Timberland Securities S.A. wird dem Luxemburger Gesetz vom 22.03.2004 über die Verbriefung unterliegen.

Aktienkapital:
Euro 31.000,-

Aktionärin:
Alleinige Gesellschafterin der zu gründenden Timberland Securities S.A. ist die zu errichtende gemeinnützige niederländische Stiftung „Stichting Timberland“, deren begünstigter Eigentümer – grundsätzlich eine Wohltätigkeitsorganisation – erst bei Liquidation durch einen beauftragten Liquidator bestimmt wird.

Verwaltungsrat:
Thomas Krämer, Dirk Köster, Damian Nussbaum

Funktion:
Angebot der Inhaberteilschuldverschreibungen

9.2. Wesentliche Verträge

Bedeutsame Verträge, die von Bedeutung für die Geschäftstätigkeit der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG sind, ist die Fondsgesellschaft bis zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung wie folgt eingegangen, wobei bei den genannten Verträgen keine Abhängigkeiten für die Geschäftstätigkeit oder Ertragslage der Emittentin bestehen.

9.2.1. Vertrag über die Konzeption und die Prospekterstellung

Die Fondsgesellschaft hat mit der Timberland Fund Management Ltd. am 21.05.2013 einen Vertrag über die Erstellung der Fondskonzeption sowie des Prospektes geschlossen. Leistungsinhalt ist insbesondere das Erarbeiten sämtlicher Informationen, Planungen und Unterlagen, die für die Erstellung eines Fondsprospektes und damit für die Anlageentscheidung potenzieller Investoren notwendig sind. Danach ist der Timberland Fund Management Ltd die wirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche, steuerrechtliche und bilanzrechtliche Gestaltung des Fondskonzeptes übertragen worden. Ferner hat sie Prognoserechnungen für den geschlossenen Fonds und die Anleger zu erstellen. Die Timberland Fund Management Ltd. hat einen vollständigen Verkaufsprospekt für Vermögensanlagen zu erstellen, dessen Inhalt sich nach dem Vermögensanlagengesetz einschließlich der dazugehörigen Verordnung, nach den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und den aktuellen Richtlinien des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Prüfung von Verkaufsprospekten (IDW S4) richtet. Darüber hinaus hat die Timberland Fund Management Ltd. den Prospekt sowie das Emissionsbegleitmaterial werbetchnisch aufzubereiten und zu drucken sowie ein Gutachten zu beauftragen, das nach dem Standard IDW S4 den Prospekt auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Klarheit beurteilt. Bei Ausführung der Leistungen ist die Timberland Fund Management Ltd berechtigt, entsprechende Unteraufträge zu vergeben. Dafür erhält die Timberland Fund Management Ltd eine Vergütung in Höhe von EUR 1.950.000,00 zuzüglich einer etwaigen In- und/oder ausländischen gesetzlichen Umsatzsteuer, entsprechend 0,46 % bei Vollplatzierung des gezeichneten

und eingezahlten Kommanditkapitals. Das Vertragsverhältnis endet, wenn sämtliche Leistungen durch die Timberland Fund Management Ltd. und die Vergütung erfolgt sind. Das Entstehen des anteiligen Anspruchs auf die Vergütung wird vertraglich an die vollständige Erbringung von Teilleistungen gebunden und ist entstanden und fällig nach Platzierungsstand der Eigenkapital-Platzierung als aufschiebende sowie aufhebende Bedingung. Einer Kündigung bedarf es insoweit nicht.

Es ist ferner zulässig im Rahmen von Eigenkapitalvermittlungsverträgen bis zu 0,70 % des vermittelten Kommanditkapitals pro Jahr zuzüglich etwa hierauf im In- oder Ausland anfallender Umsatzsteuer als Bestands- und/oder Bestandspflegeprovision zu bezahlen. Der Vertriebspartner Timberland Service GmbH der Beteiligungsgesellschaft sowie sonstige Vertriebspartner als auch Untervertriebspartner sind berechtigt, zu Lasten ihrer Vergütung Verträge mit anderen Vermittlern zu schließen.

9.2.2. Treuhandvertrag

Die Fondsgesellschaft hat mit der Timberland Capital Trust GmbH am 24. Mai 2013 einen Treuhandvertrag geschlossen, wonach diese die Übernahme, die Einrichtung und Durchführung der Treuhand-schaft für die mittelbar beitretenden Kommanditisten sowie die Anlegerverwaltung übernimmt. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Vertrages sowie des vereinbarten Gesamtbetrags der Vergütung wird auf den Abschnitt „7.1.10. Treuhandkommanditistin, Seite 38“ verwiesen.

9.2.3. Eigenkapitalvermittlungsvertrag

Die Fondsgesellschaft hat mit der Timberland Service GmbH am 27.05.2013 hinsichtlich des einzuwerbenden Kommanditkapitals einen nicht ausschließlichen Eigenkapitalvermittlungsvertrag geschlossen. Danach übernimmt die Timberland Service GmbH als eine Koordinatorin und Vermittlerin den teilweisen Vertrieb der Kommanditanteile der Fondsgesellschaft. Die Fondsgesellschaft und/oder Anbieterin beabsichtigt, mit weiteren Gesellschaften bzw. Personen Eigenkapitalvermittlungsverträge zu schließen.

Dabei kann sie sich zur Gänze oder für Teilaufgaben Dritter (im Folgenden: „Vertriebspartner/Vermittler“) bedienen. Weder die Timberland Service GmbH noch Vertriebspartner/Vermittler sind zur Abgabe von für die Fondsgesellschaft bindenden Erklärungen berechtigt und können auch nicht entsprechend bevollmächtigt werden. Der Timberland Service GmbH obliegen insbesondere die folgenden Aufgaben:

- die Vermittlung von Geschäften über den Beitritt von Anlegern zur Fondsgesellschaft unter Beachtung der Aussagen des Verkaufsprospektes der Fondsgesellschaft
- Gewinnung und Auswahl von Vertriebspartnern und Vermittlern, die zur Beauftragung mit der Gewinnung von Anlegern geeignet erscheinen
- Vermittlung/Abschluss von privatrechtlichen Vertriebsvereinbarungen mit Vertriebspartnern und Vermittlern
- die Ausarbeitung einer zielgruppenspezifischen Vertriebsstrategie zur Gewinnung geeigneter Anleger

Aufgrund des Vertrages über die Eigenkapitalvermittlung erhalten die Timberland Service GmbH sowie die weiteren Vertriebs- und Untervertriebspartner eine erfolgsabhängige Vergütung, insbesondere Vermittlungsprovisionen und vergleichbare Vergütungen, in Höhe von netto durchschnittlich bis zu 15 % des Emissionsvolumens, somit bis zu EUR 74.999.812,50 zzgl. einer etwaigen im In- und/oder Ausland anfallenden Umsatzsteuer. Hinsichtlich der Konzeption und Prospekterstellung wird die Fondsgesellschaft der Timberland Fund Management Ltd. eine etwaige solche im In- und/oder Ausland anfallende Umsatzsteuer gegen Nachweis im Rahmen einer Ist- als auch Sollversteuerung zahlen. Dem stehen Einnahmen aus dem Agio (ca. 5 %) in Höhe von voraussichtlich bis zu Euro 24.999.937,50 gegenüber, so dass die Nettoplatzierungskosten voraussichtlich bis zu Euro 49.999.875,00 betragen.

Klarstellend werden die Timberland Service GmbH sowie weitere mit der Eigenkapitalvermittlung beauftragte Vertriebs- und Untervertriebspartner nur insoweit tätig, als dass diese für die jeweilige Tätigkeit über eine ggf. erforderliche Zulassung/Erlaubnis verfügen bzw. für die konkrete Tätigkeit im Einzelnen keine Erlaubnis/Genehmigung erforderlich ist.

10. Eröffnungsbilanz der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Eröffnungsbilanz der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG zum 24.05.2013

Aktiva in EUR		Passiva in EUR	
A. Anlagevermögen	0	A. Eigenkapital	
B. Umlaufvermögen		I. Kapitalanteil der Komplementärin	0
		II. Kapitalanteil der Kommanditisten	
I. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kredit- instituten und Schecks	1.250	1. Gezeichnetes Kapital	1.250
Summe Aktiva	1.250	Summe Passiva	1.250

11. Zwischenübersicht der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Seit Aufstellung der Eröffnungsbilanz haben keine bilanz- oder erfolgswirksamen Veränderungen oder Geschäftsvorfälle stattgefunden. Aus diesem Grund wird auf die Aufstellung einer Zwischenübersicht verzichtet.

12. Voraussichtliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

12.1. Einleitung und Wirkungszusammenhänge

Nach der VermVerkProspV sind für junge Emittenten, die vor weniger als 18 Monaten gegründet wurden und noch keinen geprüften Jahresabschluss und Lagebericht erstellt haben, Planzahlen zur voraussichtlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage mindestens für das laufende und die folgenden drei Geschäftsjahre aufzunehmen. Ferner sind spezifische Angaben zu Planzahlen der Emittentin zu Investitionen, Produktion, Umsatz und Ergebnis mindestens für das laufende und die folgenden drei Geschäftsjahre darzustellen.

Die Wirkungszusammenhänge der voraussichtlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Planzahlen der Emittentin stellen sich wie folgt dar:

Die Vermögensplanung wird in Form einer Plan-Bilanz abgebildet und zeigt die geplante Entwicklung des Eigen- und des Fremdkapitals (Passiva) der Emittentin unter besonderer Berücksichtigung der Kapitalmarktemission sowie die hieraus abgeleitete Vermögenslage (Aktiva). Aus dieser Darstellung kann der Anleger entnehmen, über welche Finanzierungswege die Emittentin das Anlageobjekt realisieren will und wie die Geschäftstätigkeit aufgebaut werden soll.

Die Kalkulation der Entwicklung der Ertragslage wurde in Form einer Plan-Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet. Es werden dabei die Umsätze und sonstigen betrieblichen Erträge den be-

trieblichen Aufwendungen gegenübergestellt und das geplante Jahresergebnis ausgewiesen. Die geplante Finanzlage (Plan-Liquiditätsentwicklung) der Emittentin wird im Rahmen einer Kapitalflussrechnung abgebildet. Es werden die aus der kalkulierten Ertragslage abgeleiteten Mittelzu- und -abflüsse dargestellt und zu einem Liquiditätsbestand (Cash-Flow) aus der laufenden Geschäftstätigkeit zusammengefasst. In der Kalkulation wird dann zusätzlich der Cash-Flow der Emittentin aus der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Die Entwicklung der Liquidität innerhalb eines Geschäftsjahres wird mit den Vorjahreswerten kumuliert und fortgeschrieben.

Anschließend erfolgt eine zusammenfassende Darstellung der spezifischen Planzahlen zu Investitionen, Produktion, Umsatz und Ergebnis, welche sich aus der dargestellten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ergeben.

12.2. Planungsgrundlagen und wesentliche Annahmen

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragsplanung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG wurde in Form einer Prognose für die künftig zu erwartende Geschäftsentwicklung erarbeitet.

In die Prognose flossen die Erfahrungen und Analysen der Geschäftsführung der Fondsgesellschaft, Marktentwicklungen sowie Erwartungen aus der Anschaffung des Anlageobjekts der Emittentin ein.

Bei den Kalkulationen handelt es sich um durchschnittliche Planwerte. Die Erlöse und Erträge wurden nach dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip mit Sicherheitsabschlägen reduziert. Die Kosten und Aufwendungen wurden nach dem gleichen Vorsichtsgebot mit entsprechenden Abschlägen bedacht, so dass bei der Ausweisung der Ergebnisse ein Sicherheitspotenzial in Bezug auf die kalkulierte Entwicklung der Ertragslage vorhanden ist.

Die Platzierungsphase erstreckt sich bis einschließlich 31.12.2022. Ab dem Geschäftsjahr 2014 soll der Mittelzufluss den Prognosen zufolge hauptsächlich für die Investitionen in das Anlageobjekt der Emittentin eingesetzt werden. Dabei gehen die Planungen davon aus, dass im Ge-

schäftsjahr 2013 bis zu Euro 5 Mio. und bis einschließlich Geschäftsjahr 2014 weitere Euro 10 Mio. platziert und soweit nicht eine ratierliche Einzahlung dem Zeichner nachgelassen wird („OptiMix Investment Plan B “ oder „OptiMix Strategie B “), eingezahlt werden, wodurch sich das Eigenkapital der Fondsgesellschaft erhöht und ein positiver Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit generiert werden kann. Die liquiden Mittel der Fondsgesellschaft sollen nach Begleichung der Emissionskosten zur Leistung der Einlage auf die Inhaberteilschuldverschreibungen an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartments der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartment(s) OptiMix B, eingesetzt werden, was eine Erhöhung der Finanzanlagen im Aktivvermögen nach sich zieht. Die mit den Finanzanlagen zu generierenden Einnahmen werden als Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit in der Plan-Gewinn und Verlustrechnung ausgewiesen.

Die Realisierung stiller Reserven wurde nicht berücksichtigt.

Die angegebenen Prognosezahlen stellen anzustrebende Zielergebnisse dar, deren Erreichen durch Kontrolle der Soll- und Ist-Werte überprüft wird.

Die Erläuterungen der wesentlichen Annahmen für die voraussichtliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Planzahlen der Emittentin sind in den folgenden Abschnitten enthalten.

12.3. Plan-Bilanz der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (PROGNOSE)

Entwicklung der Plan-Bilanzen der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG für die Jahre 2013 bis 2016 (PROGNOSE)

Alle Werte in EUR	31.12.13	31.12.14	31.12.15	31.12.16
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Finanzanlagen	100.000	2.775.000	7.375.000	13.695.000
B. Umlaufvermögen				
I. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	2.364.583	5.606.771	9.585.938	14.216.146
davon nicht eingefordert	-2.364.583	-5.606.771	-9.585.938	-14.216.146
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	46.828	10.399	11.367	9.105
Summe	146.828	2.785.399	7.386.367	13.704.105
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Kapitalkonto I (Einlagenkonto)	2.636.667	6.894.479	12.915.313	20.785.104
II. Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto)	-2.854.423	-4.851.268	-6.758.113	-8.961.208
III. Kapitalkonto III (Verrechnungskonto)	250.000	625.000	1.125.000	1.750.000
B. Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	114.583	117.188	104.167	130.208
Summe	146.828	2.785.399	7.386.367	13.704.105

12.3.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Plan-Bilanzen der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

12.3.1.1. Aktiva

Es wurde angenommen, dass die Platzierung im Zeitraum des Rumpfgeschäftsjahres 2013 bis einschließlich 31.12.2016 zu gleichen Teilen sowohl in Form von im laufenden Geschäftsjahr jeweils voll eingezahlten Pflichteinlagen sowie zur Hälfte mit nachgelassener ratierlicher Einzahlung der Pflichteinlagen mit einer Laufzeit von 10 Jahren, wobei bei ratierlich nachgelassenen Pflichteinlagen eine Eröffnungszahlung in Höhe von 10 % einer angenommenen Pflichteinlage, somit einer ratierlichen Einzahlung der Pflichteinlagen über 9 Jahre, erfolgt („OptiMix Investment Plan B“ bzw. „OptiMix Strategie B“). Im Rumpf-Geschäftsjahr 2013 wurde mit gezeichneten Pflichteinlagen in Höhe von EUR 5.000.000,-, im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von EUR 7.500.000,-, im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von EUR 10.000.000,- sowie im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von EUR 12.500.000,- (jeweils im jeweiligen Geschäftsjahr neu übernommene Pflichteinlagen) geplant.

Unter dem Bilanzposten „I. Finanzanlagen“ sind die zum jeweiligen Bilanzstichtag planmäßig erworbenen Orderteilschuldverschreibungen ausgewiesen. Im Umlaufvermögen unter dem Bilanzposten „Ausstehende Einlagen auf das Kommanditkapital“ ergeben sich plangemäß aus den gezeichneten und zur ratierlichen Einzahlung nachgelassenen Pflichteinlagen diejenigen Pflichteinlagen, die noch nicht zur Einzahlung fällig sind („OptiMix Investment Plan B“ oder „OptiMix Strategie B“).

Im Umlaufvermögen unter dem Davon-Bilanzposten „davon nicht eingefordert“ sind plangemäß die zuvor ausgewiesenen, aus den gezeichneten und zur ratierlichen Einzahlung nachgelassenen Pflichteinlagen, die noch nicht zur Einzahlung fällig sind, in Abzug gebracht, da ihre Fälligkeit zur Zahlung in einem Zeitraum nach Ende des Bilanzstichtags liegt und somit als nicht eingefordert ausgewiesen werden.

Unter dem Bilanzposten „II. Kassenbestand, Gutha-

ben bei Kreditinstituten“ wird die Liquiditätsreserve in Form kurzfristig verfügbarer Mittel ausgewiesen.

12.3.1.2. Passiva

Unter dem Bilanzposten „A. Eigenkapital - I. Kapitalkonto I (Einlagenkonto)“ sind die zum jeweiligen Bilanzstichtag planmäßig eingezahlten Pflichteinlagen ausgewiesen.

Unter dem Bilanzposten „A. Eigenkapital - II. Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto)“ sind die zum jeweiligen Bilanzstichtag planmäßig bestehenden kumulierten Jahresüberschüsse/Jahresfehlbeträge ausgewiesen.

Unter dem Bilanzposten „A. Eigenkapital - III. Kapitalkonto III (Verrechnungskonto)“ ist das bis zum jeweiligen Bilanzstichtag planmäßig eingezahlte Agio sowie etwaiger Verrechnungsposten sowie Entnahmen ausgewiesen. Es wurde davon ausgegangen, dass planmäßig keine Verrechnungsbuchungen bestehen werden oder Entnahmen vorgenommen werden.

Unter dem Bilanzposten „B. Verbindlichkeiten - I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ sind die zum jeweiligen Bilanzstichtag planmäßig bestehenden Verbindlichkeiten aus Emissions- und laufenden Kosten, die zum 31.12. eines Geschäftsjahres bestehen und im folgenden Geschäftsjahr gezahlt werden, ausgewiesen.

**12.4. Plan-Gewinn- und Verlustrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG
(PROGNOSE)**

**Entwicklung der Plangewinn- und Verlustrechnung der Timberland Fonds -
OptiMix B GmbH & Co. KG für die Jahre 2013 bis 2016 (PROGNOSE)**

Alle Werte in EUR	24.05.- 31.12.13	01.01.- 31.12.14	01.01. - 31.12.15	01.01. - 31.12.16
1. Umsatzerlöse	0	0	0	0
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.854.423	-1.996.845	-1.906.845	-2.203.095
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.854.423	-1.996.845	-1.906.845	-2.203.095
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.854.423	-1.996.845	-1.906.845	-2.203.095

12.4.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Plan-Gewinn- und Verlustrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Unter dem Posten „1. Umsatzerlöse“ sind die planmäßigen Erträge aus der vermögensverwaltenden Tätigkeit der Fondsgesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr ausgewiesen. Da die planmäßigen Orderteilschuldverschreibungen im Anlagevermögen der Fondsgesellschaft endfällig sind und während der ausgewiesenen Geschäftsjahre planmäßig keine ergebniswirksame Veräußerung des Anlagevermögens erfolgt, ist der Ausweis jeweils „Euro 0,-“.

Unter dem Posten „2. Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind die planmäßigen Aufwendungen aus der vermögensverwaltenden Tätigkeit der Fondsgesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr aus Emissions- und laufenden Kosten ausgewiesen.

Da die planmäßigen Orderteilschuldverschreibungen im Anlagevermögen der Fondsgesellschaft endfällig sind und im Übrigen während der ausgewiesenen Geschäftsjahre planmäßig keine Zinszahlungen erfolgen, ist der Ausweis jeweils „Euro 0,-“.

Unter dem Posten „4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ ist der planmäßige Saldo des jeweiligen Geschäftsjahres aus den Posten 1. bis 3. des jeweiligen Geschäftsjahres ausgewiesen.

Unter dem Posten „5. Steuern vom Einkommen und Ertrag“ sind mangels planmäßiger entsprechender Posten keine Steuern auf Einkommen und Ertrag im jeweiligen Geschäftsjahr ausgewiesen.

Der unter „6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ ausgewiesene planmäßige Betrag entspricht dem Saldo aus den Posten 4. und 5.

**12.5. Plan-Liquiditätsrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG
(PROGNOSE)**

**Entwicklung der Planliquidität der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG
für die Jahre 2013 bis 2016 (PROGNOSE)**

Alle Werte in EUR	2013	2014	2015	2016
Cashflow per 01.01.	1.250	46.828	10.399	11.367
+ Einzahlung Kommandit-kapital (inkl. Agio)	2.885.417	4.632.813	6.520.833	8.494.792
- Auszahlung Investitionen	100.000	2.675.000	4.600.000	6.320.000
= Cashflow nach Investition	2.786.667	2.004.640	1.931.233	2.186.158
+ Einzahlungen laufende Geschäftstätigkeit	0	0	0	0
- Auszahlungen laufende Geschäftstätigkeit	2.739.839	1.994.241	1.919.866	2.177.053
- Entnahmen/Auszahlungen an Gesellschafter	0	0	0	0
= Cashflow per 31.12.	46.828	10.399	11.367	9.105

12.5.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Plan-Liquiditätsrechnung der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Unter dem Posten „Cashflow per 01.01.“ ist der zu Beginn des Rumpfgeschäftsjahres 2013 bzw. zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres planmäßige Cashflow angegeben. Der Posten „Einzahlung Kommanditkapital (inkl. Agio)“ weist die planmäßigen Beträge aus, die aus Pflichteinlagen im laufenden Geschäftsjahr der Fondsgesellschaft zugeflossen sind. Unter dem Posten „Auszahlung Investitionen“ sind die planmäßigen Investitionen des jeweiligen Geschäftsjahres in die Orderteilschuldverschreibungen ausgewiesen. Der Saldo eines Geschäftsjahres aus diesen 3 Posten des jeweiligen Geschäftsjahres wird im jeweiligen Geschäftsjahr unter dem Posten „Cashflow nach Investitionen“ ausgewiesen.

Unter dem Posten „Einzahlungen laufende Geschäftstätigkeit“ sind planmäßig keine Beträge ausgewiesen, da aus der vermögensverwaltenden Tätigkeit der Gesellschaft, insbesondere aus der Investition in Orderteilschuldverschreibungen, in den jeweiligen Geschäftsjahren keine Mittelzuflüsse zu berücksichtigen sind. Unter dem Posten „Auszahlungen laufende Geschäftstätigkeit“ sind die planmäßigen Mittelabflüsse des jeweiligen Geschäftsjahres aus den Emissions- und laufenden Kosten ausgewiesen. Da planmäßig keine Entnahmen oder Auszahlungen an Kommanditisten vorgenommen wurden, sind unter dem Posten „Entnahmen/Auszahlungen an Gesellschafter“ in den jeweiligen Geschäftsjahren keine Beträge ausgewiesen.

Der planmäßige Saldo aus den 3 vorgenannten Posten sowie dem Posten „Cashflow nach Investitionen“ zum 31.12. eines jeweiligen Geschäftsjahres wird unter dem Posten „Cashflow per 31.12.“ ausgewiesen.

12.6. Planzahlen zu Investitionen, Produktion, Umsatz und Ergebnis

Entwicklung der Planzahlen der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG für die Jahre 2013 bis 2016 (PROGNOSE)

Alle Werte in EUR	2013	2014	2015	2016
Investition	100.000	2.675.000	4.600.000	6.320.000
Umsatzerlöse und sonstige Erlöse	0	0	0	0
Produktion	0	0	0	0
Jahresergebnis	-2.854.423	-1.996.845	-1.906.845	-2.203.095

12.6.1. Erläuterung der wesentlichen Annahmen und Wirkungszusammenhänge der Planzahlen

12.6.1.1. Umsatzerlöse

Die Emittentin wird als Beteiligungsgesellschaft keine Umsatzerlöse erzielen.

betrieblichen Aufwendungen. Aus dem Saldo der Umsatzerlöse und der Gesamtaufwendungen ergibt sich das Jahresergebnis der Fondsgesellschaft.

12.6.1.2. Investitionen

Die dargestellten Investitionen beziehen sich auf den Erwerb der Inhaberteilschuldverschreibungen an der Zielgesellschaft.

12.6.1.4. Produktion

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG wird in Inhaberteilschuldverschreibungen der Zielgesellschaft investieren. Sie wird selbst keine Produktion unterhalten.

12.6.1.3. Ergebnis

Das Jahresergebnis der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG ist abhängig von der Höhe der Umsatzerlöse und von der Höhe der

13. Ergänzende Angaben nach der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung – VermVerkProspV

Hinweis: Soweit im Folgenden von Anlageobjekten die Rede ist, sind hiermit das Anlageobjekt der Emittentin und die Anlageobjekte der Zielgesellschaft zusammen gemeint.

13.1. § 4 Satz 1 Nr. 2 VermVerkProspV

Die die Kapitalerträge auszahlende Stelle (Zielgesellschaft) übernimmt die Zahlung von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag für den Anleger. Weder die Emittentin noch weitere Personen übernehmen die Zahlung von weiteren Steuern für den Anleger.

13.2. § 4 Satz 3 VermVerkProspV

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Prospektes existiert kein Vertrag über Mittelverwendungskontrolle.

13.3. § 5 Nr. 6 VermVerkProspV

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG hält zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keine Beteiligungen an anderen Unternehmen. Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung werden die Anteile an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG von den Gründungskommanditistinnen Timberland Capital Trust GmbH sowie Timberland Capital Management GmbH gehalten. Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG ist kein Konzernunternehmen.

13.4. § 6 Satz 1 Nr. 2 VermVerkProspV

In Bezug auf die Emittentin bisher ausgegebene Wertpapiere oder Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Vermögensanlagengesetzes existieren nicht.

13.5. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 VermVerkProspV

Da es sich bei den Gründungsgesellschaftern und den Gesellschaftern zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin jeweils um juristische Personen handelt, ist die Erstellung eines Führungszeugnisses nicht möglich.

13.6. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 VermVerkProspV

Die Timberland Management GmbH, die Timberland Capital Trust GmbH und die Timberland Capital Management GmbH, die Gründungsgesellschafter und Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung der Emittentin, sind inländische juristische Personen.

13.7. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 a VermVerkProspV

Über das Vermögen eines Gründungsgesellschafters wurde innerhalb der letzten fünf Jahre kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen.

Über das Vermögen eines Gesellschafters zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung wurde innerhalb der letzten fünf Jahre kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen.

13.8. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 b VermVerkProspV

Die Gründungsgesellschafter waren innerhalb der letzten fünf Jahre nicht in der Geschäftsführung einer Gesellschaft tätig, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde.

Die Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung waren innerhalb der letzten fünf Jahre nicht in der Geschäftsführung einer Gesellschaft tätig, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde.

13.9. § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 7 VermVerkProspV

Es gibt keine früheren Aufhebungen einer Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften oder zur Erbringung von Finanzdienstleistungen durch die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für die Gründungsgesellschafter und die Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung.

13.10. § 7 Absatz 2 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt wurde. Darüber hinaus sind die Gründungsgesellschafter und die Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen beteiligt, die mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlage beauftragt sind, die der Emittentin Fremdkapital zur Verfügung stellen oder die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte Lieferungen oder Leistungen erbringen.

13.11. § 7 Absatz 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt wurde. Die Gründungsgesellschafter und die Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung sind darüber hinaus nicht für Unternehmen tätig, die mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlage beauftragt sind, die der Emittentin Fremdkapital zur Verfügung stellen oder die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte Lieferungen oder Leistungen erbringen.

13.12. § 7 Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht aus-

schließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt wurde. Die Gründungsgesellschafter und die Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung sind darüber hinaus nicht mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlage beauftragt, stellen der Emittentin kein Fremdkapital zur Verfügung oder vermitteln der Emittentin kein Fremdkapital und erbringen keine Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte.

13.13. § 8 Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV

Abhängigkeiten der Emittentin von Patenten, Lizenzen, Verträgen oder neuen Herstellungsverfahren, die von wesentlicher Bedeutung für die Geschäftstätigkeit oder Ertragslage der Emittentin sind, bestehen zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht.

13.14. § 8 Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV

Es sind keine Gerichts- oder Schieds- und Verwaltungsverfahren anhängig, die einen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Emittentin und die Vermögensanlage haben können.

13.15. § 9 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 VermVerkProspV

Für die Realisierung der Anlagestrategie und Anlagepolitik der Vermögensanlage sind die Nettoeinnahmen aus dieser Emission allein ausreichend. Für sonstige Zwecke werden die Nettoeinnahmen nicht verwendet.

13.16. § 9 Absatz 1 Satz 2 VermVerkProspV

Änderungen der Anlagestrategie oder Anlagepolitik der Vermögensanlage und der Einsatz von Derivaten und Termingeschäften sind nicht vorgesehen. Es besteht jedoch die gesellschaftsvertraglich vorgesehene Möglichkeit, den Gesellschaftsvertrag entsprechend zu ändern, wozu eine qualifizierte Mehrheit der Gesellschafter notwendig ist. Darüber hinaus bestehen keine gesellschaftsvertraglich zulässigen Möglichkeiten einer Änderung der Anlagestrategie oder Anlagepolitik der Vermögensanlage.

13.17. § 9 Absatz 2 Nr. 2 VermVerkProspV

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung steht oder stand weder der Prospektverantwortlichen noch der Anbieterin, den Gründungsgesellschaftern, den Gesellschaftern zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung, dem Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin sowie dem Treuhänder das Eigentum an den Anlageobjekten oder an wesentlichen Teilen desselben zu. Diesen Personen steht auch aus anderen Gründen keine dingliche Berechtigung an den Anlageobjekten zu.

13.18. § 9 Absatz 2 Nr. 3 VermVerkProspV

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung bestehen keine nicht nur unerheblichen dinglichen Belastungen der Anlageobjekte.

13.19. § 9 Absatz 2 Nr. 4 VermVerkProspV

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung sind rechtliche oder tatsächliche Beschränkungen der Verwendungsmöglichkeiten der Anlageobjekte ,insbesondere im Hinblick auf das Anlageziel der Vermögensanlage, nicht gegeben.

13.20. § 9 Absatz 2 Nr. 5 VermVerkProspV

Behördliche Genehmigungen sind nicht erforderlich und liegen daher auch nicht vor.

13.21. § 9 Absatz 2 Nr. 6 VermVerkProspV

Die Emittentin hat keine Verträge über die Anschaffung oder Herstellung des Anlageobjekts der Emittentin oder wesentlicher Teile davon geschlossen.

13.22. § 9 Absatz 2 Nr. 7 VermVerkProspV

Es existieren keine Bewertungsgutachten für die Anlageobjekte.

13.23. § 9 Absatz 2 Nr. 8 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin und Anbieterin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt ist. Es wurden und werden darüber hinaus durch die Prospektverantwortliche, die Anbieterin, die Gründungsgesellschafter, die Gesellschafter zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung, das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin sowie den Treuhänder keine Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit den Anlageobjekten erbracht.

13.24. § 12 Absatz 1 Nr. 1 VermVerkProspV

Das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin ist Herr Thomas Krämer. Er ist unter der Geschäftsanschrift Feldstraße 8, 47198 Duisburg, geschäftsansässig. Beiräte haben die Geschäftsführende Kommanditistin und die Komplementärin nicht errichtet.

Aufsichtsgremien und Beiräte hat die Emittentin nicht errichtet. Es besteht eine Funktionstrennung dergestalt, dass dem Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin, Herrn Thomas Krämer, in seiner Rolle als Geschäftsführer der Komplementärin die gesamte organisatorische und administrative Leitung der Fondsgesellschaft obliegt. Der Tätigkeitsbereich des Mitglieds der Geschäftsführung der Emittentin, Herrn Thomas Krämer, in seiner Rolle als Geschäftsführer der Geschäftsführenden Kommanditistin ist es, eine Portfoliostruktur zu entwickeln, welche den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages entspricht, die Vertragsverhandlungen mit der Zielgesellschaft zu führen, die Interessen der Fondsgesellschaft und ihrer Gesellschafter gegenüber der Zielgesellschaft im Rahmen der vertraglichen Regelungen wahrzunehmen, die Märkte, auf denen die Zielgesellschaft tätig ist, zu beobachten sowie die Beteiligungsgesellschaft bei der Anlage liquider Mittel zu beraten.

13.25. § 12 Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV

Dem Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin, Herrn Thomas Krämer, stehen in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Komplementärin sowie der Geschäftsführenden Kommanditistin im Zusammenhang mit der angebotenen Vermögensanlage keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeglicher Art insgesamt zu.

13.26. § 12 Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV

Es sind keine Eintragungen, die in Bezug auf Verurteilungen des Mitglieds der Geschäftsführung der Emittentin wegen einer Straftat nach den §§ 263 bis 283 d des Strafgesetzbuchs, § 54 des Kreditwesengesetzes, § 38 des Wertpapierhandelsgesetzes oder § 369 der Abgabenordnung für Herrn Thomas Krämer in einem Führungszeugnis enthalten. Das Führungszeugnis ist zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht älter als sechs Monate.

13.27. § 12 Absatz 1 Nr. 4 VermVerkProspV

Eine Angabe über jede ausländische Verurteilung des Mitglieds der Geschäftsführung der Emittentin wegen einer Straftat, die mit den in § 12 Absatz 1 Nummer 3 VermVerkProspV genannten Straftaten vergleichbar ist, unter Angabe der Art und Höhe der Strafe, entfällt, da das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung Deutscher ist.

13.28. § 12 Absatz 1 Nr. 5 a VermVerkProspV

Über das Vermögen des Mitglieds der Geschäftsführung der Emittentin wurde innerhalb der letzten fünf Jahre kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen.

13.29. § 12 Absatz 1 Nr. 5 b VermVerkProspV

Das Mitglied der Geschäftsführung der Emitten-

tin war innerhalb der letzten fünf Jahre nicht in der Geschäftsführung einer Gesellschaft tätig, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde.

13.30. § 12 Absatz 1 Nr. 6 VermVerkProspV

Es gibt keine früheren Aufhebungen einer Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften oder zur Erbringung von Finanzdienstleistungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin.

13.31. § 12 Absatz 2 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt ist. Das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin ist darüber hinaus nicht für Unternehmen tätig, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben oder die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen.

13.32. § 12 Absatz 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt ist. Das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin ist nicht in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen beteiligt, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben oder die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen.

13.33. § 12 Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt wurde. Das Mitglied der Geschäftsführung der Emittentin ist darüber hinaus zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlage beauftragt, stellt der Emittentin kein Fremdkapital zur Verfügung oder vermittelt der Emittentin kein Fremdkapital sowie erbringt im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte keine Lieferungen oder Leistungen.

13.34. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 1 VermVerkProspV

Das alleinige Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen und des Treuhänders ist Herr Thomas Krämer. Er ist unter der Geschäftsanschrift Feldstraße 8, 47198 Duisburg, geschäftsansässig. Aufsichtsgremien und Beiräte haben die Anbieterin, die Prospektverantwortliche und der Treuhänder nicht errichtet.

13.35. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 2 VermVerkProspV

Dem Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen und des Treuhänders, Herrn Thomas Krämer, stehen keine Gewinnbeteiligungen, Entnahmerechte oder sonstige Gesamtbezüge, insbesondere Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeglicher Art insgesamt zu.

13.36. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 3 VermVerkProspV

Es sind keine Eintragungen, die in Bezug auf Verurteilungen des Mitglieds der Geschäftsführung

der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen sowie des Treuhänders wegen einer Straftat nach den §§ 263 bis 283 d des Strafgesetzbuchs, § 54 des Kreditwesengesetzes, § 38 des Wertpapierhandelsgesetzes oder § 369 der Abgabenordnung für Herrn Thomas Krämer in einem Führungszeugnis enthalten. Das Führungszeugnis ist zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht älter als sechs Monate.

13.37. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 4 VermVerkProspV

Eine Angabe über jede ausländische Verurteilung des Mitglieds der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen sowie des Treuhänders wegen einer Straftat, die mit den in § 12 Absatz 1 nummer 3 VermVerkProspV genannten Straftaten vergleichbar ist, unter Angabe der Art und Höhe der Strafe, entfällt, da das Mitglied der Geschäftsführung die Anbieterin und Prospektverantwortliche und des Treuhänders zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung Deutscher ist.

13.38. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 5 a VermVerkProspV

Über das Vermögen des Mitglieds der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen und des Treuhänders wurde innerhalb der letzten fünf Jahre kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen.

13.39. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 5 b VermVerkProspV

Das Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen sowie des Treuhänders war innerhalb der letzten fünf Jahre nicht in der Geschäftsführung einer Gesellschaft tätig, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde.

13.40. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 1 Nr. 6 VermVerkProspV

Es gibt keine früheren Aufhebungen einer Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften oder zur

Erbringung von Finanzdienstleistungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für das Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin und Prospektverantwortlichen und des Treuhänders.

13.41. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 2 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt ist. Das Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen und des Treuhänders ist darüber hinaus nicht für Unternehmen tätig, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben oder die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen.

13.42. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt ist. Das Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin, der Prospektverantwortlichen und des Treuhänders ist nicht in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen beteiligt, die mit dem Vertrieb der angebotenen Vermögensanlage betraut sind, die der Emittentin Fremdkapital geben oder die Lieferungen oder Leistungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte erbringen.

13.43. § 12 Absatz 6 i. V. m. Absatz 4 Nr. 1 bis 3 VermVerkProspV

Herr Thomas Krämer, der Geschäftsführer der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin und der Geschäftsführenden Kommanditistin ist Geschäftsführer und Gesellschafter der Timberland Service GmbH, die mit dem teilweisen nicht ausschließlichen Vertrieb der Kommanditanteile in Deutschland beauftragt ist. Das Mitglied der Geschäftsführung der Anbieterin und Prospektverantwortlichen und des Treuhänders ist darüber hinaus zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht mit dem Vertrieb der emittierten Vermögensanlagen beauftragt, stellt der Emittentin kein Fremdkapital zur Verfügung oder vermittelt der Emittentin kein Fremdkapital sowie erbringt im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Anlageobjekte keine Lieferungen oder Leistungen.

13.44. § 12 Absatz 6 VermVerkProspV

Es gibt keinen weiteren Anbieter, weitere Prospektverantwortliche, weitere Treuhänder und solche Personen, die nicht in den Kreis der nach dieser Verordnung angabepflichtigen Personen fallen, die jedoch die Herausgabe oder den Inhalt des Verkaufsprospekts oder die Abgabe oder den Inhalt des Angebots der Vermögensanlage wesentlich beeinflusst haben.

13.45. § 14 VermVerkProspV

Für die Verzinsung oder Rückzahlung der angebotenen Vermögensanlage hat keine juristische Person oder Gesellschaft die Gewährleistung übernommen.

14. Gesellschaftsvertrag der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

I. Präambel

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG beabsichtigt, im Rahmen der Verwaltung ihres eigenen Vermögens Inhaberteilschuldverschreibungen an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartment(s) der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B zu erwerben, zu verwalten und gegebenenfalls zu verwerten. Der Erwerb kann sowohl unmittelbar bei der Emittentin ggf. unter Einschaltung eines oder mehrerer Intermediäre als auch auf einem Sekundärmarkt (z. B. an einer in- oder ausländischen Börse, sofern die Inhaberteilschuldverschreibungen im börslichen Handel über den Freiverkehr oder einen anderen Börsenmarkt gelistet sind) erfolgen. Hierneben kann die Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie Sichteinlagen und Festgeldern anlegen, wobei Sichteinlagen und Festgelder bei einem EU-Einlagenkreditinstitut, das einer Sicherungseinrichtung nach der EG-Einlagensicherungsrichtlinie (94/19/EG vom 30. 05. 1994) angehört, insbesondere dem Sicherungssystem/Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe oder der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) oder der „Association pour la Garantie des Dépôts, Luxembourg“ (abgekürzt „AGDL“). Insoweit beabsichtigt die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH rein vermögensverwaltend in Bezug auf die Inhaberteilschuldverschreibungen tätig zu werden. Während der Beteiligungsdauer sollen Erträge aus dieser Beteiligung erzielt werden und die Beteiligungen nach einem Zeitraum von voraussichtlich mindestens sieben und höchstens 35 Jahren aufgelöst oder veräußert werden. Um diese Vorhaben zu finanzieren, soll das Kommanditkapital der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH zunächst um Euro 499.998.750,- erhöht

werden. Die Erhöhung des Kommanditkapitals soll dabei im Wege eines öffentlichen Angebotes über die Zeichnung von Kommandit- und Treuhandanteilen der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH durch eine Vielzahl von Anlegern, insbesondere Privatanlegern, durchgeführt werden. Nach teilweiser oder vollständiger Durchführung der Kapitalerhöhung wird es sich bei der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH deshalb um eine Publikumsgesellschaft handeln.

II. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Firma, Sitz

1. Die Firma der Kommanditgesellschaft (im Folgenden „Gesellschaft“ genannt) lautet:
Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

2. Sitz der Gesellschaft ist Duisburg.

3. Die Geschäftsanschrift der Gesellschaft lautet:
Feldstr. 8, 47198 Duisburg

§ 2 Laufzeit, Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft beginnt mit ihrer Eintragung im Handelsregister. Die Dauer der Gesellschaft ist unbegrenzt.
2. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und läuft von der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister (Beginn der Gesellschaft) bis zum 31. Dezember 2013.

§ 3 Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung eigenen Vermögens durch den Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Anteilen des Teilvermögens (Compartments) mit der Bezeichnung „OptiMix B“ der Timberland Securities S.A. mit Sitz in Luxemburg, die in auf den Inhaber lautenden Teilschuldverschreibungen verbriefte sind.
2. Die Gesellschaft kann die zur Erreichung des unter § 3 Abs. 1 dieses Vertrages beschriebenen Zwecks erforderlichen oder zweckmäßigen Handlungen auch durch Dritte vornehmen lassen.
3. Die Gesellschaft kann ferner alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie

kann Filialen und Zweigniederlassungen im Inland und Ausland errichten und sich an anderen Unternehmen beteiligen, soweit hierdurch ausschließlich vermögensverwaltende Tätigkeiten erbracht werden.

§ 4 Investitionsplan

Zum Erreichen des Unternehmenszwecks hat die Gesellschaft einen Investitionsplan aufgestellt, der die Mittelherkunft und Mittelverwendung regelt. Der Investitionsplan ist Bestandteil des Verkaufsprospektes (einschließlich etwaiger Nachträge) für das öffentliche Angebot der Kommandit- und Treuhandanteile.

§ 5 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in den gesetzlich geregelten Fällen im Bundesanzeiger und im Übrigen schriftlich gegenüber den Gesellschaftern.

III. Gesellschafter, Kapitalausstattung und Gesellschafterkonten

§ 6 Gesellschafter

1. Persönlich haftende Gesellschafterin (im Folgenden „Komplementärin“ genannt) ist die Timberland Management GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter der HRB 25408. Die Komplementärin übernimmt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.
2. Kommanditisten der Gesellschaft sind die Timberland Capital Management GmbH als Geschäftsführende Kommanditistin (im Folgenden „Geschäftsführende Kommanditistin“ genannt) eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter HRB 7204 mit einer Pflichteinlage von Euro 10,-, wobei ihre im Handelsregister einzutragende Haftsumme 100 % ihrer Pflichteinlage entspricht, und die Timberland Capital Trust GmbH als Treuhandkommanditistin (im Folgenden „Treuhandkommanditistin“ genannt) eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 127196 mit einer Pflichteinlage von zunächst Euro 1.240,-, wobei ihre im Handelsregister einzutragende Haftsumme 100 % ihrer

Pflichteinlage entspricht.

3. Eine Beteiligung von Anlegern an der Gesellschaft kann direkt als Kommanditist (im Folgenden „Direktkommanditist“ genannt) und/oder mittelbar als Treugeber (im Folgenden „Treugeber“ genannt) über die Treuhandkommanditistin unter Berücksichtigung der Regelungen des § 8 dieses Vertrages erfolgen.

4. Die Komplementärin, die Geschäftsführende Kommanditistin, die Treuhandkommanditistin und der/die Direktkommanditist/en werden zusammen als „Gesellschafter“ bezeichnet. Die Treugeber und der/die Direktkommanditist/en werden zusammen als „Anleger“ bezeichnet. Die Komplementärin und die Geschäftsführende Kommanditistin werden zusammen als „Geschäftsführende Gesellschafter“ bezeichnet.

§ 7 Rechtsstellung der Treuhandkommanditistin und der Treugeber

1. Die Treuhandkommanditistin kann die Geschäftsanteile der Gesellschaft treuhänderisch für die Treugeber, mit denen sie nach einheitlichem Muster Treuhandverträge schließt, erwerben, halten und verwalten. Die Komplementärin, die Geschäftsführende Kommanditistin und die Direktkommanditisten ermächtigen die Treuhandkommanditistin, dass sie in eigenem Namen und auf Rechnung für sowie im Auftrag und Interesse der Treugeber die Geschäftsanteile an der Gesellschaft nach Maßgabe dieses Vertrages und des Treuhandvertrages hält und dabei an Weisungen der jeweiligen Treugeber nach Maßgabe des Treuhandvertrages gebunden ist.
2. Innerhalb der Gesellschaft (im Folgenden „Innenverhältnis“ genannt) werden die Treugeber im Verhältnis zu den Gesellschaftern und im Verhältnis zur Gesellschaft wie Direktkommanditisten behandelt und ihnen wirtschaftlich gleichgestellt. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung am Vermögen der Gesellschaft, am Ergebnis der Gesellschaft und einem Liquidationserlös sowie für die Ausübung mitgliedschaftlicher Rechte, insbesondere der Stimm- und Entnahme-(Auszahlungs-)/Auschüttungsrechte.

3. Jeder Treugeber ist nach Maßgabe des Treuhandvertrages berechtigt, das Treuhandverhältnis durch schriftliche Erklärung gegenüber der Treuhandkommanditistin zu kündigen, um seine Beteiligung in eine Direktbeteiligung umzuwandeln und sich als Direktkommanditist in das Handelsregister eintragen zu lassen. Für den Treugeber gilt § 8 Abs. 4 dieses Vertrages entsprechend. Eine Umwandlung der Beteiligung des Treugebers in eine Direktbeteiligung steht unter der aufschiebenden Bedingung der Eintragung des Treugebers als Direktkommanditist im Handelsregister als Sonderrechtsnachfolger. Die mit der Eintragung verbundenen Kosten sowie weitere der Gesellschaft hierdurch entstehende Kosten hat der Treugeber zu tragen. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 8 Kommanditkapital, Kapitalerhöhung

1. Die Geschäftsführenden Gesellschafter sind unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) berechtigt, mit Wirkung für alle Gesellschafter und ohne das Erfordernis eines Beschlusses der Gesellschafter bis zum 31. Dezember 2022 (im Folgenden „Zeichnungsfrist“ genannt) das Kommanditkapital einmalig oder mehrmalig von Euro 1.250,- um bis zu Euro 499.998.750,- auf bis zu Euro 500.000.000,- nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu erhöhen (im Folgenden „Kapitalerhöhung“ genannt). Die Kapitalerhöhung erfolgt dabei durch die Zeichnung und/oder Einzahlung von Kommanditeinlagen (im Folgenden „Pflichteinlage“ genannt) und kann unmittelbar durch die Aufnahme von Direktkommanditisten oder mittelbar durch die Erhöhung der Pflichteinlage der Treuhandkommanditistin durchgeführt werden, wobei Mehrfach- und/oder Nachzeichnungen durch Anleger zulässig sind. Ferner sind die Geschäftsführenden Gesellschafter unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) ermächtigt, im Namen und mit Wirkung für alle Gesellschafter und Treugeber und ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter bedarf, einen Ausgabeaufschlag (im Folgenden „Agio“ genannt) zu vereinbaren, der erfolgs-

wirksam zur Deckung der Emissionskosten zu vereinnahmen ist. Ferner sind die Geschäftsführenden Gesellschafter unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) ermächtigt, aber nicht verpflichtet, im Namen und mit Wirkung für alle Gesellschafter und Treugeber und ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter bedarf, dem Handelsregister gegenüber die entsprechenden Erklärungen abzugeben sowie in deren Namen sämtliche Maßnahmen zu ergreifen und Willenserklärungen abzugeben oder zu empfangen, die im Zusammenhang mit der Aufnahme weiterer Personen als Anleger erforderlich und sinnvoll sind. Die Geschäftsführenden Gesellschafter sind jeweils einzeln berechtigt, Untervollmachten, ebenfalls unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft), zu erteilen.

2. Die Geschäftsführenden Gesellschafter sind berechtigt die Kapitalerhöhung vor Erreichen der in § 8 Abs. 1 dieses Vertrages genannten Summe der Pflichteinlagen zu schließen und damit die Zeichnungsfrist zu verkürzen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter bedarf; Gleiches gilt für deren Verlängerung. Ebenso sind die Geschäftsführenden Gesellschafter berechtigt, einmalig den Betrag der Kapitalerhöhung um weitere Euro 250.000.000,- auf insgesamt Euro 750.000.000,- zu erhöhen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Gesellschafter bedarf, wobei im Übrigen die Regelungen des § 8 Abs. 1 dieses Vertrages gelten.

3. Die Treuhandkommanditistin ist unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) berechtigt, ihre Pflichteinlage entsprechend der Zeichnung von Treugebern im eigenen Namen und auf Rechnung der Treugeber zu erhöhen, ohne dass es einer gesonderten Zustimmung einzelner oder aller Treugeber oder der Gesellschafter bedarf. Die Treuhandkommanditistin ist zur Erhöhung ihrer Pflichteinlage innerhalb einer Frist von einem Monat verpflichtet, wenn und soweit Zahlungen auf die Pflichteinlage zuzüglich eines etwaigen Agios (im Folgenden „Zeichnungsbetrag“ genannt)

des jeweiligen Treugebers vollständig und vorbehaltlos auf das in dem Beitrittsantrag (Zeichnungsschein) angegebene Sonderkonto geleistet sind.

zur Erhöhung des für den jeweiligen Treugeber gehaltenen Kommanditanteils der Treuhandkommanditistin beträgt jeweils 0,1 % der Pflichteinlage des jeweiligen Treugebers.

4. Voraussetzung für die Aufnahme als Direktkommanditist und/oder die Erhöhung der Pflichteinlage der Treuhandkommanditistin und/oder der Direktkommanditisten ist die Erteilung einer unwiderruflichen und über den Tod hinaus wirksamen Handelsregistervollmacht in notariell beglaubigter Form auf eigene Kosten, die die Komplementärin unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) für die gesamte Dauer der Gesellschaft zur Vornahme aller Handlungen im Zusammenhang mit Eintragungen in das Handelsregister bevollmächtigt (im Folgenden „Handelsregistervollmacht“ genannt). Auf Verlangen der Komplementärin ist der Direktkommanditist und/oder die Treuhandkommanditistin verpflichtet, die Handelsregistervollmacht auf eigene Kosten zu erneuern.
 5. Die Pflichteinlage neu beitretender Anleger beträgt mindestens Euro 5.000,-; höhere Pflichteinlagen müssen durch 1 glatt teilbar sein. Die Pflichteinlage kann ausschließlich als Einmaleinlage erbracht werden, wobei die Leistung der Einlage spätestens bis zu dem auf dem Beitrittsantrag (Zeichnungsschein) genannten Datum zu erfolgen hat. Zahlungen auf den Zeichnungsbetrag sind jeweils zu dem in dem Beitrittsantrag angegebenen Datum zur Zahlung fällig. Die Gesellschaft kann Direkt- und Treuhand-Kommanditisten im Rahmen einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung nachlassen, die Pflichteinlage abweichend hiervon zu einem späteren Zeitpunkt, insbesondere aber nicht beschränkt darauf, in ratierlicher Form zu leisten. In diesem Fall sind die jeweiligen Teilbeträge der Pflichteinlage zu den jeweils bestimmten Fälligkeitsterminen zur Zahlung fällig („OptiMix Investment Plan B“ oder „OptiMix Strategie B“).
 6. Die im Handelsregister einzutragende Haftsumme beitretender Direktkommanditisten beträgt jeweils 0,1 % der Pflichteinlage. Die im Handelsregister einzutragende Haftsumme zur Erhöhung des für den jeweiligen Treugeber gehaltenen Kommanditanteils der Treuhandkommanditistin beträgt jeweils 0,1 % der Pflichteinlage des jeweiligen Treugebers.
 7. Der Beitritt zur Gesellschaft als Direktkommanditist erfolgt mit Annahme des Beitrittsantrags durch die Komplementärin; der mittelbare Beitritt der Treugeber mit Annahme des Beitrittsantrags durch die Treuhandkommanditistin, mit der gleichzeitig der Abschluss des Treuhandvertrages erfolgt, jedoch jeweils unter der aufschiebenden Bedingung der Eintragung des Direktkommanditisten und/oder der Eintragung der Erhöhung der Haftsumme der Treuhandkommanditistin im Auftrag der Treugeber in das Handelsregister. Die Beitretenden verzichten auf den Zugang der Annahmeerklärung gemäß § 151 BGB. Für die Zeit zwischen der Annahme des Beitrittsantrags und der Eintragung des Direktkommanditisten oder der Erhöhung der Haftsumme der Treuhandkommanditistin im Handelsregister ist der beitretende Anleger als typisch stiller Gesellschafter an der Gesellschaft beteiligt. Die Regelungen dieses Vertrages gelten für diesen Zeitraum sinngemäß.
 8. Jeder Direktkommanditist sichert den Geschäftsführenden Gesellschaftern und jeder Treugeber darüber hinaus auch der Treuhandkommanditistin zu, dass die im Beitrittsantrag gemachten Angaben zu seiner Person richtig und vollständig sind. Die Daten dienen den Geschäftsführenden Gesellschaftern und der Treuhandkommanditistin zur Verwaltung der Anleger und werden unter den Voraussetzungen des § 38 dieses Vertrages erfasst.
- § 9 Leistung der Einlagen
1. Der jeweilige Anleger ist zur Leistung seines Zeichnungsbetrages gemäß den Bedingungen des Beitrittsantrags durch Einzahlung auf das dort angegebene Sonderkonto verpflichtet. Die Treuhandkommanditistin ist zur Erhöhung ihrer Pflichteinlage und zum Ausgleich von Verzugschaden nur insoweit verpflichtet, als ihr der jeweilige Treugeber die entsprechenden

Geldmittel vorbehaltlos zur Verfügung gestellt hat.

2. Im Verhältnis zu den Gläubigern der Gesellschaft haften die Direktkommanditisten nur bis zur Höhe der im Handelsregister eingetragenen Haftsumme.
3. Die Gesellschaft ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, auf rückständige Zahlungen ab dem Fälligkeitsdatum gemäß Beitrittsantrag – ohne dass es einer vorherigen Mahnung bedarf – Verzugszinsen in Höhe von 1,5 % des ausstehenden Betrages pro Monat zu verlangen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Schadensersatzes bleibt hiervon unberührt.
4. Wird der zur Zahlung ausstehende Zeichnungsbetrag oder ein Teil hiervon trotz schriftlicher Mahnung mit Fristsetzung und Ausschlussandrohung nicht oder nicht in voller Höhe erbracht, sind die Geschäftsführenden Gesellschafter ermächtigt, den Direktkommanditisten im Namen der Gesellschaft gegen Rückzahlung geleisteter Zahlungen unter Einbehalt entstandener Kosten sowie der Verzugszinsen gemäß § 9 Abs. 3 dieses Vertrages durch schriftliche Erklärung aus der Gesellschaft auszuschließen und/oder seine Pflichteinlage unter Beachtung der Bestimmungen des § 8 dieses Vertrages herabzusetzen, ohne dass es eines Gesellschafterbeschlusses bedarf. Die Herabsetzung oder der Ausschluss sind dem betreffenden Direktkommanditisten gegenüber bekannt zu machen. Die Bekanntmachung der Herabsetzungs- oder Ausschlussklärung gilt mit Absendung an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Adresse des betreffenden Direktkommanditisten als erfolgt. Die Geschäftsführenden Gesellschafter sind unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) jeweils einzeln berechtigt, den freigewordenen Kommanditanteil auf einen oder mehrere von ihr zu benennende Dritte zu übertragen, bis die Höhe des Kommanditkapitals vor dem Eintritt der Kapitalherabsetzung und/oder des Ausschlusses erreicht wurde. Durch die Einziehung und/oder Herabsetzung des Kommanditanteils/Pflicht-

einlage bleiben etwaige bestehende weitergehende Rechte der Gesellschaft, insbesondere auf Schadensersatz, unberührt.

5. Die Regelungen des § 9 Abs. 4 dieses Vertrages gelten entsprechend für die Treuhandkommanditistin mit der Maßgabe, dass sie mit dem Teil ihrer Pflichteinlage aus der Gesellschaft ausscheidet, den sie treuhänderisch für den seinen Zeichnungsbetrag nicht oder nicht in voller Höhe erbringenden Treugeber hält.
6. Der ausscheidende Anleger trägt die mit seinem Ausscheiden verbundenen Kosten.

§ 10 Mittelverwendungskontrolle

Die Einzahlung des Zeichnungsbetrages hat auf das im Beitrittsantrag (Zeichnungsschein) benannte Sonderkonto zu erfolgen. Die eingezahlten Gelder unterliegen zum Zeitpunkt der Prospekt-aufstellung weder während der Investitionsphase noch im Folgenden einer externen Mittelverwendungskontrolle.

§ 11 Nachschusspflicht

Über die Verpflichtung zur Leistung des im Beitrittsantrag (Zeichnungsschein) vereinbarten Zeichnungsbetrages hinaus übernehmen die Anleger keine weiteren Zahlungs- und Nachschussverpflichtungen, wenn und soweit dieser Vertrag nicht etwas anderes vorsieht. Die gesetzlichen Regelungen über die Haftung der Direktkommanditisten gegenüber Gesellschaftsgläubigern nach §§ 171 ff. HGB und die Möglichkeit von Zahlungen bei Ausscheiden eines Direktkommanditisten bleiben von dem vertraglichen Ausschluss unberührt.

§ 12 Gesellschafterkonten

1. Für jeden Gesellschafter werden folgende Konten geführt.
 - a) Das Kapitalkonto I (Einlagenkonto). Auf diesem Konto werden Kommanditeinlagen (Pflichteinlagen) gebucht. Das Kapitalkonto I ist fest.
 - b) Ein Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto). Die Anteile an einem etwaigen Verlust der Gesellschaft werden im Verlustvortragskonto belastet.

Nachfolgende Gewinne werden dem Verlustvortragskonto so lange gutgeschrieben, bis dieses wieder ausgeglichen ist.

- c) Ein Kapitalkonto III (Verrechnungskonto). Auf diesem Konto werden alle sonstigen Geschäftsvorfälle im Verhältnis zum Gesellschafter verbucht. Insbesondere werden hier Auszahlungen (Entnahmen) und Gewinnanteile erfasst, soweit das Kapitalkonto II ausgeglichen ist.

Die Kapitalkonten sind weder im Soll noch im Haben verzinslich. Die Komplementärin darf die Kontenstruktur ändern, soweit dies keine nachteiligen Auswirkungen auf die Auszahlungen zugunsten der Gesellschafter hat.

2. Für jeden Treugeber werden entsprechende Konten als Unterkonten von den Konten der Treuhandkommanditistin geführt.

IV. Geschäftsführung und Vertretung

§ 13 Geschäftsführung

1. Zur Geschäftsführung der Gesellschaft sind die Komplementärin und die Geschäftsführende Kommanditistin (Geschäftsführende Gesellschafter) - jede für sich - berechtigt und verpflichtet.
2. Die Geschäftsführungsbefugnis beschränkt sich auf das Gesellschaftsvermögen. Kreditaufnahmen zu Lasten der Gesellschaft sind ausgeschlossen, wobei Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen an die Gesellschaft keine Kreditaufnahme im Sinne von Satz 1 darstellen.
3. Das Widerspruchsrecht des Direktkommanditisten gegen Geschäfte und Handlungen der Geschäftsführenden Gesellschafter nach § 164 HGB ist ausgeschlossen, es sei denn, es handelt sich um die in § 15 Abs. 1 dieses Vertrages genannten Geschäfte. Das Gleiche gilt sinngemäß für den Treugeber.
4. Die Geschäftsführenden Gesellschafter sind berechtigt, die ihnen obliegenden Geschäftsführungsaufgaben im Namen und auf Rechnung der Gesellschaft an einen oder mehrere Dritte(n) kraft Bevollmächtigung zu übertragen,

soweit die Leitung der Gesellschaft als solche und die damit verbundene Verantwortlichkeit in jedem Fall bei ihnen bestehen bleiben. Im Übrigen sind die Geschäftsführenden Gesellschafter berechtigt, die ihnen obliegenden Geschäftsführungsaufgaben auf ihre Geschäftsführer in Dienstleistungsverträgen auf ihre Kosten zu übertragen, wenn und soweit in §§ 16 bis einschließlich 18 dieses Vertrages keine abweichenden Kostenregelungen getroffen sind.

5. Der Tätigkeitsbereich der Komplementärin umfasst die gesamte organisatorische und administrative Leitung der Gesellschaft. Der Tätigkeitsbereich der Geschäftsführenden Kommanditistin umfasst, eine Portfoliostruktur zu entwickeln, welche den Vorgaben des § 3 Abs. 1 dieses Gesellschaftsvertrages sowie des folgenden Abs. 6 entspricht, die Vertragsverhandlungen mit der Zielgesellschaft zu führen, die Interessen der Gesellschaft und ihrer Gesellschafter gegenüber der Zielgesellschaft im Rahmen der vertraglichen Regelungen wahrzunehmen, die Märkte, auf denen die Zielgesellschaft tätig ist, zu beobachten sowie die Gesellschaft bei der Anlage liquider Mittel zu beraten sowie die Anlegergewinnung.

Die Gesellschaft stellt die Geschäftsführende Kommanditistin, soweit gesetzlich nicht zwingende andere Vorschriften entgegenstehen, von einer etwaigen Außenhaftung oder Haftung gegenüber Mitkommanditisten im Umfange der Tätigkeit als Geschäftsführende Kommanditistin frei. Die Geschäftsführende Kommanditistin nimmt diese Haftungsfreistellung hiermit an.

Beim Aufbau und der Verwaltung des Vermögens der Gesellschaft sind ausschließlich folgende Grundsätze zu beachten: Die Fondsgesellschaft beabsichtigt, im Rahmen der Verwaltung ihres eigenen Vermögens insbesondere Inhaberteilschuldverschreibungen, an dem/den jeweiligen gegenwärtigen oder zukünftigen Compartment(s) der zu gründenden Timberland Securities S.A., Luxemburg, insbesondere des Compartments OptiMix B, zu erwerben, zu verwalten und gegebenenfalls zu verwerten. Der Erwerb kann sowohl

unmittelbar bei der Emittentin ggf. unter Einschaltung eines oder mehrerer Intermediäre als auch auf einem Sekundärmarkt (z. B. an einer in- oder ausländischen Börse, sofern die Inhaberteilschuldverschreibungen im börslichen Handel über den Freiverkehr oder einen anderen Börsenmarkt gelistet sind) erfolgen. Hierneben kann die Fondsgesellschaft insbesondere zur Bildung einer Liquiditätsreserve in verzinslichen ausschüttenden und nicht ausschüttenden Finanzierungstiteln sowie Sichteinlagen und Festgeldern anlegen, wobei Sichteinlagen und Festgelder bei einem EU-Einlagenkreditinstitut, das einer Sicherungseinrichtung nach der EG-Einlagensicherungsrichtlinie (94/19/EG vom 30. 05. 1994) angehört, insbesondere dem Sicherungssystem/Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe oder der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) oder der „Association pour la Garantie des Dépôts, Luxembourg“ (abgekürzt „AGDL“).

6. Die jeweilige Geschäftsführungsbefugnis endet vorbehaltlich der Regelung des § 13 Abs. 4 dieses Vertrages mit Beginn der Liquidation der Gesellschaft und/oder dem Ausscheiden des jeweils zur Geschäftsführung berechtigten Gesellschafters aus der Gesellschaft.

§ 14 Vertretungs- und Haftungsumfang der Geschäftsführenden Gesellschafter

1. Die Gesellschaft wird durch die Komplementärin kraft Gesetzes und die Geschäftsführende Kommanditistin kraft Bevollmächtigung, jeweils mit der Befugnis zur Einzelvertretung, vertreten. Sie sind jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäft) und des § 112 HGB (Wettbewerbsverbot) befreit und berechtigt, unter Beachtung der Vorgaben des § 13 dieses Vertrages Untervollmachten, ebenfalls unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB, zu erteilen, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.
2. Die Komplementärin und die Geschäftsführende Kommanditistin und etwaige von ihr mit der Geschäftsführung Beauftragte haben im Verhältnis zur Gesellschaft und deren Gesellschaftern nur Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit

zu vertreten. Die Gesellschaft stellt die Komplementärin und die Geschäftsführende Kommanditistin vollumfänglich von jeder Haftung und jedem Schaden frei, die ihr aus ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft im Rahmen ihrer Befugnisse erwachsen können, soweit sie nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat. Die Komplementärin und die Geschäftsführende Kommanditistin haften nicht für den wirtschaftlichen Erfolg der durch die Gesellschaft getätigten Investitionen, soweit sie nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig eine Fehlinvestition getätigt haben. Gleiches gilt sinngemäß für deren etwaige Organe, gesetzliche Vertreter, leitenden Angestellten sowie etwaige sonstige Erfüllungsgehilfen.

§ 15 Zustimmungspflichtige Geschäfte der Geschäftsführenden Gesellschafter

1. Die Geschäftsführenden Gesellschafter dürfen Geschäfte und Handlungen, die nach Art, Umfang und Risiko den Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs überschreiten, vorbehaltlich der Regelungen des § 24 dieses Vertrages (Gesellschafterbeschlüsse) nur vornehmen, wenn die Gesellschafterversammlung durch Beschluss zuvor zugestimmt hat. Dies gilt insbesondere für:

- a) Veräußerung des Vermögens der Gesellschaft im Ganzen
 - b) Erwerb und /oder die Veräußerung von unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen (Gesellschaftsanteile, Stille Beteiligungen, Genusskapitalbeteiligungen etc.) an inländischen Gesellschaften und Organisationen
 - c) Abänderung dieses Vertrages
 - d) Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses
 - e) Auflösung der Gesellschaft
 - f) Sonstige in diesem Vertrag geregelte Fälle
2. Ausdrücklich nicht der Zustimmung gemäß § 15 Abs. 1 dieses Vertrages bedürfen folgende Handlungen und/oder Rechtsgeschäfte:
- a) Verträge für die Erarbeitung der Fondskonzeption, die Erarbeitung der Finanzierungsstruk-

- tur, die Steuer- und Rechtsberatung sowie Rating und das Marketing zur Anlegergewinnung, soweit die Gesamtvergütung für alle Verträge 4,8 % der Summe der gesamten zur Zeichnung angebotenen Pflichteinlagen nicht übersteigt
- b) Bildung einer angemessenen Liquiditätsreserve im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und deren Verwendung, einschließlich deren Anlage und Abwicklung des Zahlungsverkehrs
 - c) Kapitalbeschaffungsverträge (Vermittlungsverträge) mit Unternehmen, die selbst oder durch Dritte, Kommanditisten oder Treugeber zur Erhöhung des Kapitals der Gesellschaft vermitteln, wenn und soweit die Abschlussvergütung (Vermittlungsprovision) nicht 15 % und die (Betreuungs-)Folgeprovision nicht 0,9 % p. a. der Summe der Pflichteinlagen nicht übersteigt
 - d) Dienstverträge zur Fondsverwaltung, Geschäftsführung und Treuhandschaft, die den Vergütungs- und/oder Kostenregelungen der §§ 16-18 dieses Vertrages entsprechen
 - e) Abschluss und Durchführung von Darlehensverträgen einschließlich Sicherungsvereinbarungen zur Liquiditätssteuerung, soweit diese ausschließlich der Finanzierung entsprechend der Vorgaben des § 13 Abs. 2 dieses Vertrages dienen
 - f) Abschluss und Durchführung von Verträgen zur Anlegerverwaltung mit Dritten und/oder der Treuhandkommanditistin
 - g) Bestellung des Abschlussprüfers und Jahresberichtsprüfers der Gesellschaft, soweit derartige Prüfungen gesetzlich vorgeschrieben sind und
 - h) Sonstige in diesem Vertrag geregelte Fälle

V. Vergütung und Kosten

§ 16 Vergütung der Komplementärin

1. Die Komplementärin erhält von der Gesellschaft für die Übernahme der persönlichen Haftung eine jährliche Vergütung in Höhe von 4 % der jeweiligen Haftsumme, d. h. derzeit Euro 1.000,- zzgl. gültiger USt., wobei für das Geschäftsjahr 2013 und im Falle eines Rumpfgeschäftsjahres die Vergütung zeitanteilig taggenau zu berechnen ist. Die Vergütung ist zahlbar und fällig in zwei gleich hohen Raten jeweils zum 30. Juni und 31. Dezember eines Jahres,

erstmalig zum 30. Juni 2013.

2. Die in § 16 Abs. 1 dieses Vertrages genannte Vergütung ist unabhängig von der Ertragslage der Gesellschaft zu zahlen. Es handelt sich um laufenden Aufwand der Gesellschaft. Abschlagszahlungen sind zulässig. Hierbei ist die Liquiditätslage der Gesellschaft zu berücksichtigen.

§ 17 Vergütung und Kosten der Geschäftsführenden Gesellschafter

1. Für die Geschäftsführungstätigkeit gewährt die Gesellschaft der Geschäftsführenden Kommanditistin pro Geschäftsjahr jeweils eine Vergütung in Höhe von Euro 30.000,- zzgl. etwaiger USt. Die Vergütung ist in vier Raten zum Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres zur Zahlung fällig. Die Höhe der vierteljährlichen Raten für die Geschäftsführung entspricht einem Viertel der jährlichen Vergütung und ist erstmalig zum 30. September 2013 zur Zahlung fällig. Die Berechnung erfolgt für das Rumpfgeschäftsjahr zeitanteilig taggenau.
2. Von der Gesellschaft werden zudem gegen Nachweis (Rechnung, Beleg) die folgenden, nicht abschließend aufgeführten Kosten getragen:
 - Buchhaltungs-, Abschluss- und etwaige Prüfkosten
 - die Kosten der Erfüllung gesetzlicher Publikationspflichten
 - die Kosten der Beschlussfassung, insbesondere durch Gesellschafterversammlungen
 - die Kosten des Zahlungsverkehrs, Zinsaufwendungen und Bankspesen
 - die Nebenkosten des Erwerbs und der Veräußerung von Gegenständen ihres Vermögens
 - die Kosten der Wertermittlung von Gegenständen ihres Vermögens
 - Kosten für Rechts- und Steuerberatung
 - Kosten für die Einberufung von Versammlung einschließlich der Bewirtungskosten bei Versammlungen sowie Mietkosten für Versammlungsräumlichkeiten
 - Kosten für Pflichtpublikationen einschließlich Prospektnachträgen und deren Nachträgen

- öffentlich-rechtliche Kosten.
- Kosten von Förderung des Vertriebs, von Druck, Benachrichtigung und Veröffentlichung, inklusive Kosten von Annoncen oder vom Vorbereiten und Druck von Prospekten, erklärenden Darlegungen
- Kosten für Versicherungen, insbesondere solcher aus Prospekthaftungs-, D & O (Directors and Officers)- sowie VSH (Vermögensschadenhaftpflicht)-Versicherung;

Die Fondsgesellschaft kann ihr entstehende laufende oder regelmäßig wiederkehrende Kosten Dritter für Verwaltungs- oder sonstige Ausgaben für einen jährlichen oder anderen Zeitraum im Voraus schätzen und den Betrag gleichmäßig auf den Zeitraum verteilen und als Abschlagszahlung (A-Konto-Zahlung) zahlen. Eine regelmäßige jährliche Abrechnung in Bezug auf das betreffende Kalenderjahr wird die Fondsgesellschaft vornehmen.

3. Die in § 17 Abs. 1 dieses Vertrages genannte Vergütung ist unabhängig von der Ertragslage von der Gesellschaft zu zahlen. Es handelt sich um laufenden Aufwand der Gesellschaft. Hierbei ist die Liquiditätslage der Gesellschaft zu berücksichtigen.

§ 18 Vergütung und Kosten der Treuhandkommanditistin

1. Die Treuhandkommanditistin erhält von der Gesellschaft ab dem Geschäftsjahr 2013 für die Einrichtung, Übernahme und Durchführung der Verwaltungs- und Treuhandtätigkeit pro Geschäftsjahr jeweils eine Vergütung in Höhe von 0,35 % der Summe der Pflichteinlagen zzgl. gültiger USt. Die Vergütung beträgt 0,35 % der Summe der Pflichteinlagen zzgl. der gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Vergütung ist je Geschäftsjahres-Monat am Ende eines Geschäftsjahres-Monat zahlbar, erstmals zum Fälligkeitstermin 30. September 2013.
2. Die in § 18 Abs. 1 dieses Vertrages genannte Vergütung ist unabhängig von der Ertragslage der Gesellschaft zu zahlen. Es handelt sich um laufenden Aufwand der Gesellschaft. Abschlagszahlungen sind zulässig. Hierbei ist die

Liquiditätslage der Gesellschaft zu berücksichtigen.

VI. Beirat

§ 19 Errichtung, Zusammensetzung, Amtsdauer und Aufgaben des Beirates

1. Auf Antrag der Komplementärin oder von Gesellschaftern, die mindestens 25 % des Kommanditkapitals (Summe der Pflichteinlagen) der Gesellschaft halten, kann bei der Gesellschaft ein Beirat eingerichtet werden. Der Antrag der Gesellschafter nach Satz 1 ist durch einen hierzu von den übrigen Gesellschaftern bevollmächtigten Gesellschafter der Komplementärin zu übermitteln. Die Entscheidung über den Antrag wird durch Gesellschafterbeschluss gem. § 24 dieses Vertrages getroffen.
2. Der Beirat besteht im Falle seiner Einrichtung aus drei oder sechs Mitgliedern, wobei die genaue Anzahl durch Beschluss der Gesellschafter festgelegt wird. Ein Drittel der Mitglieder des Beirates wird von der Komplementärin entsandt. Die weiteren Mitglieder des Beirates werden durch Beschluss der Gesellschafter gewählt. Hinsichtlich der zu wählenden Mitglieder des Beirates steht den Gesellschaftern bis zu einer Woche vor dem Tag der hierüber beschließenden Versammlung das Vorschlagsrecht zu. Die Bestellung von Ersatzmitgliedern ist zulässig.
3. Die Beiratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung gewählt, die über die Entlastung des Beirates für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Gesellschafterversammlung kann für von der Gesellschafterversammlung gewählte Mitglieder bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen. Die Wahl des Nachfolgers eines vor Ablauf der Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds erfolgt, soweit die Gesellschafterversammlung die Amtszeit des Nachfolgers nicht abweichend bestimmt, für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.
4. Jedes Mitglied des Beirates kann sein Amt

durch eine an den Vorsitzenden des Beirates oder die Komplementärin zu richtende schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen niederlegen. Aus wichtigem Grund kann eine Niederlegung auch mit sofortiger Wirkung erfolgen. Der Beirat bleibt bis zur Wahl eines neuen Beiratsmitglieds in der nächsten Gesellschafterversammlung handlungsfähig.

5. Der Beirat ist kein Aufsichtsrat im Sinne des GmbH- oder Aktiengesetzes. Seine Aufgabe besteht darin, die Geschäftsführenden Gesellschafter bei der Verfolgung des Unternehmensgegenstandes zu unterstützen und zu beraten. Der Beirat ist berechtigt, von den Geschäftsführenden Gesellschaftern Auskunft über die einzelnen Angelegenheiten zu verlangen. Der Beirat hat kein Weisungsrecht gegenüber den Geschäftsführenden Gesellschaftern.

6. Die Mitglieder des Beirates sind berechtigt, an den Gesellschafterversammlungen der Gesellschaft teilzunehmen.

§ 20 Vorsitzender und Stellvertreter des Beirates

1. Der Beirat wählt im Anschluss an die Gesellschafterversammlung, in der die Mitglieder des Beirates gewählt worden sind, in einer ohne besondere Einberufung stattfindenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Die Amtszeit des Vorsitzenden und des Stellvertreters entspricht, soweit dabei nicht eine kürzere Amtszeit bestimmt wird, ihrer Amtszeit als Mitglied des Beirates.

2. Scheidet der Vorsitzende oder der Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus seinem Amt aus, so hat der Beirat entsprechend § 20 Abs. 1 dieses Vertrages eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen.

§ 21 Einberufung, Beschlussfassung und Haftung des Beirates

1. Die Sitzungen des Beirates werden mindestens einmal jährlich durch den Vorsitzenden mit einer Frist von 14 Tagen unter Mitteilung der Gegenstände der Tagesordnung schriftlich einberufen. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Einladung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende die Frist abkürzen und mündlich, fernmündlich, per Telefax oder per E-Mail einberufen.

2. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen oder vertreten sind. Die Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Abwesende Mitglieder des Beirates können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie durch andere Beiratsmitglieder schriftliche Stimmabgaben unter Bezugnahme auf die einzelnen Punkte der anstehenden Tagesordnung überreichen lassen.

3. Außerhalb von Sitzungen sind Beschlussfassungen durch schriftliche, telefonische, per Telefax oder per E-Mail übermittelte Stimmabgaben, im Umlaufverfahren auch als Sternbeschluss, zulässig.

4. Der Vorsitzende des Beirates ist ermächtigt, im Namen des Beirates die zur Durchführung der Beschlüsse des Beirates erforderlichen Willenserklärungen abzugeben.

5. Die Mitglieder des Beirates haften nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Die Gesellschaft stellt die Mitglieder des Beirates vollumfänglich von jeder Haftung und jedem Schaden frei, die ihnen aus ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft erwachsen können, soweit sie nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben.

§ 22 Innere Ordnung des Beirates

Die Komplementärin kann in Absprache mit den Mitgliedern des Beirates eine Geschäftsordnung für den Beirat erlassen.

§ 23 Vergütung und Auslagen des Beirates

Jedes Mitglied des Beirates erhält nach Abschluss des Geschäftsjahres eine angemessene Vergütung, die durch Beschluss der Gesellschafterversammlung im Voraus festgelegt wird. Darüber hinaus werden den Mitgliedern des Beirates die von ihnen getätigten Auslagen sowie die Umsatzsteuer erstattet, soweit die Mitglieder des Beirates berechtigt sind, die gesetzliche Umsatzsteuer der Gesellschaft gesondert in Rechnung zu stellen.

VII. Beschlüsse der Gesellschafter

§ 24 Beschlussfassung der Gesellschafter

1. Entscheidungen der Gesellschafter, die die Gesellschaft betreffen, werden durch Beschluss der Gesellschafter getroffen. Gesellschafterbeschlüsse werden entweder in schriftlicher oder in Textform im Umlaufverfahren oder in einer Gesellschafterversammlung gefasst.

2. Der Entscheidung der Gesellschafter unterliegen insbesondere folgende Fälle:

- a) Erhöhung des Gesellschaftskapitals über den in § 8 Abs. 2 genannten Betrag hinaus
- b) Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses
- c) Beschluss über Auszahlungen / Entnahmen im Sinne des § 30
- d) Entlastung der Komplementärin und der Geschäftsführenden Kommanditistin
- e) Errichtung, Bestellung und Entlastung des Beirates im Sinne des § 19
- f) Die in § 15 Abs. 1 dieses Vertrages genannten Fälle

3. Gesellschafterbeschlüsse werden im Falle der Präsenzversammlung, soweit in diesem Vertrag nicht ausdrücklich oder durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Mehrheit) gefasst. Enthaltungen gelten bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses als unwirksam und werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt.

4. Jeder Euro der eingezahlten Pflichteinlage gewährt eine Stimme. Das Stimmrecht aus einem

Kommanditanteil kann nur einheitlich ausgeübt werden, soweit in diesem Vertrag nicht anders bestimmt. Die Gesellschafter sind auch in eigenen Angelegenheiten stimmberechtigt, es sei denn, dass es sich um ihre Entlastung oder ihre Befreiung von einer Verbindlichkeit oder um die Entziehung eines ihnen zustehenden Rechts aus wichtigem Grund handelt. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, das Stimmrecht für die Anteile der Treugeber, die sie im Interesse und für Rechnung der Treugeber hält, gesondert auszuüben (gespaltene Stimmabgabe).

5. Die Nichtigkeit von Beschlüssen der Gesellschafter kann, unabhängig von der Art der Beschlussfassung, nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Monat nach Bekanntmachung der Niederschrift gegenüber dem jeweiligen Gesellschafter durch Klage gegen die Gesellschaft geltend gemacht werden. Die Bekanntmachung der Niederschrift gilt mit Absendung an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Adresse des betreffenden Gesellschafters als erfolgt. Nach Ablauf der Frist gilt ein etwaiger Mangel als geheilt.

6. § 24 Abs. 5 dieses Vertrages gilt entsprechend für die Anfechtung von Beschlüssen der Gesellschafter, unabhängig von der Art der Beschlussfassung, die Geltendmachung von Ladungsmängeln zur Gesellschafterversammlung und der Geltendmachung von Mängeln bei der Anforderung zur Stimmabgabe im Sinne von § 27 dieses Vertrages.

§ 25 Ort und Einberufung der Gesellschafterversammlung

1. Die Einberufung von Gesellschafterversammlungen erfolgt durch die Komplementärin. Die Einberufung erfolgt dabei unter Bekanntgabe von Ort, Zeit und der Tagesordnung sowie der Unterbreitung eines Beschlussvorschlages schriftlich oder in Textform an die von den Gesellschaftern zuletzt der Gesellschaft bekannt gegebene Anschrift mit einer Frist von mindestens 21 Tagen vor dem Tag der Versammlung. Der Tag der Einberufung und der Tag der Ver-

sammlung werden bei der Fristberechnung nicht mitgerechnet. Zur Einhaltung der Frist ist die Absendung der Einberufung maßgeblich.

2. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet grundsätzlich jährlich nach der Aufstellung des Jahresabschlusses für das vorangegangene Geschäftsjahr statt.
3. Außer in den gesetzlich geregelten Fällen ist eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn diese von einem oder mehreren Gesellschaftern gegenüber der Komplementärin oder den Geschäftsführenden Gesellschaftern in Textform verlangt wird, der oder die mindestens 25 % des Kommanditkapitals (Summe der Pflichteinlagen) auf sich vereinigen oder wenn die Komplementärin oder die Geschäftsführenden Gesellschafter es verlangen. In diesen Fällen ist das Umlaufverfahren gemäß § 27 ausgeschlossen. Hinsichtlich Form und Frist der Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung gelten die Regelungen des § 25 Abs. 1 dieses Vertrages mit der Maßgabe, dass die Einberufungsfrist mindestens eine Woche beträgt.
4. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter ordnungsgemäß geladen und sowohl die Geschäftsführenden Gesellschafter als auch die Treuhandkommanditistin ordnungsgemäß vertreten sind. Die Ladung der Gesellschafter gilt als ordnungsgemäß, wenn die Ladungsfristen eingehalten und die Ladungen den Gesellschaftern gegenüber bekannt gemacht wurden. Die Bekanntmachung der Ladung gilt mit Absendung an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Adresse des betreffenden Gesellschafters als erfolgt.
5. Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen Gesellschafter oder einen Dritten vertreten lassen. Voraussetzung für eine wirksame Vertretung ist die Vorlage einer Vollmacht in Textform sowie eines Identitätsnachweises des Bevollmächtigten. Der Nachweis der ordnungsgemäßen Bevollmächtigung ist in angemessener Frist vor

dem Tag der Versammlung gegenüber dem/den Versammlungsleiter/n zu erbringen. Ferner ist es möglich, die Treuhandkommanditistin in Textform zu bevollmächtigen.

6. Jeder Treugeber hat das Recht, persönlich an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen und in Bezug auf die treuhänderisch für ihn von der Treuhandkommanditistin gehaltenen Teileinlagen im Namen der Treuhandkommanditistin abzustimmen.
7. Die Kosten für die Teilnahme an einer Gesellschafterversammlung und für eine etwaige Vertretung trägt jeder Gesellschafter selbst.
8. Wenn und soweit ein Treugeber weder persönlich noch im Wege der Unterbevollmächtigung an der Gesellschafterversammlung teilnimmt, nimmt die Treuhandkommanditistin dessen Recht in der Gesellschafterversammlung gemäß dem Treuhandvertrag wahr. Jeder Treugeber hat die Möglichkeit, der Treuhandkommanditistin für die Abstimmung Weisungen zu erteilen. Die Treuhandkommanditistin übt die Stimmrechte unter Berücksichtigung der Weisungen der Treugeber aus. Soweit Treugeber keine Weisungen erteilen, hat sich die Treuhandkommanditistin der Stimme zu enthalten.

§ 26 Vorsitz der Gesellschafterversammlung und Niederschrift

1. Die Gesellschafterversammlung wird durch den/die hierzu bevollmächtigten Geschäftsführer der Geschäftsführenden Kommanditistin geleitet. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Gesellschafterversammlung durch Beschluss mit einfacher Mehrheit aus dem Gesellschafterkreis einen anderen Vorsitzenden wählt.
2. Über jede Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Versammlungsleiter zu unterzeichnen hat. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Versammlung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlung und die Beschlüsse der Versammlung anzugeben. Jedem Gesellschafter soll innerhalb von vier

Wochen nach Versammlung eine Abschrift der Niederschrift zugesendet werden. Im Übrigen gilt § 24 Abs. 5.

§ 27 Umlaufverfahren

1. Der Einberufung einer Gesellschafterversammlung als Präsenzveranstaltung bedarf es nicht, wenn die Komplementärin und/oder die Geschäftsführende Kommanditistin eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren im Rahmen der nach § 25 Abs. 1 Satz 2 dieses Vertrages zu erfolgenden Einberufung gegenüber den Gesellschaftern verlangt/verlangen. In diesen Fällen sind die Aufforderung zur Stimmabgabe und die Mitteilung sämtlicher Beschlussgegenstände mit einem Beschlussvorschlag, das genaue Verfahren sowie die Frist nach § 27 Abs. 2 dieses Vertrages zur Stimmabgabe einschließlich des letzten Abstimmungstages und des Hinweises auf die Erklärungsfiktion gem. § 27 Abs. 3 Satz 2 dieses Vertrages den Gesellschaftern gegenüber in Textform bekannt zu machen. Die Bekanntmachung gilt mit Absendung an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Adresse des betreffenden Gesellschafters als erfolgt. Wenn und soweit der Aufenthalt eines Gesellschafters unbekannt oder ihm die Aufforderung zur Stimmabgabe aus anderen Gründen nicht zugestellt werden kann, gilt der betreffende Gesellschafter als aufgefordert.
2. Bei der Beschlussfassung im Umlaufverfahren muss die Frist zur Stimmabgabe mindestens 21 Tage betragen, wobei der Tag der Absendung der Aufforderung zur Stimmausübung nicht mitgerechnet wird. Die Komplementärin und/oder die Geschäftsführende Kommanditistin sind/ist berechtigt, im Einzelfall nach eigenem Ermessen, im Umlaufverfahren die Frist zur Abgabe der Stimmen in Eilfällen zu verkürzen.
3. Im Umlaufverfahren ist ein Beschluss mit Ablauf des letzten Abstimmungstages – maßgeblich ist der Poststempel – wirksam gefasst, wenn und soweit mindestens 25 % aller Stimmen der Gesellschafter an der Abstimmung teilnehmen. Nicht oder nicht fristgemäß erfolgte Stimmabgaben gelten als nicht abgegeben, wenn und so-

weit die Komplementärin und/oder/die Geschäftsführende Kommanditistin die Gesellschafter auf diese Folge besonders hingewiesen hat/haben.

4. Die Stimmabgabe erfolgt in Schrift- oder Textform.

5. Über das Ergebnis der Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist von der Komplementärin eine Niederschrift anzufertigen und den Gesellschaftern in Schrift- oder Textform zu übermitteln.

VIII. Jahresabschluss, Ergebnisverteilung und Entnahmen

§ 28 Jahresabschluss

1. Der Jahresabschluss für ein abgelaufenes Geschäftsjahr ist innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen.
2. Der Jahresabschluss ist bei der Gesellschaft in angemessener Frist vor der Beschlussfassung über dessen Feststellung für die Gesellschafter zur Einsicht auszulegen. Mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung ist jedem Gesellschafter ein Auszug aus dem Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) zu übersenden. An Stelle der jeweiligen Übersendung kann die Gesellschaft den Auszug aus dem Jahresabschluss in einer elektronischen Bekanntmachung auf der entsprechenden Internet-Plattform zur Verfügung stellen, soweit eine solche eingerichtet ist und soweit nicht gesetzlich zwingende Vorschriften einen anderen Übersendungsweg vorsehen. Sofern ein Beirat bestellt wurde, ist der Jahresabschluss dem Beirat mit der Ladung der Gesellschafter zur ordentlichen Gesellschafterversammlung vorzulegen. Im Falle der Feststellung des Jahresabschlusses im Umlaufverfahren ist jedem Gesellschafter der Auszug aus dem Jahresabschluss mit der Aufforderung zur Stimmabgabe gem. § 27 dieses Vertrages zu übersenden.

§ 29 Ergebnisverteilung

1. Das Ergebnis der Gesellschaft wird vorbehalt-

lich der Regelungen der §§ 16-18 dieses Vertrages, die ggf. vorab zu erfüllen sind, im Verhältnis der eingezahlten Kommanditeinlagen (Kapitalkonto I) der Gesellschafter zum Ende des jeweiligen Geschäftsjahres zueinander verteilt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für die Treugeber der Treuhandkommanditistin entsprechend mit der Maßgabe, dass sie über die Treuhandkommanditistin am Vermögen und am Ergebnis der Gesellschaft beteiligt sind.

2. Während der Emissionsphase ist die Ergebnisverteilung zum Stichtag 31.12. eines Geschäftsjahres vorzunehmen. Die vorstehende Regelung hinsichtlich der Aktivierung der Kosten ist nur insoweit anzuwenden, wie nicht zwingendes Recht, insbesondere Handels- und/oder andere auf die Gesellschaft anzuwendende außersteuerliche Rechtsgründe anderes vorsehen.

3. Die vorgenannten Regelungen gelten grundsätzlich auch für die steuerliche Ergebnisverteilung.

§ 30 Ergebnisverteilung, Ausschüttungen und Entnahmen

1. Das Ergebnis der Gesellschaft wird auf die Gesellschafter im Verhältnis ihrer geleisteten (eingezahlten) Pflichteinlagen verteilt, soweit in diesem Vertrag keine abweichenden Regelungen getroffen sind.

2. Im Falle der Anrechnung von Steuergutschriften durch die Gesellschaft gegenüber einzelnen Gesellschaftern sind diese abweichend von § 30 Abs. 1 dieses Vertrages entsprechend der Pflichteinlage des jeweiligen Gesellschafters zu verteilen.

3. Über Entnahmen und Ausschüttungen sowie deren Höhe beschließt die Gesellschafterversammlung nach Maßgabe der folgenden Absätze 4 bis einschließlich 9. Die Geschäftsführung ist nach pflichtgemäßem Ermessen berechtigt, aber nicht verpflichtet, im Einzelfall auf den voraussichtlichen Entnahme- oder Ausschüttungsanspruch Vorabzahlungen in regelmäßiger (z. B. monatlich, vierteljährlich, halb-

jährlich oder jährlich) sowie unregelmäßiger Form vorzunehmen, wobei Vorabzahlungen von bis zu 20 % p. a. bezogen auf die Pflichteinlage zulässig sind, wenn und soweit der jeweilige Anleger seinen Zeichnungsbetrag vollständig eingezahlt hat.

4. Entnahmen und Ausschüttungen stehen unter dem Vorbehalt, dass hierdurch bei der Gesellschaft kein Insolvenzeröffnungsgrund hervorgerufen wird.

5. Entnahmen und Ausschüttungen stehen ferner unter dem Vorbehalt, dass bei der Gesellschaft eine Mindestliquidität (Barbestände, Geldbestände auf Konten und ohne Verlust auflösbare Kapitalanlagen) von 1 % des tatsächlich zum Ende eines Geschäftsjahres bestehenden Kommanditkapitals nicht unterschritten wird. Das bestehende Kommanditkapital entspricht dem gezeichneten Kapital (Pflichteinlagen) abzgl. beendeter Kapitalanteile (z. B. Ausschluss, Beendigung, Kündigung aus wichtigem Grund) sowie abzgl. noch nicht geleisteter Pflichteinlagen auch im Falle nachgelassener ratierlicher Zahlung von Pflichteinlagen („OptiMix Investment PlanB“ oder „OptiMix Strategie B“).

6. Soweit aufgrund des Vorbehalts des § 30 Abs. 4 dieses Vertrages Entnahmen nicht zum Auszahlungstermin erfolgen können und die Geschäftsführung der Gesellschaft der Entnahme zugestimmt hat, sind sie unter den Voraussetzungen des § 30 Abs. 4 zum nächsten Auszahlungstermin nachzuholen.

7. Entnahmen sind auch dann zulässig, wenn die Kommanditeinlagen der Gesellschafter durch Verluste gemindert sind.

8. Führen Entnahmen zu einer Rückzahlung der Pflichteinlage, gilt dies als förmliche Beschlussfassung über die Herabsetzung der Pflichteinlage in entsprechender Höhe. Insoweit besteht gegenüber der Gesellschaft für die Gesellschafter keine Verpflichtung auf Wiedereinzahlung. §§ 171, 172 HGB bleiben hiervon unberührt. Soweit es durch Entnahmen zu einer Rückzah-

lung der Haftsumme kommt, lebt die Haftung der Gesellschafter aufgrund einer Einlagenrückgewähr wieder auf. Der Gesellschafter hat die Verpflichtung zur Wiedereinzahlung bis zur Höhe der Haftsumme.

9. Die Komplementärin ist berechtigt, Beträge einzubehalten und nicht an die Gesellschafter abzuführen, die aufgrund zwingender Regelungen als Steuern (z. B. Kapitalertragsteuer) von der Gesellschaft abzuführen sind. Derartige Beträge gelten als an den Gesellschafter ausgezahlt.

IX. Gesellschafterwechsel, Ausscheiden aus der Gesellschaft

§ 31 Vorkaufsrecht, Übertragung von Gesellschaftsanteilen, Kosten

1. Möchte ein Direktkommanditist seinen Gesellschaftsanteil ganz oder teilweise, entgeltlich oder unentgeltlich, auf Dritte übertragen, so hat der übertragungswillige Direktkommanditist seinen Anteil oder Teile hiervon der Geschäftsführenden Kommanditistin vorher zum Erwerb anzubieten. Das Angebot hat schriftlich mit Nennung des Dritten, des etwaigen Erwerbspreises sowie der Beifügung entsprechender Belege zum Nachweis der Identität des Dritten und der Erwerbskonditionen sowie eines Finanzierungsnachweises des Erwerbspreises – ausgestellt durch ein inländisches Kreditinstitut – gegenüber der Geschäftsführenden Kommanditistin zu erfolgen, wobei das Schriftformerfordernis durch Erklärungen per E-Mail oder in sonstiger elektronischer Form gewahrt wird. Die Geschäftsführende Kommanditistin kann das Angebot innerhalb von drei Monaten nach dessen Zugang zu den übermittelten Erwerbskonditionen selbst oder durch einen von ihr benannten Dritten schriftlich annehmen. Soweit die Geschäftsführende Kommanditistin von ihrem Ankaufsrecht nicht oder nicht fristgemäß Gebrauch macht, kann der übertragungswillige Direktkommanditist seinen Gesellschaftsanteil ganz oder teilweise nach vorheriger schriftlicher Zustimmung (Einwilligung) der Komplementärin mit Wirkung zum Ende eines jeden Geschäftsjahres der Gesellschaft auf Dritte übertragen. Die vorstehenden

Regelungen gelten sinngemäß für die Übertragung der Rechte und Pflichten aus einem Treuhandvertrag. Die Zustimmung zu der Übertragung werden durch die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin erteilt, wenn und soweit kein wichtiger Grund vorliegt, der die Versagung der Übertragung rechtfertigt.

2. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor,
 - a) wenn durch die Übertragung Geschäftsanteile entstehen oder übertragen werden sollen, deren Pflichteinlage nicht mindestens Euro 5.000,- oder nicht durch 1,- ohne Rest teilbar ist oder
 - b) wenn die Verpflichtungen des übertragenden Gesellschafters aus diesem Vertrag insbesondere zur Einzahlung des Zeichnungsbetrages nicht erfüllt wurden oder
 - c) wenn durch die Übertragung der Geschäftsanteile steuerliche Nachteile bei der Gesellschaft entstehen würden. Die Genehmigung ist dann zwingend zu erteilen, wenn die Treuhandkommanditistin treuhänderisch von ihr gehaltene Teile ihres Kommanditanteils auf Treugeber überträgt.
3. Die Geschäftsführende Kommanditistin ist jederzeit und ohne Zustimmung der übrigen Gesellschafter berechtigt, ihren Gesellschaftsanteil auf eine andere Person zu übertragen, soweit diese die gleiche Rechtsform wie die Komplementärin aufweist und den gleichen Gesellschafterhintergrund hat.
4. Wenn und soweit durch die Übertragung Steuern, Kosten, Schäden oder sonstige Nachteile entstehen, sind diese von dem die Übertragung auslösenden Direktkommanditisten und dem Erwerber als Gesamtschuldner zu tragen. Soweit ein Treugeber im Zuge einer Übertragung Direktkommanditist wird, ist die Gesellschaft berechtigt, eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von Euro 50,- von dem Übertragenden oder dem Erwerber zu verlangen. Eine Verrechnung dieses Betrages mit Entnahme- und/oder Auszahlungsansprüchen des Erwerbers ist möglich.

§ 32 Kündigungsrechte

1. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum Ablauf des siebten vollen Beteiligungsjahres (Kalenderjahr) seit seinem Beitritt (maßgeblich ist der Zeitpunkt der vollständigen Leistung der Einlage) kündigen. Wenn und soweit die Kündigung zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt, ist die Kündigung unter Einhaltung der vorgenannten Frist jeweils zum Ende des nachfolgenden Geschäftsjahres zulässig. Sollte der Gesellschafter schon vor dem siebten vollen Beteiligungsjahr kündigen wollen, kann die Gesellschaft nach billigem Ermessen entscheiden, einer Kündigung des Gesellschafters auch schon vor dem siebten vollen Beteiligungsjahr zuzustimmen. Nach Kündigung wird die Gesellschaft vorbehaltlich der Regelung des § 35 dieses Vertrages durch die übrigen Gesellschafter fortgesetzt, wenn und soweit keine steuer-schädliche Veränderung des Gesellschafterbestandes stattfindet; in diesem Falle wird die Gesellschaft nach Maßgabe der Regelungen des § 37 dieses Vertrages liquidiert, wenn und soweit nicht die Fortführung der Gesellschaft nach Maßgabe der Regelungen des § 36 dieses Vertrages beschlossen wird.
2. Die Kündigung ist mittels eingeschriebenen Briefes oder schriftlich gegen Empfangsbe-kenntnis der Geschäftsführenden Kommandi-tistin oder der Komplementärin gegenüber zu erklären.
3. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, einen Teil ihrer Pflichteinlage, den sie für einzelne Treugeber hält, im Falle von Kündigungen aus wichtigem Grund zu kündi-gen.
4. Kündigungen von Teilen der Pflichteinlage sind zulässig, wenn und soweit der Betrag der nicht gekündigten Pflichteinlage mindestens Euro 5.000,- beträgt.

5. Die Regelung dieses § 32 dieses Vertrages gilt für den Treugeber entsprechend.

6. Abweichend von den Regelungen des § 32 Ab-satz 1 dieses Vertrages zur Mindestbeteiligungs-dauer ist der Anleger berechtigt, bei Vorliegen eines den Anleger treffenden und nachzuweisen-den Härtefalls vor Ablauf des zweiten vollen Be-teiligungsjahres der Gesellschaft zum Ablauf eines Geschäftsjahres unter Beachtung der Form und Fristen des § 32 Absatz 1 dieses Vertrages zu kündigen. Ein Härtefall ist insbesondere:

- a) die eigene Arbeitslosigkeit / eigene schwere Krankheiten oder
- b) der Tod des Ehepartners oder eines Angehöri-gen in gerader Linie oder
- c) eigene Zahlungsunfähigkeit oder Insolvenz.

Über die Geeignetheit der seitens des Anlegers beigebrachten Nachweise für das Vorliegen von Härtefällen entscheidet die Gesellschaft nach eigenem Ermessen. Die Gesellschaft ist berechtigt, unter Beachtung der Regelungen des § 35 dieses Vertrages Vorabzahlungen auf das voraussichtli-che Abfindungsguthaben vorzunehmen.

§ 33 Ausschluss

1. Wenn und soweit ein Direktkommanditist zah-lungsunfähig wird, über sein Vermögen ein In-solvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröff-nung desselben mangels Masse abgelehnt wird, so kann der Direktkommanditist durch schriftli-che Erklärung der Komplementärin mit sofortiger Wirkung aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, ohne dass es eines Gesellschafterbe-schlusses oder der gerichtlichen Klage bedarf. Der Ausschluss ist gegenüber dem betroffenen Direktkommanditisten bekannt zu machen. Die Bekanntmachung des Ausschlusses gilt mit Ab-sendung an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Adresse des betreffenden Direktkommanditisten als erfolgt. Dies gilt auch dann, wenn die Auflö-sung der Gesellschaft beschlossen wurde und sich die Gesellschaft in Liquidation befindet. Die vorgenannten Regelungen gelten entsprechend, wenn und soweit ein Gläubiger den Gesell-schaftsanteil oder sonstige pfändbare Ansprüche aus dem Gesellschaftsverhältnis eines Direkt-

kommanditisten pfändet und diese Pfändung nach Ablauf von drei Monaten ab Wirksamwerden der Pfändung noch andauert. Wenn und soweit eine andere Gesellschafterin als ein Direktkommanditist (also Komplementärin, Geschäftsführende Kommanditistin oder Treuhandkommanditistin) zahlungsunfähig wird, über ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung desselben mangels Masse abgelehnt wird, so kann die Gesellschafterversammlung den Ausschluss der anderen Gesellschafterin mit einfacher Mehrheit beschließen, falls

- a) beim Ausschluss der Komplementärin gleichzeitig eine andere natürliche oder juristische Person den Beitritt zur Gesellschaft als Komplementärin,
- b) beim Ausschluss der Geschäftsführenden Kommanditistin den Beitritt zur Gesellschaft als Geschäftsführende Kommanditistin und die Übernahme der Pflichteinlage der bisherigen Geschäftsführenden Kommanditistin oder
- c) beim Ausschluss der Treuhandkommanditistin die Übernahme der Pflichteinlagen der Treuhandkommanditistin erklärt. Gleiches gilt sinngemäß im Falle der Liquidation einer anderen Gesellschafterin als dem Direktkommanditisten.

2. Ein Ausschluss ist ferner nach den Bestimmungen des § 9 Abs. 4 dieses Vertrages möglich.

3. Ein Gesellschafter kann ferner aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, wenn er Anlass gegeben hat, dass die Auflösung der Gesellschaft aus wichtigem Grund gemäß § 133 HGB (Auflösung durch gerichtliche Entscheidung) verlangt werden könnte, soweit in diesem Vertrag nicht abweichend geregelt. § 33 dieses Vertrages gilt entsprechend für den Treugeber.

§ 34 Erbfall

1. Im Falle des Todes eines Direktkommanditisten wird die Gesellschaft mit seinen Erben oder Vermächtnisnehmern fortgesetzt.

2. Im Falle des Todes eines Treugebers endet der Treuhandvertrag. Die Gesellschaft wird mit den Erben oder Vermächtnisnehmern als Direktkommanditisten der Gesellschaft fortgesetzt. Hierfür haben die Erben oder Vermächtnisnehmer eine Handelsregistervollmacht gem. § 8 Abs. 4 dieses Vertrages vorzulegen.

3. Die Erben haben sich durch Vorlage eines Erbscheins oder einer beglaubigten Abschrift des Testamentseröffnungsprotokolls oder beglaubigten Testamentabschrift zu legitimieren. Ein Vermächtnisnehmer hat des Weiteren die Abtretung des Kommanditanteils durch die Erben an ihn nachzuweisen.

4. Wenn und soweit mehrere Erben oder Vermächtnisnehmer vorhanden sind, haben diese unverzüglich, auch ohne besondere Aufforderung durch die Gesellschaft, zur Wahrnehmung ihrer aus der Beteiligung an der Gesellschaft folgenden Rechte einen gemeinsamen Bevollmächtigten zu bestellen. Die Vollmacht kann nur dergestalt erteilt werden, dass der Bevollmächtigte die Rechte mehrerer Rechtsnachfolger gemeinschaftlich auszuüben hat. Bis zur Bestellung eines gemeinsamen Bevollmächtigten ruhen die Rechte aus der Beteiligung an der Gesellschaft mit Ausnahme der Ergebnisbeteiligung. Vermögensrechte können seitens der Gesellschaft auch durch Hinterlegung (§§ 372 ff. BGB) erfüllt werden.

§ 35 Fortführung der Gesellschaft, Abfindungsguthaben

1. Im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters (z. B. Ende der Beteiligung der Direktkommanditisten, Kündigung aus wichtigem Grund oder Ausschluss) wird die Gesellschaft unter Beibehaltung ihrer Firma unter den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt, wenn und soweit keine steuerschädliche Veränderung des Gesellschafterbstandes stattfindet; in diesem Falle wird die Gesellschaft nach Maßgabe der Regelungen des § 37 dieses Vertrages liquidiert, wenn und soweit nicht die Fortführung der Gesellschaft nach Maßgabe der Regelungen des § 36 dieses Vertrages beschlossen wird.

2. Die Komplementärin scheidet erst dann aus der Gesellschaft aus, wenn von der Gesellschaft eine neue Komplementärin aufgenommen wurde.
 3. Die Treuhandkommanditistin scheidet erst dann aus der Gesellschaft aus, wenn von der Gesellschaft eine neue Treuhandkommanditistin aufgenommen wurde und dieser alle Treuhandbeteiligungen im Wege der Sonderrechtsnachfolge sowie die jeweiligen Verwaltungs- und Treuhandverträge inklusive der damit verbundenen Rechte und Pflichten übertragen wurden.
 4. Die Geschäftsführende Kommanditistin scheidet erst dann aus der Gesellschaft aus, wenn von der Gesellschaft eine neue Geschäftsführende Kommanditistin aufgenommen oder von der Gesellschafterversammlung bestellt wurde und dieser im Wege der Sonderrechtsnachfolge alle Rechte und Pflichten der Geschäftsführenden Kommanditistin übertragen wurden. Wenn und soweit aufgrund von Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen (gesetzliche Regelungen, veröffentlichte Verwaltungsanweisungen, aktuelle Rechtsprechung der Finanzgerichte) in Deutschland zur Aufrechterhaltung der vermögensverwaltenden Tätigkeit die Übernahme der Funktion des Geschäftsführenden Kommanditisten durch eine natürliche Person erforderlich ist, gelten die Regelungen dieses Absatz 4 sinngemäß für die Bestellung einer natürlichen Person als Geschäftsführenden Kommanditisten.
 5. Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, hat er einen Anspruch auf Zahlung eines Abfindungsguthabens. Die Kosten für die Ermittlung des Abfindungsguthabens trägt die Gesellschaft. Dieses entspricht dem Verkehrswertes seiner Beteiligung zum Zeitpunkt des Ausscheidens, der nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu ermitteln ist:
 - a) Für die Ermittlung des Verkehrswertes der Beteiligung ist auf den vorherigen Bilanzstichtag der Gesellschaft ein Vermögensstatus der Gesellschaft zu ermitteln.
 - b) Dabei sind die bilanzierten Vermögenswerte der Gesellschaft mit dem Verkehrswert unter Aufdeckung der stillen Reserven anzusetzen. Ein etwaiger Firmenwert bleibt außer Ansatz.
 - c) Der Verkehrswert entspricht dem Anteil des ausscheidenden Kommanditisten am Verkehrswert der Gesellschaft. Dieser Anteil bestimmt sich nach dem Verhältnis der Pflichteinlage des ausscheidenden Kommanditisten zu der Summe der Pflichteinlagen aller anderen Kommanditisten.
 6. Stehen zum Stichtag des Ausscheidens des Gesellschafters bzw. der Kündigung aus wichtigem Grund Zahlungen auf den Zeichnungsbetrag oder auf etwaige nicht ausgeglichene Kosten aus, sind diese vom Abfindungsguthaben abziehen.
 7. Wenn und soweit sich der ausscheidende Gesellschafter und die Gesellschaft auf die Höhe des Abfindungsguthabens nicht einigen können, so ist dieses durch einen Sachverständigen, der auf Antrag der Gesellschaft von der für den Sitz der Gesellschaft zuständigen Industrie- und Handelskammer zu bestellen ist, zu ermitteln. Die Kosten des Gutachters trägt der ausscheidende Gesellschafter.
 8. Das Abfindungsguthaben ist in einer Rate zu zahlen. Die Rate ist am 31. Dezember des Jahres, in dem das Abfindungsguthaben festgestellt wurde, zur Zahlung fällig. Im Übrigen darf durch die Zahlung des Abfindungsguthabens bei der Gesellschaft ein Insolvenzeröffnungsgrund nicht herbeigeführt werden. Soweit aufgrund dieses Zahlungsvorbehaltes die Zahlung des Abfindungsguthabens nicht oder nicht voller Höhe erfolgen kann, so ist die Zahlung unverzüglich nach Wegfall des Zahlungsvorbehaltes nachzuholen.
 9. § 35 dieses Vertrages gilt für den Treugeber entsprechend.
- X. Änderungen des Gesellschaftsvertrages und Liquidation**
- § 36 Änderungen des Gesellschaftsvertrages
- Änderungen dieses Vertrages sind durch Be-

schluss der Gesellschafterversammlung mit Zweidrittelmehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen Kapitalanteile möglich, wenn und soweit durch die Änderung nicht der Grundsatz der anteiligen Gleichbehandlung aller Gesellschafter verletzt wird. Im Falle des Eingriffs in Sonderrechte einzelner Gesellschafter durch die Änderung dieses Vertrages ist neben den Voraussetzungen des § 36 Satz 1 dieses Vertrages die Zustimmung des betroffenen Gesellschafters erforderlich, soweit in diesem Vertrag nicht anders geregelt. Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.

§ 37 Liquidation der Gesellschaft

1. Die Auflösung der Gesellschaft und jede andere Art der Abwicklung kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden, wobei die Auflösung der Gesellschaft frühestens nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Ende der Zeichnungsfrist möglich ist. Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen. Im Übrigen gelten die §§ 145 ff. HGB.
2. Liquidator und Abwickler der Gesellschaft ist die Geschäftsführende Kommanditistin.
3. Die Liquidatorin erhält einen Ersatz ihrer Ausgaben zuzüglich etwaiger gesetzlicher Umsatzsteuer. Das verbleibende Vermögen wird nach Ausgleich eines etwaig negativen Saldos der Kapitalkonten im Verhältnis der Pflichteinlagen unter entsprechender Berücksichtigung der Regelungen des § 17 Abs. 2 und 4 dieses Vertrages auf die Kommanditisten verteilt.
4. Die Liquidation erfolgt vorbehaltlich der Regelungen des § 37 Abs. 5 dieses Vertrages durch Verwertung sämtlicher Vermögensgegenstände der Gesellschaft.
5. Aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses kann die Liquidation auch (teilweise) im Wege der Realteilung erfolgen, wenn und soweit
 - a) der Gesellschafterbeschluss die Verteilung der Vermögenswerte abschließend regelt und

- b) der Realteilung keine zwingenden Rechtsvorschriften oder tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen.

XI. Weitere Rechte und Pflichten der Gesellschafter § 38 Verwaltung der Anleger, Datenschutz, Online-Verwaltung

1. Die Geschäftsführenden Gesellschafter sowie die Treuhandkommanditistin sind berechtigt, die in dem Beitrittsantrag des Anlegers enthaltenen Daten (im Folgenden „Stammdaten“ genannt) sowie solche Daten, die zukünftig im Zusammenhang mit der Beteiligung des Anlegers verlangt werden, schriftlich und/oder elektronisch in einem Register (im Folgenden „Anlegerregister“ genannt) zu speichern und im Rahmen der Verwaltung der Beteiligung zu verarbeiten und zu nutzen. Das Anlegerregister kann bei der Komplementärin und von der Komplementärin geführt werden. Anleger sind verpflichtet, der Komplementärin Änderungen der Stammdaten mitzuteilen.

Die Gesellschaft, die Geschäftsführende Kommanditistin sowie die Treuhandkommanditistin sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen, nicht verpflichtet, einem Kommanditisten, unabhängig ob Direktkommanditist oder als Kommanditist über die Treuhandkommanditistin beteiligt, personenbezogene Daten über Mitkommanditisten zu erteilen. Soweit dem zwingende rechtliche Aspekte entgegenstehen, so sind die Gesellschaft, die Geschäftsführende Kommanditistin sowie die Treuhandkommanditistin jeweils einzeln berechtigt und verpflichtet, für den Fall, dass ihre jeweiligen schutzwürdigen Belange sowie die schutzwürdigen Belange der übrigen Kommanditisten beeinträchtigt werden, was bereits durch die Weitergabe personenbezogener Daten auch von Minderheitskommanditisten im Fall eines Beschlusses der Mehrheit der Kommanditisten (auch im Falle einer 3/4 – Mehrheit), zu unterlassen und zu unterbinden und erforderlichenfalls alle rechtlichen nach billigem Ermessen erforderlichen rechtlichen Schritte dagegen auch im Namen und für Rechnung der Gesellschaft zu unternehmen.

2. Die Komplementärin ist berechtigt, die Stammdaten der Anleger, sowie solche Daten, die zukünftig im Zusammenhang mit der Beteiligung des Anlegers verlangt werden, elektronisch zu speichern und im Rahmen der Verwaltung der Beteiligung zu verarbeiten und zu nutzen. Wenn und soweit für die Begründung und oder Verwaltung der Beteiligung die Weitergabe von persönlichen Daten an Dritte erforderlich ist, ist die Weitergabe nur dann in Ergänzung von Absatz 1 zulässig, wenn kraft vertraglicher Regelungen sichergestellt ist, dass die persönlichen Daten nicht für kommerzielle Zwecke oder zum Schaden der Gesellschaft, der Geschäftsführenden Gesellschafterin und/oder Geschäftsführenden Kommanditistin genutzt werden, wobei diesen in der Einstufung ein weites sowie billiges Ermessen (§ 315 BGB) zusteht. Im Übrigen sind die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes zu beachten.
 3. Die Gesellschaft kann den Anlegern den Zugang an der Online-Verwaltung zur Verfügung stellen. Hierzu wird eine eigene Internet-Plattform (im Folgenden „Anleger-Portal“ genannt) eingerichtet, über die sich der Anleger jeweils mit einem individuellen Passwort einloggen kann. Im Rahmen dieser Online-Verwaltung können dem Anleger, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, Informationen, insbesondere Pflichtmitteilungen, Erklärungen, insbesondere rechtsgeschäftlicher Art, Einberufungen zu Gesellschafterversammlungen, Aufforderungen zur Stimmabgabe im schriftlichen Beschlussverfahren, Niederschriften etc. (im Folgenden „Bekanntmachungen“ genannt) zur Verfügung gestellt werden. Ein zusätzlicher Versand der die Anleger betreffenden Bekanntmachungen auf dem Postwege findet grundsätzlich nicht statt, soweit gesetzlich nicht anders geregelt.
 4. Die weiteren Einzelheiten der Teilnahme an der Online-Verwaltung können durch von den Geschäftsführenden Gesellschaftern festgelegte Nutzungsbedingungen geregelt werden.
 5. Jeder Anleger ist verpflichtet, der Gesellschaft eine E-Mail-Adresse bekannt zu geben, an die eine Mitteilung erfolgt, dass neue Bekanntmachungen auf der entsprechenden Internet-Plattform zur Verfügung stehen. Jeder Anleger ist verpflichtet, eine Änderung seiner E-Mail-Adresse unverzüglich anzuzeigen. Mit dem Versand der E-Mail gilt die Bekanntmachung als bewirkt.
 6. Sofern in diesem Gesellschaftsvertrag Fristen genannt werden, ist für die Berechnung der Fristen der Versand (Sendedatum) der E-Mail, mit der die Mitteilung über neue Bekanntmachungen an die zuletzt mitgeteilte E-Mail-Adresse erfolgt, maßgebend.
- § 39 Wettbewerbsbeschränkungen
Die Gesellschafter unterliegen keinem Wettbewerbsverbot. Gleiches gilt für die Treugeber.
- § 40 Ausgleichsverpflichtungen für Kosten, Steuern, Nachteile und Schäden
1. Wenn und soweit die Gesellschaft einen Nachteil oder einen sonstigen Schaden, insbesondere in Form einer Einnahmемinderung, eines entgangenen Gewinns oder in Form einer steuerlichen Mehrbelastung erleidet und ein solcher Nachteil oder Schaden im Verhalten oder in der Person eines Gesellschafters und/oder eines Treugebers begründet ist, so ist dieser Gesellschafter und/oder Treugeber gegenüber der Gesellschaft zum Ausgleich verpflichtet.
 2. Die vorgenannte Regelung greift insbesondere dann, wenn aufgrund von Verfügung über Gesellschaftsanteile, aufgrund einer Kündigung aus wichtigem Grund oder eines Ausschlusses von Gesellschaftern Nachteile oder sonstige Schäden entstehen.
 3. Der den Nachteil oder den Schaden auslösende Gesellschafter und/oder Treugeber hat nach Aufforderung der Komplementärin unverzüglich der Gesellschaft die angefallenen Kosten und Steuern zu erstatten. Die Gesellschaft ist zur Verrechnung entsprechend geschuldeter Beträge im Rahmen einer Ergebnisverteilung wie auch anlässlich einer Liquidation der Gesellschaft berechtigt.

§ 41 Mitwirkungspflichten der Gesellschafter

1. Jeder Direktkommanditist verpflichtet sich, Änderungen der Angaben zur Person (z. B. Wohnsitzwechsel oder Heirat) und/oder der Kontoverbindung für Auszahlungen unverzüglich der Komplementärin und jeder Treugeber darüber hinaus auch der Treuhandkommanditistin mitzuteilen. Jeder Direktkommanditist verpflichtet sich gegenüber der Komplementärin und jeder Treugeber verpflichtet sich gegenüber der Treuhandkommanditistin etwaige nach dem Geldwäschegesetz (GwG) notwendige Informationen auf Anfordern des jeweiligen Berechtigten zu übermitteln.
2. Soweit für die Erstellung der Jahressteuererklärung der Gesellschaft Mitteilungen und/oder Nachweise der Gesellschafter erforderlich sind, sind diese für das abgelaufene Geschäftsjahr bei der Gesellschaft bis spätestens zum 31. März des Folgejahres vollständig in Schriftform zu übermitteln, wobei das Schriftformerfordernis durch Erklärungen per E-Mail oder in sonstiger elektronischer Form nicht gewahrt wird. Werden die Nachweise und/oder Mitteilungen verspätet mitgeteilt, ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, diese zu berücksichtigen, es sei denn, der betreffende Gesellschafter gibt auf eigene Kosten eine berichtigte Jahressteuererklärung bei der Gesellschaft in Auftrag. Gleiches gilt entsprechend für Treugeber.

§ 42 Schlussbestimmungen und Kosten

1. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages können nur durch einen entsprechenden Gesellschafterbeschluss erfolgen.
2. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist das für den Sitz der Gesellschaft zuständige Gericht.
3. Die Gesellschaft, dieser Vertrag sowie alle sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
4. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, berührt dies die

Wirksamkeit dieses Vertrages im Ganzen nicht. In diesem Fall ist die unwirksame Bestimmung durch eine solche Klausel zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung inhaltlich am nächsten kommt. Dies gilt auch für den Fall, dass eine Vertragslücke offenbar werden sollte oder eine Bestimmung sich als undurchführbar erweist.

5. Gleiches gilt, wenn sich bei der Durchführung dieses Vertrages eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.
6. Sämtliche Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung trägt die Gesellschaft.

Duisburg, den 24. Mai 2013

Thomas Krämer
Handelnd als Geschäftsführer der Timberland
Management GmbH

Thomas Krämer
Handelnd als Geschäftsführer der Timberland
Capital Trust GmbH

Thomas Krämer
Handelnd als Geschäftsführer der Timberland
Capital Management GmbH

15. Treuhand- und Verwaltungsvertrag zwischen der

Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG,
Feldstr. 8, 47198 Duisburg

vertreten durch die einzelvertretungsberechtigte
Komplementärin Timberland Management
GmbH (diese wiederum vertreten durch den ein-
zelvertretungsberechtigten und von den Be-
schränkungen des § 181 BGB befreiten Geschäfts-
führers Herrn Thomas Krämer)

- im Folgenden „Gesellschaft“ genannt -

und der

Timberland Capital Trust GmbH,
Kehrwieder 9, c/o Rödl Treuhand Hamburg
GmbH, Steuerberatungsgesellschaft, 20457 Ham-
burg

vertreten durch den einzelvertretungsberechtigten
und von den Beschränkungen des § 181 BGB be-
freiten Geschäftsführers Herrn Thomas Krämer)

- im Folgenden „Treuhandkommanditistin“
genannt -

§ 1 Treuhandauftrag

1. Die in der Beitrittserklärung (Angebotserklä-
rung) der Gesellschaft genannte/n Person/en
(im Folgenden „Treugeber“ genannt) bietet/
bieten der Treuhandkommanditistin, vertreten
durch ihren Geschäftsführer Herrn Thomas
Krämer, den Abschluss dieses Treuhandvertra-
ges an. Der Gesellschaftsvertrag der Gesell-
schaft ist dem Treugeber bekannt und ist Be-
standteil dieses Vertrages. Ebenfalls Bestandteil
dieses Vertrags ist die Beitrittserklärung des
Treugebers.
2. Wird das Angebot von einer Personenmehrheit
abgegeben, so muss in der Beitrittserklärung
ein gemeinsamer Vertreter bestimmt und er-
klärt werden, dass alle vom oder gegenüber
dem gemeinsamen Vertreter abgegebenen Er-

klärungen bindend für die Personenmehrheit
und für jeden einzelnen von ihr sind. Wurde
kein gemeinsamer Vertreter benannt, sind alle
von oder gegenüber Einzelnen abgegebenen
Erklärungen bindend für die Personenmehrheit
und für jeden einzelnen von ihr.

3. Der Treuhandvertrag kommt zustande, wenn
der Treugeber innerhalb der Zeichnungsfrist
des Gesellschaftsvertrags mit dem Beitrittsan-
trag ein Angebot auf Abschluss des Treuhand-
vertrags abgibt und die Treuhandkommanditi-
stin dieses Angebot durch Unterzeichnung des
Beitrittsantrags annimmt und der Treugeber
seine Verpflichtungen nach dem Geldwäscheg-
gesetz erfüllt hat. Zum Zustandekommen des
Treuhandvertrages bedarf es nicht des Zugangs
der Annahme beim Treugeber. Der Tag der Un-
terzeichnung durch die Treuhandkommanditi-
stin ist das Datum des Abschlusses des Treu-
handvertrages.
4. Entsprechend den Vorgaben des Gesellschafts-
vertrags hat der Treugeber auf dem Beitrittsan-
trag die Regelungen des Gesellschaftsvertrags in
Bezug auf die Höhe der Pflichteinlage (§ 8 des
Gesellschaftsvertrags) einzuhalten.

§ 2 Ausübung der Treuhandschaft

1. Der Treugeber beauftragt und bevollmächtigt
die Treuhandkommanditistin unter Befreiung
von Beschränkungen nach § 181 BGB, die Be-
teiligung an der Gesellschaft im eigenen
Namen, aber für Rechnung des Treugebers
nach Maßgabe dieses Vertrages und des Gesell-
schaftsvertrages in Höhe des im Beitrittsantrag
(Zeichnungsschein) genannten Betrages einzu-
gehen und für ihn treuhänderisch zu halten.
Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt,
den Treuhandauftrag erst dann auszuführen,
wenn der Treugeber Zahlung auf die gemäß
Beitrittsantrag (Zeichnungsschein) gezeichnete
Einlage geleistet hat.
2. Der Treugeber nimmt billigend zur Kenntnis,
dass die Treuhandkommanditistin gleich lau-
tende Treuhandverträge mit anderen Treugebern
schließt und die Gesellschaftsbeteiligung des
Treugebers zusammen mit den Gesellschaftsbe-
teiligungen anderer Treugeber im Außenverhält-
nis als einheitlichen Geschäftsanteil hält.

3. Die Treuhandkommanditistin tritt nach außen im eigenen Namen auf und wird als Kommanditist mit einer Kommanditeinlage bis maximal zur Höhe des sich durch die Kapitalerhöhung gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages für sie ergebenden Kommanditanteiles eingetragen. Im Innenverhältnis handelt die Treuhandkommanditistin ausschließlich im Auftrag und für Rechnung des Treugebers, so dass wirtschaftlich der Treugeber Kommanditist der Gesellschaft ist.
4. Die Treuhandkommanditistin bewirkt die Beteiligung des Treugebers an der Gesellschaft unter gleichzeitiger Erhöhung ihrer Kommanditeinlage.
5. Die Treuhandkommanditistin tritt hiermit die ihr als Gesellschafterin der Gesellschaft zustehenden und übertragbaren Rechte auf Teilnahme an und Abstimmung in Gesellschafterversammlungen und im Umfange der vom Treugeber mit dem Zeichnungsschein übernommenen Beteiligung die Ansprüche aus der für ihn treuhänderisch gehaltenen Gesellschaftsbeteiligung, insbesondere den Anteil am Ergebnis der Gesellschaft, den Anspruch auf Ausschüttungen sowie auf Auszahlung eines Auseinandersetzungsguthabens bei Ausscheiden des Treugebers oder Liquidation der Gesellschaft ab. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, die an den Treugeber abgetretenen Ansprüche aus seiner Beteiligung im eigenen Namen einzuziehen. Die Abtretung ist auflösend bedingt durch einen erklärten Rücktritt der Treuhandkommanditistin vom Treuhandvertrag oder einen Ausschluss des Treugebers aus der Gesellschaft.
6. Sofern der Treugeber nicht ausdrücklich widerspricht, verwaltet die Treuhandkommanditistin die dem Treugeber abgetretenen Rechte aus der Beteiligung an der Gesellschaft gegenüber der Gesellschaft in offener Stellvertretung. Insbesondere erteilt der Treugeber hiermit der Treuhandkommanditistin die generelle Vollmacht, die Rechte aus seiner Beteiligung an der Gesellschaft, insbesondere sein Stimmrecht, im Falle seiner Abwesenheit oder Nichtvertretung durch Dritte auszuüben. Die Treuhandkommanditistin wird sich vor Abstimmungen Weisungen des Treugebers einholen und ihm zugleich mit-

teilen, wie sie gedenkt, in seinem Namen abzustimmen, sofern er nicht anders lautende Weisung erteilt oder sein Stimmrecht selbst ausübt oder ausüben lässt. Soweit keine Weisungen vorliegen, enthält sich die Treuhandkommanditistin der Stimme.

§ 3 Rechte und Pflichten des Treugebers

1. Der Treugeber ist verpflichtet, seine Zahlungsverpflichtung gem. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages auf die im Beitrittsantrag (Zeichnungsschein) übernommene Beteiligung durch Zahlung auf das in der Beitrittserklärung genannte Konto zu erbringen. Kommt der Treugeber seiner Zahlungsverpflichtung nicht fristgerecht nach, so ist die Treuhandkommanditistin berechtigt, Verzugszinsen ab Fälligkeit in Höhe von 1,5 % des ausstehenden Betrages pro Monat zu berechnen. Die Geltendmachung weiteren Schadens bleibt hiervon unberührt. Der Nachweis geringeren Verzugsschadens bleibt dem säumigen Treugeber vorbehalten.
2. Wird die Einlageverpflichtung trotz Mahnung mit Fristsetzung nicht in voller Höhe erfüllt, ist die Treuhandkommanditistin berechtigt und bevollmächtigt, den Antrag auf Abschluss des Treuhandvertrages nicht anzunehmen oder von der Beitrittsvereinbarung mit dem säumigen Treugeber zurückzutreten oder – soweit der wirtschaftliche Beitritt schon erwirkt wurde – ihn wie einen direkt beteiligten Kommanditisten durch schriftliche Erklärung aus der Gesellschaft auszuschließen und unter Befreiung von Beschränkungen des § 181 BGB neue Treugeber in die Gesellschaft aufzunehmen.
3. Der ausgeschiedene Treugeber trägt die im Zusammenhang mit seinem Ausschluss entstandenen Kosten. Die Gesellschaft ist zur Aufrechnung gegen mögliche Rückzahlungsansprüche berechtigt. Der Nachweis geringeren Schadens bleibt dem Säumigen vorbehalten.
4. Anstelle des Rücktritts oder des Ausschlusses ist die Treuhandkommanditistin berechtigt und bevollmächtigt, die Einlage des säumigen Treugebers auf die geleistete Einzahlung herabzusetzen und hinsichtlich des Restbetrages unter Befreiung von Beschränkungen des § 181 BGB neue Treugeber in die Gesellschaft aufzunehmen.

5. Stirbt ein Treugeber, so gelten die Bestimmungen des § 34 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages, wonach das Treuhandverhältnis automatisch endet und die Erben oder Vermächtnisnehmer unter Beachtung der Bestimmungen des § 34 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages unmittelbar Kommanditisten werden.
 6. Die Treuhandkommanditistin tritt für den Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen den treuhänderisch gehaltenen Gesellschaftsanteil an den Treugeber in Höhe des von mit dem Zeichnungsschein übernommenen Kapitalanteils ab. Im Außenverhältnis ist die Abtretung aufschiebend bedingt bis zur Eintragung des Treugebers als Kommanditist oder die Übertragung seiner Beteiligung auf einen anderen Treuhänder. Wird ein Insolvenzverfahren mangels Masse nicht eröffnet oder beschließt die Treuhandkommanditistin ihre Liquidation oder wird das Treuhandverhältnis aus sonstigen nicht vom Treugeber zu vertretenden Gründen beendet, gilt diese Regelung entsprechend.
 7. Sind mehrere Personen gemeinschaftlich Treugeber eines Gesellschaftsanteiles, übernehmen sie alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag und dem Gesellschaftsvertrag als Gesamtschuldner. Sie bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, Erklärungen oder Schriftstücke, die einem von ihnen zugehen, und Willenserklärungen, die einer von ihnen abgibt (einschließlich der Stimmrechtsausübung) mit rechtsverbindlicher Wirkung gegen alle anzuerkennen. Tatsachen, die nur bei einer Person vorliegen oder eintreten, wirken für und gegen alle Leistungen der Treuhandkommanditistin in Erfüllung ihrer Verpflichtungen unter diesem Vertrag und dem Gesellschaftsvertrag gegenüber einer einzelnen Person der Personenmehrheit werden mit schuldbefreiender Wirkung gegen alle Personen der Personenmehrheit erbracht.
 8. Der Treugeber hat zur Kenntnis genommen, dass etwaige Sonderwerbungskosten (persönlich getragene Kosten seiner Beteiligung an der Gesellschaft) ausschließlich im Rahmen der gesonderten und einheitlichen Feststellung der Einkünfte der Gesellschaft geltend zu machen sind. Der Treugeber hat diese etwaigen Sonderwerbungskosten bis spätestens 31. März eines Jahres der Geschäftsführung der Timberland Capital Trust GmbH, Hamburg, schriftlich mit den entsprechenden Nachweisen zur Weiterleitung an den steuerlichen Berater der Gesellschaft mitzuteilen.
- § 4 Rechte und Pflichten der Treuhandkommanditistin
1. Die Treuhandkommanditistin hat Anspruch darauf, vom Treugeber von sämtlichen Verbindlichkeiten freigestellt zu werden, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Inhaberschaft und der Verwaltung der treuhänderisch übernommenen Beteiligung unmittelbar oder mittelbar verbunden sind oder sich hieraus ergeben.
 2. Wird die Treuhandkommanditistin durch Gläubiger der Gesellschaft aufgrund der gesetzlichen Kommanditistenhaftung in Anspruch genommen, so ist sie berechtigt, die Weiterleitung von Barausschüttungen an den Treugeber davon abhängig zu machen, dass der Treugeber in Höhe seiner Freistellungsverpflichtung der Treuhandkommanditistin Sicherheit leistet.
 3. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, zur Erfüllung von Aufgaben aus diesem Vertrag im Einzelfall Untervollmacht nach Maßgabe der nach diesem Vertrag geltenden Bestimmungen zu erteilen. Die Treuhandkommanditistin übt das ihr überlassene Stimmrecht unter Berücksichtigung der Weisungen des Treugebers und, soweit eine solche nicht vorliegt, nach pflichtgemäßem Ermessen sowie unter Beachtung seiner Treuepflicht gegenüber den übrigen Gesellschaftern aus.
 4. Die Treuhandkommanditistin hält und verwaltet das Treuhandvermögen getrennt von ihrem sonstigen Vermögen.
 5. Die Treuhandkommanditistin ist verpflichtet, alles, was sie in Ausführung dieses Treuhandvertrages erlangt, an den Treugeber herauszugeben, soweit sie aufgrund dieses Vertrages berechtigt ist. Insbesondere hat die Treuhandkommanditistin die ihr zur Weiterleitung an die Treugeber überlassenen Ausschüttungen unverzüglich im Verhältnis seiner Beteiligung an den Treugeber weiterzuleiten. Die

Treuhandkommanditistin ist zur Aufrechnung mit ihr gegenüber dem Treugeber zustehenden Zahlungsansprüchen berechtigt.

6. Die Treuhandkommanditistin erstellt nach Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes der Geschäftsführung einen schriftlichen Bericht der Treuhandkommanditistin über das abgelaufene Geschäftsjahr, der dem Treugeber übermittelt wird.

§ 5 Treugeberregister und -verwaltung

1. Die Treuhandkommanditistin führt für alle Treugeber bei der Gesellschaft ein Treugeberregister mit den persönlichen und beteiligungsrelevanten Daten der Treugeber. Die darin enthaltenen Angaben sind maßgeblich für das Beteiligungsverhältnis, insbesondere für Ladungen und sonstige Mitteilungen entsprechend des Gesellschaftsvertrages, für die Ergebnisverteilung nach § 29 des Gesellschaftsvertrages oder etwaige Zahlung des Abfindungsguthabens nach § 35 des Gesellschaftsvertrages.
2. Das Register kann für die Treuhandkommanditistin auch bei der Gesellschaft geführt werden und hat in diesem Fall jederzeit für die Einsicht durch die Treuhandkommanditistin zur Verfügung zu stehen. Der Treugeber nimmt billigend zur Kenntnis, dass seine Angaben bei der Gesellschaft, bei den an der Platzierung der Vermögensanlage beteiligten Personen/Firmen und bei der Treuhandkommanditistin gespeichert werden.
3. Der Treugeber ist verpflichtet, der Treuhandkommanditistin die notwendigen Angaben zu erteilen. Nach Eintragung in das Treugeberregister erhält der Treugeber den ihn betreffenden Auszug aus dem Treugeberregister. Es obliegt dem Treugeber, die darin enthaltenen Angaben zu überprüfen, eventuelle Korrekturen und Änderungen (unter Vorlage entsprechender Urkunden) unverzüglich der Treuhandkommanditistin zu melden. Kommt der Treugeber dieser Verpflichtung nicht nach, ist er mit Einwendungen wegen Rechtsnachteilen ausgeschlossen.
4. Sofern Zahlungen der Treuhandkommanditistin aufgrund unzustellbarer Anschrift oder auf-

gehobener Bankverbindung unmöglich werden, leistet die Treuhandkommanditistin diese mit schuldbefreiender Wirkung auf ein eigens hierfür eingerichtetes Sonderkonto. Die Treuhandkommanditistin ist nicht verpflichtet, eigene Nachforschungen zu erbringen und vor Zahlungen anzustellen. Kosten des Sonderkontos gehen anteilig der gehaltenen Guthaben zu Lasten der Berechtigten. Abtretungen sind dem Treugeber schriftlich anzuzeigen. Wurde die Abtretung nicht angezeigt, erfolgen Zahlungen an den abtretenden Gesellschafter mit für den Treugeber schuldbefreiender Wirkung, auch gegenüber den durch die Abtretung Begünstigten.

5. Stirbt ein Treugeber, so gilt § 3 Abs. 6 dieses Vertrages. Die Treuhandkommanditistin ist nicht verpflichtet, von sich aus Rechtsnachfolger des verstorbenen Treugebers ausfindig zu machen. Im Übrigen gelten die obigen Regelungen entsprechend.
6. Solange die Treuhandkommanditistin nicht schriftlich vom Ableben des Treugebers in Kenntnis gesetzt wurde, sind Mitteilungen sowie die Übersendung von Verrechnungsschecks an seine letzte bekannte Anschrift sowie Überweisungen auf das von ihm benannte Konto rechtswirksam und schuldbefreiend gegenüber Rechtsnachfolgern. Auskünfte aus dem Treugeberregister darf die Treuhandkommanditistin nur der Gesellschaft, der Geschäftsführung und dem Beirat der Gesellschaft, den Finanzbehörden, eventuellen Kreditgebern sowie zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Prüfern und Beratern der Gesellschaft erteilen. Auskünfte über die den Treugeber betreffenden Daten darf die Treuhandkommanditistin Dritten auf Einzelzuweisung des Treugebers oder auf Vorlage entsprechender Vollmacht erteilen. Anspruch auf Angaben über andere Treugeber hat der Treugeber nicht.
7. Die Treuhandkommanditistin ist verpflichtet den Kommanditanteil zu verwalten und sämtliche Korrespondenz der Treugeber in Bezug auf die Gesellschaft abzuwickeln.

§ 6 Haftung der Treuhandkommanditistin

1. Die Treuhandkommanditistin haftet mit der berufsüblichen Sorgfalt. Ihre Haftung ist be-

schränkt auf die vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung der ihr obliegenden Verpflichtungen. Schadenersatzansprüche gegen die Treuhandkommanditistin bestehen nur insoweit, als der Treugeber nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag.

2. Ansprüche auf Schadenersatz – gleich aus welchem Rechtsgrund – verjähren in drei Jahren ab ihrer Entstehung, soweit gesetzlich nicht eine kürzere Verjährungsfrist vorgesehen ist. Der Treugeber hat seine Ansprüche innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten ab Kenntniserlangung vom Schaden durch eingeschriebenen Brief gegenüber der Treuhandkommanditistin geltend zu machen.
3. Die Treuhandkommanditistin übernimmt keine Haftung für die vom Treugeber mit seiner Beteiligung angestrebten steuerlichen und wirtschaftlichen Folgen, soweit von ihm nicht ausdrücklich Zusicherungen gemacht wurden. Der Treugeber erkennt an, dass insbesondere die angestrebten steuerlichen Folgen dem Vorbehalt der Anerkennung durch die Finanzverwaltung ggf. der Finanzgerichte unterliegen. Die Treuhandkommanditistin haftet nicht für Umstände, die sich ihrem Einflussbereich entziehen. Der Treugeber erkennt an, dass die Treuhandkommanditistin nicht für die Bonität und die ordnungsgemäße Erfüllung der Geschäftsführung, dem Beirat der einzelnen Vertragspartner der Gesellschaft obliegenden Verpflichtungen haftet. Die Treuhandkommanditistin haftet ferner nicht für den Eingang der vereinbarten oder prognostizierten Einnahmen oder die Höhe der Ausgaben oder den Eintritt der wirtschaftlichen Ziele der Gesellschaft.

§ 7 Vergütung der Treuhandkommanditistin

1. Die Treuhandkommanditistin erhält für die Übernahme der Treuhandschaft und ihre Tätigkeiten aus diesem Vertrag die Treuhandvergütungen gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages. Daneben steht ihr der Ersatz ihrer angemessenen Auslagen und Aufwendungen zu. Treuhandvergütungen, Auslagen- und Aufwendungersatz stellen im Verhältnis der Treugeber untereinander Aufwand der Gesellschaft dar.
2. Zusätzliche Leistungen der Treuhandkommanditistin zugunsten eines einzelnen Treugebers

werden darüber hinaus diesem gesondert in Rechnung gestellt.

§ 8 Übertragung der Beteiligung

1. Der Treugeber kann jederzeit die Rechte aus dem treuhänderisch gehaltenen Beteiligungsverhältnis auf Dritte übertragen, soweit er seine Einlage vollständig erbracht hat. Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag und dem Gesellschaftsvertrag gehen damit auf den Rechtsnachfolger über, der insbesondere zu den Angaben nach § 5 dieses Vertrages verpflichtet ist. §§ 31, 32, 33 des Gesellschaftsvertrages gelten sinngemäß.
2. Der Treugeber kann jederzeit die Herausgabe der treuhänderisch gehaltenen Beteiligung verlangen und seine Rechte als Direktbeteiligter unter Maßgabe der Mindestgröße nach § 6 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages oder durch einen anderen Treuhänder auf seine Kosten wahrnehmen. Die Treuhandkommanditistin überträgt die treuhänderisch gehaltene Beteiligung, sobald der Treugeber oder der Treuhänder seiner Wahl seinen Verpflichtungen zur Vorlage einer notariell beglaubigten Handelsregistervollmacht nachgekommen ist. Falls es nach Ansicht der Geschäftsführung der Gesellschaft, der Treuhandkommanditistin und des steuerlichen Beraters der Gesellschaft aufgrund einer Änderung der Steuerrechtsprechung oder der Praxis der Finanzverwaltung im Interesse des Treugebers notwendig erscheint, seine treugeberische Beteiligung in eine Direktbeteiligung umzuwandeln, wird die Treuhandkommanditistin dies dem Treugeber mitteilen und ihn gleichzeitig auffordern, auf seine Kosten eine notariell beglaubigte Handelsregistervollmacht vorzulegen. Bis zur Vorlage der Vollmacht ruhen die Rechte des Treugebers aus seiner Beteiligung. Nach Vorlage dieser Vollmacht und mit Eintragung des Treugebers als Kommanditist der Gesellschaft in das Handelsregister, wird die Treuhandkommanditistin die durch ihn treuhänderisch gehaltene Beteiligung an den Treugeber als dann Direktbeteiligter übertragen.

§ 9 Ausscheiden der Treuhandkommanditistin

1. Wenn und soweit die Treuhandkommanditistin zahlungsunfähig wird, über ihr Vermögen ein

Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung desselben mangels Masse abgelehnt wird, so kann die Gesellschafterversammlung den Ausschluss der Treuhandkommanditistin mit einfacher Mehrheit beschließen, falls beim Ausschluss der Treuhandkommanditistin gleichzeitig eine andere natürliche oder juristische Person die Übernahme der Pflichteinlagen der Treuhandkommanditistin erklärt.

2. Die Bestimmungen der §§ 32, 33 des Gesellschaftsvertrages sind zu beachten. Entschließen sich die Treugeber zur Direktbeteiligung, haben sie der Geschäftsführung der Gesellschaft auf ihre Kosten notariell beglaubigte Handelsregistervollmachten vorzulegen.
3. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, ihre Treuhänderstellung auf eine andere natürliche oder juristische Person oder Personmehrheit in ihrem Einflussbereich zu übertragen. Der Treugeber stimmt einer solchen Übertragung bereits hiermit zu. Im Übrigen ist § 33 des Gesellschaftsvertrages zu beachten.

§ 10 Dauer des Treuhandverhältnisses

Der Treuhandvertrag wird für die Zeit der Beteiligung der Treuhandkommanditistin an der Gesellschaft geschlossen. Vom Treugeber kann der Treuhandvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist schriftlich gekündigt werden. §§ 32, 33 des Gesellschaftsvertrages gelten sinngemäß.

§ 11 Schlussbestimmung

1. Gerichtsstand für alle etwaigen Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – der Sitz der Gesellschaft. Deutsches Recht findet auch dann Anwendung, wenn Gesellschafter natürliche oder juristische Personen anderer Nationalität oder mit Sitz im Ausland sind. Für alle Rechtsbeziehungen aus diesem Vertragsverhältnis gilt die deutsche Sprache.
2. Alle das Treuhandverhältnis betreffenden Vereinbarungen müssen schriftlich erfolgen. Dieser Vertrag regelt abschließend die Rechte und Pflichten des Treuhandverhältnisses. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages müssen schriftlich erfolgen; mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Zusätzlich gelten die Regeln

gen des Gesellschaftsvertrages, auch wenn auf sie in diesem Vertrag nicht ausdrücklich verwiesen wurde.

3. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit verlieren, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Das gleiche gilt, wenn sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die – soweit rechtlich möglich – dem wirtschaftlich am nächsten kommt, was die Vertragsparteien erkennbar gewollt haben würden, hätten sie bei Abschluss dieses Vertrages oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung diesen Punkt bedacht.

Hamburg, den 24.05.2013

Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

vertreten durch die Komplementärin Timberland Management GmbH, (diese wiederum vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer)

Hamburg, den 24.05.2013

Timberland Capital Trust GmbH

vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer

Die Treugeber der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG treten diesem Vertrag durch Unterzeichnung des Beitrittsantrages (Zeichnungsschein) bei.

16. Hinweise zur Zeichnung

So zeichnen Sie die Beteiligung an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG:

16.1. Prospektunterlagen prüfen

Sollten Sie eine Beteiligung an der Timberland Fonds - OptiMix B GmbH & Co. KG erwägen, lesen Sie bitte den Verkaufsprospekt aufmerksam durch. Eine fachkundige Beratung ist bei der Entscheidungsfindung immer als vorteilhaft anzusehen.

16.2. Beitrittsantrag (Zeichnungsschein)

Füllen Sie den Beitrittsantrag vollständig aus und senden Sie ein Exemplar des Beitrittsantrages unterschrieben an:

Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Feldstr. 8
47198 Duisburg

Die Mindestzeichnungssumme beträgt Euro 5.000,-. Es wird ein Agio in Höhe von bis zu 5 % erhoben. Dieser Ausgabeaufschlag wird zur Deckung der Emissionskosten durch die Fondsgesellschaft vereinnahmt.

Bei Zeichnung via Internet drucken Sie bitte zwei Exemplare des Beitrittsantrages aus, welche Sie vollständig ausfüllen und ein Exemplar unterschrieben an die vorgenannte Adresse übersenden.

16.3. Treuhandvertrag

Sofern der Anleger die Beteiligung als Treugeber beabsichtigt, ist zusätzlich der Abschluss des Treuhandvertrages erforderlich, wonach die Treuhandkommanditistin, die Timberland Capital Trust GmbH, die von dem Anleger gezeichnete Einlage im eigenen Namen, jedoch für Rechnung und im Treuhandauftrag des Anlegers hält. Der Treuhandvertrag kommt durch Unterzeichnung des Beitrittsantrages des Anlegers und die Annahme durch die

Treuhandkommanditistin zustande.

16.4. Annahmeerklärung

Nach Gegenzeichnung durch die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, vertreten durch die Komplementärin bzw. die Treuhandkommanditistin, erhalten Sie ein Bestätigungsschreiben bzw. Exemplar des Beitrittsantrages zurück.

16.5. Widerruf

Bitte beachten Sie, dass Sie als Verbraucher innerhalb einer Frist von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen die Zeichnung der Kommanditanteile nach § 355 BGB widerrufen können (siehe Widerruf auf dem Beitrittsantrag). Anleger, die vor Veröffentlichung eines Nachtrags zum Verkaufsprospekt Kommanditanteile gezeichnet haben, können ihre Zeichnung innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags nach § 11 Absatz 2 VermAnlG widerrufen, sofern keine Erfüllung eingetreten ist.

16.6. Überweisung

Die gezeichnete Pflichteinlage (Zeichnungsbetrag) überweisen Sie bitte 14 Tage nach der Zeichnung auf das unten genannte Sonderkonto. Wenn mit Zustimmung der Emittentin eine ratenweise Zahlung der Pflichteinlage erfolgt, wird der Fälligkeitszeitpunkt zwischen Anleger und Emittentin in einer separaten vertraglichen Vereinbarung festgelegt.

Kontoinhaber: Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG

Kontonummer: 151 794 5
Bankleitzahl: 320 400 24
Bankname: Commerzbank
IBAN: DE44 3204 0024 0151 7945 00
SWIFT / BIC: COBA DEFF XXX
Verwendungszweck: Name, Vorname, Kommanditeinlage

Bitte beachten Sie hierbei die übliche Überweisdauer von drei Bankarbeitstagen.

16.7. Handelsregister

Beteiligt sich der Anleger als Direktkommanditist an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, so ist er verpflichtet nach Annahme seines Beitrittsantrages für die Eintragung in das Handelsregister eine Vollmacht zu übergeben, deren Unterschrift notariell beglaubigt sein muss. Beachten Sie bitte bei Ausfüllen der Handelsregistervollmacht, dass die im Handelsregister einzutragende Haftsumme lediglich 0,1 % der Pflichteinlage beträgt.

Die Kosten der Beglaubigung trägt der Anleger.

17. Abschließende Hinweise

17.1. Grundlage für Prospektangaben

Die Prospektierung erfolgte anhand der im Gesetz über Vermögensanlagen (Vermögensanlagegesetz – VermAnlG) sowie in der Verordnung über Vermögensanlagen-Verkaufsprospekte (VermVerkProspV) niedergelegten Mindestanforderungen an den Inhalt von Prospekten zu Angeboten über Vermögensanlagen und wurde um weitere angebotspezifische Aufklärungen, Hinweise und Risikobelehrungen ergänzt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat bei der Entscheidung über die Billigung der Veröffentlichung des Verkaufsprospekts nur eine Prüfung auf Vollständigkeit einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen vorgenommen. Die inhaltliche Richtigkeit der Angaben im Verkaufsprospekt ist nicht Gegenstand der Prüfung des Verkaufsprospekts durch die Bundesanstalt.

17.2. Einsichtnahme in Unterlagen

Die in diesem Prospekt genannten Unterlagen, die die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG betreffen, können von ernsthaft interessierten Anlegern in den Geschäftsräumen der Emittentin

nach vorheriger Absprache mit der Geschäftsleitung während der Geschäftszeiten eingesehen werden.

17.3. Umfang der Prospekthaftung

Auf etwaige Schadensersatzansprüche wegen unrichtiger oder unvollständiger Prospektangaben bzw. fehlendem Prospekt und unrichtigem Vermögensanlagen-Informationsblatt finden die §§ 20 ff. Vermögensanlagegesetz Anwendung.

Derartige Ansprüche sind auf die Höhe und Rückzahlung der tatsächlich geleisteten Einlagen und die Erstattung der mit dem Erwerb der Vermögensanlage verbundenen üblichen Kosten beschränkt. Bei fehlerhaftem Verkaufsprospekt können Haftungsansprüche nur dann bestehen, wenn die Vermögensanlage während der Dauer des öffentlichen Angebots, spätestens jedoch innerhalb von zwei Jahren nach dem ersten öffentlichen Angebot der Vermögensanlage im Inland, erworben wird.

18. Fernabsatzrechtliche Informationen für den Verbraucher

Fernabsatzverträge sind Verträge, die unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln abgeschlossen werden. Hierbei ist zu beachten, dass darunter prinzipiell alle Arten von Vertragsschlüssen fallen, die unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln (d. h. per E-Mail, Fax, Internet, Telefon) zustande kommen.

Nach dem BGB in Verbindung mit dem EG-BGB sind den Anlegern nachfolgende Informationen zur Verfügung zu stellen:

18.1. Allgemeine Unternehmensinformationen

18.1.1. Über die Emittentin

Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG mit Sitz in Duisburg, vertreten durch

- die Komplementärin Timberland Management GmbH, diese wiederum vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer und
- die Geschäftsführende Kommanditistin Timberland Capital Management GmbH

Geschäftsanschrift: Feldstr. 8, 47198 Duisburg.

Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter HRA 11388.

Hauptgeschäftstätigkeit der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG ist laut Gesellschaftsvertrag die Verwaltung eigenen Vermögens durch den Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Anteilen des Teilvermögens (Compartments) mit der Bezeichnung „OptiMix B“ der Timberland Securities S.A. mit Sitz in Luxemburg, die in auf den Inhaber lautenden Teilschuldverschreibungen verbrieft sind.

Die Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG unterliegt keiner gesonderten staatlichen Aufsichtsbehörde.

18.1.2. Über die Anbieterin

Anbieterin der mit diesem Prospekt angebotenen Vermögensanlagen sowie Prospektverantwortliche ist ausschließlich die Timberland Management GmbH mit Sitz in Duisburg, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herrn Thomas Krämer

Geschäftsanschrift: Feldstraße 8, 47198 Duisburg. Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter HRB 25408.

Hauptgeschäftstätigkeit der Timberland Management GmbH ist laut Gesellschaftsvertrag die Verwaltung eigenen Vermögens im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und die Beteiligung als persönlich haftende Geschäftsführende Gesellschafterin bei anderen Gesellschaften, insbesondere einer/mehrerer Gesellschaft(en) in der Rechtsform der GmbH & Co. KG, die die Verwaltung eigenen Vermögens zum Gegenstand hat/haben und/oder sich unmittelbar und/oder mittelbar an anderen Unternehmen und/oder Projekten beteiligt.

Die Timberland Management GmbH unterliegt keiner gesonderten staatlichen Aufsichtsbehörde.

18.2. Informationen über die Beteiligung

18.2.1. Wesentliche Merkmale der Beteiligung und Zustandekommen des Vertrages

Die Treuhandkommanditistin, die Timberland Capital Trust GmbH mit Sitz in Hamburg, nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages und im Falle des mittelbaren Beitritts auch des Treuhandvertrages an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG beteiligt. Die wesentlichen Einzelheiten der Beteiligung sind in dem Verkaufsprospekt der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG (Stand: 27.06.2013), insbesondere im Kapitel „8. Die rechtlichen Grundlagen der Beteiligung“, enthalten.

Der Vertragsschluss kommt bei den Direktkommanditisten mit Annahme des Beitrittsantrages durch die Komplementärin und bei den Treugebern mit Annahme des Beitrittsantrags (Zeichnungsschein) durch die Treuhandkommanditistin zustande, durch die zugleich der Treuhandvertrag abgeschlossen wird.

18.2.2. Spezielle Risiken der Beteiligung

Die angebotene Beteiligung ist als unternehmerische Beteiligung mit speziellen Risiken behaftet. Im Zusammenhang mit der angebotenen Vermögensanlage besteht für den Anleger das maximale Risiko in dem Totalverlust des eingesetzten Kapitals sowie der Gefährdung seines sonstigen Vermögens bis hin zur persönlichen Zahlungsunfähigkeit aufgrund weitergehender Zahlungsverpflichtungen. Eine ausführliche Risikodarstellung befindet sich im Abschnitt „4. Risiken der Vermögensanlage“ auf den Seiten 17 ff. des Verkaufsprospekts.

18.2.3. Mindestlaufzeit, vertragliche Kündigungsbedingungen, Vertragsstrafen/Vorfälligkeitsentschädigung

Dem Anleger steht ein Recht zur ordentlichen Kündigung seiner Beteiligung zu. Erstmals ist eine ordentliche Kündigung mit Wirkung zum Ablauf des siebten vollen Beteiligungsjahres nach seinem Beitritt (Zeitpunkt der vollständigen Leistung der Pflichteinlage) zulässig. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate zum Ende des Geschäftsjahres. Nachfolgend ist eine ordentliche Kündigung jeweils zum Ende des folgenden Geschäftsjahres möglich. Eine vorzeitige Kündigung ist nur mit Zustimmung der Fondsgesellschaft möglich. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt davon unberührt.

Die Kündigung hat mittels eingeschriebenen Briefes oder schriftlich gegen Empfangsbekanntnis gegenüber der Geschäftsführenden Kommanditistin oder gegenüber der Komplementärin zu erfolgen. Eine Vertragsstrafe ist nicht vorgesehen.

18.2.4. Gesamtpreis inkl. aller verbundenen Preisbestandteile

Die Mindestzeichnungssumme beträgt Euro 5.000,-. Es wird ein Agio in Höhe von bis zu 5 % erhoben. Der Anleger hat den vollständigen Betrag seiner Zeichnungssumme zu zahlen. Somit beträgt der Erwerbspreis Euro 5.000, zzgl. Agio in Höhe von bis zu 5 %. Dieser Ausgabeaufschlag (Agio) wird erfolgswirksam zur Deckung der Emissionskosten durch die Fondsgesellschaft vereinnahmt.

18.2.5. Zusätzliche Liefer- und Versandkosten

Zusätzliche Liefer- und Versandkosten werden von der Emittentin nicht in Rechnung gestellt. Als weitere Kosten fallen die Gebühren und Auslagen für die notarielle Beglaubigung der Handelsregistervollmacht an, falls der Anleger sich als Direktkommanditist beteiligt.

18.2.6. Zusätzliche Kosten, die durch Benutzung von Fernkommunikationsmitteln entstehen und vom Unternehmen in Rechnung gestellt werden

Solche Kosten werden dem Anleger nicht in Rechnung gestellt.

18.2.7. Steuern

Die Anleger erzielen aus der Beteiligung an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG Einkünfte aus Kapitalvermögen. Laufende Entnahmen und/oder Ausschüttungen lösen grundsätzlich keine Besteuerung beim Anleger aus. Entscheidend sind die auf Ebene der Fondsgesellschaft zugeflossenen sowie gesondert und einheitlich festgestellten Einkünfte.

18.2.8. Einzelheiten der Zahlung und Lieferung/Erfüllung

Die Einzelheiten zur Einzahlungsart und zu den Zahlungsterminen ergeben sich aus dem Beitrittsantrag sowie dem Gesellschaftsvertrag der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG, aus dem Treuhandvertrag und aus dem Kapitel „8. Die rechtlichen Grundlagen der Beteiligung“ des Verkaufsprospektes.

Die Beteiligung gilt mit Annahme des Beitrittsantrages als begründet.

18.2.9. Leistungsvorbehalte

Nach Annahme des Beitrittsantrages bestehen keine Leistungsvorbehalte seitens der Emittentin. Beteiligungen an der Timberland Fonds – OptiMix B GmbH & Co. KG können jedoch nur solange erworben werden, wie die Höhe des Emissionsvolumens noch nicht ausgeschöpft ist.

18.2.10. Anwendbares Recht, Gerichtsstand

Das Unternehmen sowie der Vertrag über die Kapitalanlage und die Rechte und Pflichten aus der Kapitalanlage unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Als Gerichtsstand wird – soweit dies gesetzlich zulässig ist – der Sitz der Fondsgesellschaft vereinbart. Für den Fall, dass der Anleger nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, wird ebenfalls der Sitz der Fondsgesellschaft als örtlich zuständiger Gerichtsstand vereinbart. Sofern der Anleger Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, gelten hinsichtlich des Gerichtsstandes die gesetzlichen Vorgaben.

18.2.11. Frist für Informationen bzw. das Angebot

Die Gültigkeit dieser Informationen ist unbefristet. Die Zeichnungsfrist für das Angebot endet mit Vollplatzierung der Kommanditanteile, jedoch spätestens am 31. Dezember 2022. Die Fondsgesellschaft ist berechtigt durch Beschluss der Geschäftsführung, die Zeichnung vor Erreichen des Emissionsvolumens vorzeitig zu schließen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der übrigen Gesellschafter bedarf. Gleiches gilt für die Verlängerung.

Die Fondsgesellschaft ist berechtigt durch Beschluss der Geschäftsführung jederzeit und ohne Angabe von Gründen, Zeichnungen, Anteile oder Beteiligungen zu kürzen. Darüber hinaus bestehen keine Möglichkeiten, die Zeichnung vorzeitig zu schließen oder Zeichnungen, Anteile oder Beteiligungen zu kürzen.

18.2.12. Vertragssprache

Die Kapitalanlage wird nur in deutscher Sprache angeboten und die Kommunikation zwischen der Emittentin/Anbieterin und dem Anleger wird während der Laufzeit der Beteiligung in deutscher Sprache erfolgen.

18.2.13. Außergerichtliche Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren

Bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen besteht unbeschadet des Rechts, die Gerichte anzurufen, die Möglichkeit, die bei der Deutschen Bundesbank eingerichtete Schlichtungsstelle anzurufen. Die Verfahrensordnung ist bei der Deutschen Bundesbank erhältlich. Die Adresse lautet: Deutsche Bundesbank, Schlichtungsstelle, Wilhelm-Epstein-Str. 14, 60431 Frankfurt.

In dem genannten Schlichtungsverfahren hat der Anleger zu versichern, dass er in der Streitigkeit noch kein Gericht, keine Streitschlichtungsstelle und keine Gütestelle, die die Streitbeilegung betreibt, angerufen und auch keinen außergerichtlichen Vergleich abgeschlossen hat.

18.2.14. Bestehen eines Garantiefonds bzw. anderer Entschädigungsregelungen

Ein Garantiefonds bzw. andere Entschädigungsregelungen bestehen nicht.

18.2.15. Widerrufsbelehrung

Der Anleger kann seine Zeichnungserklärung gemäß § 355 HGB widerrufen. Über die Einzelheiten des Rechts zum Widerruf und dessen Rechtsfolgen informiert ausführlich die Widerrufsbelehrung auf dem Zeichnungsschein.

Anleger, die vor Veröffentlichung eines Nachtrags zum Verkaufsprospekt Kommanditanteile gezeichnet haben, können ihre Zeichnung innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags nach § 11 Absatz 2 VermAnlG widerrufen, sofern keine Erfüllung eingetre-

ten ist. Über die Einzelheiten des Rechts zum Widerruf und dessen Rechtsfolgen informiert ausführlich die Widerrufsbelehrung im Nachtrag zum Verkaufsprospekt.

19. Glossar

Agio

Ausgabeaufschlag. Bei Ausgabe von Beteiligungen wird regelmäßig ein verlorener, nicht von der Emittentin rückzahlbarer Ausgabeaufschlag abhängig von der Zeichnungssumme erhoben. Es handelt sich um eine Gebühr, die der Anleger beim Erwerb der Beteiligung zur Deckung der Kosten zahlt, die beim Absatz der Beteiligung entstehen. Bei dieser Emission wird ein Agio in Höhe von bis zu 5 % erhoben. Dieser Ausgabeaufschlag wird erfolgswirksam zur Deckung der Emissionskosten durch die Fondsgesellschaft vereinnahmt.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungs- aufsicht (BaFin)

Die BaFin vereint die Geschäftsbereiche der ehemaligen Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen (Bankenaufsicht), für das Versicherungswesen (Versicherungsaufsicht) sowie für den Wertpapierhandel (Wertpapieraufsicht/Asset-Management) in sich und führt diese weiter. Die BaFin ist eine rechtsfähige, bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen.

Eigenkapital

Eigenkapital zählt zu den Finanzierungsmitteln eines Unternehmens. Es entsteht durch Einzahlungen bzw. Vermögenseinbringung der Eigentümer (Kapitalerhö-

hung), darüber hinaus z. B. aus einbehaltenen Gewinnen (Selbstfinanzierung) und Rückstellungen. Zum Eigenkapital zählen vor allem das gezeichnete Kapital – das ist das Grundkapital einer Aktiengesellschaft bzw. Stammkapital einer GmbH & Co. KG –, die Kapital- und Gewinnrücklagen sowie ein möglicher Gewinnvortrag.

Emission

Die Ausgabe und Platzierung neuer Vermögensanlagen (Kommanditbeteiligungen, Genussrechte usw.) oder neuer Wertpapiere (Aktien, Anleihen usw.) auf einem Kapitalmarkt durch einen öffentlichen Verkauf wird als Emission bezeichnet. Sie kann durch die Vermittlung einer Bank (Emissionsbank) oder auch als Eigenemission durchgeführt werden. Die Emission dient der Beschaffung von Kapital für das emittierende Unternehmen.

Emissionskosten

Die Emissionskosten können je nach Art der ausgegebenen Beteiligung unterschiedlich sein. Prinzipiell sind Emissionskosten einmalige Kosten. Zu diesen Kosten zählen beispielsweise im Rahmen einer Emission von Vermögensanlagen die Vorbereitungskosten (z. B. Beratungskosten, Kosten der Prospekterstellung, Notargebühren) sowie Begebungskosten (z. B. Provisionen, Druckkosten, Veröffentlichungsgebühren).

Emittent	Als Emittent wird derjenige bezeichnet, der eine neue Vermögensanlage oder ein neues Wertpapier am Markt zum Verkauf anbietet. Bei der Eigenemission ist das Unternehmen, das sich Kapital am Markt beschaffen möchte, selbst der Emittent.		der positiven Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen.
		Gewinnausschüttung	Ausschüttung des unter Gewinnvorbehalts stehenden jährlichen Anspruchs des Anlegers.
Fremdfinanzierung	Beschaffung finanzieller Mittel in Form von Fremdkapital, z. B. Anleihen, Banken- und Lieferantenkredite (Kredite), Kundenanzahlungen etc.	Handelsregister	Das Handelsregister ist das amtliche Verzeichnis der Kaufleute eines Amtsgerichtsbezirkes. Das Register wird beim zuständigen Amtsgericht geführt und unterrichtet die Öffentlichkeit über die grundlegenden Rechtsverhältnisse der Unternehmungen. Im Handelsregister eingetragene und veröffentlichte Tatbestände gelten als allgemein bekannt und können gegenüber jedermann geltend gemacht werden. Jedermann hat das Recht auf Einsicht und kann eine Kopie von den Eintragungen und Schriftstücken verlangen.
Geschäftsjahr	Zeitraum, für den der Jahresabschluss einer Unternehmung erstellt werden muss. Gem. § 240 Abs. 2 HGB darf die Dauer eines Geschäftsjahres zwölf Monate nicht überschreiten.		
Gesellschafterversammlung	Jährliche, regelmäßige, d. h. ordentliche oder seltener unregelmäßige, d. h. außerordentliche Versammlung der Gesellschafter. Wesentliches Entscheidungsforum der Gesellschafter.	HGB	Handelsgesetzbuch
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag – auch Satzung genannt – regelt die Belange der Kommanditgesellschaft wie Firma, Sitz, Unternehmensgegenstand, Rechtsform, Höhe des Stammkapitals, Gründungsgesellschafter, Einlagenhöhe, Geschäftsführung etc.	Jahresabschluss	Er ist für das vergangene Geschäftsjahr innerhalb der einem ordnungsgemäßen Geschäftsgang entsprechenden Zeit aufzustellen. Bestandteile sind die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung. Kapitalgesellschaften müssen zusätzlich den Jahresabschluss durch Anhang und Lagebericht ergänzen. Einzelheiten sind im Handelsgesetzbuch (HGB) geregelt. Die periodische Erstellung des Jahresabschlusses
Gewinn	Ist das positive Betriebsergebnis und ergibt sich aus		

	ses ist für alle Kaufleute handelsrechtlich vorge-schrieben.		
Kommandit-gesellschaft (KG)	Personengesellschaft, in der den Gläubigern mindestens ein Gesellschafter unbeschränkt (Komplementär) und mindestens ein Gesellschafter beschränkt (Kommanditist) haftet (§§ 161 ff HGB).	Liquidität	Liquidität sind die flüssigen Zahlungsmittel, die einem Unternehmen unmittelbar zur Verfügung stehen, sowie die Fähigkeit eines Unternehmens, alle fälligen Verbindlichkeiten fristgerecht zu erfüllen.
Kommanditist	Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, dessen Haftung im Unterschied zum Komplementär auf seine Einlagen beschränkt ist. Für die Haftungsbegrenzung ist die Eintragung in das Handelsregister erforderlich.	Nachschussverpflichtung	Vertraglich vereinbarte Haftung des Anlegers für entstandene Verluste, deren Höhe über die vereinbarte ursprünglich Einlagensumme hinausgeht. Bei der prospektierten Vermögensanlage existiert keine Nachschussverpflichtung für den Anleger.
Komplementär	Persönlich haftender Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien. Er haftet für die Verbindlichkeiten der Kommanditgesellschaft ohne Einschränkung mit seinem gesamten Vermögen. Als Komplementäre können natürliche oder juristische Personen fungieren.	Prospekthaftung	Haftung des Emittenten für absichtlich oder fahrlässig unrichtig oder unvollständig erteilte Angaben in Verkaufs- oder Wertpapierprospekten bei der Ausgabe von Vermögensanlagen bzw. Wertpapieren.
Laufzeit	Die Laufzeit der Beteiligung kennzeichnet den Zeitraum zwischen der Ausgabe und der Rückzahlung.	Rating	Unter Rating versteht man die Bewertung von Unternehmen unter Zuhilfenahme objektiver Bewertungsmaßstäbe. Das Ergebnis des Ratings bestimmt die Möglichkeit der Unternehmen, sich Fremdkapital und auch Eigenkapital zu besorgen. Während das Rating bei großen, kapitalmarktnotierten Gesellschaften bereits eine lange Tradition aufweist, hat es für mittelständische Unternehmen durch Kredit gewäh-
Liquidationserlös	Erlös, der nach Auflösung der Kommanditgesellschaft, Einziehung von eventuellen Forderungen, Befriedigung von Gläubigern und Umsetzung des restlichen Vermö-		

rende Banken erst in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Überzeichnung Ist gegeben, wenn die Nachfrage bzw. gezeichneten Beträge die Menge der neu emittierten Beteiligung übersteigt.

Verkaufsprospekt Ein Verkaufsprospekt ist eine in Deutschland für das öffentliche Anbieten von Vermögensanlagen vorgeschriebene Informationsgrundlage für die Anleger. Er enthält alle für die Beurteilung einer Anlage wesentlichen Faktoren. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kontrolliert den Verkaufsprospekt für Vermögensanlagen lediglich formell auf Vollständigkeit, die inhaltliche Richtigkeit der im Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung.

Zahlstelle Einrichtung der Emittentin zur Verwaltung der Vermögensanlagen und deren Einzahlung sowie Auszahlung der Ausschüttungen.

Zeichnungsfrist Zeitraum, in dem die Zeichnung neu aufgelegter Beteiligungen möglich ist.

Zeichnung Angebot auf Erwerb einer Beteiligung.

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.
